

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz



Rita Schneider-Sliwa
Andrea Kampschulte
Martin Sandtner
Renato Strassmann
Rainer Volman

Stadt und Region

Heft 2

Herausgeber:
Statistisches Amt des
Kantons Basel-Stadt



Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz



Rita Schneider-Sliwa
Andrea Kampschulte
Martin Sandtner
Renato Strassmann
Rainer Volman

mit Patrick Rey und Oliver Standke

Impressum

Autoren:

Prof. Dr. phil. Rita Schneider-Sliwa, Dr. phil. Andrea Kampschulte, Dipl.-Geogr. Martin Sandtner,
Dipl.-Geogr. Renato Strassmann, Dipl.-Volksw. lic. rer. reg. Rainer Volman

Adresse der Autoren:

Geographisches Institut der Universität Basel
Abteilung Humangeographie/Stadt- und Regionalforschung
Klingelbergstr. 16
CH-4056 Basel

Layout: Pink Zebra, Basel

Druck: Gissler AG, Allschwil

Herausgeber und Vertrieb: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Webergasse 34, CH-4005 Basel (E-Mail: stata@bs.ch)

Finanziert mit freundlicher Unterstützung durch: Gallusser-Hausammann-Fonds

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Schneider-Sliwa, Rita et al.
Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz
Basel: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (Reihe Stadt und Region, Heft 2) 2001

ISBN: 3 7275 2401 4

© R. Schneider-Sliwa et al. und Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt 2001. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Vorwort

Mit dem vorliegenden Heft zur „Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz“ wird die Reihe „Stadt und Region“ des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt fortgesetzt. Die mit dieser Reihe beabsichtigte Raumbestimmung, die Stand, Veränderungen und Entwicklungstendenzen darstellen und analysieren soll, wird damit auf den Wirtschaftsbereich ausgedehnt.

Der Wirtschaftsbegriff wurde dabei bewusst breit gefasst. Neben der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik wurden auch die Bodennutzung, der Arbeitsmarkt, die Arbeitsmobilität und die Gemeindefinanzen aus diesem räumlichen Blickwinkel dargestellt und analysiert. Als Datengrundlage dienten dabei verschiedene Quellen, darunter die Daten der Volkszählungen, der Betriebszählungen, der Arealstatistik und der eidgenössischen Finanzstatistik. Ziel war es, mit diesen unterschiedlichen Daten ein integrales Bild der Wirtschaftsstruktur der Nordwestschweiz zu zeichnen und die momentan stattfindenden Veränderungen sichtbar zu machen.

Nach dem Heft zur „Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsdynamik beider Basel“ ist so ein weiterer Teil eines Strukturdatenatlas der Region entstanden. Die raumbezogenen Daten sind zu Informationen über den beobachteten

Raum verdichtet worden. Politikerinnen und Politikern, Planerinnen und Planern sowie Verwalterinnen und Verwaltern können diese Informationen nutzen, um gute Politik-, Planungs- und Verwaltungsentscheidungen zu fällen. Gleichzeitig wendet sich die Publikation an eine breite Öffentlichkeit, weshalb auf eine allgemeinverständliche Sprache und ausführliche Erläuterungen der dargestellten Sachverhalte Wert gelegt wurde. Denn dies ist das erklärte Ziel von statistischer Information: Überblick zu verschaffen, Entwicklungen und Zusammenhänge aufzuzeigen und damit einen Beitrag zu leisten, Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen und unsere Zukunft zu gestalten.

Die Publikation zur „Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz“ entstand ebenfalls aus der Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie/Stadt- und Regionalforschung; das Datenmaterial wurde vom Statistischen Amt aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Für den nun vorliegenden Bericht zeichnet das Autorenteam unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Rita Schneider-Sliwa verantwortlich. Ich möchte den Autorinnen und Autoren an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement und die fruchtbare Zusammenarbeit danken.

Basel, im September 2001

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt
Der Kantonsstatistiker

Peter Schwendener

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	iii
Verzeichnis der Karten, Abbildungen und Tabellen	vii
1 Einleitung	1
2 Bodennutzung	3
2.1 Die Bodennutzung als Indikator für die Wirtschaftsstruktur und -dynamik	3
2.2 Überblick über die aktuelle Bodennutzung auf Bezirksebene	3
2.3 Der Anteil von Industriearealen an der Gemeindefläche	5
2.4 Dynamik der Raumentwicklung – wie sich unsere Landschaft verändert	6
2.5 Der Landschaftswandel in den vergangenen Jahrzehnten am Beispiel der Gemeinden Metzerlen und Aesch	9
2.6 Fazit	9
3 Wirtschaftsstruktur	12
3.1 Methodische Aspekte	12
3.1.1 Eidgenössische Betriebszählung	12
3.1.2 Räumliche Aggregationseinheiten	13
3.2 Charakteristika der Regionalökonomie	15
3.3 Räumliche Struktur der Wirtschaft	16
3.3.1 Räumliche Verteilung der Beschäftigten	16
3.3.2 Branchen und Betriebsgrößenstruktur	16
4 Wirtschaftsdynamik	22
4.1 Veränderte Rahmenbedingungen	22
4.2 Beschäftigtenabbau	22
4.3 Trend zur Tertiärisierung	22
4.3.1 Veränderungen im Branchenspektrum	23
4.3.2 Bedeutungsgewinn von Klein- und Mittelbetrieben	24
4.3.3 Zunahme der Teilzeitarbeit	24
4.4 Räumliche Reorganisation	25
4.4.1 Bedeutungsverlust der Kernstadt	25
4.4.2 Tertiärisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit	28
4.5 Das Beispiel des Detailhandels	28
4.5.1 Struktur und Dynamik des Detailhandels in der Nordwestschweiz	28
4.5.2 Pratteln – Einzelhandelsentwicklung auf der „Grünen Wiese“	32
4.5.3 Bedeutungsverlust des Detailhandels im Kanton Basel-Stadt?	34
4.5.4 Innerstädtische Differenzierung am Beispiel der Freien Strasse	37

5 Arbeitsmarkt	41
5.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1980 bis 1990	41
5.1.1 Das quantitative Arbeitskräfteangebot	41
5.1.2 Das qualitative Arbeitskräfteangebot	43
5.2 Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz	47
5.2.1 Lokale Arbeitslosigkeit als Spiegelbild überregionalen Wandels	47
5.2.2 Lokale Arbeitslosigkeitsgefälle	47
5.2.3 Erklärungsansätze der lokalen Arbeitslosigkeit und ihre empirische Realität	49
5.3 Fazit	52
6 Arbeitsmobilität	54
6.1 Pendlerströme in der Nordwestschweiz	54
6.1.1 Entwicklung der Pendlerzahlen zwischen 1970 und 1990 im Überblick	54
6.1.2 Räumliche Struktur der interkommunalen Pendlermobilität 1990	56
6.1.3 Das Zentrum Basel – Entwicklung in der Kernstadt	58
6.1.4 Verkehrsmittelwahl – mit dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit?	61
6.2 Grenzgänger in die Nordwestschweiz	62
6.3 Fazit	64
7 Gemeindefinanzen – Einnahmen und Ausgaben	65
7.1 „Teufelskreis“ öffentliche Finanzen	65
7.2 Die Einnahmenseite: Steuerbelastung in den Gemeinden der Nordwestschweiz	67
7.2.1 Einkommensteuer für natürliche Personen als Haupteinnahmequelle der Gemeinden	67
7.2.2 Lokale Steuerbelastungen für unterschiedliche Einkommensgruppen	67
7.2.3 Niedrige Steuerbelastung als Attraktivität für Zuzüger?	71
7.3 Die Ausgabenseite: Pro-Kopf-Ausgaben von Gemeinden und Kantonen	73
7.3.1 Erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben durch Zentrumsleistungen	73
7.3.2 Erhöhte Kosten durch die soziodemographische Struktur der Kernstadt	75
7.3.3 Kosten sparende Effekte: Agglomerationsvorteile der Kernstadt	75
7.4 Fazit	76
Anhang:	
Datenquellen, verwendete Software, Kartierungs- und Klassifizierungsmethode	79
Wichtige Wirtschaftszahlen im Überblick	80

Verzeichnis der Karten

Karte 1.1: Übersicht über die Gemeinden der Nordwestschweiz	2
Karte 2.1: Bodennutzung in den Bezirken der Nordwestschweiz 1994	4
Karte 2.2: Anteil des Industrieareals an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1994	5
Karte 2.3: Dynamik der Siedlungsflächen in der Nordwestschweiz zwischen 1982 und 1994	6
Karte 2.4: Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1982	7
Karte 2.5: Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1994	8
Karte 2.6: Trendfortschreibung des Anteils der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 2015	8
Karte 2.7: Oberflächenbedeckung in der Gemeinde Metzerlen SO 1959	10
Karte 2.8: Oberflächenbedeckung in der Gemeinde Metzerlen SO 1994	10
Karte 2.9: Oberflächenbedeckung in der Gemeinde Aesch BL 1959	11
Karte 2.10: Oberflächenbedeckung in der Gemeinde Aesch BL 1994	11
Karte 3.1: Aggregationsräume in der Nordwestschweiz	14
Karte 3.2: Räumliche Verteilung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz 1998	17
Karte 3.3: Anteil der in Mikro- und Kleinunternehmen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten in der Nordwestschweiz 1998	20
Karte 4.1: Dynamik der Beschäftigten in der Nordwestschweiz zwischen 1991 und 1998 (Trendabweichungsanalyse)	26
Karte 4.2: Arbeitsstätten des Detailhandels und Bevölkerungsdichte in der Nordwestschweiz 1998	30
Karte 4.3: Arbeitsstättenentwicklung im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 bis 1998	31
Karte 4.4: Wandel der Erdgeschossnutzung in der Freien Strasse 1975 und 2001	38
Karte 5.1: Änderung des Arbeitskräfteangebots in der Nordwestschweiz 1980 bis 1990	42
Karte 5.2: Erwerbsquoten der Erwerbsfähigen (Alter 15 bis 65 Jahre) in der Nordwestschweiz 1990	44
Karte 5.3: Erwerbsquoten der Frauen in der Nordwestschweiz 1990	44
Karte 5.4: Bevölkerungsanteile mit hohem Ausbildungsniveau in der Nordwestschweiz 1990	45
Karte 5.5: Bevölkerungsanteile mit geringem Ausbildungsniveau in der Nordwestschweiz 1990	45
Karte 5.6: Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz (Oktober 1999)	48
Karte 5.7: Änderungen der Arbeitslosenquoten in der Nordwestschweiz 1990 bis 1999	48
Karte 5.8: Ausbildung und Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz 1998	50
Karte 5.9: Vergleich der Arbeitslosigkeit bei Männern und Frauen in der Nordwestschweiz 1998	51
Karte 5.10: Zentrale Orte der Arbeit in der Nordwestschweiz 1991	53
Karte 6.1: Anteil der Wegpendler an allen Erwerbstätigen in der Nordwestschweiz 1990	56
Karte 6.2: Pendlerverflechtungen in der Nordwestschweiz 1990	57
Karte 6.3: Wegpendler aus den Gemeinden der Nordwestschweiz nach Basel 1990	60
Karte 6.4: Anteil der Benutzer des öffentlichen Verkehrs an allen Wegpendlern in der Nordwestschweiz 1990	60
Karte 6.5: Grenzgängerströme aus Südbaden und dem Oberelsass in die Nordwestschweiz 1998	63
Karte 6.6: Anteil der Grenzgänger an allen Beschäftigten in der Nordwestschweiz 1998	64
Karte 7.1: Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz 1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem Jahreseinkommen von 30 000 CHF	69

Karte 7.2:	Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz 1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem Jahreseinkommen von 80 000 CHF	69
Karte 7.3:	Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz 1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem Jahreseinkommen von 200 000 CHF	70
Karte 7.4:	Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Kultur und Freizeit 1995.....	73
Karte 7.5:	Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Verwaltung 1995	75
Karte 7.6:	Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Verkehr 1995	76

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 3.1:	Die beschäftigungswirksamsten Branchen in der Nordwestschweiz 1998	15
Abb. 3.2:	Teilzeitarbeit nach Branchen in der Nordwestschweiz 1998	17
Abb. 4.1:	„Gewinnerbranchen“ in der Nordwestschweiz 1991 bis 1998	23
Abb. 4.2:	Beschäftigtenentwicklung in der Nordwestschweiz nach Aggregationsraum und Sektor 1991 bis 1998	26
Abb. 4.3:	Beschäftigte im Detailhandel in der Nordwestschweiz nach Beschäftigungsgrad und Geschlecht 1998	28
Abb. 4.4:	Absoluter und relativer Wandel der Teilzeitbeschäftigung im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 bis 1998	29
Abb. 4.5:	Prozentuale Veränderung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Teilgebieten 1991 bis 1998	31
Abb. 4.6:	Wandel der Betriebsgrößenstruktur im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Teilgebieten 1991 bis 1998 ...	33
Abb. 4.7:	Anteil der Beschäftigten im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Wirtschaftsbereichen 1998	34
Abb. 4.8:	Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998	34
Abb. 4.9:	Anteil der Beschäftigten im Detailhandel in Pratteln nach Wirtschaftsbereichen 1998	35
Abb. 4.10:	Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel in Pratteln nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998	35
Abb. 4.11:	Entwicklung der Arbeitsstätten und der Vollzeitbeschäftigten im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt 1955 bis 1998	36
Abb. 4.12:	Anteil der Beschäftigten im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt nach Wirtschaftsbereichen 1998	37
Abb. 4.13:	Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998	37
Abb. 4.14:	Wandel der Einzelhandelsstruktur im Erdgeschoss der Freien Strasse 1975 und 2001	39
Abb. 4.15:	Erdgeschossnutzung in der Freien Strasse, differenziert nach Bedarfsstufen und Dienstleistungen 1975 und 2001	39
Abb. 5.1:	Änderungen der lokalen Erwerbsquoten in der Nordwestschweiz 1980 bis 1990	42
Abb. 5.2:	Erwerbstätige nach sozioprofessionellen Kategorien im Kanton Basel-Stadt 1980 und 1990	46
Abb. 5.3:	Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt von 1910 bis 2000 (jeweils im Februar)	47
Abb. 6.1:	Entwicklung der Arbeitsmobilität in der Nordwestschweiz zwischen 1970 und 1990	55
Abb. 6.2:	Pendlerströme in der Nordwestschweiz 1990 nach Stärke und benutztem Verkehrsmittel	61

Abb. 6.3:	Intrakommunale Pendler in der Nordwestschweiz nach Verkehrsmittel, 1970, 1980 und 1990	62
Abb. 7.1:	Die Stadtregion als System – der Prozess der Suburbanisierung und seine Folgekosten für Umland und Kernstadt	66
Abb. 7.2:	Steuerbelastung und Zuzügerbilanz in der Nordwestschweiz 1994 bis 1996	72
Abb. 7.3:	Pro-Kopf-Ausgaben der Kantone und Gemeinden 1998 nach Funktionen	74

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 2.1:	Die Bodennutzung 1994 in der Nordwestschweiz nach Bezirken	4
Tab. 3.1:	Auswahl der Branchen der Nordwestschweiz nach NOGA-Ebene 2 1998	13
Tab. 3.2:	Charakteristika der Aggregationsräume der Nordwestschweiz	14
Tab. 3.3:	Räumliche Verteilung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz 1998	18
Tab. 3.4:	Anzahl der Beschäftigten in der Nordwestschweiz nach Sektoren und Aggregationsräumen 1998	18
Tab. 3.5:	Gesamtbeschäftigtenanteil nach Branchen (sortiert nach Rangordnung der Prozentanteile im Zentrum) in den Aggregationsräumen der Nordwestschweiz 1998	19
Tab. 3.6:	Beschäftigte in der Nordwestschweiz nach Unternehmensgrösse und Aggregationsräumen 1998	20
Tab. 4.1:	Prozentuale Entwicklung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz zwischen 1991 und 1998 nach Betriebsgrössenklassen und Sektorenzugehörigkeit	24
Tab. 4.2:	Entwicklung der Branchen in der Nordwestschweiz nach Aggregationsräumen zwischen 1991 und 1998	27
Tab. 4.3:	Entwicklung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz nach Aggregationsräumen und Sektoren zwischen 1991 und 1998.....	28
Tab. 4.4:	Arbeitsstätten und Beschäftigte im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 und 1998	29
Tab. 4.5:	Betriebsgrössenstruktur im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 und 1998	32
Tab. 4.6:	Übersicht über die betrachteten Wirtschaftsbereiche des Detailhandels	33
Tab. 4.7:	Betriebsgrössenstruktur im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt 1991 und 1998	36
Tab. 5.1:	Verlauf der Arbeitslosenquoten in ausgewählten Kantonen (Jahresdurchschnitt)	49
Tab. 5.2:	Multivariate Korrelation und Regression ausgewählter Einflussgrössen auf die Arbeitslosenquoten der Gemeinden der Nordwestschweiz	50
Tab. 6.1:	Entwicklung der Arbeitsmobilität in der Nordwestschweiz zwischen 1970 und 1990	55
Tab. 6.2:	Die wichtigsten Zu- und Wegpendlergemeinden der Nordwestschweiz 1990	59
Tab. 7.1:	Gemeindeeinnahmen in Basel-Landschaft 1997	67
Tab. 7.2:	Einkommensteueraufkommen natürlicher und juristischer Personen in ausgewählten Gemeinden 1996	67
Tab. 7.3:	Rechenbeispiele zur Ermittlung örtlicher Einkommensteuerbelastungen 1999	68
Tab. 7.4:	Rechenbeispiele zur Ermittlung örtlicher Einkommensteuerbelastung 1999 unter Berücksichtigung von Sozialabzügen	71

1 Einleitung

Globalisierung und Tertiärisierung der Wirtschaft, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, gesellschaftliche Trends und die wirtschaftliche Integration Europas verändern Märkte, Standortanforderungen für Firmen und betriebliche Standortentscheidungen. In der Wirtschaftsregion Nordwestschweiz mit dem Zentrum Basel (Karte 1.1) sind solche Trends in den traditionellen Stützpfeilerindustrien fühlbar und machen den Aufbau neuer Schlüsseltechnologien notwendig. Die Suche nach neuen komparativen Standortvorteilen, Dienstleistungsspezialisierungen und „Sprungbretttechnologien“ sowie lokale und regionale Wirtschaftsförderung oder stadtweite Dialogprozesse zur Aufwertung der Stadt Basel sind Kennzeichen der Aufbruchstimmung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Informationen über die Veränderung von Branchen-, Betriebsstätten- und Arbeitsplatzstrukturen, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmobilität oder die Entwicklung öffentlicher Einnahmen dienen als Orientierungshilfen in der gesellschaftlichen Diskussion um den Wirtschaftsstandort Basel und die Nordwestschweiz. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt hat das Geographische Institut der Universität Basel daher begonnen, ein Kartenwerk für Basel und die Nordwestschweiz zu erstellen, das solche Entwicklungen in Stadt und Region mittels Geographischer Informationssysteme (GIS) erfasst. Damit wird eine statistisch-kartographische Datengrundlage für eine langfristige, periodisch aktualisierbare Bestands- und Situationsanalyse des Wirtschaftsraumes Basel und der Nordwestschweiz geschaffen.

Das vorliegende Heft trägt dazu bei, Veränderungen von wirtschaftsräumlichen Strukturen im Grossraum Basel und in der Nordwestschweiz mit regionalstatistischen Methoden („Laufende Raumb Beobachtung“) und Geographischen Informationssystemen (GIS) anhand amtlichen, teilweise unveröffentlichten Datenmaterials zu erfassen und zu doku-

mentieren. Dabei werden Strukturdaten zusammengeführt, Strukturmuster und Prozesse im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz dargestellt und erklärt und der regionalwirtschaftliche Ist-Zustand als Grundlage kommunaler Wirtschaftsförderungsmassnahmen betrachtet.

Die hier vorgestellten regionalwissenschaftlichen Ergebnisse kommen zu einem günstigen Zeitpunkt, denn die Globalisierung der Ökonomie und der internationale Wettbewerb haben auch in der Schweiz die Konkurrenz der Regionen und Stadtregionen verstärkt. Dabei handelt es sich nicht um ein Nullsummenspiel, sondern um die Neuverteilung in Wirtschaftssektoren, die die gesamte Volkswirtschaft steuern und auch in traditionell starken Wirtschaftsstandorten Funktionsverluste bewirken. Als Teil des Wirtschaftsraumes Nordwestschweiz zeigt z.B. die Agglomeration Basel die Begleiterscheinungen des längerfristigen, postindustriellen Strukturwandels mit einem Verstärkungseffekt durch die Globalisierung. Die Auswirkungen sind nicht flächendeckend, sondern räumlich differenziert. Stärkste Ausprägungen sind in den Gebieten hoher Arbeitsplatzdichte zu verzeichnen und zeigen sich z.B. in:

- einem Beschäftigungsabbau in Branchen mit standardisierter Massenproduktion,
- Auslagerungen von Unternehmensbereichen nach Rationalisierungsmassnahmen,
- der Zunahme der unternehmensbezogenen Dienstleistungen,
- der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, der Temporärmitarbeiter, flexibler Beschäftigungsverhältnisse, ferner
- Polarisierungstendenzen und sozialer Ausdifferenzierung innerhalb der Stadt (dazu auch SCHNEIDER-SLIWA R., KAMP-SCHULTE A., NOMMEL J.-U., STRASSMANN R., SANDTNER M., WAFFENSCHMIDT Ch. 1999. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsdynamik beider Basel. – In: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt [Hrsg.]: Stadt und Region. Heft 1. Basel).

Die Ausdifferenzierung ist in der Kernstadt auf mehreren Ebenen deutlich dokumentierbar, z.B. in Branchenstrukturen und -verlagerungen mit:

- allgemeinen Attraktivitäts- und Funktionsverlusten der Innenstadt („Dezentralisierung der Zentralität“),
- Verschiebungen im Branchenspektrum, Umstrukturierungen im Einzelhandel, Wandel der Nutzungsstruktur in Hauptgeschäftsstrassen,
- Funktionsentmischung wie „Textilisierung“ und „Filialisierung“.

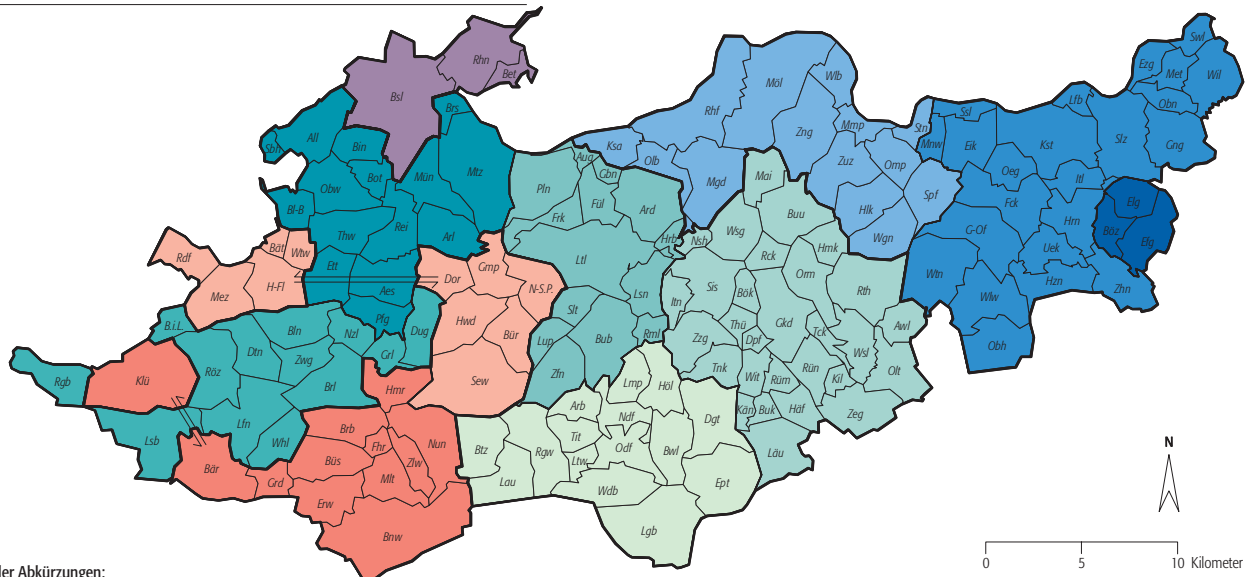
Für die Nordwestschweiz wiederum zeigt sich:

- ein Zuwachs wissensintensiver Branchen und Tätigkeiten,
- ein Bedeutungsgewinn von kleinen, in Netzwerken eingebundenen Unternehmen,
- die anhaltende Bedeutung der Kernstadt Basel als Wirtschaftsstandort, insbesondere für hochwertige Branchen und Tätigkeiten, trotz gleichzeitiger Suburbanisierung von Bevölkerung und Beschäftigung,
- die räumliche Nähe zu Basel als ein wichtiger Standortfaktor für die wissens- und informationsorientierten Tätigkeiten, was Folgen für eine bewusster gesteuerte Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsraumes Basel hat.

Die folgenden Kapitel geben einen Überblick über die längerfristigen Entwicklungen im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz hinsichtlich des kulturlandschaftlichen Flächenverbrauchs (Kap. 2) sowie jüngerer Entwicklungen der Branchen- und Beschäftigtenstruktur (Kap. 3 und 4), des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit (Kap. 5) sowie der Arbeitsmobilität (Kap. 6) und der Gemeindefinanzen (Kap. 7). Ferner werden wirtschaftsräumliche Strukturmuster und Prozesse im Hinblick auf die Ausprägung von Entwicklungsgefällen, die Stabilität der Wirtschaftsregion und die Steigerung des regionalwirtschaftlichen Wohlstandes aus geographischer Sicht interpretiert.

Karte 1.1

Übersicht über die Gemeinden der Nordwestschweiz



Bedeutung der Abkürzungen:

Kanton Basel-Stadt

- Bsl = Basel
- Bet = Bettingen
- Rhn = Riehen

Kanton Basel-Landschaft

Bezirk Arlesheim

- Aes = Aesch
- All = Allschwil
- Arl = Arlesheim
- Bl-B = Biel-Benken
- Bin = Binningen
- Brs = Birsfelden
- Bot = Bottmingen
- Ett = Ettingen
- Mün = Münchenstein
- Mtz = Muttenz
- Obw = Obenwil
- Pfg = Pfeffingen
- Rei = Reinach
- Sbh = Schönenbuch
- Thw = Therwil

Bezirk Laufen

- Blu = Blauen
- Brl = Brislach
- B.i.L. = Burg im Leimental
- Dtn = Dittingen
- Dug = Duggingen
- Grl = Grellingen
- Lfn = Laufen
- Lsb = Liesberg
- Nzl = Nenzlingen
- Rgb = Roggenburg
- Röz = Röschenz
- Whl = Wahlen
- Zwg = Zwingen

Bezirk Liestal

- Ard = Arisdorf
- Aug = Augst
- Bub = Bubendorf
- Frk = Frenkendorf
- Fül = Füllinsdorf
- Gbn = Giebenach
- Hrb = Hersberg
- Lsn = Lausen
- Ltl = Liestal
- Lup = Lupsingen
- Pln = Pratteln
- Rml = Ramllinsburg
- Slt = Seltisberg
- Zfn = Ziefen

Bezirk Sissach

- Awl = Anwil
- Bök = Bockten
- Buk = Buckten
- Buu = Buus
- Dpf = Diepfingen
- Gkd = Gelterkinden
- Häf = Häfelfingen
- Hmk = Hemmiken
- Itl = Itingen
- Kän = Känerkinden
- Kil = Kilchberg
- Läu = Läufelfingen
- Mai = Maisprach
- Nsh = Nussloch
- Olt = Ollingen
- Orm = Ormalingen
- Rck = Rickenbach
- Rth = Rothenfluh
- Rüm = Rümelingen
- Rün = Rünenberg
- Sis = Sissach
- Tck = Tecknau
- Tnk = Tenniken
- Thü = Thürmen
- Wsl = Wenslingen
- Wsg = Wintersingen
- Wit = Wittinsburg
- Zeg = Zeglingen
- Zzg = Zunzgen

Bezirk Waldenburg

- Arb = Arbaldswil
- Bwl = Bennwil
- Btz = Bretzwil
- Dgt = Diegten
- Ept = Eptingen
- Höl = Hölstein
- Lmp = Lampenberg
- Lgb = Langenbruck
- Lau = Lauwil
- Ltw = Liedertswil
- Ndf = Niederdorf
- Odf = Oberdorf
- Rgw = Reigoldswil
- Tit = Titterten
- Wdb = Waldenburg

Kanton Solothurn

Bezirk Dorneck

- Bät = Bättwil
- Bür = Büren
- Dor = Dornach
- Gmp = Gempen
- Hwd = Hochwald
- H-FI = Hofstetten-Flüh
- Mez = Metzleren
- N-S.P. = Nuglar-St.Pantaleon
- Rdf = Rodersdorf
- Sew = Seewen
- Wtw = Witterswil

Bezirk Thierstein

- Bär = Bärschwil
- Bnw = Beinwil
- Brb = Breitenbach
- Büs = Büsserach
- Erw = Erschwil
- Fhr = Fehren
- Grd = Grindel
- Hmr = Himmelried
- Klü = Kleinlützel
- Mlt = Meltingen
- Nun = Nunningen
- Zlw = Zullwil

Kanton Aargau

Bezirk Brugg

- Böz = Bözen
- Efg = Effingen
- Elg = Elffingen

Bezirk Laufenburg

- Eik = Eiken
- Ezg = Etzgen
- Fck = Frick
- Gng = Gansingen
- G-Of = Gipf-Oberfrick
- Hzn = Herznach
- Hm = Hornussen
- Itl = Ittenthal
- Kst = Kaisten
- Lfb = Laufenburg
- Met = Mettau
- Mnw = Münchwilen
- Obh = Oberhofen
- Oeg = Oeschgen
- Swl = Schwaderloch
- Ssl = Sisseln
- Szl = Sulz
- Uek = Ueken
- Wil = Wil
- Wtn = Wittnau
- Wlw = Wülflinswil
- Zhn = Zeihen

Bezirk Rheinfelden

- Hlk = Helliikon
- Ksa = Kaiseraugst
- Mgd = Magden
- Möl = Möhlin
- Mmp = Mumpf
- Omp = Obermumpf
- Olb = Olsberg
- Rhf = Rheinfelden
- Spf = Schupfart
- Stn = Stein
- Wlb = Wallbach
- Wgn = Wegenstetten
- Zng = Zeiningen
- Zuz = Zuzgen

Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
 Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

2 Bodennutzung

Die wirtschaftliche Entwicklung hinterlässt Spuren in der Landschaft. Immer mehr Fläche wird für ökonomische Aktivitäten, zum Wohnen und für den Verkehr in Anspruch genommen. Dies geschieht auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. In der Nordwestschweiz wird ein Zehntel der Fläche für Siedlungszwecke genutzt, im Kanton Basel-Stadt sind es über 70%. Die Tendenz ist steigend: Zwischen 1982 und 1994 wuchs die Siedlungsfläche um 1 318 Hektar oder 9,2%.

2.1 Die Bodennutzung als Indikator für die Wirtschaftsstruktur und -dynamik

Der Boden ist – neben Arbeit und Kapital – einer der drei klassischen Produktionsfaktoren der Wirtschaft, aber auch ein Umwelt- und Schutzgut mit vielfältigen Funktionen: Produktionsgebiet für die Wirtschaft, Wohn- und Erholungsfläche für die Bevölkerung, Verkehrsraum, ökologische Ausgleichsfläche und Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Aufgabe der Raumplanung ist es, die Konkurrenz um das begrenzte und v.a. in Agglomerationsräumen knappe Gut Boden zu organisieren. Der haushälterische Umgang mit dem Boden ist erklärtes Ziel der schweizerischen Raumordnungspolitik.

Unsere Gesellschaft zeichnet sich durch einen extrem hohen Flächenbedarf bei geringer Ausnutzung des Bodens aus. Für Wirtschaft, Verkehr und Wohnen werden ständig neue Flächen in Anspruch genommen, was eine Umgestaltung der Landschaft zur Folge hat. Da diese Umgestaltungen langfristig nicht umkehrbar sind, kann man von „Landschaftsverbrauch“ sprechen. Grossflächige Einzelhandelsbetriebe sowie Einfamilienhaussiedlungen entstehen meist ausserhalb des bestehenden Siedlungskörpers und sind für dieses „Flächenfressen“ verantwortlich. Das ist nicht nur ökologisch problematisch: Durch die zunehmende Versiegelung des Bodens werden das lokale Klima sowie das Abflussregime beeinflusst, Pflanzen und Tiere werden aus ihren Lebensräumen verdrängt. Es ist auch ökonomisch nachteilig: Die Zersiedlung führt zu hohen Kosten für die Erstellung, den Betrieb und die Erneuerung von Infrastrukturen.

Die Arealstatistik der Schweiz bietet Daten, die das Ausmass dieser Trends deutlich machen. Sie stellt eine detaillierte Bestandsaufnahme der Bodennutzung bis auf die Ebene der Gemeinden dar. Auf Grundlage von Luftbilddauswertungen werden insgesamt 74 Nutzungskategorien ausgeschieden, die zu 15 Nutzungsarten und vier Hauptbereichen aggregiert werden. Diese sind:

- bestockte Flächen (Wald und Gehölze, ohne Parkanlagen im Siedlungsbe-
reich),
- landwirtschaftliche Nutzflächen,
- Siedlungsflächen (alle Flächen, die
vorwiegend durch Arbeiten, Wohnen,
Erholung und Verkehr geprägt sind,
also beispielsweise auch Industrieare-
ale, Strassen und Parkanlagen) sowie
- unproduktive Flächen, v.a. Gewässer.

Eine flächendeckende Erhebung der Bodennutzung in der Nordwestschweiz fand erstmals 1982 statt, 1994 wurde sie wiederholt. Damit erlauben die Daten der Arealstatistik Aussagen zur Struktur sowie eine Interpretation der Dynamik des Strukturwandels. Rückschlüsse über die landschaftsverbrauchenden Auswirkungen typischer Trends in einer postindustriellen, auf Dienstleistungen ausgerichteten Wirtschaft auf lokaler Ebene sind möglich. Letztlich wird das Resultat vielfacher Beurteilungsmöglichkeiten und Entscheidungsprozesse der räumlichen Planung im Konflikt um Ökonomie und Ökologie bilanziert.

2.2 Überblick über die aktuelle Bodennutzung auf Bezirksebene

In der Nordwestschweiz sind jeweils etwa 20 000 Hektar mit Wald sowie mit landwirtschaftlicher Nutzfläche bedeckt, dies entspricht zusammen rund 89% der Gesamtfläche. Auf die Siedlungsflächen

entfallen 10%, die unproduktiven Flächen machen nur 1% aus (Tab. 2.1). Die räumliche Verteilung dieser Nutzungsarten ist extrem unterschiedlich (Karte 2.1). Während im Kanton Basel-Stadt lediglich 12% landwirtschaftliche Nutzfläche und 13% Wald vorhanden sind und über 70% der Fläche für Siedlungszwecke genutzt werden, macht die Siedlung in den Bezirken Thierstein, Waldenburg, Laufen und Sissach sowie in den Gemeinden Bözen, Effingen und Eltingen weniger als 10% der Fläche aus. Rheinfelden, Laufenburg und das Dorneck zeigen mittlere Werte bezüglich des Siedlungsflächenanteils, in Arlesheim (39%) und Liestal (21%) ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch. Hier kommt ein deutliches Zentrum-Peripherie-Gefälle zum Ausdruck: Die Stadt ist nach wie vor der wichtigste Siedlungskern, doch der Landschaftsverbrauch zu Siedlungszwecken ist im engeren Umland rasant fortgeschritten. Im Bezirk Arlesheim stellt die „Siedlung“ bereits die flächenmässig wichtigste Nutzungsart dar. Hier sind Flächenreserven für weitere Wohn- oder Gewerbebebauung nur noch in relativ geringem Umfang vorhanden. Zwar bleibt durch diese Flächenknappheit sowie durch Nutzungsbeschränkungen der Ertragswert von Boden hoch, inzwischen haben die stadtnahen Gemeinden jedoch einen wichtigen Standortvorteil eingebüsst: Der naturnahe Charakter und die landschaftliche Attraktivität sind durch die starke Besiedlung bereits stark eingeschränkt, also genau diejenigen Faktoren, die diesen Gemeinden ihre starken Entwicklungsschübe ermöglicht hatten.

Tabelle 2.1

Die Bodennutzung 1994 in der Nordwestschweiz nach Bezirken

Bezirk	bestockt		landwirtschaftl. Nutzungsfläche		Siedlung		unproduktiv		Gesamtfläche ha
	ha	in %	ha	in %	ha	in %	ha	in %	
Basel-Stadt	472	12,74	450	12,14	2 620	70,70	164	4,43	3 706
Arlesheim	2 808	29,19	2 954	30,71	3 734	38,81	124	1,29	9 620
Laufen	4 713	52,66	3 288	36,74	874	9,77	75	0,84	8 950
Liestal	3 729	43,43	3 020	35,17	1 766	20,57	71	0,83	8 586
Sissach	5 668	40,21	7 025	49,84	1 379	9,78	24	0,17	14 096
Waldenburg	4 710	44,88	5 100	48,59	673	6,41	12	0,11	10 495
Thierstein	5 367	52,49	4 199	41,07	633	6,19	26	0,25	10 225
Dorneck	3 307	44,31	3 366	45,10	774	10,37	16	0,21	7 463
Rheinfelden	4 445	39,78	4 926	44,09	1 496	13,39	306	2,74	11 173
Laufenburg	5 985	39,20	7 505	49,15	1 590	10,41	189	1,24	15 269
Brugg	624	41,46	754	50,10	125	8,31	2	0,13	1 505
Total	19 104	43,29	19 996	45,31	4 493	10,18	537	1,22	44 130

Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Bern 1997.

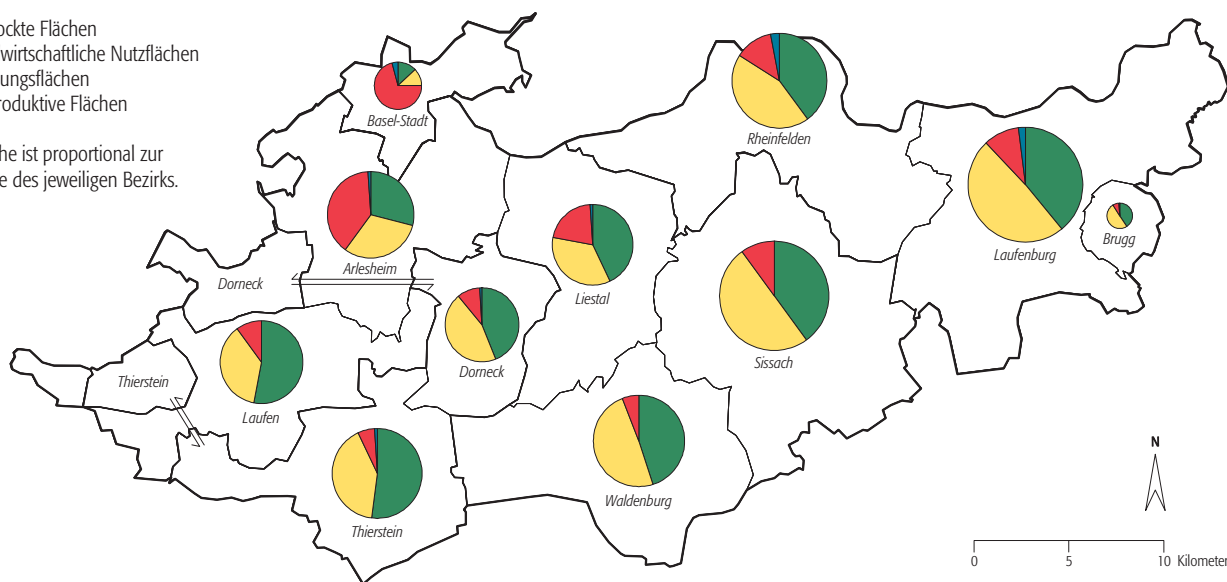
Karte 2.1

Bodennutzung in den Bezirken der Nordwestschweiz 1994

Hauptbereiche der Arealstatistik Schweiz 1994

- Bestockte Flächen
- Landwirtschaftliche Nutzflächen
- Siedlungsflächen
- Unproduktive Flächen

Die Kreisfläche ist proportional zur Gesamtfläche des jeweiligen Bezirks.



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Bern 1997.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

2.3 Der Anteil von Industriearealen an der Gemeindefläche

Die Nutzungsart „Industrieareal“ der Arealstatistik Schweiz umfasst Bauten für industrielle und gewerbliche Zwecke sowie deren Umschwung. Neben den eigentlichen industriellen Produktionsanlagen gehören dazu u.a. auch Lagerhallen, Verteilzentren, Baufirmen und Parkplatzflächen innerhalb des Areals. Diese Nutzungsklasse spiegelt demnach die Flächeninanspruchnahme durch Industrie und Gewerbe wider.

Karte 2.2 zeigt den Anteil der Nutzungs-kategorie „Industrieareal“ an der Gesamtfläche der Gemeinden für 1994. Zusätzlich ist das Verkehrsnetz (Eisenbahnlislinien und überörtliche Strassen) dargestellt. Auf den ersten Blick wird deutlich, wie wichtig für Industrie- und Gewerbebetriebe eine gute verkehrsmässige Erschliessung ist. Längs der Verkehrslislinien, die sternförmig von Basel ausstrahlen,

haben sich Industriebetriebe in den Tälern des Hochrheins, der Ergolz und der Birs sowie im Fricktal angesiedelt. Dabei spielte ursprünglich die Erschliessung mit der Eisenbahn die wichtigste Rolle. Der Rhein als Wasserverkehrsstrasse sowie als Energielieferant brachte den Gemeinden längs des Hochrheins zusätzliche Standortvorteile für Industrieansiedlungen, was v.a. für die Entwicklung der chemischen Industrie wichtig war.

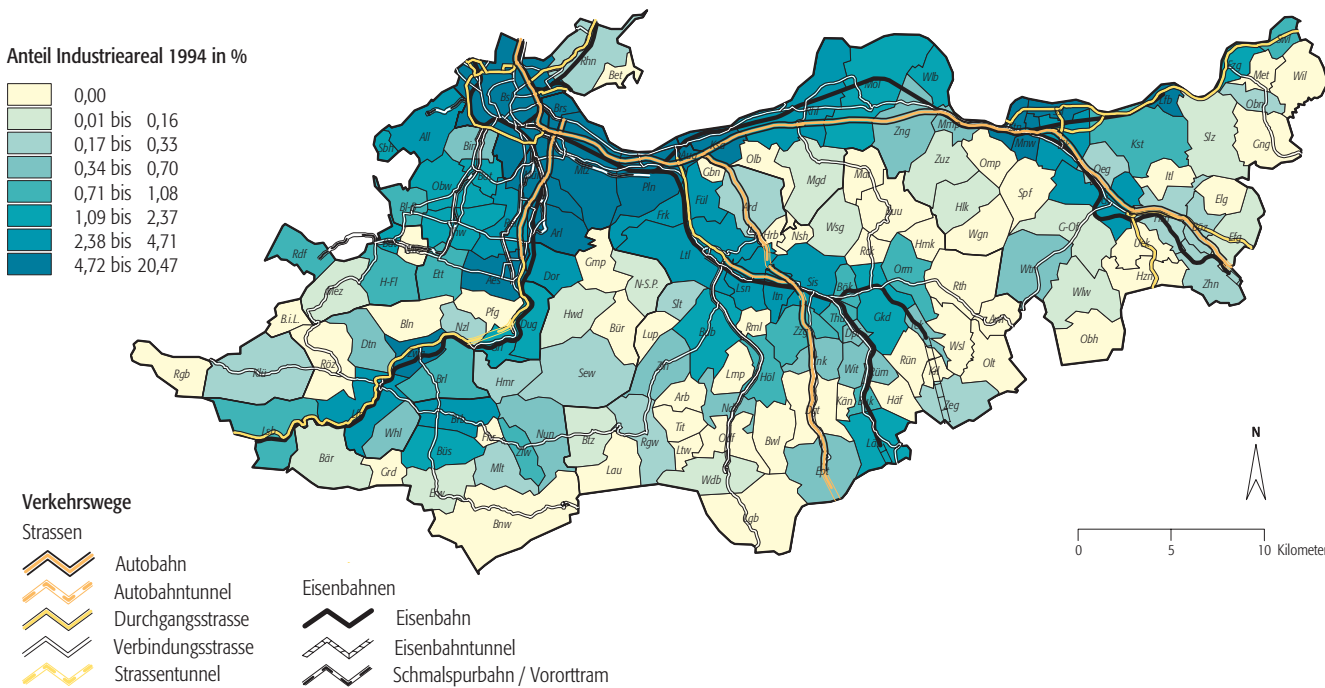
Diese historischen Tatsachen zeigen sich in der räumlichen Struktur der Bodennutzung bis in die Gegenwart. Abseits der Eisenbahnlislinien Basel–Liestal–Hauenstein (eröffnet 1857), Basel–Laufen–Delémont (1871) und Basel–Rheinfelden–Bözberg (1875) nehmen Industrieareale nur sehr geringe Flächenanteile ein. So ist beispielsweise das Diegertal, das über einen Autobahnanschluss, aber über keine Bahnverbindung verfügt, weniger stark industrialisiert als das benachbarte Homburgertal, das an

der Hauenstein-Eisenbahnstrecke liegt. Die höchsten Anteile von Industriearealen finden sich in Birsfelden mit dem Auhafen (20,5%) sowie an den Standorten der Basler Grossbetriebe der chemischen Industrie Pratteln (11,2%), Sisseln (10,5%), Basel (8,9%) und Muttenz (8,2%). Beinahe alle weiteren Gemeinden entlang der Talachsen zeigen Werte zwischen 2% und 8%, die meisten Orte auf den Hochflächen dagegen geringere Flächenanteile. In vielen ländlichen Gemeinden finden sich überhaupt keine Industrieareale.

Heute spielt die Erschliessung durch die Eisenbahn eine andere, wenngleich wichtige Rolle. Während die produktionsbezogenen Gütertransporte stärker als früher über die Strasse abgewickelt werden und deshalb ein Autobahnanschluss ein wichtiger Standortfaktor ist, kommt der Eisenbahn als Personentransportmittel eine grosse Bedeutung zu. Gerade Unternehmen mit starker Kundenorientierung wie unternehmensnahe

Karte 2.2

Anteil des Industrieareals an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1994



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Bern 1997.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Dienstleistungen, die zur Diversifizierung der regionalen Wirtschaft in Zeiten eines umfassenden Strukturwandels beitragen, sind auf einen guten Zugang zu öffentlichen Verkehrsnetzen angewiesen. Durch Verbesserungen der Netzqualität des öffentlichen Verkehrs, sowohl zwischen hochrangigen zentralen Orten als auch im regionalen Massstab, können Ansiedlungen solcher Unternehmen unterstützt werden. Dazu gehört auch die Überprüfung und Anpassung von Verknüpfungen zwischen internationalen und regionalen Verkehrssträgern.

2.4 Dynamik der Raumentwicklung – wie sich unsere Landschaft verändert

Der Zeitvergleich der Bodennutzungsstatistik zwischen 1982 und 1994 ermöglicht, raumstrukturelle Trends abzuleiten und damit abzuschätzen, inwieweit die Forderung nach sparsamem Umgang mit der Ressource Boden umgesetzt werden konnte. Karte 2.3 zeigt die Veränderung des Hauptbereichs „Siedlungsfläche“ insgesamt pro Gemeinde (Flächenfarbe) sowie nach den einzelnen Siedlungsarten pro Bezirk (Balkendiagramme).

Die Siedlungsflächen haben in fast allen Gemeinden der Nordwestschweiz zugenommen, insgesamt um 1 318 Hektar

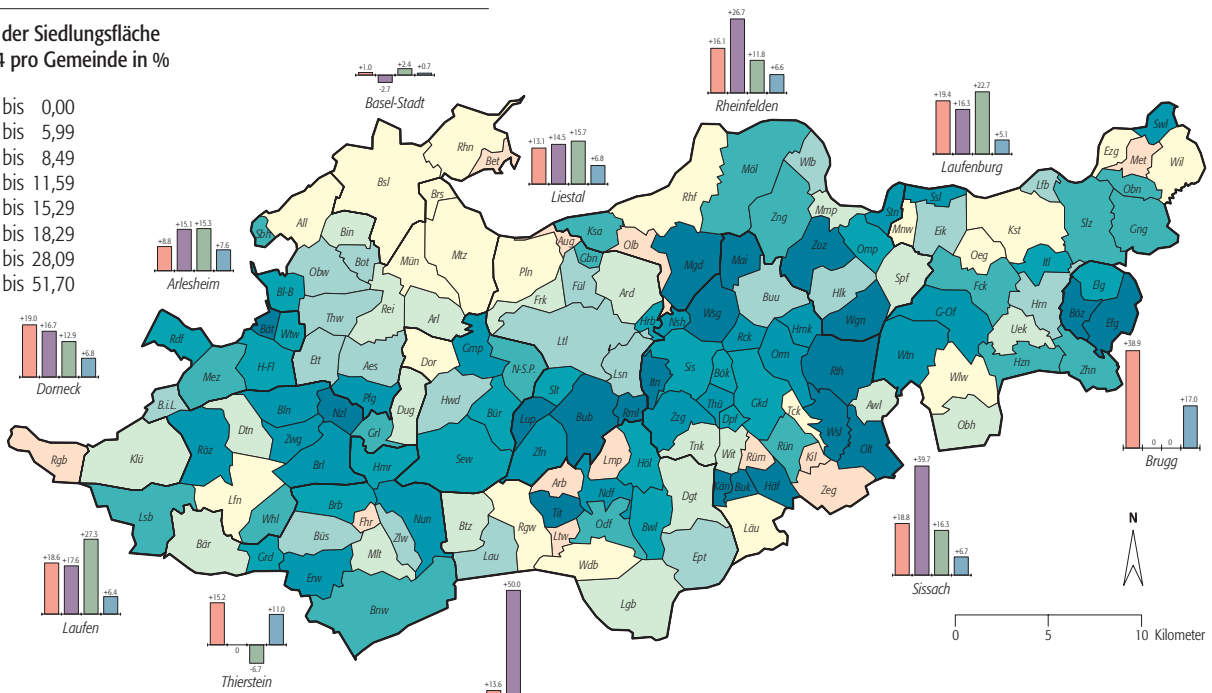
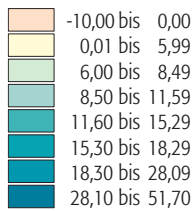
oder 9,2%. Dies geschah auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die im selben Zeitraum um 1 397 Hektar oder 3,2% abnahmen. Die bestockten Flächen blieben dagegen stabil, da der Wald durch das Bundesgesetz über den Wald (WaG) von 1991 flächenmässig und qualitativ geschützt ist: Die Waldflächen der Schweiz müssen in ihrer Ausdehnung und Funktion erhalten werden.

Die Zunahme der Siedlungsfläche fand nicht in allen Gemeinden gleich stark statt. Im Kanton Basel-Stadt betrug sie lediglich 0.5%. Dies ist auf den hohen Bebauungsgrad des Stadtkantons zurückzuführen. Flächenreserven finden sich hier lediglich im bebauten Bestand in Form brachfallender oder unternutzter Industrie- und Verkehrsareale, die zur Umnutzung frei werden. Hier bietet sich

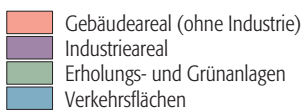
Karte 2.3

Dynamik der Siedlungsflächen in der Nordwestschweiz zwischen 1982 und 1994

Veränderung der Siedlungsfläche 1982 bis 1994 pro Gemeinde in %



Veränderung der einzelnen Siedlungsarten 1982 bis 1994 pro Bezirk in %



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
 Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau. Bern 1997.
 Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

jedoch ein sehr grosses Wieder- und Neubaupotenzial. Gegenwärtig werden auch Umzonungen bisher geschützter Freiflächen diskutiert. In einem Gürtel von Gemeinden rund um die Stadt Basel sowie in den regionalen Zentren Laufen, Liestal und Rheinfelden fand nur eine relativ geringe Zunahme der Siedlungsflächen statt (Bezirk Arlesheim +7,0%, Bezirk Liestal +10,2%).

Deutlich tritt ein Ring von Gemeinden in 15 und mehr Kilometern Entfernung von Basel hervor, in dem die Siedlungsflächen im Betrachtungszeitraum besonders stark gewachsen sind. Dieses Flächenwachstum erfasste sowohl Gemeinden in den Talachsen als auch die Jura-hochflächen, obwohl diese verkehrsmässig relativ schlecht erschlossen sind. Die höchsten Werte erreichten sogar peripher gelegene Gemeinden wie Oltingen (+51,7%), Häfelfingen (+46,2%), Rothenfluh (+42,9%) und Nenzlingen (+41,2%). Die Tendenz, dass sich das Siedlungswachstum mehr und mehr von den stadtnahen Gebieten in die Peripherie verlagert – man spricht vom Prozess der Counterurbanization –, konnte bereits im Themenheft „Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsdynamik

beider Basel“ in dieser Reihe nachgewiesen werden.

In Karte 2.3 sind zusätzlich die „Gewinne und Verluste“ der einzelnen Siedlungsarten auf Bezirksebene zwischen 1982 und 1994 in Prozenten dargestellt. Dabei muss beachtet werden, dass geringe Veränderungen, die auf einem niedrigen Niveau stattfinden, zu sehr hohen Prozentwerten führen können. So bedeutet die Zunahme des Industriereals im Bezirk Waldenburg um 50% in absoluten Zahlen lediglich eine Zunahme um sechs Hektar.

Beachtlich ist, dass sowohl Gebäudeareale ohne Industrieflächen, also v.a. Wohngebäude, als auch Industriearale beinahe flächendeckend zugenommen haben. Eine eindeutige Tendenz, welche der beiden Nutzungsarten stärker zunahm, lässt sich nicht erkennen. Auffällig ist die überall relativ einheitliche Zunahme der Verkehrsflächen um ca. 6%. Für das gesteigerte Mobilitätsbedürfnis wurden in der Nordwestschweiz in den betrachteten zwölf Jahren 250 Hektar für zusätzliche Verkehrsinfrastruktur bebaut.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Trend zum Landschaftsverbrauch und zur Zersiedlung zwischen 1982 und 1994 nicht aufzuhalten war. Die Karten 2.4 bis 2.6 machen den zeitlichen Aspekt nochmals deutlich. Dargestellt sind der tatsächlich beobachtete Anteil der Siedlungsfläche pro Gemeinde für 1982 und 1994 sowie – gleich bleibende Wachstumsraten vorausgesetzt – der fortgeschriebene Anteil im Jahr 2015. Für das Siedlungswachstum besonders relevante Entwicklungen wie Bevölkerungswachstum, Wohnflächenbedarf pro Person und konjunkturelle Entwicklung sind in dieser Trendfortschreibung nicht beachtet, es handelt sich lediglich um eine Hochrechnung der Zahlen von 1982 und 1994. Der Einfluss, den beispielsweise die Eröffnung der Autobahn N1, Basel–Zürich, auf die Gemeinden im oberen Fricktal hat, ist nicht berücksichtigt. Hier dürfte die Zunahme der Siedlungsflächen in noch schnellerem Tempo vorstatten gehen als in den Karten dargestellt.

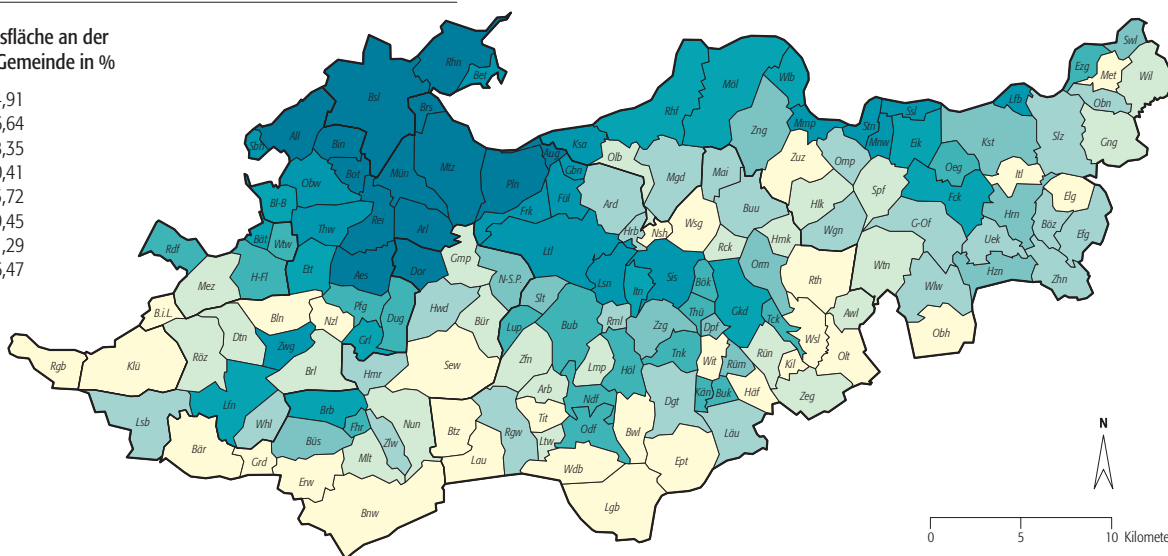
Sollte der zwischen 1982 und 1994 bestehende Trend anhalten, wird sich die Siedlungsfläche bis 2020 im Vergleich zum Wert von 1994 in Oltingen,

Karte 2.4

Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1982

Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche pro Gemeinde in %

- 2,03 bis 4,91
- 4,92 bis 6,64
- 6,65 bis 8,35
- 8,36 bis 10,41
- 10,42 bis 13,72
- 13,73 bis 19,45
- 19,46 bis 31,29
- 31,30 bis 86,47

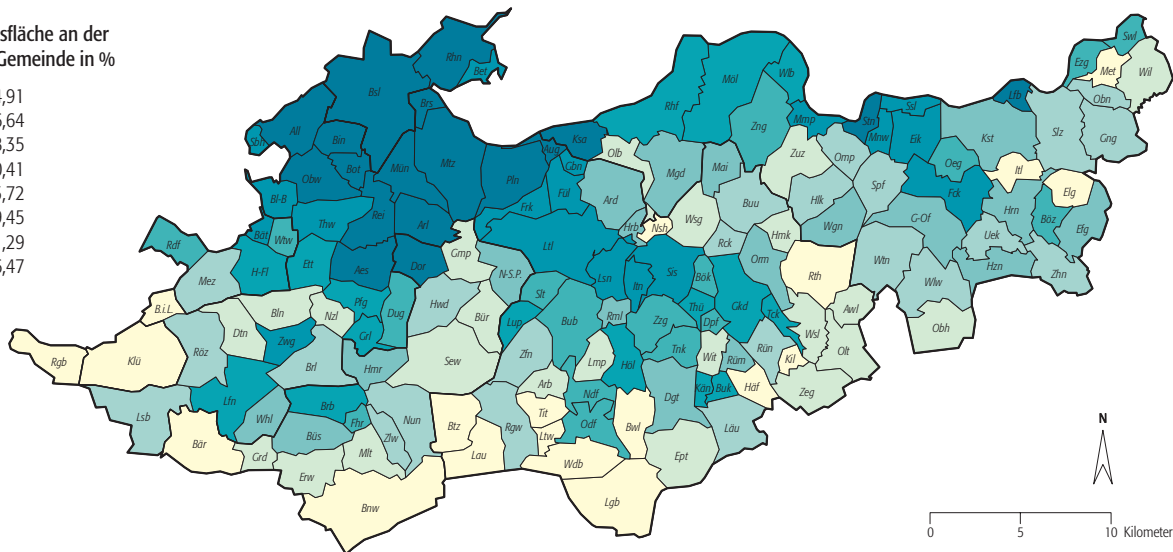
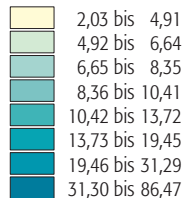


Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau. Bern 1997.
Kartgrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 2.5

Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 1994

Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche pro Gemeinde in %

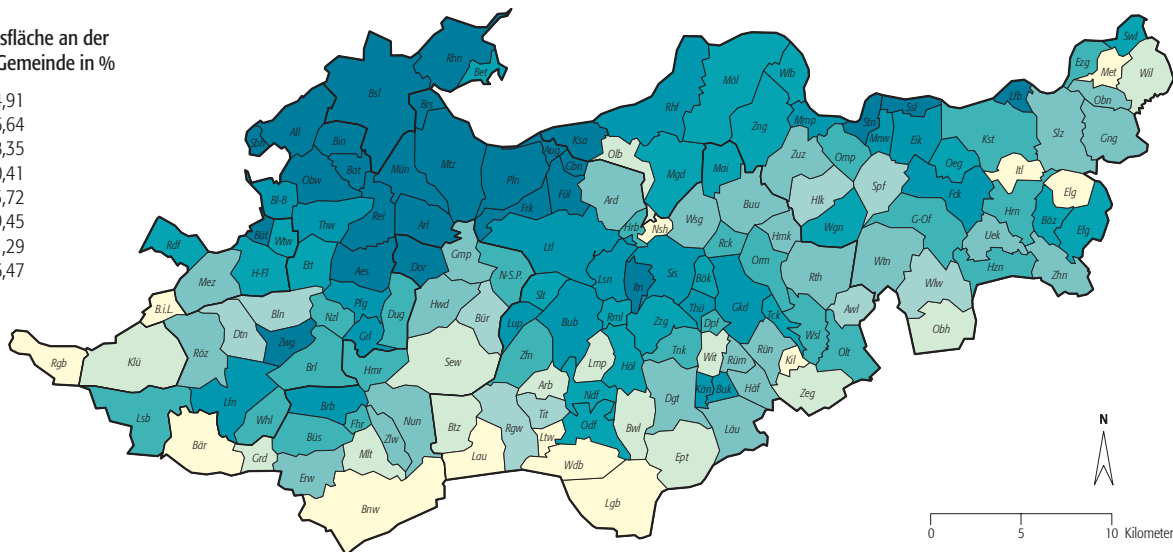
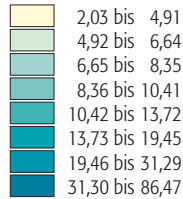


Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau. Bern 1997.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 2.6

Trendfortschreibung des Anteils der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche in der Nordwestschweiz 2015

Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche pro Gemeinde in %



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau. Bern 1997; eigene Berechnungen.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Häflingen, Rothenfluh, Nenzlingen, Effingen, Wenslingen, Bözen und Wegensteten mindestens verdoppelt haben. Das bedeutet, dass in nur 26 Jahren dieselbe Fläche verbraucht wird wie in der gesamten Siedlungsentwicklung zuvor. In Itingen, Arlesheim, Binningen, Sisseln, Stein und Effingen wird bis 2050 die gesamte Fläche – ausgenommen die unter Schutz stehende Waldfläche – bebautes Gebiet sein, falls nicht planerische Massnahmen ergriffen werden, die gegenwärtigen Trends zu stoppen.

2.5 Der Landschaftswandel in den vergangenen Jahrzehnten am Beispiel der Gemeinden Metzerlen und Aesch

Das Ausmass der räumlichen Veränderungen der Bodennutzung wird abschliessend anhand zweier Gemeinden gezeigt. Grundlage sind Auswertungen topographischer Karten und Luftbilder von den 1950er- bis in die 1990er-Jahre.

Metzerlen

Metzerlen ist ein stark agrarisch, vom Obstbau geprägtes Dorf. Es liegt abseits der wichtigen Verkehrsverbindungen im solothurnischen Bezirk Dorneck, etwa 15 Kilometer von Basel entfernt. Die Ist-Zustand-Kartierung von 1959 zeigt die typische dörfliche Struktur (Karte 2.7). Um einen dicht bebauten Dorfkern liegen einige bäuerliche Anwesen. In der Nähe finden sich die arbeitsintensiven Obstkulturen, in weiterer Entfernung Acker- und Weideland, die Jurahügel am Rande der Gemarkung sind mit Wäldern bestanden. Am östlichen Rand der Gemeindefläche liegt das Wallfahrtskloster Mariastein, das zahlreiche Pilger anzieht. Die Situation von 1994 erscheint nur wenig verändert (Karte 2.8). Am Rande des bebauten Bereichs entstanden einige Einzelhäuser und die Obstbauflächen nahmen um etwa 30% ab, machen aber noch immer einen bedeutenden Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Die „Counterurbanization“ hat das Leimentaler Dorf bisher nur wenig erfasst. Hier mag sich die periphere Lage bremsend ausgewirkt haben.

Aesch

Eine wesentlich stärkere Entwicklung spielte sich in der Gemeinde Aesch ab (Karten 2.9 und 2.10). Der Ort ist der Endpunkt einer Tramlinie aus Basel und auch mit dem Auto in wenigen Minuten von Basel aus zu erreichen. Schon in den 50er-Jahren gab es einige Einfamilienhaussiedlungen am Rand des alten Dorfkerns, die sich bis 1994 weit ausgedehnt haben. Im Süden sind sie mit der Nachbargemeinde Pfeffingen bereits zusammengewachsen. Aber auch „städtischere“ Siedlungsformen, wie Reihen- und Zeilenbebauung und einige Wohnhochhäuser, wurden im Betrachtungszeitraum erstellt. Die Bevölkerung wuchs im selben Zeitraum von ca. 3 600 auf 10 000 Einwohner. Grossflächige Anlagen zur Versorgung der wachsenden Bevölkerung wurden gebaut, so z.B. das Hallen- und Freibad, Schulhäuser sowie das Altersheim. Auch das Gewerbe entwickelte sich stark und nahm 1994 deutlich mehr Fläche in Anspruch als noch 35 Jahre zuvor (Blockbebauung). Die bauliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte fand v.a. auf ehemals landwirtschaftlich genutztem Gebiet statt. Die Wiesen- und Ackerflächen nahmen um 30% ab. Auch die Obstbaufläche wurde in ähnlichem Ausmass reduziert. Der Rebbau am Weinberg in der Klus dagegen konnte erhalten werden – die Rebanlagen wurden im betrachteten Zeitraum sogar erheblich ausgedehnt.

Aesch ist ein typisches Beispiel für eine Gemeinde, die stark von der suburbanen Dynamik im näheren Umland von Basel erfasst wurde, sich jedoch noch einen Rest ländlicher Prägung erhalten konnte. Die Kombination aus der Stadtnähe und der weitgehend intakten Kulturlandschaft auf dem Gemeindebann macht Aesch für Zuzüger aus Basel weiterhin interessant; das Ende des Siedlungswachstums ist hier noch nicht erreicht, wenngleich sich die Bevölkerungszuwächse in den 90er-Jahren etwas abgeschwächt haben.

Die Entwicklung von Aesch zeigt, wie sich eine agrarisch geprägte Gemeinde in nur 40 Jahren in eine suburbane Wohn- und Arbeitsgemeinde verwandeln kann. Auch wenn nach wie vor grosse Gebiete landwirtschaftlich genutzt

werden und damit ihren landschaftlichen Reiz nicht verloren haben, ging die Naturnähe durch den Landschaftsverbrauch doch für weite Bereiche verloren. Das Ideal des „Lebens im Grünen“ ist für Neuzuzüger nur noch schwer zu finden; zu viele haben sich in den vergangenen Jahrzehnten eben dieses Ideal dort verwirklicht.

2.6 Fazit



















Die rasante Umwandlung von „freier Landschaft“ in Siedlungsfläche hat nicht nur die traditionelle Kulturlandschaft teilweise bis zur Unkenntlichkeit verändert. Die Umwidmung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Wohn- und Gewerbegebiete sowie Verkehrsfläche in der Nachkriegszeit hat inzwischen auch umweltbelastende Ausmasse erreicht. Der Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird zunehmend durchschnitten, grosse zusammenhängende Freiflächen für wichtige ökologische Ausgleichsfunktionen fehlen im Agglomerationsgebiet weitgehend. Strassen und öffentliche Verkehrsmittel stossen immer wieder an ihre Kapazitätsgrenzen, was Ausbauen und damit neue Landschaftsumwandlungen nötig macht. Diese Entwicklung ist Ausdruck steigenden Wohlstands und wachsender Lebensqualität, zugleich beginnt sich das flächenverbrauchende Wachstum aber auch als Gefahr für die erreichte Lebensqualität abzuzeichnen. Als Reaktion auf die geschilderten Trends wurden in der Raumplanung zahlreiche Ansätze entwickelt, über deren Sinn auch in der Region Nordwestschweiz verstärkt nachgedacht werden sollte. Dazu zählen:

- Kosten-Nutzen-Analysen für neue flächenverbrauchende Projekte,
- ganzheitliches Denken und Handeln bei planerischen Prozessen,
- verstärkte Anwendung des Verursacherprinzips und der Verantwortungsübernahme,
- innovative Raumbewirtschaftungsstrategien einschliesslich der Umnutzung von Gebäudebrachen und frei werdenden Gewerbearealen,
- Nachverdichtung im Siedlungsbestand statt Neubauten am Siedlungsrand,
- agglomerationsweites Flächenmanagement statt Konkurrenz der Gemeinden.

Karte 2.7

**Oberflächenbedeckung
in der Gemeinde Metzerlen SO 1959**

Oberflächenbedeckung



















- | | |
|---|--|
|  Wald, Hain |  Blockbebauung (z.B. Gewerbebauten) |
|  Wiese, Acker |  Zeilenbebauung |
|  Obstanlage |  Einzelhausbebauung |
|  Rebanlage |  Hochhäuser (mind. 7 Geschosse) |
|  Grünanlage, Park |  Alter Dorfkern |
|  Friedhof |  Landwirtschaftsgebäude |
|  Kleingartenanlage |  Baustelle |
|  Sportanlage |  Strasse, Kfz-Abstellplatz |
|  Wasserfläche | |
|  Kiesabbaufläche | |



Karte 2.8

**Oberflächenbedeckung
in der Gemeinde Metzerlen SO 1994**

Oberflächenbedeckung

- | | |
|---|--|
|  Wald, Hain |  Blockbebauung (z.B. Gewerbebauten) |
|  Wiese, Acker |  Zeilenbebauung |
|  Obstanlage |  Einzelhausbebauung |
|  Rebanlage |  Hochhäuser (mind. 7 Geschosse) |
|  Grünanlage, Park |  Alter Dorfkern |
|  Friedhof |  Landwirtschaftsgebäude |
|  Kleingartenanlage |  Baustelle |
|  Sportanlage |  Strasse, Kfz-Abstellplatz |
|  Wasserfläche | |
|  Kiesabbaufläche | |



Karte 2.7 und 2.8:

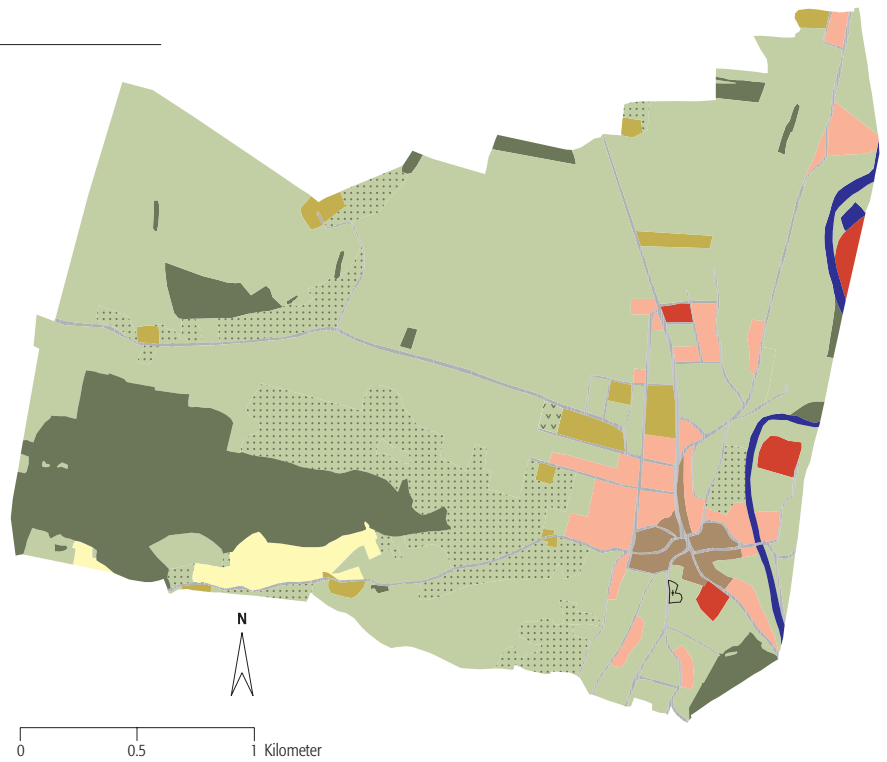
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Kartengrundlage: Luftbilder der Landestopographie von 1959 und 1994, Landeskarte 1 : 25 000, Blätter 1066 (Ausgaben 1953 und 1996) und 1067 (Ausgaben 1955 und 1997).

Karte 2.9

**Oberflächenbedeckung in der Gemeinde
Aesch BL 1959**

Oberflächenbedeckung

-  Wald, Hain
-  Wiese, Acker
-  Obstanlage
-  Rebanlage
-  Grünanlage, Park
-  Friedhof
-  Kleingartenanlage
-  Sportanlage
-  Wasserfläche
-  Kiesabbaufläche
-  Blockbebauung (z.B. Gewerbebauten)
-  Zeilenbebauung
-  Einzelhausbebauung
-  Hochhäuser (mind. 7 Geschosse)
-  Alter Dorfkern
-  Landwirtschaftsgebäude
-  Baustelle
-  Strasse, Kfz-Abstellplatz

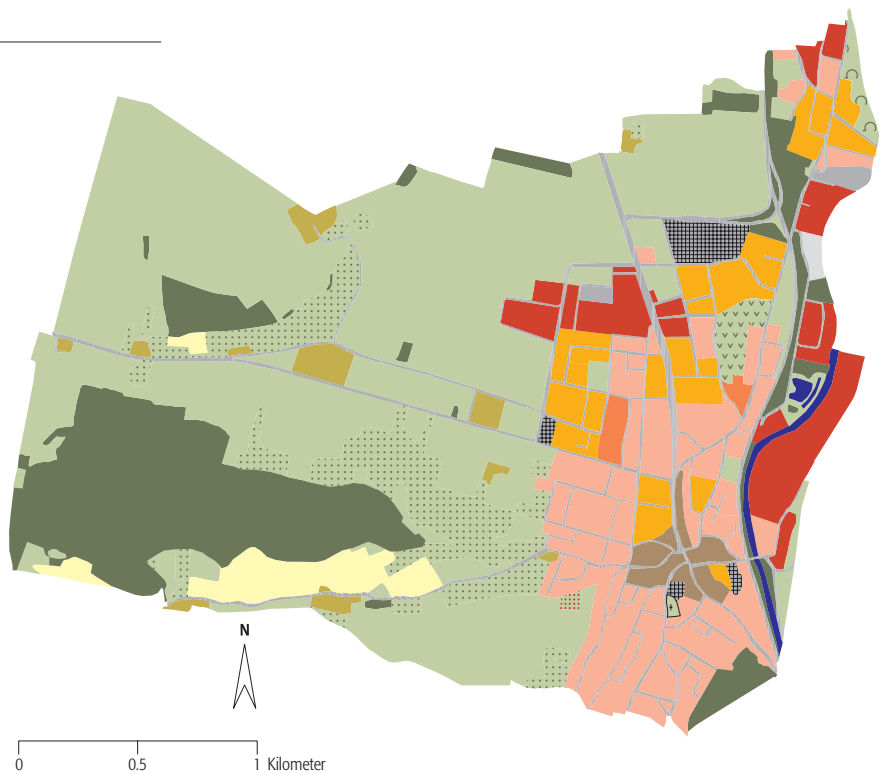


Karte 2.10

**Oberflächenbedeckung in der Gemeinde
Aesch BL 1994**

Oberflächenbedeckung

-  Wald, Hain
-  Wiese, Acker
-  Obstanlage
-  Rebanlage
-  Grünanlage, Park
-  Friedhof
-  Kleingartenanlage
-  Sportanlage
-  Wasserfläche
-  Kiesabbaufläche
-  Blockbebauung (z.B. Gewerbebauten)
-  Zeilenbebauung
-  Einzelhausbebauung
-  Hochhäuser (mind. 7 Geschosse)
-  Alter Dorfkern
-  Landwirtschaftsgebäude
-  Baustelle
-  Strasse, Kfz-Abstellplatz



Karte 2.9 und 2.10:

Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Kartengrundlage: Luftbilder der Landestopographie von 1959 und 1994, Landeskarte 1 : 25 000, Blätter 1066 (Ausgaben 1953 und 1996) und 1067 (Ausgaben 1955 und 1997).

3 Wirtschaftsstruktur

Im Branchenspektrum der Nordwestschweiz dominieren das Gesundheits- und Sozialwesen, die chemische Industrie, der Detailhandel, die Dienstleistungen für Unternehmen sowie das Baugewerbe. Gegenüber dem gesamtschweizerischen Branchenspektrum ist zudem die hohe Bedeutung der mit dem Verkehr verbundenen Tätigkeiten augenfällig. Die Betriebsgrößenstruktur wird massgeblich von den Mikro-, Klein- und Mittelunternehmen dominiert. Räumlich gesehen liegen die Beschäftigungsschwerpunkte der Nordwestschweiz in der Umgebung von Basel sowie in den von Basel ausgehenden Juratälern, wobei hochrangige Funktionen im Zentrum konzentriert sind.

3.1 Methodische Aspekte

Die Erfassung des regionalwirtschaftlichen Strukturwandels ist aus mehreren Gründen wichtig, sie erlaubt die:

- Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Neue Sektoren-, Branchen-, Betriebsgrößen- und Beschäftigtenstrukturen erfordern neue Rahmenbedingungen, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu optimieren.
- Stärkung der Stärken: Die Kenntnis regionaler Strukturen und Besonderheiten ist eine zentrale Voraussetzung, um den Standort im Rahmen des zunehmenden Standortwettbewerbs zu stärken.
- Steuerung der regionalen Entwicklung: Man muss Prozesse erfassen, um Entwicklungen zu beobachten und steuernd eingreifen zu können.
- Optimierung strukturpolitischer Massnahmen: Sich wandelnde Strukturen erfordern gegebenenfalls gezielte Eingriffe im Rahmen der Strukturpolitik, um die Zusammensetzung der Volkswirtschaft in personeller, sektorieller und regionaler Hinsicht zu verbessern.

Nach Fourastié wird das wirtschaftliche Wachstum im zeitlichen Verlauf von einer Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts vom primären über den sekundären zum tertiären Sektor begleitet. Die Geschwindigkeit der Strukturverschiebung in Produktion und Beschäftigung wiederum ist eine wesentliche Determinante des Volkseinkommens. Der Strukturwandel wird u.a. durch eine mit der Einkommenserhöhung veränderte Einkommenselastizität der Nachfrage und auf der Angebotsseite

durch Unterschiede in den sektoralen Zuwachsraten der Produktivität erklärt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Einkommenselastizität der Nachfrage bei Industriegütern und Dienstleistungen höher ist als bei Agrarprodukten. Die Einkommenselastizität bezeichnet die Veränderung der Nachfrage mit Veränderung des Einkommens. Eine Zunahme des Einkommens führt in einer modernen Gesellschaft folglich zu einer Verschiebung der Nachfrage von Gütern des primären Bereichs (Landwirtschaft, Forstwirtschaft) zu Industriegütern und schliesslich zu Dienstleistungen.

3.1.1 Eidgenössische Betriebszählung

Grundlage der vorliegenden Ausführungen sind die Daten der eidgenössischen Betriebszählungen von 1991 und 1998. Bei der Betriebszählung handelt es sich um eine wiederkehrende Strukturerhebung. Als Vollerhebung bezieht sich die Betriebszählung auf alle produzierenden Einheiten der Schweiz. Sie liefert die wichtigsten Strukturmerkmale unter ökonomischen und räumlichen Gesichtspunkten. Damit kann die Betriebszählung als Rückgrat der schweizerischen Wirtschaftsstatistik bezeichnet werden. Durchgeführt wird die Betriebszählung vom Bundesamt für Statistik in Kooperation mit den kantonalen und städtischen statistischen Ämtern.

Die erste Betriebszählung der Schweiz datiert aus dem Jahr 1905. Doch erst die vierte Zählung von 1955 bildete den Anfang einer periodischen Durchführung der Erhebung im Zehnjahresrhythmus. Die letzte umfassende Betriebszählung in dieser Folge fand 1995 statt. Dem rasanten sozioökonomischen Wandel

genügt ein Erhebungsintervall von zehn Jahren nicht mehr. Deshalb wurde es nötig, in kürzeren Abständen zusätzliche Erhebungen durchzuführen. Die erste Erhebung dieser Art fand 1991 (Stichtag 30. September) statt. Eine weitere Vollerhebung mit reduziertem Fragekatalog wurde 1998 durchgeführt.

In der Folge sollen einige Begriffe der Betriebszählung kurz erläutert werden:

- **Arbeitsstätten:** Eine Arbeitsstätte (örtliche Einheit) ist eine abgegrenzte Einheit, in der eine oder mehrere Personen während mindestens zwanzig Stunden pro Woche eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Tätigkeit entlohnt wird oder nicht. Es werden aber nur die Arbeitsstunden jener Personen summiert, die mindestens 6 Stunden pro Woche arbeiten. Arbeitsstätten des gleichen Unternehmens in derselben Gemeinde, die nur durch eine Strasse, Bahnlinie, einen Bach etc. getrennt sind, werden ebenfalls als örtliche Einheit und somit als nur eine Arbeitsstätte betrachtet. Verschiedene Arbeitsstätten eines Unternehmens auf demselben Grundstück, die unterschiedliche Tätigkeiten ausüben, gelten als eine Arbeitsstätte. Arbeitsstätten verschiedener Unternehmen auf dem gleichen Grundstück, z.B. in einem Geschäfts-, Büro- oder Gemeinschaftswarenhause, werden einzeln gezählt.
- **Beschäftigte:** In die Erhebung einbezogen werden all jene Beschäftigten einer erfassten Arbeitsstätte, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis stehen und mindestens 6 Stunden pro Woche gearbeitet haben. Ob sie

für eine Tätigkeit Lohn bezogen oder unentgeltliche Arbeit geleistet haben, ist unerheblich.

- Betriebsgrößenstruktur: Bei der Betriebsgrößenstruktur wird zwischen Mikrounternehmen (0–9 Vollzeitbeschäftigte), Kleinunternehmen (10–49 Vollzeitbeschäftigte), Mittelunternehmen (50–249 Vollzeitbeschäftigte) und Grossunternehmen (ab 250 Vollzeitbeschäftigte) unterschieden.
- NOGA: Die NOGA (Nomenclature générale des activités économiques) ist eine fünfstufige, hierarchisch gegliederte Branchensystematik (Tab. 3.1). Die ersten vier Ebenen sind mit der Wirtschaftszweigsystematik der Europäischen Union identisch. Mit

der fünften Ebene wird ausschliesslich schweizerischen Gegebenheiten Rechnung getragen.

- Branchenzuordnung: Um eine Erhebungseinheit einer bestimmten Branche der Wirtschaftszweigsystematik zuordnen zu können, bedarf es der Bestimmung jener Tätigkeit, die den grössten Personaleinsatz verlangt (Überwiegungskriterium).

3.1.2 Räumliche Aggregationseinheiten

Für die Untersuchung von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik wurde die Nordwestschweiz in die drei Raumeinheiten Zentrum, Agglomeration sowie Peripherie untergliedert (Karte 3.1,

Tab. 3.2). Methodisch wurde dabei auf die amtliche Abgrenzung der Agglomerationen von 1990 zurückgegriffen. Dieser liegt folgende Definition zugrunde:

Zusammenhängende Gebiete: Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20 000 Einwohnern. *Kernzone:* Jede Agglomeration besitzt eine Kernzone, die aus der Kerngemeinde und gegebenenfalls weiteren Gemeinden besteht, die jede mindestens 2 000 Arbeitsplätze und mindestens 85 Arbeitsplätze (in der Gemeinde arbeitende Personen) auf 100 wohnhafte Erwerbstätige aufweist. Diese Gemeinden müssen ferner entweder mindestens ein Sechstel ihrer Erwerbstätigen in die Kerngemeinde entsenden oder mit

Tabelle 3.1

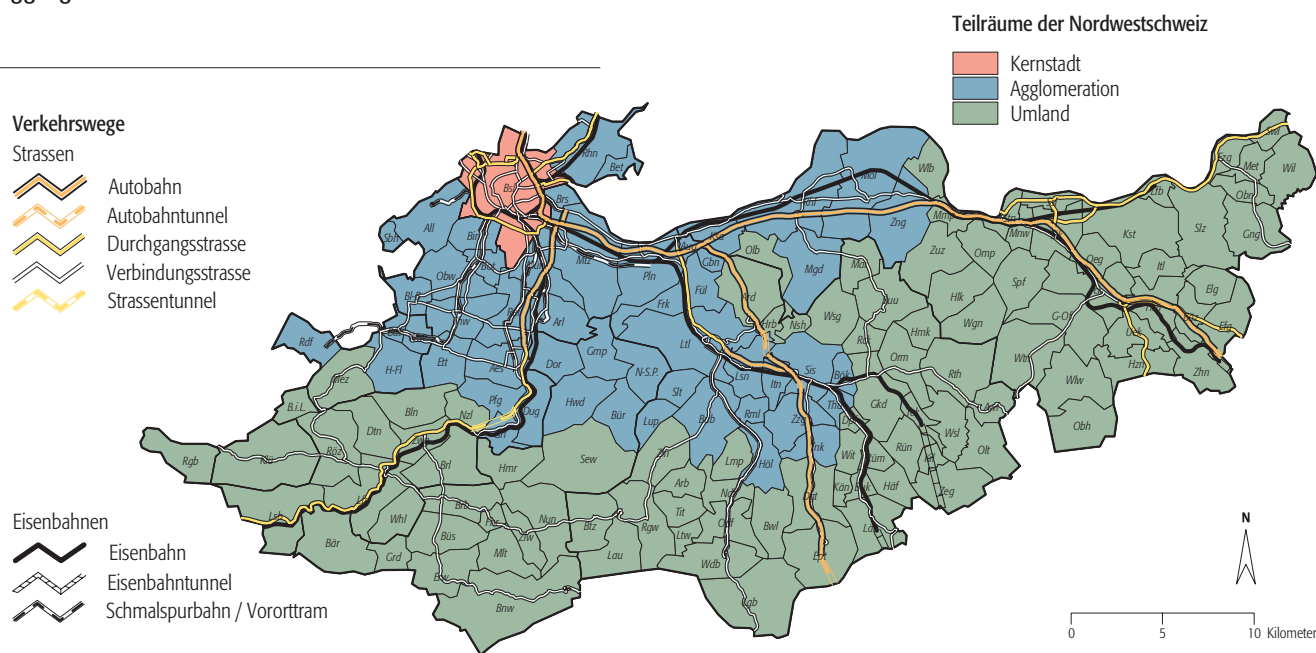
Auswahl der Branchen der Nordwestschweiz nach NOGA-Ebene 2 1998

Sektor II (produzierendes u. verarbeitendes Gewerbe, Industrie)	Sektor III (Handel und Dienstleistungen)
Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken	Handel und Reparatur von Automobilen
Tabakverarbeitung	Grosshandel und Handelsvermittlung
Textilgewerbe	Detailhandel und Reparatur
Herstellung von Bekleidung und Pelzwaren	Gastgewerbe
Herstellung von Lederwaren und Schuhen	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
Be- und Verarbeitung von Holz	Schifffahrt
Papier- und Kartongewerbe	Luftfahrt
Verlag, Druck, Vervielfältigung	Hilfs- und Nebentätigkeiten für Verkehr
Kokerei, Mineralölverarbeitung	Nachrichtenübermittlung
Chemische Industrie	Kreditgewerbe
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	Versicherungsgewerbe
Herstellung von sonstigen nichtmetallischen Mineralien	Mit Kredit und Versicherungen verbundene Tätigkeiten
Erzeugung und Bearbeitung von Metall	Immobilienwesen
Herstellung von Metallerzeugnissen	Vermietung beweglicher Sachen
Maschinenbau	Informatikdienste
Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten	Forschung und Entwicklung
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung	Dienstleistungen für Unternehmen
Herstellung von Geräten der Radio/TV-Technik	Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung
Herstellung von Präzisions- und medizinischen Instrumenten	Unterrichtswesen
Herstellung von Automobilen, Anhängern und Zubehör	Gesundheits- und Sozialwesen
Herstellung von sonstigen Fahrzeugen	Abfallbeseitigung/-entsorgung
Herstellung von Möbeln/Schmuck/Sportgeräten	Interessenvertretungen/Vereinigungen
Rückgewinnung und Recycling	Unterhaltung, Kultur, Sport
Baugewerbe	Persönliche Dienstleistungen

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998.

Karte 3.1

Aggregationsräume in der Nordwestschweiz



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Raumgliederung der Schweiz. Bern 1994: 177–179.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Tabelle 3.2

Charakteristika der Aggregationsräume der Nordwestschweiz

	Kernstadt	Agglomeration	Peripherie	Gesamtraum
Mittlere Wohnbevölkerung (1998)	173 216	270 195	97 527	540 938
Fläche in ha	2 385	33 111	65 584	101 080
Einwohner pro ha (1998)	72,6	8,2	1,5	5,4
Ausländeranteil in % (1998)	28,0	16,9	11,7	19,5
Wanderungssaldo (1998)	-2 035	613	556	-866
Geburtenüberschuss (1998)	-603	407	348	152
Anteil Bevölkerung über 65 in % (1990)	20,0	13,0	13,2	15,3
Erwerbstätigenquote in % (1990)	50,9	24,1	50,7	37,5
Auspendlerquote in % (1990)	16,5	67,5	63,0	43,3
Zupendler (1990)	62 671	28 357	16 283	107 311
Beschäftigte (1998)	144 470	116 931	32 843	294 244
Beschäftigte pro Einwohner (1998)	0,83	0,43	0,34	0,54
Anteil Sektor II in % (1998)	25,4	35,7	53,5	32,6
Anteil Sektor III in % (1998)	74,6	64,3	46,5	67,4
Anzahl Arbeitsstätten (1998)	10 405	11 770	4 400	26 575
Anzahl Arbeitsstätten Sektor II (1998)	1 491	2 581	1 230	5 302
Anzahl Arbeitsstätten Sektor III (1998)	8 914	9 189	3 170	21 273
Anteil der Einpersonenhaushalte in % (1990)	46,5	26,9	21,4	36,2

Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes 1998; Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; Bundesamt für Statistik, Arealstatistik der Schweiz; Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

dieser baulich verbunden sein oder an sie angrenzen. *Zuteilung*: Eine nicht der Kernzone zugehörige Gemeinde wird der Agglomeration zugeteilt, wenn mindestens ein Sechstel ihrer Erwerbstätigen in der Kernzone arbeitet und mindestens drei der fünf folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Baulicher Zusammenhang mit der Kerngemeinde; Baulücken durch Nichtsiedlungsgebiet (Landwirtschaftsland, Wald) dürfen 200 Meter nicht überschreiten.
- Die kombinierte Einwohner-/Arbeitsplatzdichte je Hektar Siedlungs- und Landwirtschaftsfläche übersteigt 10.
- Das Bevölkerungswachstum im vorangehenden Jahrzehnt liegt um 10 Prozentpunkte über dem schweizerischen Mittel. Dieses Kriterium findet nur Anwendung für Gemeinden, die noch keiner Agglomeration angehört haben; für bestehende Agglomerationsgemeinden gilt es unabhängig vom erreichten Wert als erfüllt.
- Mindestens ein Drittel der wohnhaften Erwerbstätigen arbeitet in der Kernzone. Schwellengemeinden, die an zwei Agglomerationen angrenzen,

erfüllen dieses Kriterium auch dann, wenn mindestens 40% der Erwerbstätigen in beiden Kernzonen zusammen arbeiten und auf jede einzelne mindestens ein Sechstel entfällt.

- Der Anteil der Erwerbstätigen (Wohnortprinzip) im primären Sektor darf das Doppelte des gesamtschweizerischen Anteils nicht überschreiten.

3.2 Charakteristika der Regionalökonomie

1998 waren in der Nordwestschweiz 294 244 Personen beschäftigt, dies entspricht einem Wert von 544 Beschäftigten pro 1 000 Einwohner (Schweiz 486,7 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner). 32,6% (Schweiz 29,5%) der Beschäftigten arbeiten im sekundären (II.) und 198 228 Beschäftigte im tertiären (III.) Sektor. 59,9% der Beschäftigten (176 349) sind Männer. Die Beschäftigtenanteile der Frauen betragen 21,4% im II. Sektor und 49,1% im III. Sektor.

Im Branchenspektrum der Nordwestschweiz dominieren das Gesundheits- und Sozialwesen mit 32 421 Beschäftigten (11,1% der Gesamtbeschäftigten),

die chemische Industrie mit 26 806 Beschäftigten (9,1%), der Detailhandel und die Reparatur von Gebrauchsgütern mit 25 989 Beschäftigten (8,8%), die Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen mit 24 713 Beschäftigten (8,4%) sowie das Baugewerbe mit 24 638 Beschäftigten (8,4%) (Abb. 3.1).

Gegenüber der gesamtschweizerischen Branchenstruktur lassen sich folgende Besonderheiten beobachten:

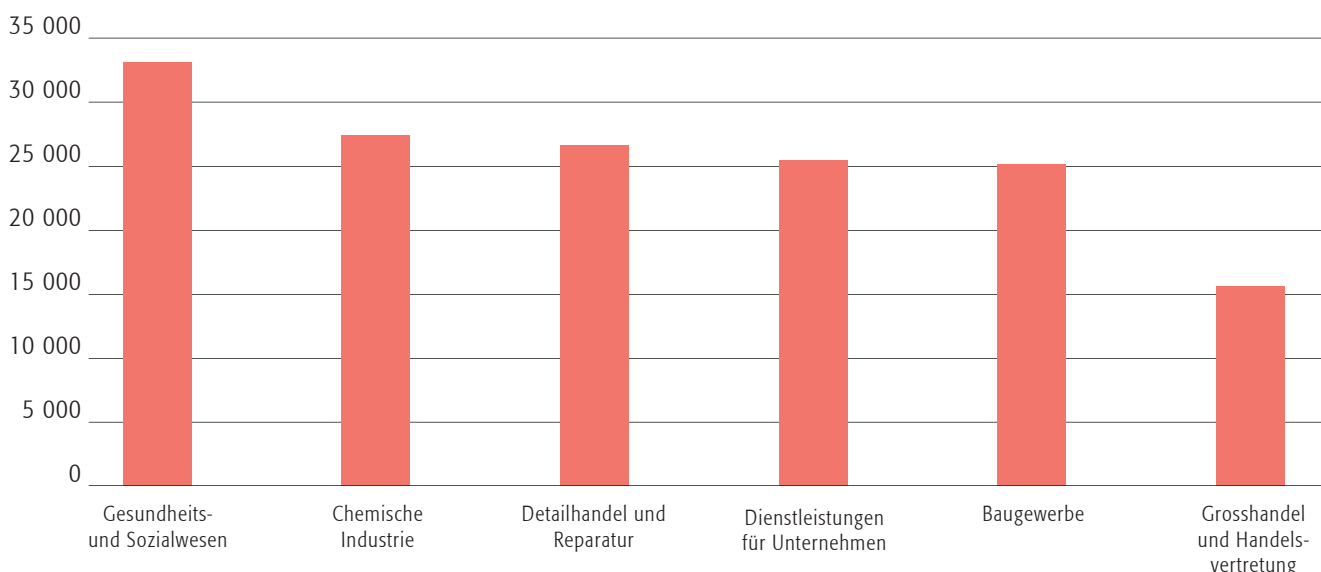
- überragende Bedeutung der Chemischen Industrie,
- grösseres Gewicht des Gesundheits- und Sozialwesens,
- überdurchschnittlich starke Vertretung der Dienstleistungen für Unternehmen sowie der Informatikdienste,
- hohe Bedeutung der mit dem Verkehr verbundenen Tätigkeiten (Hilfs-/Nebentätigkeit für den Verkehr; Grosshandel und Handelsvertretung; Landverkehr/Rohrfernleitungen; Luftfahrt).

Die Betriebsgrößenstruktur der Nordwestschweiz wird massgeblich von den

Abbildung 3.1

Die beschäftigungswirksamsten Branchen in der Nordwestschweiz 1998

Beschäftigte



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Mikro-, Klein- und Mittelunternehmen (weniger als 249 Vollzeitbeschäftigte pro Arbeitsstätte) geprägt. 1998 gehörten 77,6% der Beschäftigten der Nordwestschweiz Klein- und Mittelunternehmen an. Neben der zentralen Bedeutung als Abnehmer des Arbeitskräftepotenzials erfüllen Klein- und Mittelunternehmen weitere wichtige Funktionen: Sie

- fördern die Vielfalt der regionalen Wirtschaft und mindern die Abhängigkeit von einzelnen Produkten oder Produktgruppen,
- regen den Wettbewerb und die regionale Innovationsfähigkeit an,
- beliefern Grossbetriebe mit Produkten und tragen durch ihre Vorleistungen massgebend zur regionalen Wertschöpfung bei,
- können Ausgangspunkt zur Bildung von Grossbetrieben sein.

1998 arbeiten 26,9% (Schweiz 25,8%) der Beschäftigten in Teilzeit. Im sekundären Sektor beläuft sich die Teilzeitarbeit auf 10,4% (Schweiz 10,4%), im tertiären Sektor auf 34,9% (Schweiz 32,2%). Teilzeitarbeit ist ein stark geschlechterspezifisches Phänomen. Lediglich 10,4% der Männer (Schweiz 10,3%), aber 51,5% (Schweiz 47,6%) der Frauen arbeiten in Teilzeit. Entsprechend ist Teilzeitarbeit vor allem in Branchen mit hohem Frauenanteil (Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen und Detailhandel) und damit insbesondere im tertiären Sektor vorzufinden (Abb. 3.2).

3.3 Räumliche Struktur der Wirtschaft

3.3.1 Räumliche Verteilung der Beschäftigten

Räumlich gesehen liegen die Beschäftigungsschwerpunkte der Nordwestschweiz in der Umgebung von Basel, im Rhein-, Ergolz-, Waldenburger-, und Laufental. Neben dem Kanton Basel-Stadt als Hauptbeschäftigungspunkt der Nordwestschweiz (Tab. 3.3, Karte 3.2) treten die östlich angrenzenden Gemeinden sowie die Bezirkshauptorte als Beschäftigungsschwerpunkte in Erscheinung. Wichtige Standortfaktoren sind die Agglomerationsvorteile: Ausbildungsangebot, kulturelles Angebot, Nähe zu Forschungsinstituten, zur Konkurrenz,

Beispiele erfolgreicher Klein- und Mittelbetriebe in der Nordwestschweiz

Thuba, Basel: Die Engineering-Firma konnte 1998 ein Umsatzwachstum von 22% verzeichnen. Der Chef Peter Thurnherr gehört zu den europäischen Topexperten im Bereich des Explosionsschutzes. Das Unternehmen profitiert von den immer strengeren Vorschriften zum Explosionsschutz in Gebäuden und Anlagen (Quelle: Bilanz, Juni 1999: 68).

Bachem, Bubendorf: Bachem wurde 1971 von Peter Grogg in Liestal gegründet. Von 1977 bis 1998 konnte die in der Peptidherstellung tätige Gruppe ihren Personalbestand von 2 auf 331 Angestellte vergrössern (Quelle: <http://www.bachem.com>).

Actelion, Allschwil: Die 1997 von international renommierten Forschern gegründete Firma hat in anderthalb Jahren mehr als 70 Millionen Franken Beteiligungskapital generiert. Entwickelt und produziert werden Medikamente, u.a. gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Für den früheren Roche-Entwicklungsmanager Widaman sind die Unternehmenserfolge nicht zuletzt auf den Standort Basel zurückzuführen, der nach wie vor ein weltweit beinahe einzigartiges Potenzial bietet (Quelle: Bilanz, Juni 1999: 56).

Nanosurf AG, Liestal: Das Unternehmen ist ein Spinn-off der Universität Basel aus der Gruppe um den Physikprofessor Hans-Joachim-Güntherodt. Von dem von der Firma entwickelten Miniraster-Tunnelmikroskop wurden seit 1997 über 100 Systeme in aller Welt verkauft. Derzeit wird ein Rasterkraftmikroskop, das Oberflächen im Nanometerbereich abtastet, auf den Markt gebracht (Quelle: Bilanz, Februar 1999: 34).

zu Lieferanten und zu Kunden. Daher haben die zentralen Orte im Vergleich zu den peripheren Landgemeinden einen komparativen Standortvorteil.

3.3.2 Branchen und Betriebsgrössenstruktur

Die Standortvorteile der Agglomeration zeigen sich in einem deutlichen Zentrum-Peripherie-Gefälle hinsichtlich der Branchen, Sektoren und Beschäftigten. Die räumliche Verteilung der Branchen zeigt eine heterogene, mannigfaltige Struktur. Hochwertige Nutzungen befinden sich im Zentrum, während niederwertige Nutzungen im Umland lokalisiert sind. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sind im Zentrum Basel zahlreich, in der Peripherie selten (Tab. 3.4). Insbesondere die hochwertigen Dienstleistungen (Versicherungsgewerbe, Kreditgewerbe, Nachrichtenübermittlung) weisen einen starken Zentrum-Peripherie-Gradienten auf (Tab. 3.5). Unterschiede im Bereich der Dienstleistungen der öffentlichen Hand sind schwächer ausgebil-

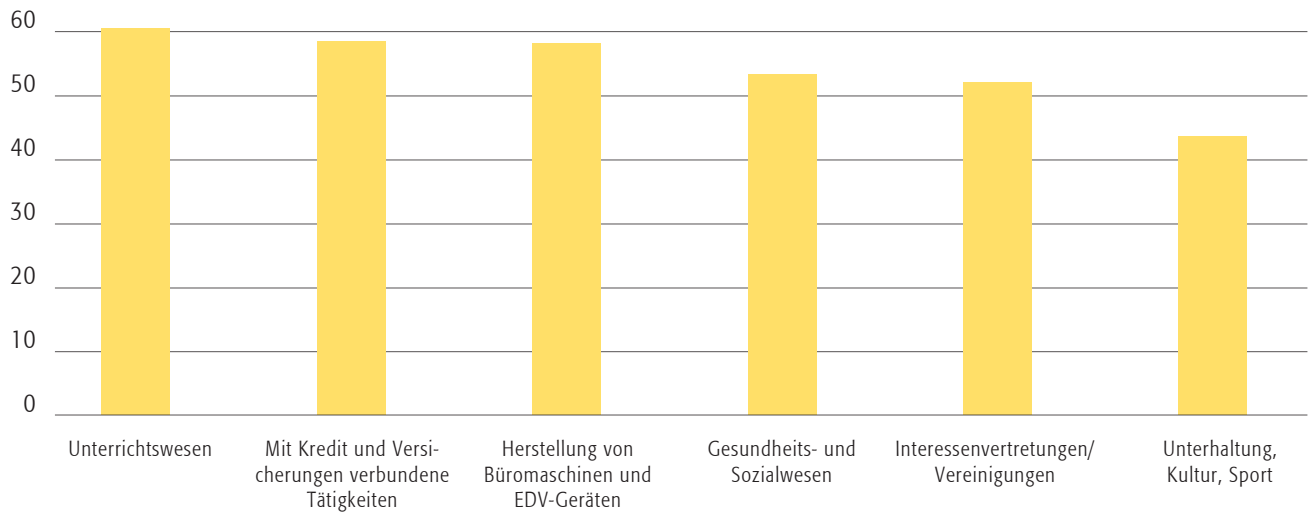
det, da auch periphere Landgemeinden mit öffentlichen Einrichtungen ausgestattet sind. Neben den hochwertigen Dienstleistungen ist auch der distributive Sektor (Luftfahrt, Schifffahrt, Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Landverkehr/Rohrfernleitungen) stark im Zentrum vertreten (Tab. 3.5). Insgesamt zeigt der Zentrum-Peripherie-Unterschied hinsichtlich der Branchen einen arbeitsteilig funktionierenden, zusammengehörenden Wirtschaftsraum an.

Von der Kernstadt werden über die lokale Nachfrage hinausgehende öffentliche Leistungen wie weiterführende Ausbildungen (z.B. Universität, Fachhochschulen) und hoch spezialisierte medizinische Leistungen (z.B. Herzchirurgie) bereitgestellt. Zudem sind in der Kernstadt viele Management- und Logistikfunktionen beheimatet, die auf eine gute Erreichbarkeit für Kunden und Arbeitskräfte, räumliche Nähe zu verwandten Branchen und ergänzenden Dienstleistungen sowie die „gute

Abbildung 3.2

Teilzeitarbeit nach Branchen in der Nordwestschweiz 1998

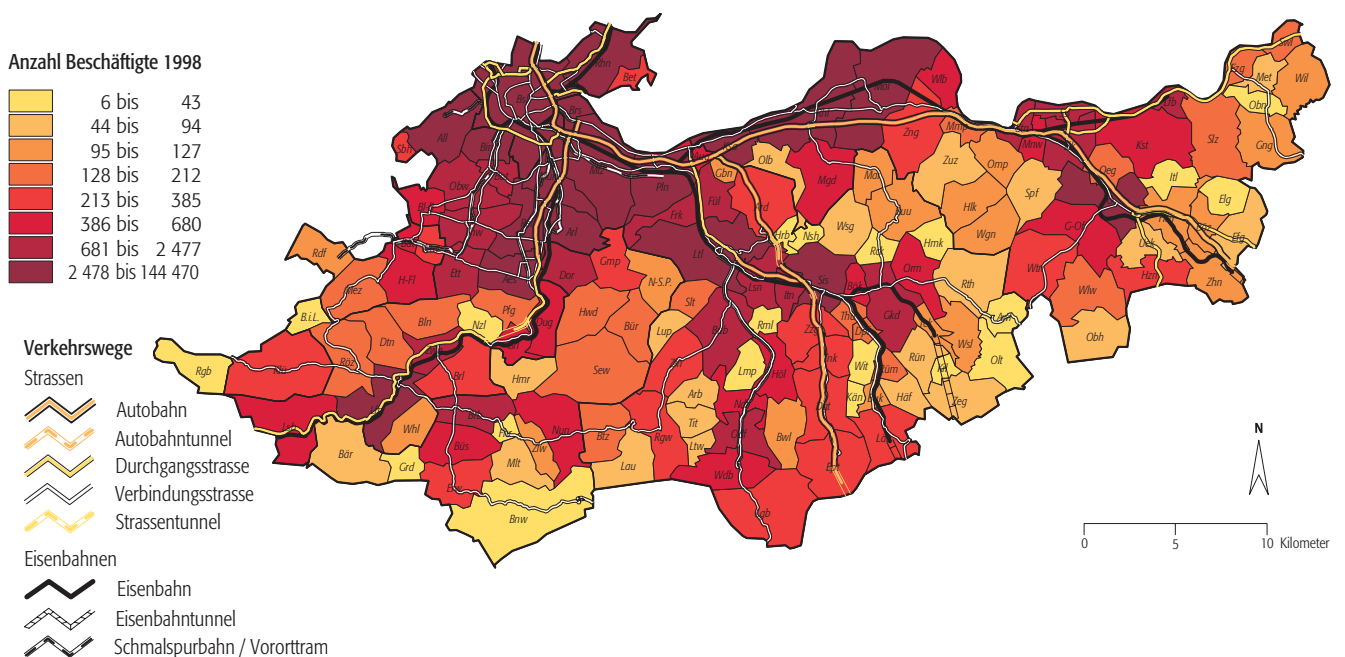
Anteil Teilzeitbeschäftigte an allen Beschäftigten in %



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Karte 3.2

Räumliche Verteilung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz 1998



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Tabelle 3.3

Räumliche Verteilung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz 1998

Kanton	Beschäftigte 1998	Anteil an Gesamtbeschäftigten (in %)	Mittlere Wohnbevölkerung 1998	Anteil an Gesamtbevölkerung (in %)
Basel-Stadt	148 954	50,6	194 816	36,0
Basel-Landschaft	110 018	37,4	253 873	46,9
Teilgebiet Aargau	26 649	9,1	61 778	11,4
Teilgebiet Solothurn	8 623	2,9	30 471	5,6
Total	294 244	100,0	540 938	100,0

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; Bundesamt für Statistik, Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) 1998; eigene Berechnungen.

Tabelle 3.4

Anzahl der Beschäftigten in der Nordwestschweiz nach Sektoren und Aggregationsräumen 1998

	Zentrum		Agglomeration		Peripherie	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Anteil Sektor II	36 695	25,4	41 744	35,7	17 571	53,5
Anteil Sektor III	107 775	74,6	75 187	64,3	15 272	46,5
Total	144 470	100,0	116 931	100,0	32 843	100,0

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Adresse“ und Repräsentativität der Kernstadt angewiesen sind. Auch spezialisierte Unternehmen des Detailhandels, die grosse Passantenströme und damit ein grosses Einzugsgebiet benötigen, lassen sich bevorzugt in der Kernstadt nieder.

Demgegenüber findet man viele Betriebe des produzierenden Gewerbes, aber auch „Backoffice“-Tätigkeiten im Umland vor. Tiefere Bodenpreise, die Verfügbarkeit von Expansionsflächen sowie die Nähe zu hoch spezialisierten Dienstleistungen der Kernstadt, u.a. in den Bereichen Marktforschung, Finanzierung, Versicherung, Forschung und Entwicklung, Design, Werbung und Spedition, sind dabei wichtige Standortfaktoren.

Zwischen diesen Räumen bestehen intensive ökonomische Austauschbeziehungen.

So ist z.B. die multinational operierende Bank in der Kernstadt auf den Dachdecker aus der Agglomeration angewiesen, der wiederum den Marketingspezialisten aus der Kernstadt aufsucht, um seine Dienstleistung vermarkten zu können. Die räumliche Arbeitsteilung zwischen Kernstadt und Umland findet ihren Ausdruck in der Anzahl der in Grossunternehmen Beschäftigten, die im Zentrum mit 31,7% den Höchstwert erreicht. Hierfür verantwortlich sind v.a. die zahlreichen international tätigen, in Basel beheimateten Unternehmen (z.B. Hoffmann-La Roche, Novartis, Danzas). Demgegenüber ist in der Agglomeration die Anzahl der in Klein- und Mittelbetrieben Beschäftigten besonders gross, während die Beschäftigung in Mikrounternehmen das Maximum mit 40,4% in der Peripherie erreicht (vgl. Tab. 3.6). Räumlicher Schwerpunkt der Mikro- und Kleinunternehmen sind die Jurahoch-

flächen (Karte 3.3), was u.a. auf das Fehlen von ebenen Produktionsflächen sowie die traditionellen Erwerbsformen (Landwirtschaft/Handwerk) zurückzuführen ist.

Die Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe fungieren häufig als Zulieferer der international ausgerichteten Grossunternehmen. Im Rahmen des regionalen Wirtschaftsverbundes kommt ihnen daher eine bedeutende Funktion zu. Zudem sind sie wichtige Innovatoren, die zukünftige Wachstumsfelder, u.a. in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, nachhaltige Technologien, Nanotechnologie sowie Biotechnologie, erschliessen oder innovativen Entwicklungen in bestehenden Branchen zum Durchbruch verhelfen (vgl. „Beispiele erfolgreicher Klein- und Mittelbetriebe in der Nordwestschweiz“). Alle heutigen „Global Player“ sind aus ehe-

Tabelle 3.5

**Gesamtbeschäftigtenanteil nach Branche (sortiert nach Rangordnung der Prozentanteile im Zentrum)
in den Aggregationsräumen der Nordwestschweiz 1998**

	Zentrum		Agglomeration		Peripherie		Total absolut
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Luftfahrt	1 635	100,0	0	0,0	0	0,0	1 635
Schifffahrt	835	87,2	0	12,8	0	0,0	835
Versicherungsgewerbe	4 576	81,7	0	15,1	181	3,2	4 757
Kreditgewerbe	6 221	81,5	0	14,2	323	4,2	6 544
Unterhaltung, Kultur, Sport	2 730	70,7	880	22,8	249	6,5	3 859
Nachrichtenübermittlung	4 627	70,6	1 593	24,3	332	5,1	6 552
Immobilienwesen	778	62,7	411	33,1	51	4,1	1 240
Dienstleistungen für Unternehmen	14 976	60,6	8 417	34,1	1 320	5,3	24 713
Informatikdienste	2 530	59,7	1 549	36,6	157	3,7	4 236
Chemische Industrie	15 921	59,4	7 223	26,9	3 662	13,7	26 806
Wasserversorgung	107	58,8	69	37,9	6	3,3	182
Hilfs-/Nebentätigkeiten für den Verkehr	4 636	58,4	3 247	40,9	54	0,7	7 937
Verlag, Druck, Vervielfältigung	2 687	55,7	1 705	35,3	435	9,0	4 827
Landverkehr/Rohrfernleitungen	4 400	54,5	2 850	35,3	828	10,3	8 078
Persönliche Dienstleistungen	1 883	54,0	1 308	37,5	298	8,5	3 489
Gastgewerbe	7 487	53,8	4 691	33,7	1 729	12,4	13 907
Öff. Verw., Landesverteidigung	4 981	53,6	3 619	38,9	695	7,5	9 295
Herst. von sonstigen Fahrzeugen	781	51,3	738	48,5	3	0,2	1 522
Gesundheits- und Sozialwesen	16 560	51,1	13 308	41,0	2 553	7,9	32 421
Interessenvertr./Vereinigungen	1 176	49,5	938	39,5	260	11,0	2 374
Unterrichtswesen	7 224	48,2	6 039	40,3	1 735	11,6	14 998
Detailhandel und Reparatur	12 404	47,7	11 029	42,4	2 556	9,8	25 989
Herst. von Nahrungsmitteln und Getränken	2 130	45,4	2 080	44,4	478	10,2	4 688
Vermietung beweglicher Sachen	89	43,6	106	52,0	9	4,4	204
Rückgewinnung und Recycling	1 40	40,7	154	44,8	50	14,5	344
Herst. von Präzisions- und med. Instrumenten	1 512	38,9	1 703	43,9	667	17,2	3 882
Baugewerbe	9 593	38,9	10 925	44,3	4 120	16,7	24 638
Herst. von Bekleidung und Pelzwaren	141	36,8	235	61,4	7	1,8	383
Grosshandel und Handelsvertretung	5 568	36,8	8 613	56,9	947	6,3	15 128
Forschung und Entwicklung	439	35,0	707	56,3	109	8,7	1 255
Abfallbeseitigung/-entsorgung	226	33,6	398	59,2	48	7,1	672
Handel, Reparatur von Automobilen	1 460	30,6	2 507	52,5	807	16,9	4 774
Herst. von Lederwaren und Schuhen	11	28,9	12	31,6	15	39,5	38
Mit Kredit/Vers. verb. Tätigkeiten	368	28,8	883	69,0	28	2,2	1 279
Energieversorgung	402	25,2	646	40,4	550	34,4	1 598
Herst. von Büromaschinen und EDV-Geräten	3	25,0	3	25,0	6	50,0	12
Herst. von Möbeln/Schmuck/Sportgeräten	389	23,4	982	59,0	292	17,6	1 663
Herst. von Geräten d. Elektrizitätserzeugung	536	19,6	1 454	53,2	743	27,2	2 733
Be- und Verarbeitung von Holz	454	18,1	1 328	53,0	724	28,9	2 506
Maschinenbau	971	13,6	4 736	66,3	1 434	20,1	7 141
Textilgewerbe	84	11,9	420	59,7	200	28,4	704
Herst. von Geräten der Radio/TV-Technik	17	11,1	122	79,7	14	9,2	153
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	129	10,0	665	51,6	494	38,4	1 288
Herst. von Metallerzeugnissen	450	8,4	3 027	56,4	1 894	35,3	5 371
Herst. von sonst. nichtmet. Mineralien	153	7,9	600	30,9	1 190	61,2	1 943
Gewinnung von Steinen und Erden	16	3,7	313	71,6	108	24,7	437
Erzeugung und Bearbeitung von Metall	20	1,1	1 402	80,4	321	18,4	1 743
Papier- und Kartongewerbe	13	1,1	1 034	85,7	160	13,3	1 207
Herst. von Automob., Anhängern u. Zubehör	1	0,6	169	98,8	1	0,6	171
Tabakverarbeitung	0	0,0	16	100,0	0	0,0	16
Kokerei, Mineralölverarbeitung	0	0,0	20	100,0	0	0,0	20

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Tabelle 3.6

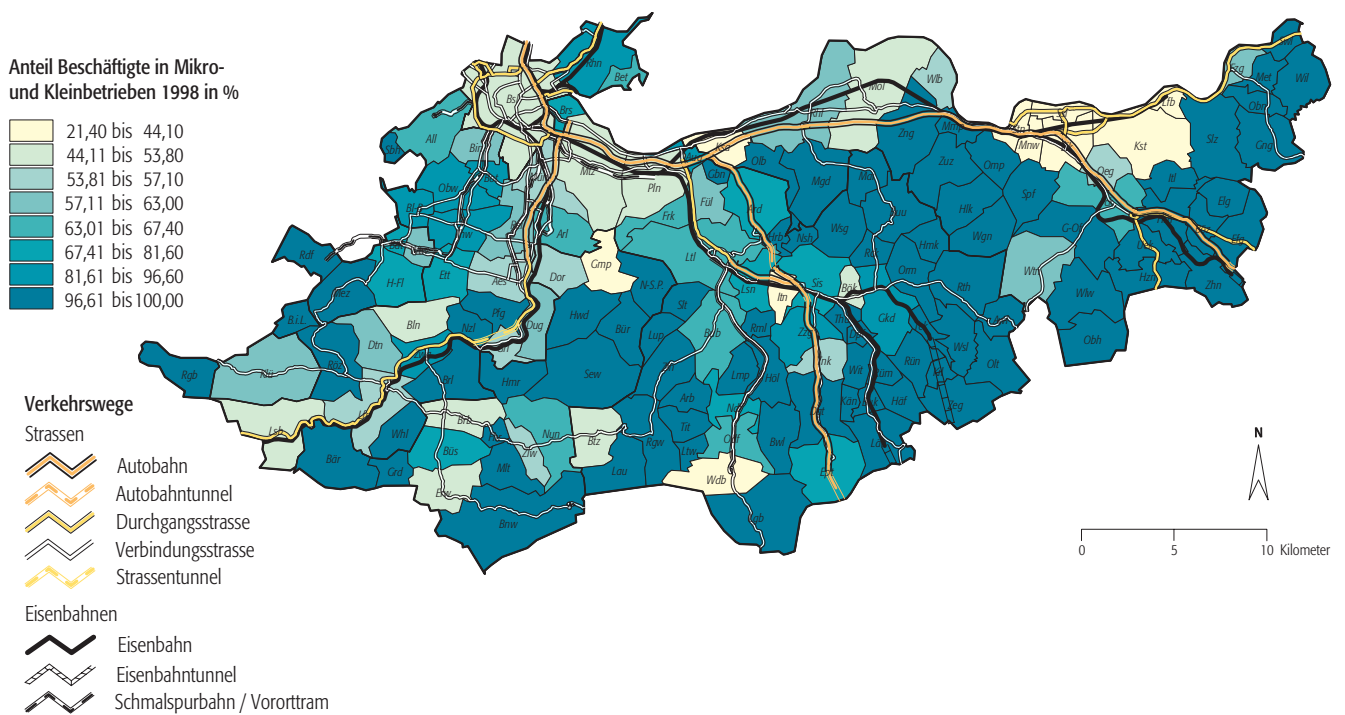
Beschäftigte in der Nordwestschweiz nach Unternehmensgrösse und Aggregationsräumen 1998

	Zentrum		Agglomeration		Peripherie	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Mikrounternehmen	33 921	23,5	36 922	31,6	13 282	40,4
Kleinunternehmen	34 955	24,2	35 431	30,3	8 452	25,7
Mittelunternehmen	29 788	20,6	29 041	24,8	6 596	20,1
Grossunternehmen	45 806	31,7	15 537	13,3	4 513	13,7

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Karte 3.3

Anteil der in Mikro- und Kleinunternehmen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten in der Nordwestschweiz 1998



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

maligen Klein- bzw. Mittelbetrieben hervorgegangen, weshalb ihrem Erhalt und ihrer Förderung, auch unter dem Aspekt der Sicherung zukünftiger Arbeitsplätze, eine zentrale Rolle zukommt.

Kernstadt und Umland mit ihren gross- bzw. mittel- und kleinbetrieblichen Strukturen sind sich ergänzende und bedingende Partner, von deren Entwicklung die Konkurrenzfähigkeit der Regionalökonomie der Nordwestschweiz abhängt. Eine verstärkte Zusammenarbeit sowie ein offensives und innovatives Vorgehen ist für die beteiligten Partner und für den Gesamttraum von Vorteil.

Dieses Raummuster kann so gedeutet werden, dass Grossbetriebe insbeson-

dere entlang der Eisenbahnlinien lokalisiert sind. Demgegenüber weisen Mikro- und Kleinunternehmen für das Umland eine zentrale Bedeutung auf. Damit lässt sich insgesamt eine disperse Arbeitsplatzstruktur beobachten. Sie ist eine Folge:

- natürlicher Faktoren (dezentralisierende Wirkung der Wasserkraft),
- historischer Faktoren wie der traditionell starken Bedeutung des Föderalismus in der Schweiz, der weitgehenden Beibehaltung der dezentralen Wohn- und Arbeitsstättenstruktur während der Industrialisierung durch das Fehlen von agglomerationsfördernden Kohle- und Eisenerzvorkommen und der konservativen Zunftpolitik der Städte zur Zeit der Industrialisierung,

- aktueller Faktoren (automobile Gesellschaft, dezentralisierende Wirkung der Telekommunikationstechnologie).

Insgesamt deutet die moderne gesellschaftliche Entwicklung darauf hin, dass der KMU-Förderung in Zukunft grosse Beachtung geschenkt werden muss.

4 Wirtschaftsdynamik

Infolge betriebswirtschaftlicher Reorganisation, Sättigungserscheinungen in traditionellen Märkten sowie neuer Konkurrenten durch die Globalisierung kommt es in der Nordwestschweiz zu einer Restrukturierung der Regionalökonomie. Beschäftigtenabbau, Trend zur Tertiärisierung, Verlagerungen innerhalb des Branchenspektrums, Bedeutungsgewinn von Klein- und Mittelbetrieben sowie Zunahme der Teilzeitarbeit sind die Folgen. Zudem kommt es zu einer Verlagerung der Beschäftigten von der Kernstadt ins Umland, wofür das Fehlen von Gewerbeflächen in der Kernstadt Basel sowie die Erhöhung der Attraktivität des Umlandes verantwortlich sind.

4.1 Veränderte Rahmenbedingungen

Die Regionalökonomie der Nordwestschweiz unterliegt komplexen, nicht voneinander zu trennenden Prozessen wie:

- Fusionierungen,
- Konzentration der Betriebe auf die „Kernkompetenzen“,
- Bedeutungsgewinn des „Shareholder-Values“, d.h. überwiegende Orientierung der Geschäftsführung am Aktionärsnutzen und langfristige Profitmaximierung,
- Sättigungserscheinungen in traditionellen Märkten,
- neue Konkurrenz durch Globalisierung.

Diese Prozesse führen kurz- bis mittelfristig zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, können jedoch langfristig positive Folgen haben. Dies zeigt die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz vielfach. So hat z.B. die Einführung von dampfgetriebenen Web- und Spinnmaschinen in England den Niedergang der Schweizer Textilindustrie eingeleitet. Aus der Textilindustrie sind jedoch im Zuge von Vorwärts- und Rückwärtskoppelungen z.B. die Maschinenindustrie sowie die Färbereiindustrie (später die chemische Industrie) hervorgegangen, die sich in der Folge zu zentralen Wachstumsbranchen entwickelten.

Das Beispiel zeigt, dass ein kurzfristiger Verlust von Arbeitsplätzen nicht a priori eine negative Entwicklung bedeuten muss, sondern langfristig positive Entwicklungen für einen Wirtschaftsstandort zur Folge haben kann, indem Platz für neue innovativere und wertschöpfungsstärkere Branchen geschaffen wird. Erschwerend wirkt sich für die Nord-

westschweiz die Nichtpartizipation der Schweiz an der EU aus, wodurch sich für einige Länder Wettbewerbsvorteile ergeben, von denen die Schweiz nicht profitieren kann.

Im Folgenden werden die Komponenten des wirtschaftlichen Strukturwandels aufgeschlüsselt.

4.2 Beschäftigtenabbau

Zwischen 1991 und 1998 gingen in der Nordwestschweiz 29 894 (-9,2%) Arbeitsplätze verloren. Neben veränderten Rahmenbedingungen sind auch endogene Faktoren für diese Entwicklung verantwortlich:

- Demografische Entwicklung: Infolge der Überalterung der Gesellschaft stehen in einigen Branchen immer weniger junge Arbeitskräfte bereit, um die aus dem Arbeitsprozess ausscheidenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Dahinter steckt der langfristige, unumkehrbare Trend, dass die bei der einheimischen Bevölkerung sinkende Geburtenrate Zuwanderung notwendig macht. Wieweit diese Entwicklung durch arbeitsmarkt-orientierte Ausländerpolitik ausgeglichen werden kann, wird derzeit wieder diskutiert.
- Geringe Gründertätigkeit: Zurzeit werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um die Gründertätigkeit voranzutreiben und die Nordwestschweiz zu einem Wissenschafts- und Hochtechnologiestandort („Bio Valley“) auszubauen. Dank solch „neuer“ Hochtechnologieunternehmen in Bereichen der Biotechnologie, Mikroelektronik und Kommunikationstechnologie konnte die USA starken Aufwärtstrend verzeich-

nen und eine Vielzahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze schaffen. Demgegenüber ist die Gründertätigkeit in diesem Bereich in der Schweiz deutlich geringer.

4.3 Trend zur Tertiärisierung

Mit einer Abnahme von 22,9% (-28 697) ist der Rückgang der Beschäftigung im II. Sektor ungleich stärker als im III. Sektor mit -0,7% oder -1 431 Beschäftigten. Aus dem dargestellten Prozess resultiert ein Bedeutungsgewinn des tertiären Sektors, der seinen Anteil an der Gesamtbeschäftigung zwischen 1991 und 1998 von 61,6% auf 67,4% erhöhen konnte. Zur Bedeutungszunahme des III. Sektors führen u.a. folgende Entwicklungen:

- Verlagerung zu den wissens- und informationsintensiven Wirtschaftssektoren: Das Schwergewicht der industriellen Wertschöpfung verlagert sich zunehmend von den Werkhallen hin zu Forschung und Entwicklung, Information, Service, Marketing, Finanzierung und Logistik.
- Outsourcing von Tätigkeitsfeldern: Die Konzentration auf die Kernkompetenzen hat dazu geführt, dass viele Funktionen aus Unternehmen ausgelagert wurden. Zahlreiche von der Auslagerung betroffene Bereiche (Reinigung, Informatik, Rechnungswesen, Logistik, Verpflegung, Transport usw.) gehören dem III. Sektor an, wurden vorher jedoch aufgrund des Schwerpunktes der Firma dem II. Sektor zugerechnet. Folglich erhöht sich die Bedeutung des tertiären Sektors. Dies gilt auch insofern, als die Tendenz zur Auslagerung von Tätigkeiten für KMUs ein reiches Betätigungsfeld ergeben hat.

- Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer:

Die verstärkte Auslagerung von Unternehmenstätigkeiten im Bereich des sekundären Sektors in Billiglohnländer führt zu einem relativen Bedeutungsgewinn des tertiären Sektors.

4.3.1 Veränderungen im Branchenspektrum

Die Branchendynamik zeigt hohe Beschäftigtenzunahmen im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens (+3 523), der Dienstleistungen für Unternehmen (+2 728), der Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr (+2 481), der Informatikdienste (+2 291) sowie des Unterrichtswesens (+1 274). Die chemische Industrie (-12 570), das Baugewerbe (-5 440), der Detailhandel und die Reparatur (-4 136) sowie das Kreditgewerbe (-3 158) verzeichnen dagegen starke Beschäftigtenabnahmen (Abb. 4.1). Gründe für die geschilderte Entwicklung in den einzelnen Branchen sind:

- Gesundheits- und Sozialwesen

Die Überalterung der Bevölkerung sowie das zunehmende Angebot der Medizin schaffen eine wachsende Nachfrage nach Gesundheitsdiensten. Die demografische Entwicklung sowie die Abkehr von der traditionellen Kernfamilie führen zu einem erhöhten Bedarf an Alters-

und Pflegeplätzen respektive Kinderkrippen, Tages- und Erziehungsheimen, aber auch zu einem erhöhten Bedarf an Spitexarbeitskräften.

- Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Dienstleistungen für Unternehmen übernehmen im Rahmen der zunehmenden Externalisierung von Produktionsfunktionen (Outsourcing) verstärkt planerische und strategische Funktionen. Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Marketing, Werbung, Betriebsrestrukturierung oder Personalschulung werden in zunehmendem Masse durch unternehmensorientierte Dienstleistungen abgedeckt.

- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr

Im Rahmen der Internationalisierung und der europäischen Integrationsbemühungen verändert sich der Transportmarkt stark, wovon vor allem auch die Nordwestschweiz als Tor zur EU stark betroffen ist. Die zunehmenden Marktöffnungen lassen die Transportvolumina ansteigen. Die zunehmende Auslagerung von Logistikfunktionen aus den Betrieben hin zu spezialisierten Unternehmen ist ebenfalls für das Wachstum verantwortlich. Die Speditionsbranche sowie die Dienstleistungen für Unternehmen profitieren von den zunehmen-

den Auslagerungen der Unternehmen im Rahmen der Konzentration auf die Kernkompetenzen.

- Informatikdienste

Durch die Fortschritte im Bereich der Informationstechnik entstehen immer neue Anwendungsgebiete und Beschäftigungsfelder, zudem profitiert diese Branche stark von Auslagerungen.

- Chemische Industrie

Im Zuge der Konzentration auf die Kernkompetenzen kommt es zur Auslagerung einer Vielzahl von Diensten, zudem werden durch Fusionen Doppelspurigkeiten abgebaut. Nicht zuletzt erfordert die Standortoptimierung eine Verlagerung energie- und lohnintensiver Tätigkeiten in kostengünstigere Länder (Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa).

- Baugewerbe

Nachfragerückgang infolge Bedeutungsverlust von Sachinvestitionen, Spar- und Druck der öffentlichen Hand, vorsichtige Investitionspolitik der Privaten und Produktivitätssteigerungen infolge Mechanisierung und Rationalisierung führen zu einem Abbau der Beschäftigten.

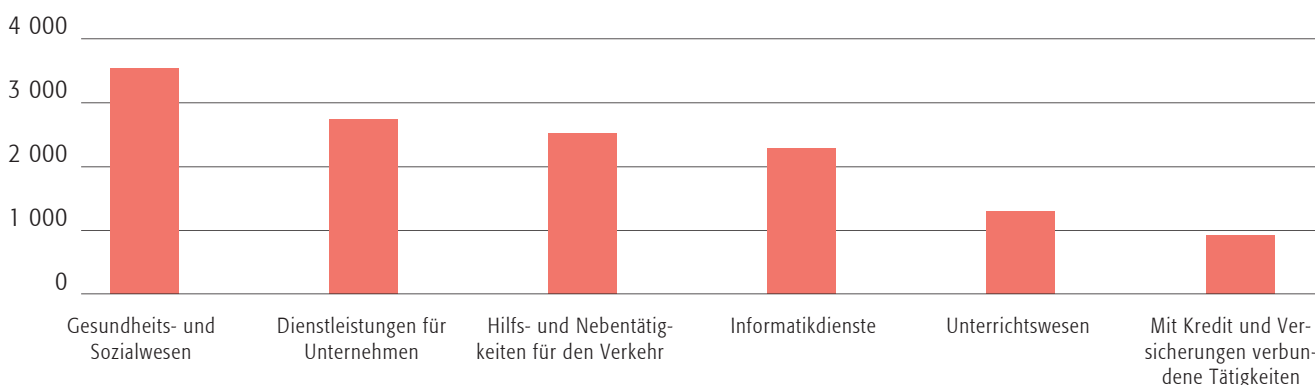
- Detailhandel und Reparatur

Entwicklung zu grösseren Verkaufseinheiten, Optimierung der gesamten

Abbildung 4.1

„Gewinnerbranchen*“ in der Nordwestschweiz 1991 bis 1998

Beschäftigtenzunahme zwischen 1991 und 1998



* Branchen mit den absolut höchsten Beschäftigtenzunahmen zwischen 1991 und 1998 in der Nordwestschweiz.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998, eigene Berechnungen.

Logistikkette, Auslagerung von Funktionen (z.B. Warenlieferung) sowie die Einführung des Scanning haben einen Beschäftigungsabbau zur Folge.

• Kreditgewerbe

Betriebliche Veränderungen infolge der Fusionen führen dazu, dass sich der auf die Nordwestschweiz entfallende Personalbestand der Grossbanken zurückbildet (Verschiebung ganzer Abteilungen nach Zürich, Personalabbau). Kostensenkungen durch Filialschliessungen, Fokussierung auf die Kernkompetenzen sowie die Verlagerung arbeitsaufwendiger Funktionen zu den Konsumenten verstärken den Beschäftigungsabbau.

Aus dieser Aufstellung wird ersichtlich, dass insbesondere die Branchen des III. Sektors von der wirtschaftlichen Reorganisation profitieren. Innerhalb des tertiären Sektors sind es wiederum diejenigen Branchen, die hoch spezialisierte und individuelle Güter (Gesundheits- und Sozialwesen, Dienstleistungen für Unternehmen) hervorbringen, während Branchen mit starkem Anteil standardisierter Massenproduktion (z.B. Kreditgewerbe) den Produktionsfaktor Arbeit zunehmend substituieren.

4.3.2 Bedeutungsgewinn von Klein- und Mittelbetrieben

Sowohl im II. als auch im III. Sektor steigt der Beschäftigtenabbau mit zunehmender Betriebsgrösse. Im Bereich der Grossunternehmen gingen zwischen 1991 und 1998 18 429 Beschäftigungsmöglichkeiten verloren. Betroffen waren insbesondere die Grossunternehmen des II. Sektors, wo 16 851 Beschäftigungsmöglichkeiten (-32,9%) verloren gingen (gegenüber 1 578 im III. Sektor). Ursache ist die Umwandlung von Grossfirmen zu kleineren beweglicheren Einheiten, die flexibler auf Marktänderungen reagieren können.

Parallel zum Bedeutungsverlust der Grossbetriebe kommt es zu einem Bedeutungsgewinn der Mikrounternehmen, wo im Bereich des II. Sektors 26 (+0,2%) und im III. Sektor 3 438 (+5,1%) Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden (Tab. 4.1). Damit wird die Tertiärisierung der Wirtschaft

Ausgangspunkt des Bedeutungsgewinns von Kleinbetrieben. Gründe für diese Entwicklung sind:

- Geringere Markteintrittskosten

Das für die Betriebsgründung erforderliche Kapital ist in Betrieben des III. Sektors geringer als im II. Sektor (keine teuren Maschinen, keine grosse Produktions- und Lagerflächen). Demzufolge liegen die Markteintrittskosten tiefer, was den Trend zur Betriebsgründung verstärkt.

- Bedeutungsgewinn des virtuellen Unternehmens

Die Möglichkeiten der Vernetzung erlauben es insbesondere den Betrieben des III. Sektors, sich zu schlagkräftigen virtuellen Unternehmen zusammenzuschliessen.

- Bedeutungsverlust von Grössenvorteilen

Dienstleistungen orientieren sich verstärkt direkt am Kunden und decken dessen individuelle Bedürfnisse ab. Damit geht ein Bedeutungsverlust der Grössenvorteile im Rahmen der „Economies of scale“ und ein Bedeutungsgewinn massgeschneiderter Lösungen einher, die von Kleinbetrieben ebenso gut wie von Grossbetrieben erbracht werden können.

4.3.3 Zunahme der Teilzeitarbeit

Bei der Teilzeitarbeit lässt sich für die Nordwestschweiz eine Zunahme von 22,8% im Jahre 1991 auf 26,9% im Jahre 1998 feststellen. Dies entspricht einer Zunahme um 5 155 Beschäftigte auf 79 107. Für den Bedeutungsgewinn

der Teilzeitarbeit sind folgende Entwicklungen verantwortlich:

- Tertiärisierung

Durch den Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors erhöhen sich die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, da viele Bereiche des III. Sektors nicht an fixe Produktionszeiten gebunden sind. Durch die Tertiärisierung entstehen zudem neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Da sie oft noch mit der Kinderbetreuung betraut sind, kommt für Frauen vielfach nur Teilzeitarbeit in Frage.

• Übergang zur flexiblen Produktion
Infolge veränderter Nachfragebedingungen wurde (in hoch entwickelten Wirtschaftssystemen) die industrielle Massenproduktion durch die flexible Spezialisierung abgelöst. Dabei reagieren Unternehmen flexibel auf veränderte Konsumgewohnheiten und Nachfrageschwankungen. Parallel dazu kommt es zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Form einer Zunahme zeitlich befristeter Arbeit und Teilzeitarbeit.

- Wertewandel

Infolge des Wertewandels werden fremdbestimmte vorgegebene Routinen zunehmend abgelehnt und steigen die Freizeitanprüche. Zusammen mit dem Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Karriere sowie dem Trend zu mehr Freizeit werden flexible Arbeitszeiten notwendig.

• Alternative zur Erwerbslosigkeit
Infolge des Beschäftigtenabbaus vermindert sich das Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten. Arbeitnehmer sind

Tabelle 4.1

Prozentuale Entwicklung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz zwischen 1991 und 1998 nach Betriebsgrössenklassen und Sektorenzugehörigkeit

	Sektor II	Sektor III	Sektoren II und III
Mikrounternehmen	0,2	5,1	4,3
Kleinunternehmen	-17,2	-3,1	-7,3
Mittelunternehmen	-21,2	-3,7	-11,8
Grossunternehmen	-32,9	-4,8	-21,9
Total	-22,9	-0,7	-9,2

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998, eigene Berechnungen.

teilweise gezwungen, eine Teilzeitarbeit anzutreten, um sich ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Damit liegt die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowohl im Interesse der Arbeitgeber, welche ihre kapitalintensiven Produktionsanlagen besser ausnützen können, als auch im Interesse der Arbeitnehmer, deren Zeitsouveränität erhöht wird.

4.4 Räumliche Reorganisation

4.4.1 Bedeutungsverlust der Kernstadt

Die Entwicklung der Beschäftigten in den Teilräumen zeigt die grösste Beschäftigtenabnahme in der Kernstadt Basel. Zwischen 1991 und 1998 gingen hier 23 927 (-14,2%) Beschäftigungsmöglichkeiten verloren. Am geringsten fiel der Beschäftigtenabbau im Bereich der Agglomerationsgemeinden aus, wo 3,5% oder 4 220 Beschäftigungsmöglichkeiten verloren gingen. Demzufolge findet eine Verlagerung der wirtschaftlichen Tätigkeit in die Agglomerationsgemeinden statt (Abb. 4.2, Karte 4.1). Die Ursachen für diesen Prozess sind vielschichtig.

Fehlen von Gewerbeflächen in der Kernstadt Basel

In der Kernstadt Basel wird der Flächenwettbewerb zwischen den Nutzungen durch das Fehlen von Gewerbeflächen, die citynahe Lage fast aller Grundstücke, den hohen Anteil von Bodenbesitz durch öffentliche Institutionen (Stadt, Kanton, Christoph-Merian-Stiftung, Dreispitzverwaltung, Rheinschiffahrtsverwaltung, Muba, SBB, DB), den hohen Flächenbedarf der chemischen Industrie, die Einschränkung der Nutzungsintensität von Innenhöfen sowie die geplante Aufwertung der Stadt als Wohnraum und Dienstleistungszentrum („Werkstadt Basel“ sowie „Masterplan Bahnhof SBB“) stark intensiviert. Folgende Konsequenzen ergeben sich für die Kernstadt:

- Verdrängung wertschöpfungsarmer Nutzungen

Es werden insbesondere Nutzungen mit einer geringen Wertschöpfung pro Flächeneinheit (z.B. Baugewerbe, Handel

Trendabweichungsanalyse

Bei der Trendabweichungsanalyse wird ermittelt, wie sich die Bevölkerung, die Beschäftigung usw. eines Teilraumes entwickelt hätten, wenn die Entwicklung synchron mit der des Gesamtgebietes verlaufen wäre. Dazu wird z.B. die kommunale Beschäftigtenzahl einer Branche mit der jeweiligen Veränderung auf Ebene der Nordwestschweiz multipliziert. Diese fiktive Beschäftigungsentwicklung der Region wird der tatsächlichen Entwicklung gegenübergestellt. Wenn die tatsächliche Entwicklung von der fiktiven Grösse nach oben abweicht, ist eine günstige Entwicklung zu konstatieren, andernfalls eine ungünstige. Die Differenz zwischen tatsächlicher und strukturbedingter Veränderung wird dann als „Standorteffekt“ betrachtet.

und Reparatur von Automobilen, Detailhandel und Reparatur) aus der Kernstadt verdrängt (Tab. 4.2) und durch höherwertige Nutzungen (z.B. Informatik, unternehmensorientierte Dienstleistungen, Telekommunikation) ersetzt. Diese Entwicklung lässt sich insbesondere an Standorten beobachten, die unter zunehmendem Entwicklungsdruck geraten sind, wie etwa im Bereich des Bahnhofs SBB, wo zahlreiche wertschöpfungsstarke und damit zahlungskräftige Dienstleister wirtschaftlich schwächere Nutzungen verdrängen. Die geschilderte Entwicklung wird durch die kürzer werdenden Laufzeiten der Mieten und Auflagen des Umweltschutzes beschleunigt.

- Abbau der Beschäftigten in der Kernstadt

Die traditionelle Nutzung vieler Areale von Grossbetrieben (Chemie, Banken usw.) bei gleichzeitigem Beschäftigtenabbau hat zur Folge, dass Beschäftigungsmöglichkeiten verloren gehen, ohne dass für andere wirtschaftliche Nutzungen benötigte Flächen freigesetzt werden. Langfristig ergeben sich jedoch grosse Potenziale für innovative Neu- und Umnutzungen.

Erhöhung der Attraktivität des Umlandes

Der Prozess wird durch die Attraktivitätszunahme des Umlandes in den letzten Jahren verstärkt:

- Verbesserung des Verkehrssystems
Der Ausbau des Verkehrssystems im Agglomerationsraum (öffentlicher Verkehr und Individualverkehr) führt dazu, dass die Erreichbarkeit der Agglomerationsgemeinden und damit potenzieller Arbeitsgemeinden ständig verbessert wird. Diese Entwicklung wird durch die

direkte Anbindung der Linien 10 und 11 an den Centralbahnhof noch verstärkt.

- Telekommunikation

Fortschritte im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie führen dazu, dass Betriebe aufgeteilt und die entsprechenden Funktionen in den jeweils optimalen Räumen wahrgenommen werden. Niederrangige Tätigkeiten ohne Kundenkontakt werden vermehrt in den erweiterten Agglomerationsraum ausgelagert.

- Einfacheres Bauen

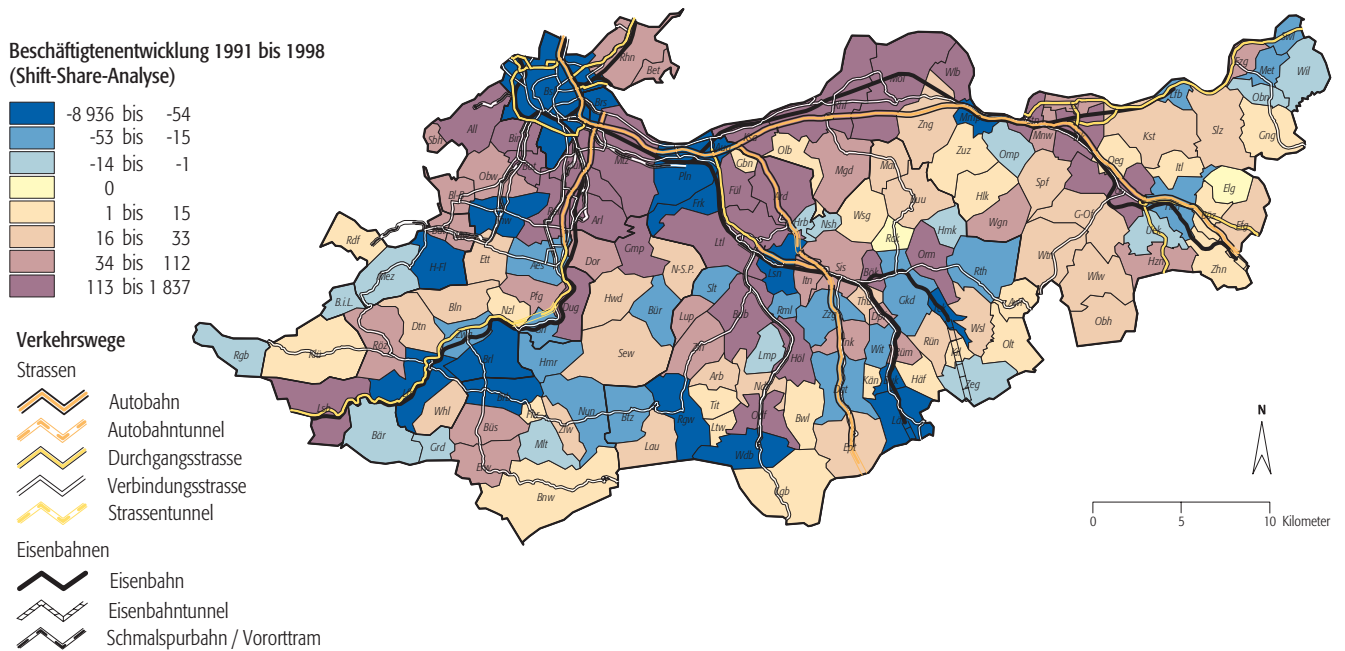
Während die Kernstadt schon weitgehend überbaut ist, ist die massgeschneiderte Errichtung von Bauten in der Agglomeration wesentlich einfacher. Im suburbanen Raum (insbesondere in den Gewerbezonnen) sind die Restriktionen bezüglich Orts- und Heimatschutz meist geringer, zudem weisen die Agglomerationsgemeinden oft eine grosszügigere Praxis der Ausscheidung von Gewerbezonnen auf.

- Veränderung der Kundenbasis
Bevölkerung und Wirtschaft haben sich ins Umland verlagert. Insbesondere Einkaufszentren und Fachmärkte, Reparaturbetriebe für Automobile, Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie des Immobilienwesens und Dienstleistungsbetriebe für Unternehmen (Tab. 4.2) sind dieser Entwicklung gefolgt und bieten vermehrt ihre Leistungen in der Agglomeration an.

- Veränderte Konsumgewohnheiten
Wirtschaftswachstum und zunehmende Mobilität haben dazu beigetragen, eine Lebensform zu entwickeln, deren Konsumbedürfnisse in immer höherem

Karte 4.1

Dynamik der Beschäftigten in der Nordwestschweiz zwischen 1991 und 1998 (Trendabweichungsanalyse)



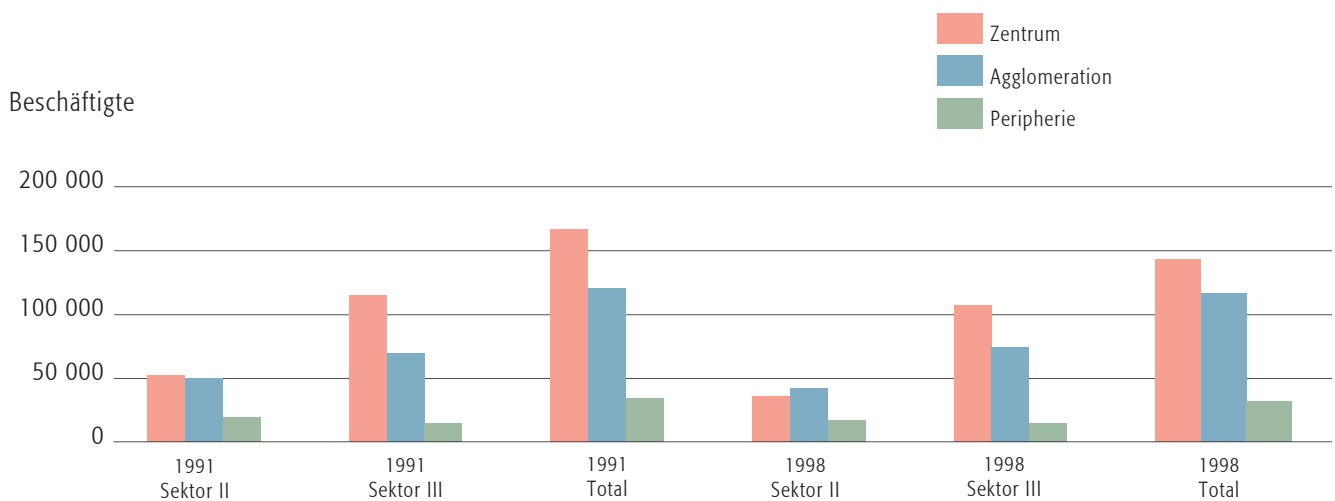
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Abbildung 4.2

Beschäftigtenentwicklung in der Nordwestschweiz nach Aggregationsraum und Sektor 1991 bis 1998



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998; eigene Berechnungen.

Tabelle 4.2

Entwicklung der Branchen in der Nordwestschweiz nach Aggregationsräumen zwischen 1991 und 1998

	Zentrum		Agglomeration		Peripherie	
	Differenz	Trendabw.	Differenz	Trendabw.	Differenz	Trendabw.
Gewinnung v. Steinen und Erde	-16	-22	40	-8	41	29
Herstellung v. Nahrungsmitteln und Getränken	-248	152	-592	-143	-108	-9
Tabakverarbeitung	*	*	-9	0	*	*
Textilgewerbe	-65	9	-491	-36	-146	27
Herstellung v. Bekleidung und Pelzwaren	-69	-9	-25	49	-59	-40
Herstellung v. Lederwaren und Schuhen	-25	-3	-18	0	-14	3
Be- und Verarbeitung v. Holz	-299	-79	-753	-145	17	224
Papier- und Kartongewerbe	-5	-1	-121	126	-202	-125
Verlag, Druck, Vervielfältigung	-731	-6	-590	-103	21	109
Kokerei, Mineralölverarbeitung	*	*	11	5	*	*
Chemische Industrie	-10 568	-2 112	-2 059	904	57	1 208
Herstellung v. Gummi- und Kunststoffwaren	12	62	-504	-6	-465	-56
Herstellung sonst. nichtmetallischer Mineralien	-105	-38	-249	-29	-326	67
Erzeugung und Bearbeitung v. Metall	18	18	-508	-82	-10	64
Herstellung v. Metallerzeugnissen	-189	-104	-645	-155	7	259
Maschinenbau	-118	-23	-358	85	-204	-62
Herstellung v. Büromaschinen und EDV-Geräten	-28	0	-86	-6	2	6
Herstellung v. Geräten der elektr. Erzeugung	-683	-198	-864	59	-261	139
Herstellung v. Geräten der Radio/TV-Technik	-299	-113	70	101	11	13
Herstellung v. Präzisions- und med. Instrumenten	272	277	-126	-118	-162	-159
Herstellung v. Autos, Anhängern und Zubehör	*	*	-113	-2	*	*
Herstellung v. sonstigen Fahrzeugen	774	772	-387	-763	-6	-9
Herstellung v. Möbeln/Schmuck/Sportgeräten	-139	46	-710	-116	-50	70
Rückgewinnung und Recycling	140	*	154	*	50	*
Energieversorgung	-242	-251	70	62	195	190
Wasserversorgung	58	30	8	-27	0	-3
Baugewerbe	-4 151	-1 665	-740	1 370	-549	295
Handel, Reparatur v. Automobilen	-412	-269	-12	181	28	88
Grosshandel und Handelsvermittlung	-2 155	-1 208	25	1 078	16	130
Detailhandel und Reparatur	-3 532	-1 344	-476	1 104	-128	240
Gastgewerbe	-575	80	-533	-109	-122	28
Landverkehr/Rohrfernleitungen	-455	321	-1 104	-472	22	151
Schifffahrt	-495	-55	21	55	0	0
Luftfahrt	-12	0	0	0	0	0
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr	929	-757	1 543	768	9	-11
Nachrichtenübermittlung	558	208	129	3	-168	-211
Kreditgewerbe	-2 576	-1	-478	-20	-104	21
Versicherungsgewerbe	-832	-156	-27	82	58	73
Mit Kredit- und Vers.gewerbe. verb. Tätigkeiten	68	-747	846	745	21	2
Immobilienwesen	135	25	131	83	-85	-108
Vermietung beweglicher Sachen	-99	-53	32	50	1	3
Informatikdienste	1 613	533	605	-507	73	-26
Forschung und Entwicklung	131	13	136	-83	81	70
Dienstleistungen für Unternehmen	1 230	-476	1 464	601	34	-126
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung	17	78	-136	-90	4	12
Unterrichtswesen	496	-129	441	-79	337	207
Gesundheits- und Sozialwesen	158	-1 842	3 009	1 753	356	88
Abfallbeseitigung/-entsorgung	-70	-50	49	72	-27	-22
Interessenvertretungen und Vereinigungen	-446	-108	-122	99	-56	10
Unterhaltung, Kultur, Sport	-688	-84	-169	16	29	68
Persönliche Dienstleistungen	-207	-109	1	62	34	46

* In diesen Teilräumen sind keine entsprechenden Branchen vorhanden.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.3

Entwicklung der Beschäftigten in der Nordwestschweiz nach Aggregationsräumen und Sektoren zwischen 1991 und 1998

	Zentrum	Agglomeration	Peripherie
Beschäftigte Sektor II 1991	53 369	51 376	19 734
Beschäftigte Sektor III 1991	115 028	69 775	14 856
Beschäftigte Sektor II 1998	36 661	41 781	17 574
Beschäftigte Sektor III 1998	107 809	75 150	15 269
Anteil Sektor III in % 1991	68.3	57.6	42.9
Anteil Sektor III in % 1998	74.6	64.3	46.5
Veränderung in %	6.3	6.7	3.5

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998, eigene Berechnungen.

Masse von Einkaufszentren, Warenhäusern und Handelsketten abgedeckt werden. Die dafür notwendigen Flächen sind oft nur am Rande oder ausserhalb der Kernstadt verfügbar.

Insbesondere Detailhandel, Handel, Reparatur von Automobilen, Gesundheits- und Sozialwesen, Immobilienwesen sowie Dienstleistungen für Unternehmen sind in der Agglomeration stark gewachsen. Wertschöpfungsarme Branchen wie Gewinnung von Steinen und Erde, Textilgewerbe, Herstellung von Lederwaren und Schuhen, Be- und Verarbeitung von Holz, Verlag, Druck und Vervielfältigung, Herstellung von sonstigen nichtmetallischen Mineralien, Erzeugung und Bearbeitung von Metall dagegen verzeichnen ein starkes Wachstum in der Peripherie. Im Zentrum weisen insbesondere die Branchen Nachrichtenübermittlung und Informatikdienste ein starkes Wachstum auf.

- Umwelt und Umfeldqualität kommen erhöhte Bedeutung zu,
- in der Kernstadt ist das Flächenrecycling voranzutreiben, um neue Flächen für Dienstleistungsunternehmen zu schaffen,
- Schaffung von Technoparks oder Technopools, was als Flächenrecycling auch in der Stadt möglich ist.

4.5 Das Beispiel des Detailhandels

Den folgenden Ausführungen liegen nur die in Tab. 4.6 aufgeführten Wirtschaftsbereiche zugrunde. Betriebe zur Repara-

tur von Gebrauchsgütern und Betriebe ohne Verkaufsräume werden nicht berücksichtigt.

4.5.1 Struktur und Dynamik des Detailhandels in der Nordwestschweiz

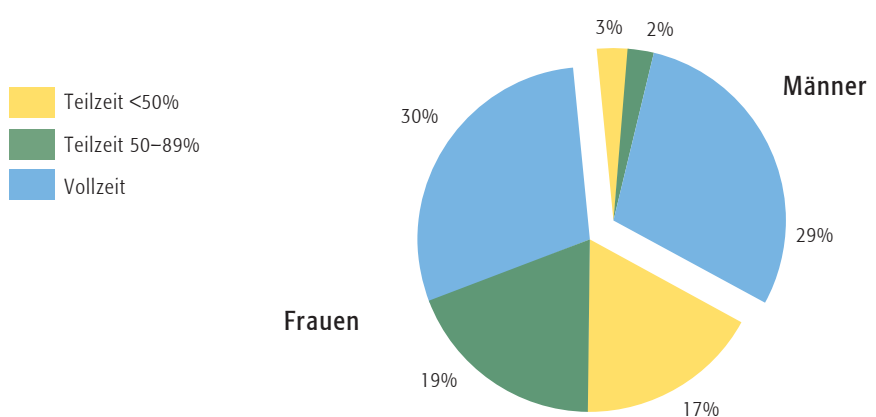
Arbeitsstätten und Beschäftigung

Im Detailhandel wird ein Drittel des privaten Konsums in der Schweiz getätigt, der Detailhandelsumsatz macht ein Fünftel des Bruttosozialproduktes aus. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Detailhandels zeigt sich in seinem Beschäftigungsanteil. 1998 entfielen 8,8% der Beschäftigten und 13,8% der Arbeitsstätten in der Nordwestschweiz auf den Detailhandel. Bezogen auf den tertiären Sektor, sind es 13,1% der Beschäftigten und 17,2% der Arbeitsstätten. Damit zählt der Detailhandel zu den fünf beschäftigungswirksamsten Branchen der Nordwestschweiz.

Wesentliche Charakteristika des Detailhandels sind der hohe Frauenanteil an den Beschäftigten sowie die starke Verbreitung der Teilzeitarbeit. Gegenüber einem Frauenanteil von 40,1% an allen Beschäftigten in der Nordwestschweiz bzw. von 49,1% an den Beschäftigten im tertiären Sektor sind im Detailhandel der Nordwestschweiz zwei Drittel

Abbildung 4.3

Beschäftigte im Detailhandel in der Nordwestschweiz nach Beschäftigungsgrad und Geschlecht 1998



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998.

4.4.2 Tertiärisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit

Neben einer Verlagerung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den suburbanen Raum beobachtet man zwischen 1991 und 1998 eine Tertiärisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit in allen drei Teilräumen (Tab. 4.3). Dies bedeutet für die Raumordnungspolitik, dass die Bedürfnisse des III. Sektors in Zukunft stärker zu berücksichtigen sind:

- statt Ausscheidung von Gewerbegebieten Ausscheidung von Dienstleistungszonen,

aller Beschäftigten Frauen (Abb. 4.3). 26,9% aller Beschäftigten in der Nordwestschweiz arbeiten in Teilzeit, im tertiären Sektor erhöht sich dieser Anteil auf 34,9% und im Detailhandel auf 41,1%. Auch hier zeigen sich deutliche geschlechterspezifische Unterschiede. Während 87,6% der Frauen teilzeitbeschäftigt sind, gehen unter den männlichen Beschäftigten im Detailhandel nur 12,4% einer Teilzeitarbeit nach.

1998 bestanden 3 650 Detailhandelsbetriebe, in denen 25 989 Personen beschäftigt waren, davon 58,9% in Voll-

zeit, 21,1% in Teilzeit 1 (50–89% der betriebsüblichen Arbeitszeit) und 20,0% in Teilzeit 2 (unter 50% der betriebsüblichen Arbeitszeit). Zwischen 1991 und 1998 ist der Detailhandel in der Nordwestschweiz durch eine hohe Dynamik gekennzeichnet. Entsprechend der rezessiven Wirtschaftsentwicklung in dieser Zeitperiode (vgl. Kap. 4.2), ging die Zahl der Arbeitsstätten um 8,8% zurück. Verändertes Verbraucherverhalten (vgl. S. 30, 32) und verschärfter Wettbewerb um die Nachfrage zwingen die Angebotsseite zur Kostenreduktion durch Rationalisierung. Einsparungen

erfolgen auf der Personalseite durch die Reduktion der Serviceleistungen, die Umstellung auf Selbstbedienung und den Einsatz neuer Technologien im Bereich der innerbetrieblichen Organisation, der Logistik, der Kundenkontakte und der Zahlungsmöglichkeiten. Zugleich werden weniger Fach- und Vollzeitkräfte, dafür mehr Angelernte und Teilzeitkräfte beschäftigt. Der Beschäftigtenabbau lag im Detailhandel mit –13,7% deutlich über dem nordwestschweizerischen Mittel von –9,2%. Die durchschnittliche Betriebsgrösse sank dadurch von 7,5 auf 7,1 Beschäftigte je

Tabelle 4.4

Arbeitsstätten und Beschäftigte im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 und 1998

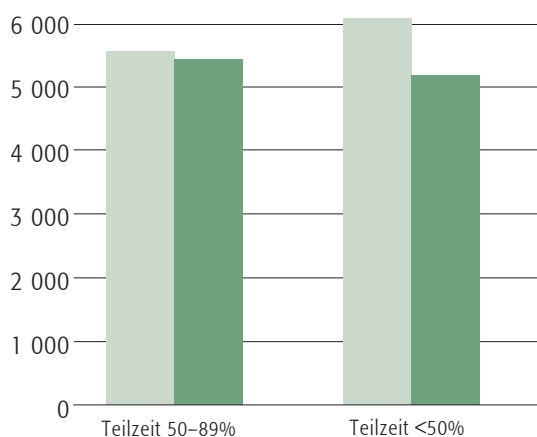
	1991	1998	1991 bis 1998		männlich		weiblich	
			abs.	in %	1991	1998	1991	1998
Arbeitsstätten	4 002	3 650	–352	–8,8				
Beschäftigte total	30 125	25 989	–4 136	–13,7	10 593	8 917	19 532	17 072
davon:								
Vollzeit	18 405	15 304	–3 101	–16,8	9 316	7 596	9 089	7 708
Teilzeit 50–89%	5 597	5 479	–118	–2,1	456	609	5 141	4 870
Teilzeit unter 50%	6 123	5 206	–917	–15,0	821	712	5 302	4 494

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

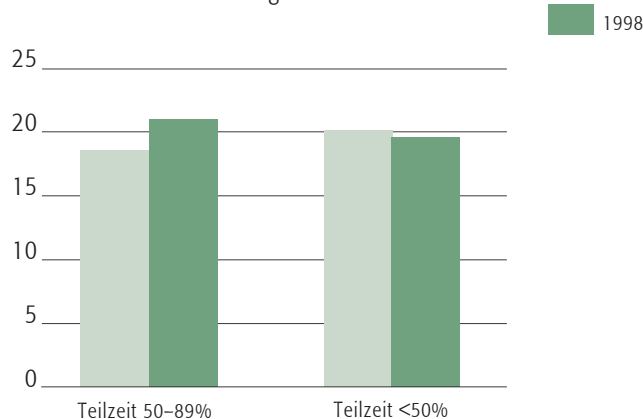
Abbildung 4.4

Absoluter und relativer Wandel der Teilzeitbeschäftigung im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 bis 1998

Beschäftigte absolut



Anteil an allen Beschäftigten in %



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

Arbeitsstätte. Absolut gesehen sind die Frauen (-2 460 Beschäftigte/-12,6%), relativ gesehen die Männer (-1 676 Beschäftigte/-15,8%) stärker vom Beschäftigtenabbau betroffen (Tab. 4.4).

Beschäftigungsrückgänge fanden in allen Arbeitspensum, am stärksten jedoch im Vollzeit- (-3 101 Beschäftigte) und im Teilzeitpensum unter 50% (-917 Beschäftigte) statt. Anteilsmässig ergibt sich dadurch eine Verschiebung zugunsten der Beschäftigten mit einem Arbeitspensum zwischen 50% und 89% (Abb. 4.4). Während bei den Frauen in allen Beschäftigungsverhältnissen Personal abgebaut wurde, stieg bei den männlichen Arbeitnehmern der Anteil der in Teilzeit 1 beschäftigten Personen um 33,6%.

Räumliche Struktur: Standorte und Versorgungssituation

Die Standorte des Detailhandels sind an hohe Bevölkerungsdichten und/oder verkehrsgünstige Lagen (Autobahnanschlüsse, Bahnhöfe, Haltestellen) gebunden. Entsprechend sind die höchsten Konzentrationen an Geschäften in den

Städten sowie in den Zu- und Wegpendlergemeinden vorzufinden. Den geringsten Einzelhandelsbesatz weisen die dünn besiedelten agrarisch geprägten Gemeinden auf. Zentraler Versorgerort in der Nordwestschweiz ist die Stadt Basel mit 1 669 Arbeitsstätten (Karte 4.2).

Mit fortschreitender Suburbanisierung der Bevölkerung verlagert sich auch der Einzelhandel, der der kaufkräftigen suburbanen Bevölkerung mit zeitlicher Verzögerung folgt, weiter in die Agglomeration. Zugleich sinkt die Bedeutung der Kernstadt Basel als Einzelhandelsstandort. Zwischen 1991 und 1998 ging der Anteil Basels an den Einzelhandelsgeschäften in der Nordwestschweiz von 48,0% auf 45,7% und der Anteil an den Detailhandelsbeschäftigten von 52,9% auf 47,7% zurück. Im Vergleich zu den übrigen Teilgebieten der Nordwestschweiz weist Basel mit einer Abnahme der Arbeitsstätten um 13,0% und der Beschäftigten um 22,3% die relativ stärksten Verluste auf. Den geringsten Rückgang verzeichnet der Kanton Basel-Landschaft (Abb. 4.5, Karte 4.3). Im

Bereich der Teilzeitbeschäftigung sind in der Agglomeration noch Bedeutungsgewinne zu verzeichnen. Dies trifft insbesondere für Beschäftigungsverhältnisse mit einem Arbeitspensum von 50 bis 89% zu. Im Kanton Basel-Landschaft stieg der Anteil der in Teilzeit 1 Beschäftigten um ein Fünftel (Abb. 4.5).

Zur Dezentralisierung von Einzelhandelsstandorten tragen zudem die Flächenknappheit in den Innenstädten sowie die steigenden Miet- und Bodenpreise bei. Seitens der Verbraucher sind zudem folgende Entwicklungen ausschlaggebend:

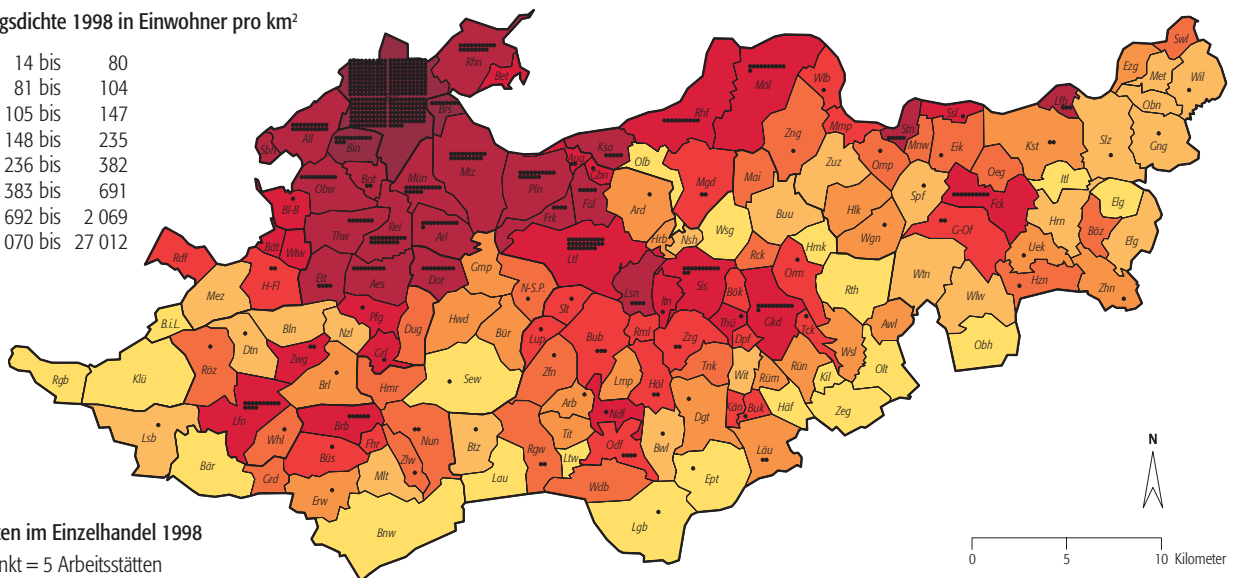
- Steigende Mobilität breiter Bevölkerungsschichten: An die Stelle fester Zentrenbeziehungen tritt eine hohe räumliche Flexibilität bezüglich der Wahl der Versorgerorte.
- Demografische und soziale Entwicklungen: Zunehmende Lebenserwartung, sinkende Haushaltsgrößen, eine steigende Zahl von Singlehaushalten und die Individualisierung der Lebensstile führen zum Wandel der Konsumansprüche und -gewohnheiten.

Karte 4.2

Arbeitsstätten des Detailhandels und Bevölkerungsdichte in der Nordwestschweiz 1998

Bevölkerungsdichte 1998 in Einwohner pro km²

	14 bis 80
	81 bis 104
	105 bis 147
	148 bis 235
	236 bis 382
	383 bis 691
	692 bis 2 069
	2 070 bis 27 012



Arbeitsstätten im Einzelhandel 1998

- 1 Punkt = 5 Arbeitsstätten

Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

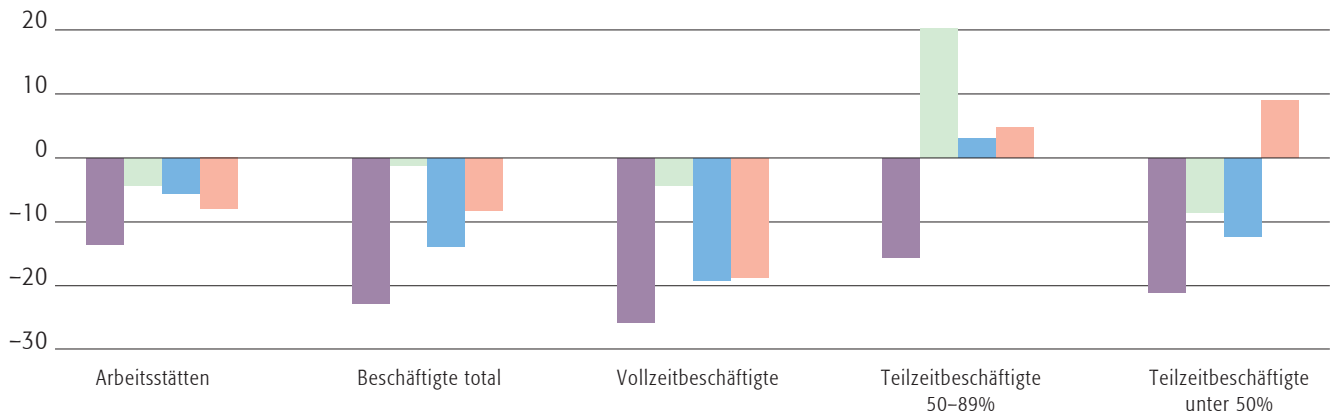
Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1998.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Abbildung 4.5

Prozentuale Veränderung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Teilgebieten 1991 bis 1998

Veränderung in %

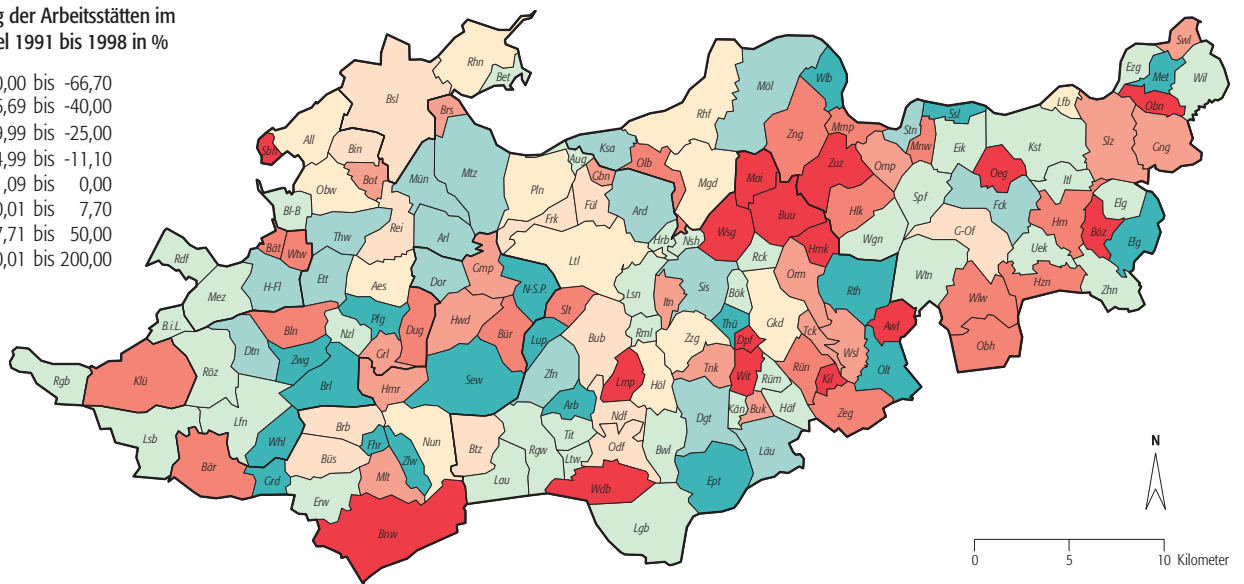
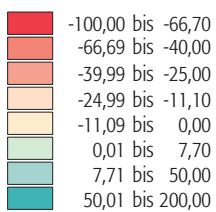


Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998, eigene Berechnungen.

Karte 4.3

Arbeitsstättenentwicklung im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 bis 1998

Entwicklung der Arbeitsstätten im Detailhandel 1991 bis 1998 in %



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

- Wohlstandeffekte: Durch Kaufkraftzuwächse findet eine Verlagerung der Nachfrage vom Grundbedarf zum Zusatz-/Luxusbedarf statt. Der Erlebnis- und Freizeitcharakter des Einkaufens gewinnt an Bedeutung.
- Technische Entwicklungen (Kühlschränke, Tiefkühlgeräte): Die Bevorratung von Lebensmitteln eröffnet die Möglichkeit zu Zeit sparenden Gross-einkäufen mit dem Pkw.

Es kommt zur Verlagerung und Neugründung von Betriebsstandorten in peripheren Lagen. Auf der „Grünen Wiese“ entstehen in verkehrsgünstiger Lage autogerechte grossflächige Einzelhandelseinrichtungen in Form von Verbrauchermärkten, Fachmärkten, Einkaufszentren/ Shopping Centers oder Fachmarkttagglomerationen (vgl. Kap. 4.5.2).

Betriebsgrößenstruktur

Begleitet wird der Beschäftigtenabbau von einem Strukturwandel der Betriebsgrößen. Neben einer Abnahme der Betriebsgrößen insgesamt ist eine Verschiebung zugunsten der Kleinbetriebe festzustellen. 1998 verfügten 51,2% der Arbeitsstätten über 1 und 41,2% über 2–9 Beschäftigte, das heisst, in 92,4% aller Arbeitsstätten, dies sind 7,2% mehr als 1991, waren weniger als 10 Personen beschäftigt. An Bedeutung gewonnen haben die 1-Beschäftigte-Betriebe, deren Zahl sich zwischen 1991 und 1998 mehr als verdoppelte. Alle anderen Betriebsgrößenklassen weisen absolut und relativ gesehen Verluste auf. Der stärkste absolute Rückgang erfolgte bei den Betrieben mit 2–9 Beschäftigten (Tab. 4.5).

Die Betrachtung der Teilgebiete der Nordwestschweiz ergibt ein ähnliches Bild. In allen Teilgebieten steht dem massiven Rückgang der Betriebe mit 2–9 Beschäftigten ein starker Anstieg der Verkaufsstellen mit einem Beschäftigten gegenüber. Die höchsten absoluten Zu- und Abnahmen weisen hierbei die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft auf (Abb. 4.6). Relativ gesehen sind die Teilgebiete Aargau und Solothurn am stärksten vom Schrumpfungsprozess der Betriebsgrößen betroffen. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten bestehen hier nicht mehr.

Wirtschaftsbereiche

Die folgende Aufschlüsselung erfolgt gemäss der in der NOGA ausgewiesenen Wirtschaftsbereiche, die z. T. nochmals zusammengefasst wurden (Tab. 4.6).

Geschäfte der Hauptrichtung Nahrungsmittel (täglicher Bedarf), zu denen insbesondere die Grossverteiler (Migros, Coop) zählen, sowie Bekleidungsgeschäfte (periodischer Bedarf) sind in der Nordwestschweiz – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – am stärksten vertreten. Zahlen- und anteilmässig von untergeordneter Bedeutung sind dagegen Möbel- und Antiquitätengeschäfte (episodischer Bedarf) sowie Apotheken, Drogerien und Parfümerien (täglicher und periodischer Bedarf) (Abb.4.7).

Grössere Beschäftigtenzunahmen im Voll- und Teilzeitbereich weist zwischen 1995 und 1998 nur der Bereich „Haupttrichtung Nahrungsmittel“ auf. Vor allem die Grossverteiler sind es, die den Lebensmittelfachhandel zunehmend ver-

drängen („Lädelerben“). Den grössten Personalabbau verzeichnen die Warenhäuser, die von anderen/neuen Betriebstypen (Verbrauchermärkte, Fachmärkte, Factory Outlet Center etc.) abgelöst werden. Neben den Lebensmittelfachgeschäften sind die Bekleidungsgeschäfte durch grössere Arbeitsplatzverluste gekennzeichnet. Die geringen Beschäftigtengewinne in den übrigen Wirtschaftsbereichen erfolgen ausschliesslich im Teilzeitbereich (Abb. 4.8).

4.5.2 Pratteln – Einzelhandelsentwicklung auf der „Grünen Wiese“

Eine von der Nordwestschweiz insgesamt abweichende Entwicklung im Detailhandel weisen an der Peripherie der Kernstadt und im weiteren Umland gelegene Gemeinden auf, die attraktive Standorte für Einkaufszentren oder Fachmarkttagglomerationen bieten. In diesen Gemeinden steigt die Zahl der Beschäftigten und z. T. der Arbeitsstätten im Detailhandel. Exemplarisch hierfür soll die im inneren Agglomerationsgürtel gelegene Gemeinde Pratteln betrachtet werden. Auf dem zwischen dem Bahnhof Pratteln und der Autobahn N2 gelegenen Areal haben sich unterschiedliche Fachmärkte und Einkaufszentren angesiedelt, die insbesondere mit dem Auto gut zu erreichen sind und über ausreichend Parkplätze verfügen.

Zu den dominierenden Wirtschaftsbereichen gehören der Food-Sektor (Lebensmittel), hauptsächlich vertreten durch Grossverteiler, sowie aus dem Non-

Tabelle 4.5

Betriebsgrößenstruktur im Detailhandel der Nordwestschweiz 1991 und 1998

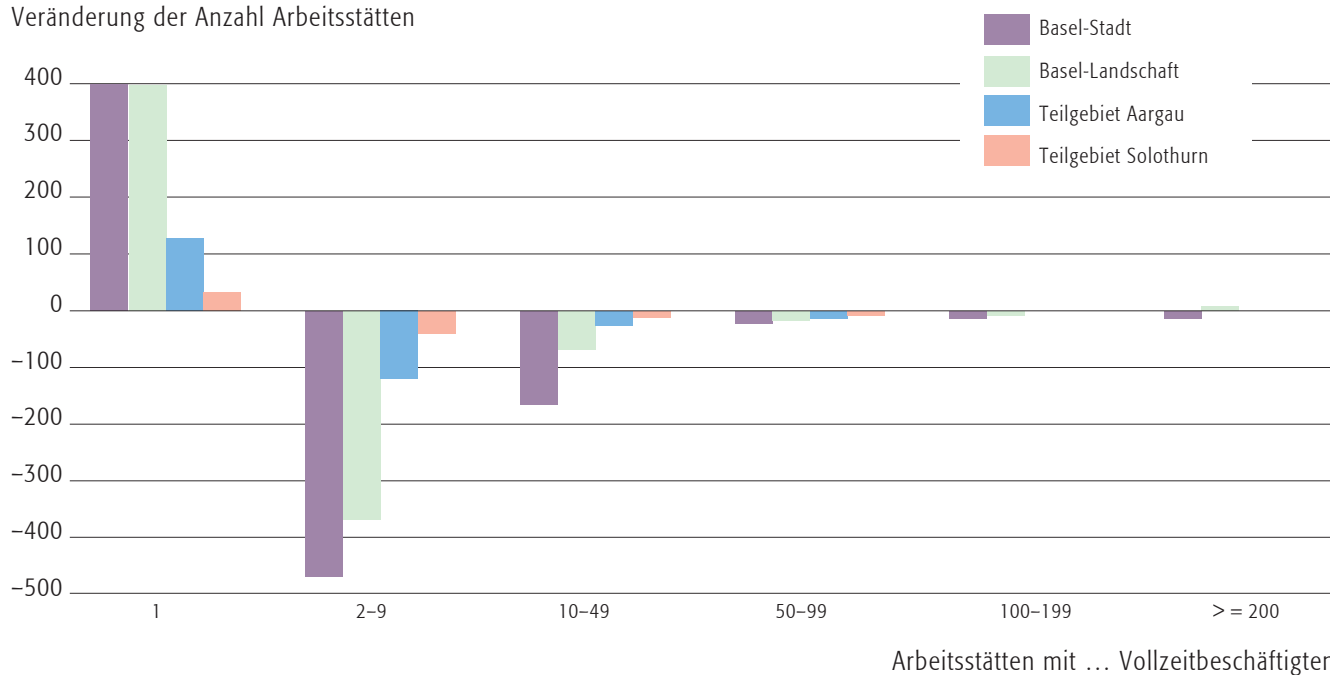
	Betriebsgrößenklasse (Arbeitsstätten mit ... Vollzeitbeschäftigten)											
	1		2–9		10–49		50–99		100–199		200 und mehr	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1991	906	22,7	2 502	62,5	520	13,0	53	1,3	12	0,3	9	0,2
1998	1 869	51,2	1 505	41,2	253	6,9	15	0,4	3	0,1	5	0,1
1991–1998	+963	+106,3	–997	–39,9	–267	–51,4	–38	–71,7	–9	–75,0	–4	–44,4

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

Abbildung 4.6

Wandel der Betriebsgrößenstruktur im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Teilgebieten 1991 bis 1998

Veränderung der Anzahl Arbeitsstätten



Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

Tabelle 4.6

Übersicht über die betrachteten Wirtschaftsbereiche des Detailhandels

NOGA	Detailhandel in Verkaufsräumen mit:	Verwendete Kurzbezeichnung
52.11	Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel	Haupttrichtung Nahrungsmittel
52.12	Waren verschiedener Art; Haupttrichtung Nichtnahrungsmittel	Warenhäuser
52.2	Fachdetailhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	Fachhandel Nahrungsmittel
52.3	Fachdetailhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln	Körperpflege
52.41	Textilien	Bekleidung
52.42	Bekleidung	
52.43	Schuhen und Lederwaren	
52.44	Möbeln und Haushaltsgegenständen	Möbel und Antiquitäten
52.5	Antiquitäten und Gebrauchsgüter	
52.45	Elektrischen Haushalts-, Radio- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	Haushaltswaren
52.46	Metallwaren, Anstrichmitteln, Glaswaren, Bau- und Heimwerkerbedarf	
52.47	Büchern, Zeitungen, Schreib- und Papeteriewaren	Bücher und Schreibwaren
52.48	Fachdetailhandel a. n. g.	sonstiger Detailhandel

Quelle: NOGA, eigene Zusammenfassung.

Abbildung 4.7

Anteil der Beschäftigten im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Wirtschaftsbereichen 1998

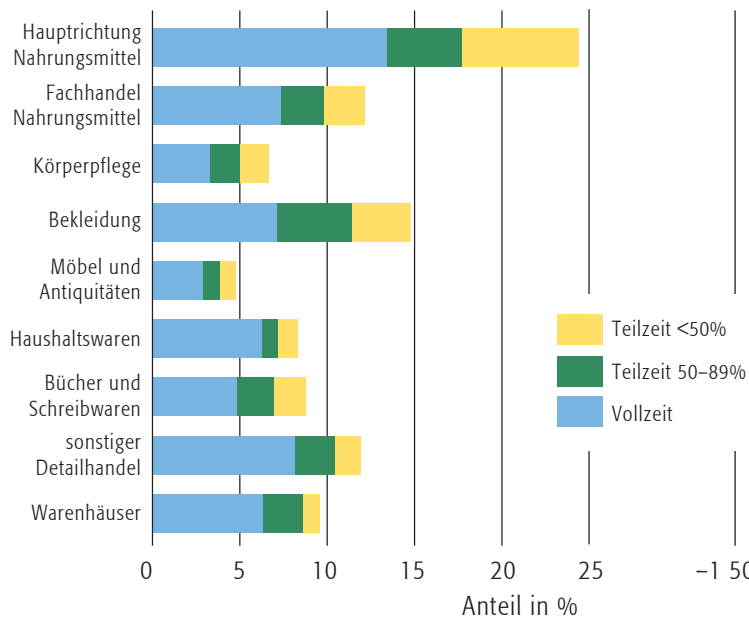


Abbildung 4.8

Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel der Nordwestschweiz nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998

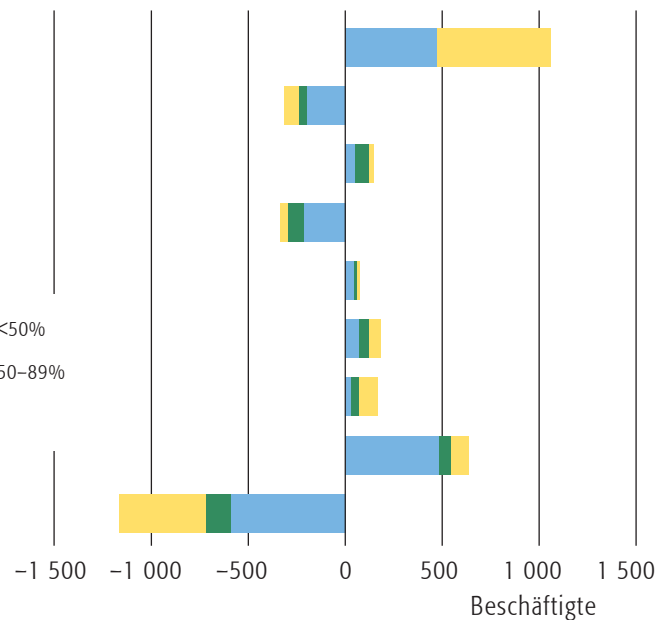


Abbildung 4.7 und 4.8

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1995 und 1998.

Food-Bereich (Nichtlebensmittel) Anbieter von Bekleidung, Haushaltswaren und Möbeln (Abb. 4.9). Im Vergleich zum nordwestschweizerischen Detailhandel unterrepräsentiert sind die Warenhäuser, Geschäfte, die Bücher und Schreibwaren sowie Artikel zur Körperpflege anbieten, und der Fachhandel mit Lebensmitteln. Diese Wirtschaftsbereiche haben ihren Standort vor allem in der Stadt Basel. Entsprechend bestehen je nach Bereich und Sortimentsstruktur zwischen der Kernstadt und den grossflächigen Einzelhandelseinrichtungen an der Peripherie nicht nur Konkurrenzaspekte, sondern auch Ergänzungsfunktionen. Der Einkauf von Lebensmitteln und sperrigen bzw. schweren Waren des periodischen und des episodischen Bedarfs erfolgt bevorzugt an autogerechten Standorten am Stadtrand. Spezielle und qualitativ hochwertige bzw. leicht transportierbare Produkte werden dagegen im spezialisierten Fachhandel

der mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichenden Innenstadt erworben.

Durch die Ansiedlung neuer und die Erweiterung bestehender Betriebe stieg die Zahl der Einzelhandelsbeschäftigten in Pratteln zwischen 1995 und 1998 um 83,6% auf 929 Personen, von denen 53,0% in Vollzeit und 47,0% in Teilzeit beschäftigt werden. Steigende Beschäftigtenzahlen verzeichneten dabei primär die dominierenden Wirtschaftsbereiche, und zwar sowohl im Bereich der Teilzeit- als auch der Vollzeitbeschäftigung (Abb. 4.10). Von geringfügigem Personalabbau betroffen waren die Warenhäuser und der Lebensmittelfachhandel im Teilzeit- sowie der sonstige Detailhandel im Vollzeitbereich.

4.5.3 Bedeutungsverlust des Detailhandels im Kanton Basel-Stadt?

Der Detailhandel im Kanton Basel-Stadt und insbesondere in der Innenstadt Basels ist – gemessen an der Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigtenzahlen – durch einen Bedeutungsverlust gekennzeichnet, der im Wesentlichen von zwei Entwicklungen bestimmt wird:

- Betriebliche Konzentrationsprozesse, die zum Verlust der Angebots- und Funktionsvielfalt der Innenstadt führen: Der Rückgang individueller eigenständiger Betriebe und das Vordringen gleich ausgestatteter Filialen wird im Allgemeinen durch die Schlagworte „Filialisierung“, „Uniformisierung“ und „Banalisierung“ umrissen. Die Begriffe „Tertiärisierung“ und „Textilisierung“ belegen die Dominanz der Dienstleistungs- und Einzelhandelsfunktionen, bei Letzte-

Abbildung 4.9

Anteil der Beschäftigten im Detailhandel in Pratteln nach Wirtschaftsbereichen 1998

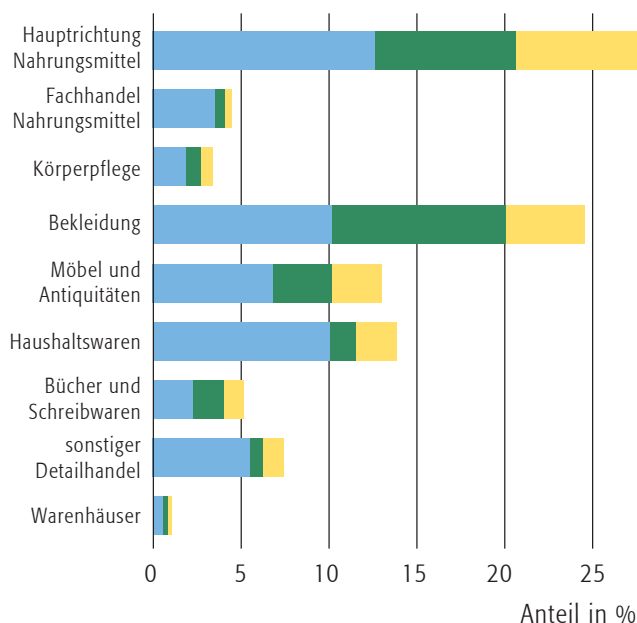


Abbildung 4.10

Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel in Pratteln nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998

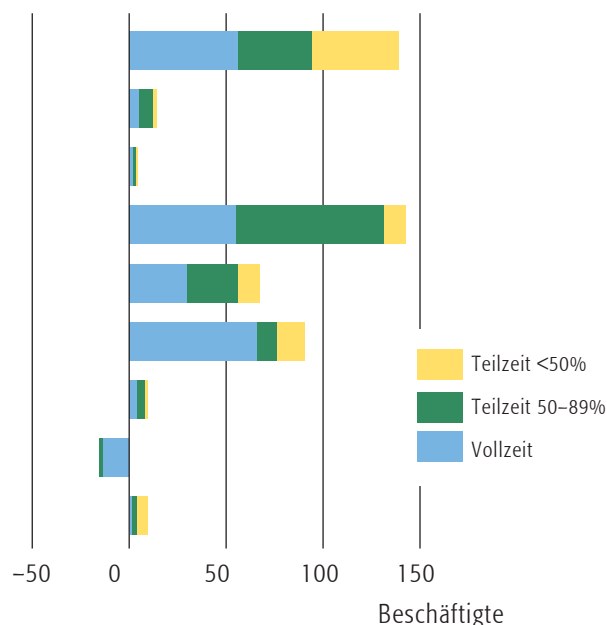


Abbildung 4.9 und 4.10:

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1995 und 1998.

ren insbesondere der Geschäfte für Bekleidung, Schuhe, Lederwaren und Textilien.

- Räumliche Dekonzentrationsprozesse: Der innerstädtische Einzelhandel muss sich gegen die zunehmende Konkurrenz durch grossflächige Einzelhandelsanbieter an peripheren Standorten behaupten. Kaufkraftabflüsse in den suburbanen Raum verweisen auf die partiell sinkende Attraktivität der Innenstadt.

Seit 1955 ist die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel des Kantons rückläufig. Während bis 1975 die Zahl der Vollzeitbeschäftigten trotz sinkender Zahl der Geschäfte noch stieg, nimmt diese seither ebenfalls kontinuierlich ab (Abb. 4.11). 1998 waren in den 1 681 Arbeitsstätten des Detailhandels (ohne Reparaturen) im Kanton Basel-Stadt 12 649 Personen beschäftigt, davon 57,8% in Vollzeit, 22,3% in Teilzeit 1 und 19,9%

in Teilzeit 2. Zwischen 1985 und 1998 sank die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel um 361 bzw. 17,7%. Aufgrund der noch stärker rückläufigen Zahl der Beschäftigten ging die durchschnittliche Betriebsgrösse von 8,2 auf 7,5 Beschäftigte je Arbeitsstätte zurück. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt nahm von 31,6% auf 42,2% zu.

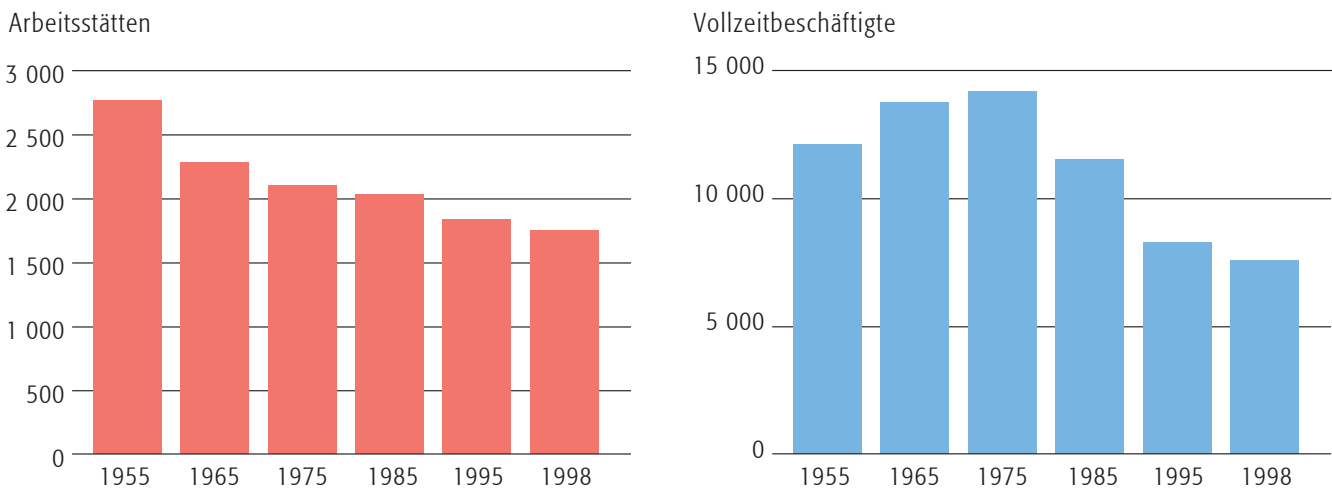
Trotz rückläufiger Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen (1985–1995: –14,9% bzw. –17,5%) stieg die durchschnittliche Verkaufsfläche je Arbeitsstätte von 152,5 m² (1985) auf 205,4 m² (1995) bzw. um 14,6%. Die Verkaufsfläche je Beschäftigten nahm von 18,5 m² auf 25,7 m², die Verkaufsfläche je Einwohner von 1,5 m² auf 1,8 m² zu. Diese Entwicklung verweist auf einen ausgeprägten Strukturwandel, der zur Vergrößerung der Geschäfte, nicht aber zur Ausweitung des Verkaufsnetzes führte. Grös-

sere Verkaufsflächen wurden vor allem infolge der Umstellung auf das Selbstbedienungsprinzip notwendig. Die Ausdünnung des Verkaufsnetzes bei steigender durchschnittlicher Verkaufsfläche benachteiligt vor allem die immobilen Bevölkerungsgruppen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, d.h. der zunehmenden Lebenserwartung der Bevölkerung, kann dies zusammen mit der fortschreitenden Dekonzentration des Einzelhandels zukünftig zu Zugangs- und damit zu Versorgungsschwierigkeiten bei bestimmten Altersgruppen führen.

Differenziert nach Quartieren befinden sich 1998 nahezu ein Drittel der Arbeitsstätten und die Hälfte der Beschäftigten im Detailhandel in den Altstädten Gross- und Kleinbasel. Hohe Beschäftigtenzahlen im Detailhandel weisen zudem citynahe Quartiere (Vorstädte, Am Ring), Quartiere mit eigenständigen Versor-

Abbildung 4.11

Entwicklung der Arbeitsstätten und Vollzeitbeschäftigten im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt 1955 bis 1998



Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, eidgenössische Betriebszählungen und Statistische Jahrbücher.

gungszentren (Gundeldingen, Matthäus) sowie Quartiere mit grossflächigen Einzelhandelsagglomerationen (St. Alban – Dreispitz-Areal) auf. Diese Quartiere verfügen 1995 auch über die grössten durchschnittlichen Verkaufsflächen zwischen 458,2 m² in der Altstadt Kleinbasel und 200,0 m² im Matthäus. Von den Arbeitsstätten- und Beschäftigtenverlusten zwischen 1985 und 1998 sind alle Quartiere, am geringsten jedoch der City-Kernbereich (Altstädte Gross- und Kleinbasel, Vorstädte) betroffen. Die Altstadt Kleinbasel ist zugleich das einzige Quartier, das eine positive Beschäftigtenentwicklung aufweist (+23,9%).

Hinsichtlich der Betriebsgrößenstruktur zeigt sich im Kanton Basel-Stadt ein ähnlicher Strukturwandel wie in der gesamten Nordwestschweiz. 1998 dominieren mit 92,2% die Kleinbetriebe mit bis zu 9 Beschäftigten. Dabei verzeichnet die Grössenklasse mit 1 Beschäftigten zwischen 1991 und 1998 einen hohen Bedeutungsgewinn (+84,4%), während Zahl und Anteil der Arbeitsstätten mit 2–9 Beschäftigten stark abnehmen. Von den stärksten relativen Rückgängen sind die Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten betroffen (Tab. 4.7).

Dominierende Wirtschaftsbereiche innerhalb des Detailhandels im Kanton

Basel-Stadt sind die Warenhäuser, die Bekleidungsgeschäfte und Geschäfte der Hauptrichtung Nahrungsmittel (Abb. 4.12). Im Vergleich zur Nordwestschweiz sind Geschäfte der ersten beiden Bereiche deutlich stärker, Letztere hingegen schwächer vertreten. Sowohl die Warenhäuser als auch die Bekleidungsgeschäfte zählen zu den citytypischen Betriebsformen bzw. Wirtschaftsbereichen. Der hohe Beschäftigtenanteil im Bekleidungsbereich belegt zudem die fortschreitende „Textilisierung“, wengleich Bekleidungsgeschäfte auch zunehmend in die Agglomeration abwandern. Insgesamt überwiegt der Non-Food-Sektor mit einem Beschäftigtenan-

Tabelle 4.7

Betriebsgrößenstruktur im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt 1991 und 1998

	Betriebsgrößenklasse (Arbeitsstätten mit ... Vollzeitbeschäftigten)											
	1		2-9		10-49		50-99		100-199		200 und mehr	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1991	474	23,5	1 217	60,2	289	14,3	25	1,2	8	0,4	7	0,4
1998	874	49,7	747	42,5	125	7,1	7	0,4	3	0,2	2	0,1
1991-1998	+400	+84,4	-470	-38,6	-164	-56,7	-18	-72,0	-5	-62,5	-5	-71,4

Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991 und 1998.

Abbildung 4.12

Anteil der Beschäftigten im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt nach Wirtschaftsbereichen 1998

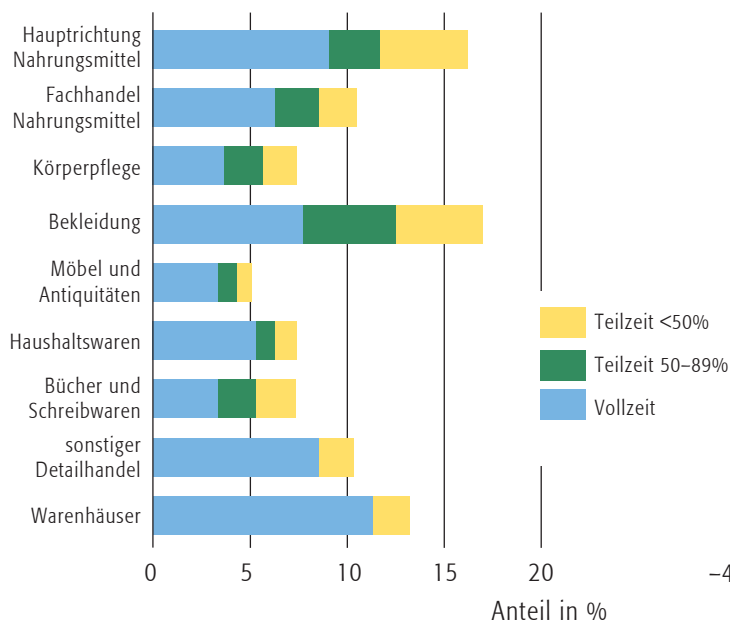
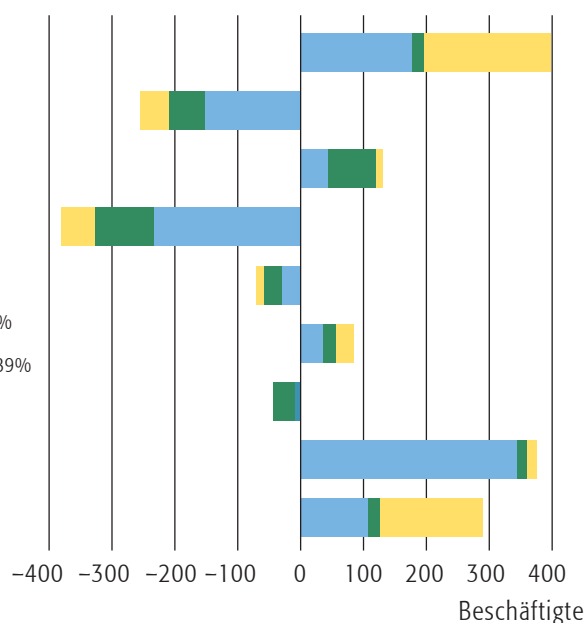


Abbildung 4.13

Veränderung der Beschäftigtenzahl im Detailhandel im Kanton Basel-Stadt nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998



Abbildungen 4.12 und 4.13:

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, eidgenössische Betriebszählung 1995 und 1998.

teil von 73,7%. Der Anstieg der Verkaufsfläche erfolgte zu zwei Dritteln zugunsten des Non-Food- und zu einem Drittel zugunsten des Food-Bereichs. Relativ gesehen konnte der Nichtlebensmittelektor seinen Verkaufsflächenanteil jedoch nur um 10,2%, der Lebensmittelektor hingegen um 35,0% steigern. Innerhalb des Food-Sektors werden – gemessen an den Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen – die Fachdetailhandelsgeschäfte von den Grossverteilern zunehmend verdrängt. Die Zahl der Arbeitsstätten im Fachdetailhandel mit Nahrungsmitteln halbierte sich zwischen 1985 und 1998 nahezu (von 362 auf 195 Arbeitsstätten).

Beschäftigtengewinne können zwischen 1995 und 1998 nur die Wirtschaftsbereiche Haushaltswaren, Körperpflege und Haupttrichtung Nahrungsmittel aufweisen. Während in den beiden ersten Bereichen nur zusätzliche Teilzeitkräfte eingestellt wurden, weisen die Lebensmittelgrossverleiher auch ein höheres

Volumen an zusätzlichen Vollzeitkräften auf (Abb. 4.13). Besonders hoch sind die Beschäftigtenverluste in den Bereichen Bekleidung (Abwanderung in die Agglomeration), sonstiger Detailhandel, Fachhandel Nahrungsmittel (Verdrängung durch Grossverleiher) und Warenhäuser (Ablösung durch neue Betriebstypen).

4.5.4 Innerstädtische Differenzierung am Beispiel der Freien Strasse

Als wesentliches Element der City spiegeln Hauptgeschäftsstrassen die innerstädtische Entwicklung besonders deutlich wider. Struktur- und Funktionsveränderungen lassen sich an ihnen beispielhaft erfassen und erklären. Zur Analyse der Entwicklungstrends in der Basler Innenstadt wird daher im Folgenden der Wandel der Nutzungsstruktur in der Freien Strasse zwischen 1975 und 2001 (Karte 4.4) betrachtet. Grundlage der Analyse bildet die Erdgeschossnutzung, die in Nutzungseinheiten, d.h. unabhän-

gig von den tatsächlich zugrunde liegenden Geschäftsflächen, erfasst wurde. Differenziert wird der Einzelhandel nach neun Bedarfsgruppen (Abb. 4.14).

Während die Anzahl der Nutzungseinheiten zu beiden zeitlichen Querschnitten nahezu konstant geblieben ist, lassen sich deutliche Verschiebungen bei den Anteilen der Geschäfte an den einzelnen Bedarfsgruppen ausmachen. Einer Abnahme der Zahl der Geschäfte im Bereich Nahrungs- und Genussmittel, Hausratbedarf, Bildung, Kunst und Zierbedarf und Unterhaltungsbedarf steht ein deutlicher Anstieg der Bekleidungs- und Textiliengeschäfte gegenüber. Mit einem Anteil von 50% der Geschäfte (einschliesslich der [Textil-] Kaufhäuser) dominieren sie die Nutzungsstruktur der Freien Strasse, es folgt die Schmuckbranche, auf die zu beiden Zeitpunkten etwa ein Anteil von 13% entfällt. Einen Bedeutungsgewinn können zudem die Geschäfte im Bereich Körperpflege und Gesundheitswesen verzeichnen. Für das

Karte 4.4

Wandel der Erdgeschossnutzung in der Freien Strasse
1975 und 2001

1975



2001



Einzelhandel

- 1. Nahrungs- und Genussmittel
- 2. Bekleidung und Textilien
- 3. Hausratbedarf
- 4. Körperpflege und Gesundheitswesen
- 5. Bildung, Kunst und Zierbedarf
- 6. Unterhaltungsbedarf
- 7. Wohnungseinrichtungsbedarf
- 8. Schmuck
- 9. Kaufhäuser



Dienstleistungen

- 1. Öffentliche und halboffizielle Einrichtungen
- 2. Versicherungs- und Bankwesen
- 3. Reisebüros und Werbeagenturen
- 4. Gaststätten- und Unterhaltungsgewerbe
- 5. Einfache Serviceleistungen

Umbau



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung, L. Baumann.

Quelle: Eigene Erhebungen.

Kartengrundlage: Grundbuch- und Vermessungsamt Basel-Stadt.

Ausstattungslevel der Strasse ist folglich die Entwicklung auf dem Bekleidungssektor von ganz entscheidender Bedeutung.

Anhand der Kartierungen kann für die Freie Strasse eine zunehmende Textilisierung und Filialisierung bei einer gleichzeitigen Verminderung der Funktionsvielfalt und Standardisierung der Angebote festgestellt werden. Betrachtet man den Anteil der Nutzungen an

den einzelnen Bedarfsstufen des Einzelhandels (Differenzierung nach Konsumhäufigkeit und -wertigkeit) bzw. den Dienstleistungen, so zeigt sich deutlich die Abnahme des Anteils der Geschäfte mit Waren des täglichen Bedarfs zugunsten des Anteils der Geschäfte zur periodischen Bedarfsdeckung, die den Angebotsschwerpunkt bilden (Abb. 4.15).

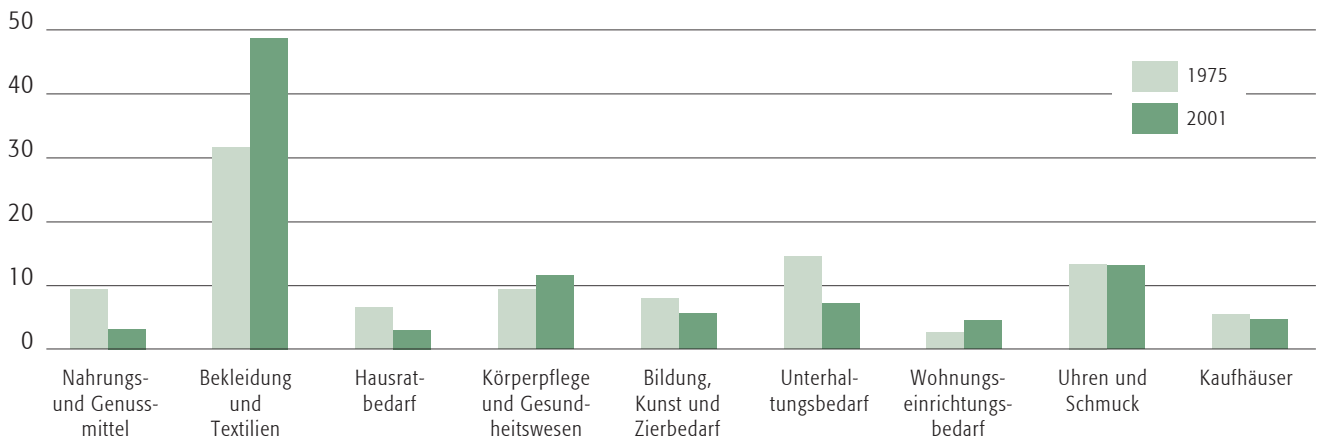
Der hohe Grad der Filialisierung, der sich insbesondere im Bekleidungs- und Tex-

tilienbereich zeigt, wird deutlich, wenn man die Preiskategorien in den Haupt- und Nebengeschäftsstrassen betrachtet. Die Schmuck- und Uhrenbranche ist in der Freien Strasse überwiegend durch „echte“ Citygeschäfte vertreten. Im Vergleich zu anderen Geschäftsstrassen weist das Sortiment hier ein deutlich höheres Preisniveau auf. Die Preisunterschiede im Bereich der Oberbekleidung sind dagegen nur noch relativ gering (sinkende Exklusivität zugunsten preis-

Abbildung 4.14

Wandel der Einzelhandelsstruktur im Erdgeschoss der Freien Strasse 1975 und 2001

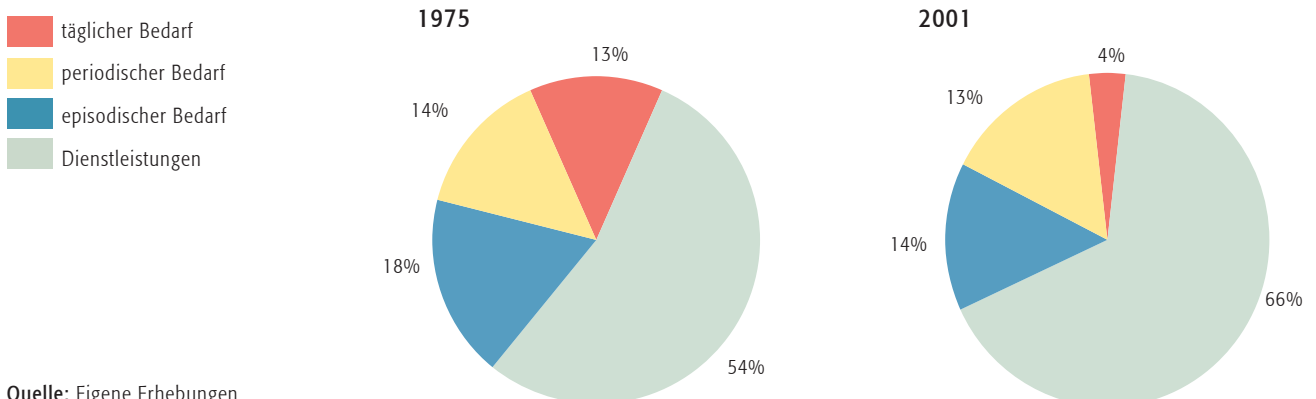
Anteil an allen Geschäften in %



Quelle: Eigene Erhebungen.

Abbildung 4.15

Erdgeschossnutzung in der Freien Strasse, differenziert nach Bedarfsstufen und Dienstleistungen 1975 und 2001



Quelle: Eigene Erhebungen.

günstigerer Konfektions-/Massenware). Insbesondere überregional verbreitete Filialgeschäfte (C&A, H&M, Orsay, Benetton, Esprit), die sich in allen Städten durch die gleiche Geschäftsaufmachung, ein einfaches Ausstattungsniveau und weitgehend identische Warenangebote auszeichnen, tragen zum Verlust des individuellen Charakters und zur qualitativen Abwertung der Hauptgeschäftsstrasse bei.

Aus wirtschaftlicher und stadtplanerischer Sicht können die folgenden, für den innerstädtischen Einzelhandel und die Attraktivität der City insgesamt problematischen Entwicklungen identifiziert werden:

- Verlust des individuellen Charakters und qualitative Abwertung der Hauptgeschäftsstrassen,
- zunehmende Konkurrenz durch grossflächige Einzelhandelseinrichtungen im suburbanen Raum; Erreichbarkeit, Qualität und Angebotsvielfalt sind kein alleiniger Vorteil der City mehr,
- Umlenkung von Kaufkraftströmen durch den fortschreitenden Prozess der Suburbanisierung und die damit verbundene Abwanderung bestimmter Bevölkerungsschichten (Besserverdienende, Familien, die einen höheren Versorgungsbedarf aufweisen). Da die Bevölkerung zunehmend in den äusseren Agglomerationsring abwandert, wird die Distanz zur Innenstadt immer grösser.

Wesentlicher Vorteil der Innenstadt sind die über den Einzelhandel hinausgehenden Funktionen. Der Versorgungsaspekt ist nur für ein Drittel der Innenstadtbe-

sucher der Hauptbesuchsgrund. Einen wichtigen Stellenwert nehmen hier Funktionen mit Erlebnis- und Freizeitcharakter sowie die städtische Atmosphäre ein. Zugleich werden die Stärken der Innenstadt bisher nicht optimal genutzt und vom Kunden vielfach nicht wahrgenommen. Die verschärfte Konkurrenzsituation kann in diesem Zusammenhang positiv gewertet werden, da sie den innerstädtischen Einzelhandel zwingt, sich ständig an neue Bedingungen anzupassen, um für den Kunden attraktiv zu bleiben und sich auf dem Markt zu positionieren.

Um die Innenstadt als den Kern des städtischen und sozialen Lebens und folglich ihre Anziehungskraft für die Bewohner der Agglomeration zu erhalten bzw. zu stärken, sind unter Berücksichtigung aller planungsrelevanten Akteure verschiedene Massnahmen geeignet, die sich z.T. bereits in der Diskussion oder Planung befinden:

- Stärkung der Position der noch vorhandenen kleinen und mittleren selbstständigen Betriebe, die aufgrund der besseren Wettbewerbsbedingungen der grossen Filialunternehmen einem verschärften Konkurrenzkampf am Standort ausgesetzt sind,
- insbesondere Stärkung der hoch spezialisierten und exklusiven Citygeschäfte, die ein kaufkräftiges Publikum anziehen,
- intensivere Zusammenarbeit zwischen den Interessengemeinschaften des Einzelhandels,
- Schaffung eines deutlich andersartigen Angebots als in den suburbanen Zentren und Einkaufszentren, um sich von diesen positiv abzuheben,

- Verbesserungen im Bedienungsbereich durch Betonung der individuellen, qualifizierten fachlichen Beratung,
- Serviceangebote wie in den Einkaufszentren (kostenlose Gepäckablagen, Kinderhüte- und Hauslieferdienste),
- einheitliche Pflasterung in der Fussgängerzone, damit diese auch optisch als solche wahrnehmbar wird,
- attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes, um die Aufenthaltsqualität und damit die Verweildauer in der City zu erhöhen (Begrünung, Strassencafés, Sitzbänke usw.),
- Lösungen im Verkehrsbereich, die sowohl dem motorisierten Kunden als auch dem Fussgänger gerecht werden.

Regulierend können langfristig die von den grossflächigen Einzelhandelsstandorten ausgehenden negativen Effekte wirken wie erhöhter Flächenverbrauch, Zersiedlung und steigender Verkehr. Zu den vorrangigen Planungsaufgaben zählen daher:

- Vermeidung der Zersiedlung,
- ganzheitliche Gestaltung der peripheren Einzelhandelsagglomerationen,
- Fussläufigkeit innerhalb der Anlagen und Anschluss an den öffentlichen Verkehr,
- ausgewogenes Gefüge zentraler und dezentraler Standorte.

5 Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in der Nordwestschweiz ist durch zunehmende Regionalisierung, steigende Erwerbsquoten, verbesserte Qualifikation der Erwerbstätigen und eine Verschiebung der Beschäftigungsmöglichkeiten hin zu höher qualifizierten Tätigkeiten gekennzeichnet. Inwieweit der aktuelle Aufschwung am Arbeitsmarkt auch weniger gut Ausgebildeten Chancen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt bietet, ist derzeit noch unklar. Trotz starken Rückgängen der Arbeitslosenzahlen seit 1998 liegt in Basel die Arbeitslosigkeit immer noch deutlich über dem Tiefststand von 1990. Immerhin behauptet sich Basel im nationalen Vergleich gut. Die Arbeitslosigkeit nahm weniger zu als im Landesdurchschnitt und als in anderen Kantonen mit Grosstädten.

Wirtschaftlicher Strukturwandel spiegelt sich besonders deutlich in Veränderungen des regionalen Arbeitsmarktes wider. Während die vorigen Kapitel die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes darstellten, steht nun die Angebotsseite (Kap. 5.1) und die Arbeitslosigkeit als Ergebnis und Missverhältnis zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage (Kap. 5.2) im Mittelpunkt. Wichtigste Datenquellen hierfür waren die Volkszählungen 1980 und 1990 sowie die Arbeitslosenstatistiken der kantonalen Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) in Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau beziehungsweise das Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn. Die Volkszählungen sind Vollerhebungen, die seit 1869 durchgeführt werden. Im zehnjährigen Rhythmus werden sämtliche Haushalte der Schweiz zu demografischen, wirtschaftlichen, sozialen, räumlichen und kulturellen Merkmalen befragt. Die Volkszählungen bieten inhaltlich und räumlich ausdifferenzierte Angaben, die aus laufenden Statistiken nicht zu gewinnen sind. Für den Arbeitsmarkt sind beispielsweise Daten über die Anzahl der Erwerbspersonen von Interesse. Dies sind alle Personen im erwerbsfähigen Alter von über 15 Jahren, die als Erwerbstätige einer Arbeit nachgehen oder als Erwerbslose auf der Suche nach einer Arbeit sind. Sie entsprechen somit dem Arbeitskräfteangebot. Die Volkszählung enthält auch Angaben zur Ausbildung der Bevölkerung über 15 Jahre. Damit sind Aussagen über die Qualität des Arbeitskräfteangebots möglich.

Neuere Entwicklungen spiegeln die Arbeitslosenzahlen der Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit wider, die

monatlich erhoben werden. Bei der Erfassung der Arbeitslosigkeit sind Arbeitslose von Stellensuchenden zu unterscheiden. Arbeitslose sind bei einem Arbeitsamt gemeldete Personen, die keine Stelle haben und sofort vermittelbar sind. Zu den Stellensuchenden zählen zudem die in Beschäftigungsverhältnissen stehenden Arbeitssuchenden. Bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten als Quotienten aus Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen ist Folgendes zu beachten: Da die Erwerbspersonen nur über die Volkszählung erhoben werden, müssen die Arbeitslosenzahlen z.B. von 1999 auf die Erwerbspersonenzahl von 1990 bezogen werden. In Regionen mit starken Veränderungen der Einwohnerzahl kann es deshalb zu Verzerrungen kommen.

5.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1980 bis 1990

5.1.1 Das quantitative Arbeitskräfteangebot

Wachstum des Arbeitskräfteangebots

Das Wachstum des Arbeitskräfteangebots ist bestimmt durch das Wachstum der Bevölkerung und die Erwerbsquote als Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitssuchende) pro Einwohner. Zwischen 1980 und 1990 war beinahe flächendeckend eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm in diesem Zeitraum in der Nordwestschweiz um 10% zu. Die starke Wachstumsdynamik der Einwohnerzahlen in den bisher ländlichen Gemeinden des „zweiten Agglomerationsringes“ wirkt sich dabei in Absolutzahlen nur schwach auf das Angebot von Arbeitskräften aus. Die

grosse Bevölkerungsdynamik dieser ländlichen Gemeinden beruht auf geringen Einwohnerbeständen und häufig sind gerade in den suburbanisierten Gemeinden die Erwerbsquoten niedriger.

In Absolutzahlen gemessen nahm das Arbeitskräfteangebot deshalb am stärksten in den gut an Infrastrukturnetze angeschlossenen Gemeinden im engeren Umland von Basel sowie in den ländlichen Zentren Liestal, Frick, Rheinfelden und Laufen zu (Karte 5.1). Trotz Verlagerung der Bevölkerungsdynamik in die Randbereiche der Agglomeration bleibt die Zunahme des Arbeitskräfteangebots im inneren Agglomerationsbereich um Basel am stärksten. Diese Ballung wird durch die regionalen Pendlerströme noch verstärkt.

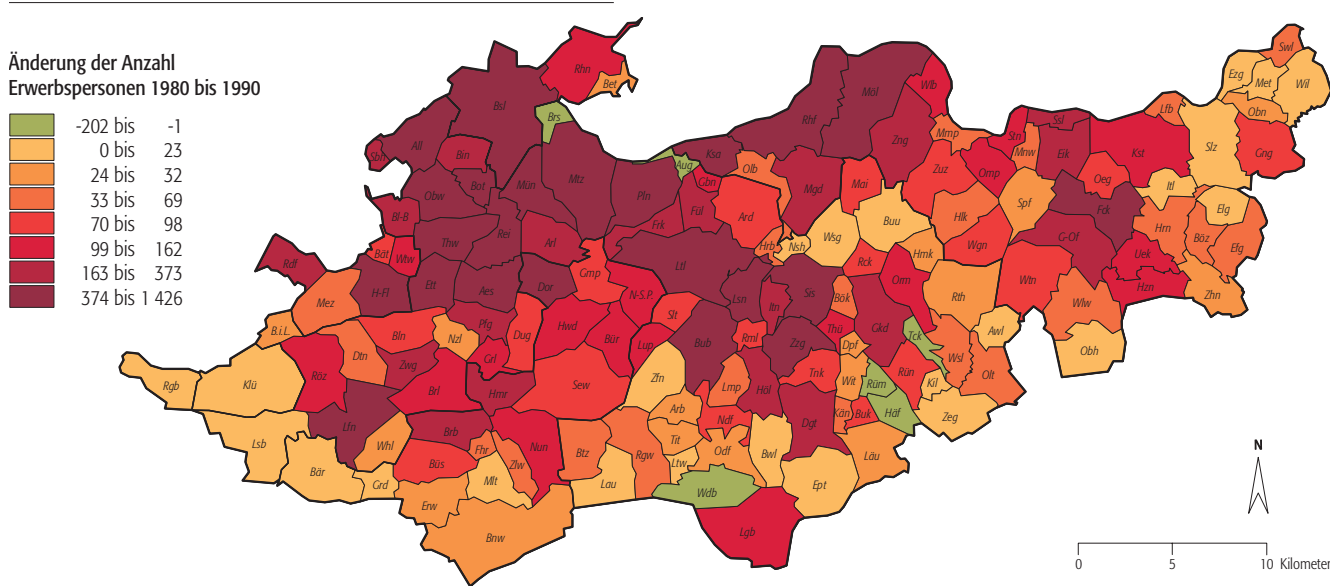
Zunahme der Erwerbsquoten

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Erwerbsquote) stieg zwischen 1980 und 1990 von 75,7% auf 77,1%. Ein steigender Anteil der Bevölkerung sucht die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Auf dieses Phänomen ist mehr als die Hälfte der Zunahme des Arbeitskräfteangebots zurückzuführen. Bei konstanter Erwerbsquote wäre der Anstieg des Arbeitskräfteangebots – alleine durch das Bevölkerungswachstum – weniger als halb so gross ausgefallen.

Die lokale Grössenordnung der Zunahme zeigt einen leichten Zusammenhang zu den früheren Erwerbsquoten der Gemeinden (Abb. 5.1): Vor allem Gemeinden mit 1980 noch niedrigen Erwerbsquoten zeigen besonders starke Zuwächse. Hier überlagert sich der

Karte 5.1

Änderung des Arbeitskräfteangebots in der Nordwestschweiz 1980 bis 1990



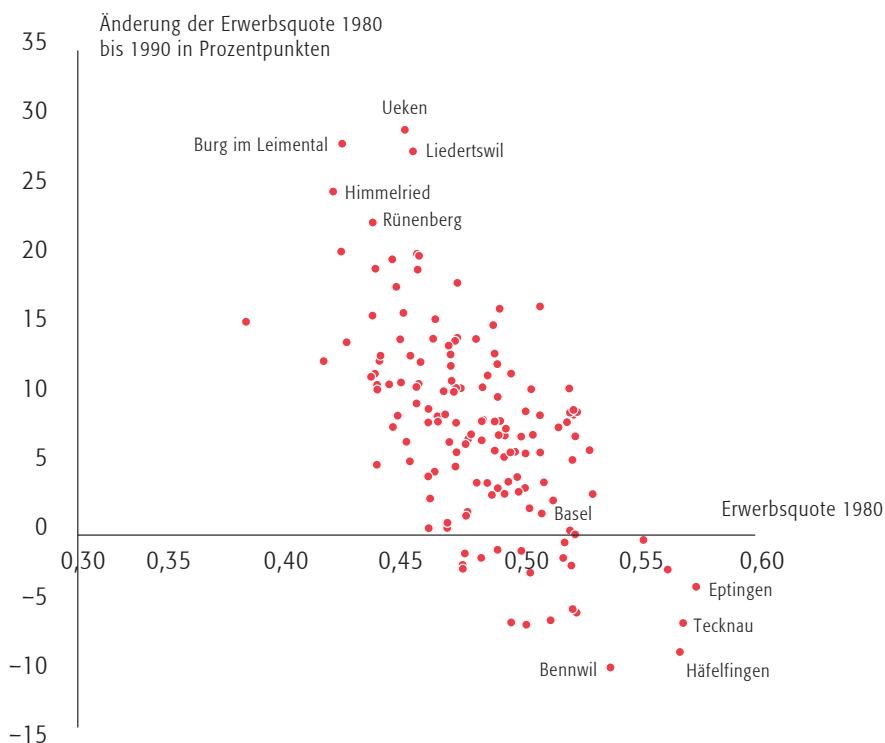
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Abbildung 5.1

Änderungen der lokalen Erwerbsquoten in der Nordwestschweiz 1980 bis 1990

Die im Streudiagramm dargestellten Punkte repräsentieren Gemeinden. Die Lage im Koordinatensystem spiegelt dabei einerseits die Änderung der Erwerbsquote wider (vertikale Position eines Punktes), andererseits auch die Erwerbsquote 1980 (horizontale Position des Punktes). Eine von links oben nach rechts unten ausgerichtete Punktwolke besagt also, dass Gemeinden mit ehemals geringen Erwerbsquoten häufig höhere Zuwächse der Erwerbsquoten aufweisen und Gemeinden mit ehemals hohen Erwerbsquoten eher geringere Zuwächse oder sogar Rückgänge zeigen.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990.



gesamtgesellschaftliche Trend zu höheren Erwerbsquoten mit einer Angleichung der Verhältnisse von Stadt und Land. Dies ist Ausdruck veränderter Lebensstile und wachsender wirtschaftlicher Notwendigkeit.

Lokale Unterschiede der Erwerbsquoten

Die Erwerbsquoten, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ermöglichen einen vom unterschiedlichen Altersaufbau der Gemeinden bereinigten Vergleich der lokalen Erwerbstätigkeit. Die Gemeinden zeigen mit Werten zwischen 59% und 84% eine grosse Spannweite der Erwerbsquoten der Erwerbsfähigen (Karte 5.2). Dies gilt besonders für die ländlichen Gemeinden, bei denen durch die grosse Anzahl an Mithelfenden in Familienbetrieben vereinzelt sehr hohe Erwerbsquoten erreicht werden. Spitzenwerte von über 83% weisen Henniken, Beinwil, Liedertswil und Langenbruck auf. Die städtischen Gemeinden liegen mit Erwerbsquoten um 77% über dem Mittel der Nordwestschweiz (75,5%). Niedrige Erwerbsquoten haben dagegen die suburbanen Gemeinden um Basel. Hier wirkt sich der im Vergleich zur Stadt geringere Anteil an Einpersonenhaushalten, die längere Ausbildungsphase der dortigen Bevölkerung und die geringe Bedeutung der erwerbsintensiven, ländlich kleingewerblichen Betriebsformen aus.

Die Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter liegt für die Nordwestschweiz mit 60% deutlich unter dem Wert für die Männer (91%). Die Spannbreite der Frauenerwerbsquote bewegt sich zwischen 39,5% in Oberhofen und 70,2% in Langenbruck. Besonders in den Kernstädten der Agglomerationen Basel und Liestal sind die Frauenerwerbsquoten mit ca. 63% höher als in den suburbanen und vielen ländlichen Gemeinden (Karte 5.3). Höhere Frauenanteile sind Ausdruck grösserer Urbanität, vereinzelt auch der Dominanz von Familienbetrieben auf dem Land. Besonders in peripher gelegenen Gemeinden des Jura spielen weibliche Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Niedrigere Anteile sind Spiegelbild der Familien- und Altersstrukturen in den

weiteren Umlandgemeinden. Beispielsweise gehen hohe Anteile der Familien mit kleinen Kindern oft mit geringer Arbeitsmarktintegration von Frauen einher.

5.1.2 Das qualitative Arbeitskräfteangebot

Ausbildungsgefälle und Angleichungsprozesse

1990 gab es deutliche räumliche „Ausbildungsgefälle“, also Unterschiede zwischen Gemeinden mit höherem und niedrigerem Ausbildungsniveau. Die wohlhabenden suburbanen Gemeinden um Basel haben die höchsten Anteile (um 20%) von Personen mit „höherer Fachschule“, „Hochschule/Universität“ – höher als die städtischen Zentren Basel und Liestal oder die industriell geprägten Agglomerationsgemeinden wie Muttenz und Pratteln (Karte 5.4). Die niedrigsten Werte weisen die peripheren Landgemeinden auf. In Beinwil, Erschwil, Lauwil, Liesberg, Roggenburg und Kleinfelz haben weniger als 5% der über 15-Jährigen eine höhere Fachschule oder eine Hochschule besucht. Analog sind dort die Anteile der Personen mit geringem Ausbildungsniveau („keine Ausbildung“ und „obligatorische Schule“) am grössten, während diese in den suburbanen Gemeinden am geringsten sind (Karte 5.5).

Generell ist im ländlichen Raum eine deutliche Verbesserung des Ausbildungsniveaus zu beobachten. Ein Vergleich zwischen 1980 und 1990 zeigt, dass hier ein Angleichungsprozess stattfindet: In den ländlichen Gemeinden verringerten sich die Anteile der Personen mit geringem Ausbildungsniveau deutlich, während die urbanen und suburbanen Gemeinden kaum Verbesserungen aufweisen (Karte 5.5). Bezüglich der Ausbildungsanteile der Hochschulen und höheren Fachschulen ist der Aufholprozess der ländlichen Gemeinden bis 1990 geringer ausgeprägt. Besonders die peripheren Gemeinden des Jura weisen neben niedrigen Anteilen in dieser Ausbildungskategorie auch geringe Zuwächse auf (Karte 5.4). Mögliche Gründe sind die im Vergleich zu den Städten geringe Nachfrage nach akade-

misch ausgebildeten Arbeitskräften, der Mangel an Hochschulen vor Ort und eine andere Einstellung zur Notwendigkeit einer höheren Ausbildung. Deutliche Zunahmen der gut ausgebildeten Bevölkerungsanteile weisen die suburbanen Gemeinden um Basel auf. Hier spiegelt sich der Zuzug von in die städtische Arbeitswelt integrierten Haushalten wider.

Im engeren Bereich der Agglomeration sind die Anteile der gering Ausgebildeten im Vergleich zum Umland niedrig, sie stagnieren aber seit den 80er-Jahren auf einem beachtlichen Niveau von 16% bis 30%. Ein Wegzug gut ausgebildeter, reicher Einkommensschichten und ein grosser Anteil älterer Einwohner in Basel kommen als Ursachen für die relativ geringe Verbesserung des dortigen Ausbildungsniveaus in Frage. Es gibt aber auch Bevölkerungsgruppen, für die eine gute Ausbildung auch bei einem guten allgemeinen Ausbildungsangebot nur schwer zu erreichen ist. Neben einheimischen Bevölkerungsgruppen haben beispielsweise Frauen und Jugendliche aus ausländischen Zuwandererfamilien oft Schwierigkeiten, einen Einstieg in das klassische Bildungssystem zu finden. Der Ausbildungsstand der Bevölkerung kann offensichtlich nicht unbegrenzt verbessert werden. Die Entwicklung zur Wissensgesellschaft erfasst nicht alle Personkreise.

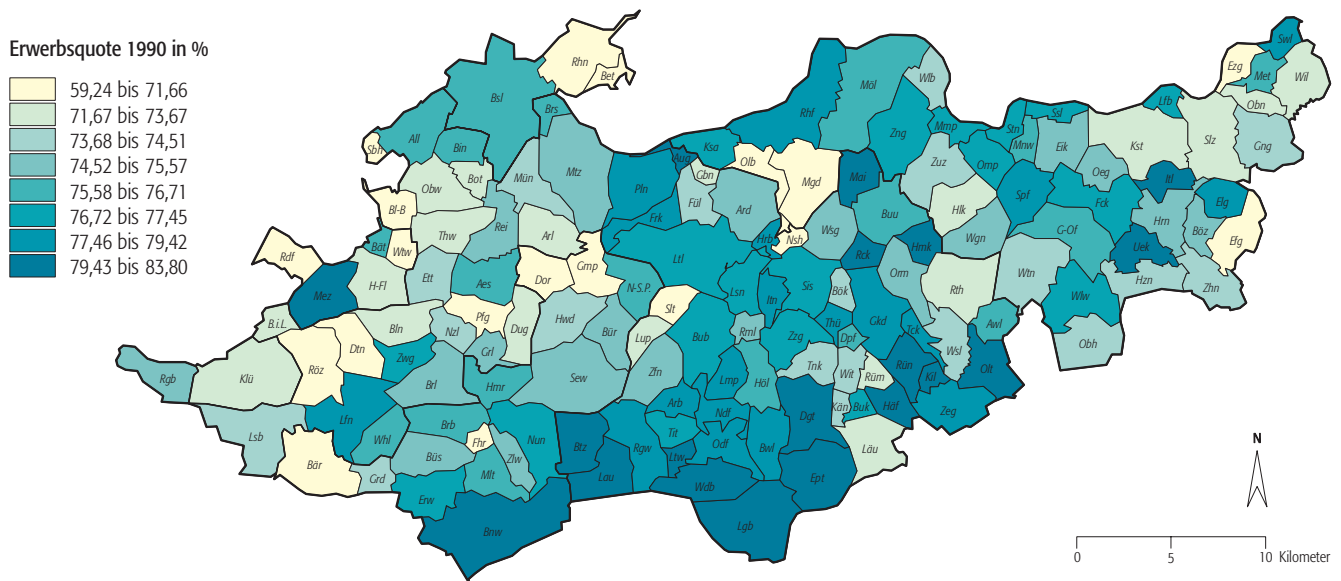
Veränderungen des Qualifikationsprofils der Erwerbstätigen

An die Fähigkeiten der Arbeitskräfte werden zunehmend höhere Anforderungen gestellt. Ein Beispiel dafür ist die Umschichtung der sozioprofessionellen Kategorien der Erwerbstätigen im Kanton Basel-Stadt zwischen 1980 und 1990 (Abb. 5.2): Die Kategorie der „Ungelernten“, aber auch die „qualifizierten manuellen“ und „qualifizierten nicht manuellen Berufe“ verloren in den 80er-Jahren an Bedeutung.

Deutlich zugenommen hat die Beschäftigung in „intermediären Berufen“. Bei diesen zählt, zusätzlich zur jeweiligen fachlichen Qualifikation, die eigenverantwortliche organisatorische Tätigkeit zum Anforderungsprofil. Auch die akade-

Karte 5.2

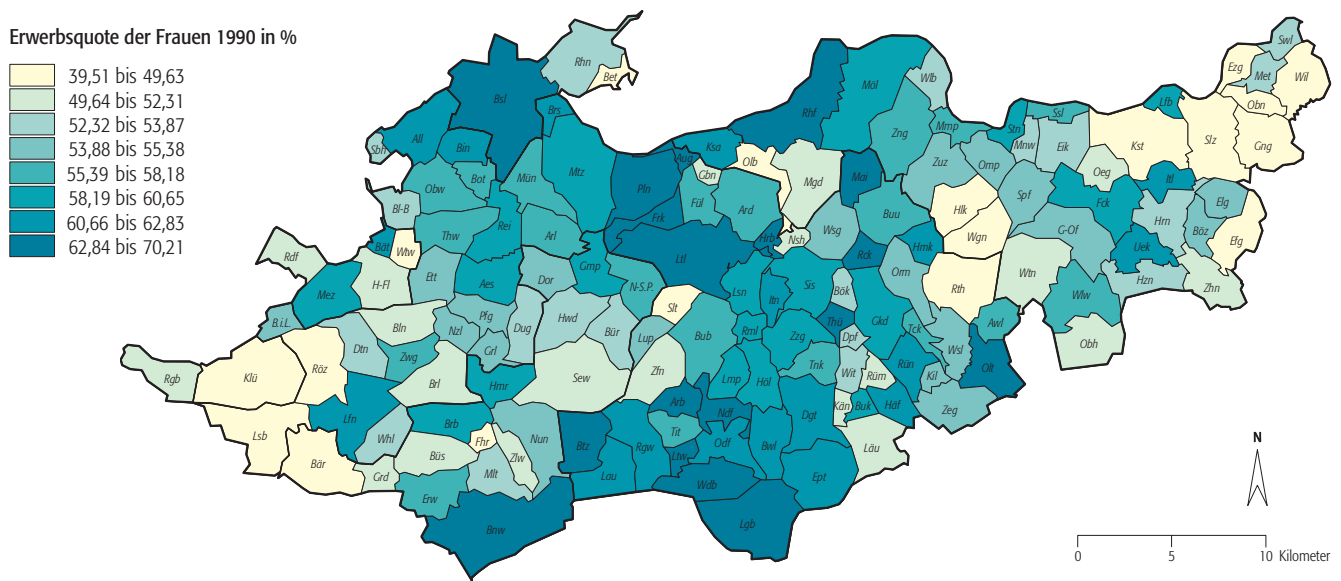
Erwerbsquoten der Erwerbsfähigen (Alter 15 bis 65 Jahre) in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 5.3

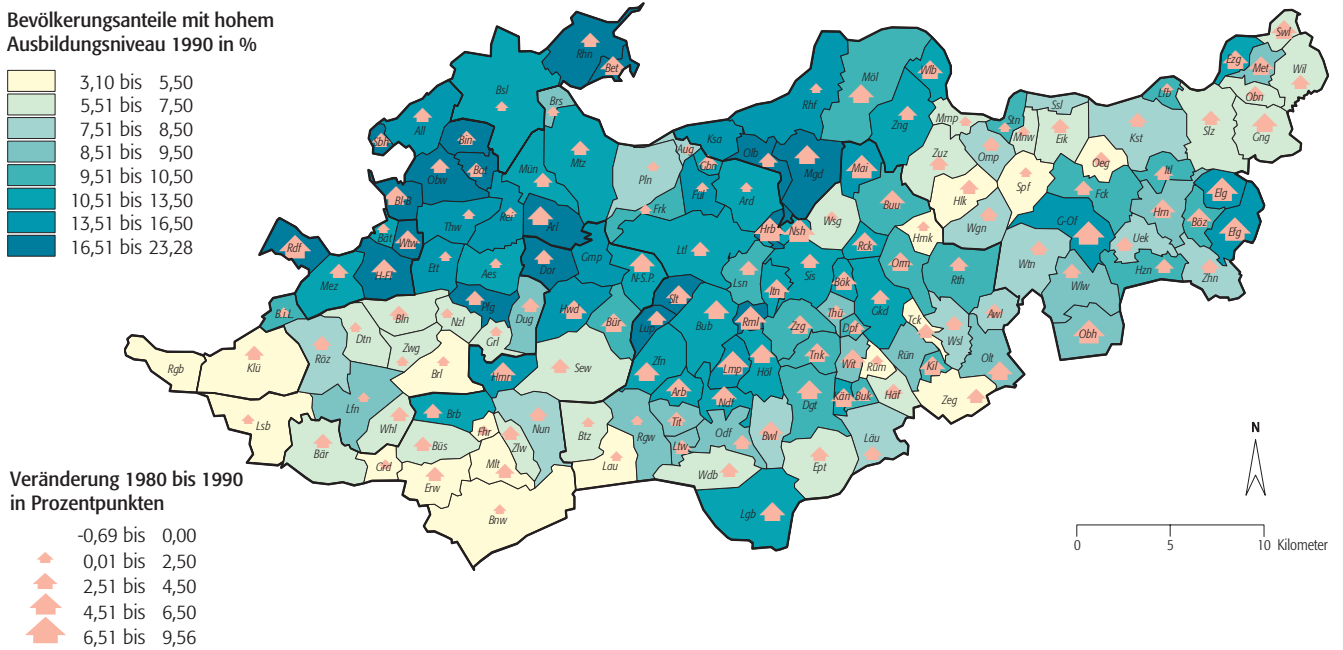
Erwerbsquoten der Frauen in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 5.4

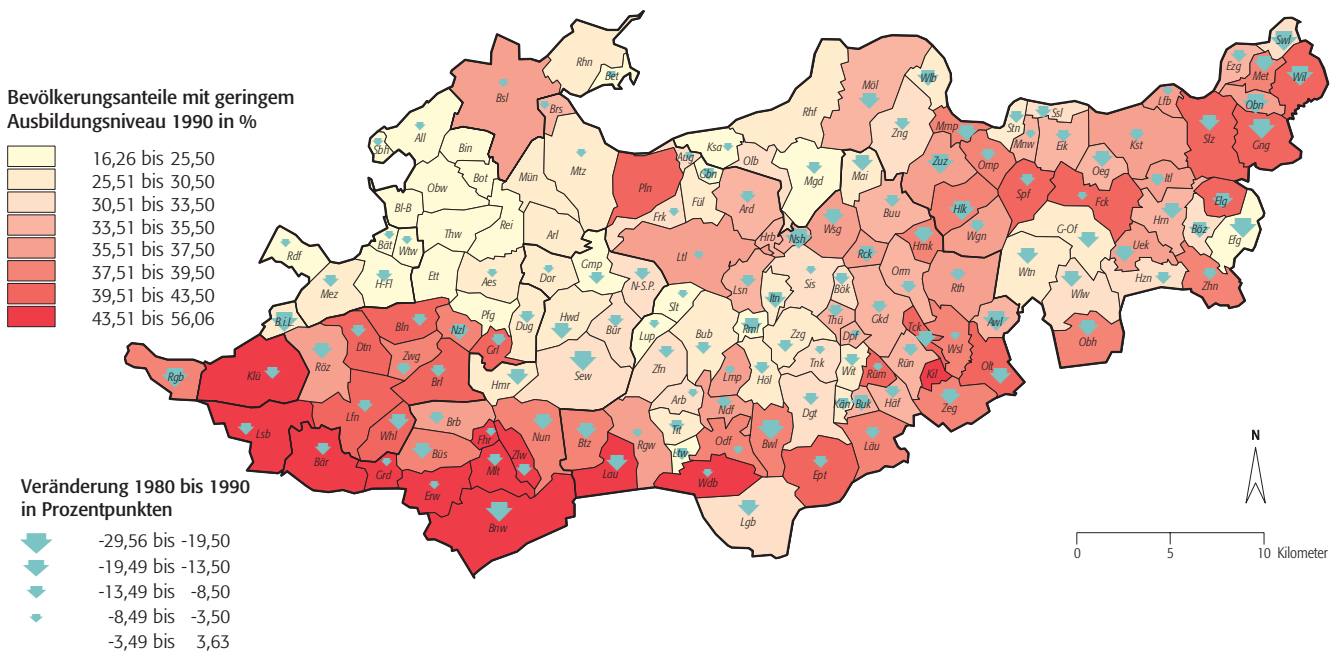
Bevölkerungsanteile mit hohem Ausbildungsniveau in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990 (Bevölkerungsanteile bezogen auf die über 15-Jährigen).
Kartgrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 5.5

Bevölkerungsanteile mit geringem Ausbildungsniveau in der Nordwestschweiz 1990

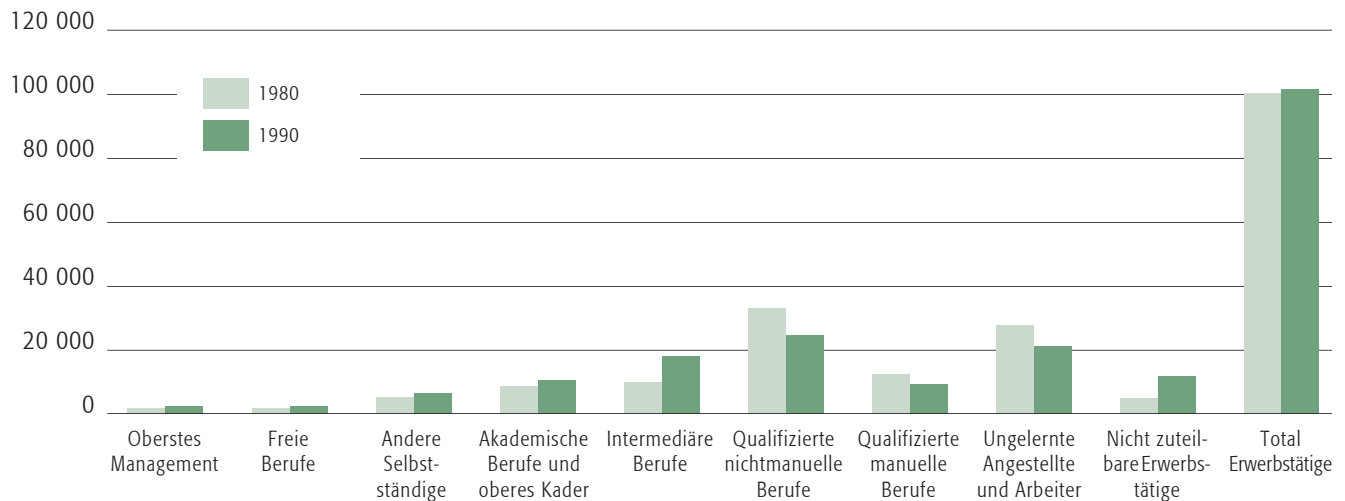


Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990 (Bevölkerungsanteile bezogen auf die über 15-Jährigen).
Kartgrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Abbildung 5.2

Erwerbstätige nach sozioprofessionellen Kategorien im Kanton Basel-Stadt 1980 und 1990

Erwerbstätige



Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1980 und 1990.

mischen Berufe mit oberem Kader und das oberste Management haben einen Bedeutungsgewinn auf dem Arbeitsmarkt erfahren.

In Basel findet also eine Umschichtung der Arbeitswelt von standardisierten Tätigkeiten hin zu Beschäftigungen auf der Grundlage von Fach- und Organisationswissen statt. Die Ergebnisse der Schweizer Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 1998 – einer auf Stichproben basierenden Erhebung – bestätigen, dass sich diese Umschichtungen in der gesamten Schweiz vollziehen. Dies verweist auf eine grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaft, in der Innovation, Projektorientierung sowie Koordinationsaufgaben und dispositive Tätigkeiten die „Zugpferde“ des Arbeitsplatzwachstums sind.

Auswirkungen der Umstrukturierungen am Arbeitsmarkt

Die laufend ansteigenden Anforderungen an die Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeitskräfte sowie die sichtbar werdenden Grenzen, alle Bevölkerungskreise besser zu qualifizieren, stel-

len Herausforderungen für die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dar:

Neben der mengenmässigen Anpassung von Arbeitskräfte- und Arbeitsplatzangebot muss zunehmend die Übereinstimmung zwischen der Qualifikation von Arbeitskräften und den Stellenanforderungen des Arbeitsplatzangebots in Strategien zur Beschäftigungssicherung einbezogen werden. Dazu sind verstärkte Anstrengungen notwendig, die Schwellen für Weiterqualifikation möglichst niedrig zu setzen. Projekte wie z.B. „Lernen im Park“ für grossteils gering qualifizierte Zuwandererfrauen in Basel zeigen, dass durch gezielte Anstrengungen Hindernisse zur Aus- und Weiterbildung auch für „Problemgruppen“ verringert werden können.

Die qualitativen Umschichtungen am Arbeitsmarkt haben auch räumliche Implikationen: In einer auf Wissen und Steuerungsaufgaben angelegten regionalen Wirtschaft sind diese Funktionen in der Regel an wenigen Standorten in der Agglomeration konzentriert (vgl.

Kap. 3.3). Dies, obwohl gerade die Kommunikationstechnologien Distanzen überwinden. Neben einer sachlichen Spezialisierung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf hoch qualifizierte, kreative Tätigkeiten ist damit auch eine räumliche Schwerpunktbildung künftiger Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Agglomerationen zuungunsten peripher gelegener Gemeinden zu erwarten.

Die positiven Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums durch die Wissensgesellschaft kommen also nicht allen sozioprofessionellen Schichten und Teilräumen der Nordwestschweiz in gleicher Weise zugute. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer aktiven Bildungs- und Sozialpolitik sowie einer interkantonalen Zusammenarbeit, welche die neuen räumlichen Arbeitsteilungen zwischen Stadt und Umland berücksichtigt.

5.2 Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz

5.2.1 Lokale Arbeitslosigkeit als Spiegelbild überregionalen Wandels

Wie stark der lokale Arbeitsmarkt in überregionale ökonomische und politische Zusammenhänge eingebettet ist, zeigen die Arbeitslosenzahlen für den Kanton Basel-Stadt, die nicht erst in jüngster Zeit landes- und weltweite ökonomische Trends nachzeichnen (Abb. 5.3). Auffallend am Verlauf der Arbeitslosenzahlen sind Spitzen in den Folgejahren der Weltwirtschaftskrise von 1929 sowie die fast fehlende Arbeitslosigkeit in den Nachkriegsjahren bis zu Beginn der 70er-Jahre. Seit der ersten weltweiten Ölkrise in den 70er-Jahren gab es stärkere konjunkturelle Ausschläge und dabei über die konjunkturellen Schwankungen hinweg eine tendenzielle Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ob der aktuelle Rückgang der Arbeitslosenzahlen sich in das Bild der konjunkturellen Schwankungen um diesen Trend fügt oder eine längerfristige

Gesundung am Arbeitsmarkt einleitet, wird erst in einigen Jahren beurteilt werden können.

Seit dem Höhepunkt 1995 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen im Kanton Basel-Stadt mehr als halbiert. Bis Februar 2000 lag der Bestand an Arbeitslosigkeit aber immer noch höher als im letzten Tief von 1990. Dabei ist zu beachten, dass die Statistik nicht den vollen Umfang der vom Erwerbsleben ausgeschlossenen Personen erfasst: Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit werden die Betroffenen „ausgesteuert“, das heisst, sie werden nicht mehr als Arbeitslose erfasst und erhalten keine Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung mehr. Zu welchen Anteilen die Ausgesteuerten dann zu Fürsorgeempfängern werden, unattraktive Arbeitsgelegenheiten annehmen oder die berufliche Selbständigkeit als Notlösung suchen, ist nicht eruierbar.

Während in den letzten Jahrzehnten der Industrialisierung Wirtschaftswachstum fast gleichbedeutend mit breit gestreutem Einkommens- und Arbeitsplatz-

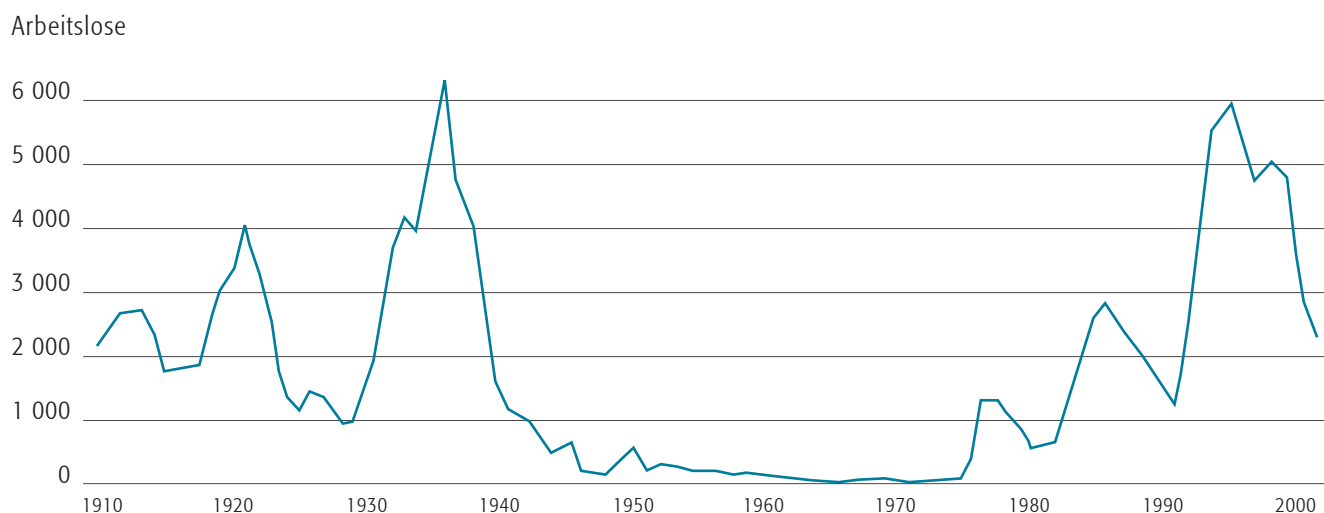
wachstum war, kommt das Wirtschaftswachstum jüngst verschiedenen Bevölkerungskreisen unterschiedlich zugute. Es entsteht ein Paradoxon von gleichzeitigem Wirtschaftswachstum und Wachstum der Arbeitslosigkeit bzw. der Armut/der „working poor“. Die gängigen Wachstumsindikatoren, die auf Summengrössen der Produktivität und Wertschöpfung beruhen, erfassen die sozio-ökonomische Entwicklung daher nicht mehr adäquat. Ob auch in der Schweiz ähnliche Entwicklungen existieren, kann deshalb mit den derzeit verfügbaren amtlichen Daten nicht abschliessend geklärt werden.

5.2.2 Lokale Arbeitslosigkeitsgefälle

Nach der wirtschaftlichen Wachstumsphase Ende der 1990er-Jahre weisen die Gemeinden der Nordwestschweiz im Allgemeinen nur geringe Arbeitslosenzahlen auf. Dennoch gibt es lokale Unterschiede der Arbeitslosenquoten (Karte 5.6). Spitzenwerte der Arbeitslosigkeit werden im Oktober 1999 in sehr unterschiedlich strukturierten Gemeinden wie Himmelried (4,1%), Rodersdorf (3,6%),

Abbildung 5.3

Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt von 1910 bis 2000 (jeweils im Februar)

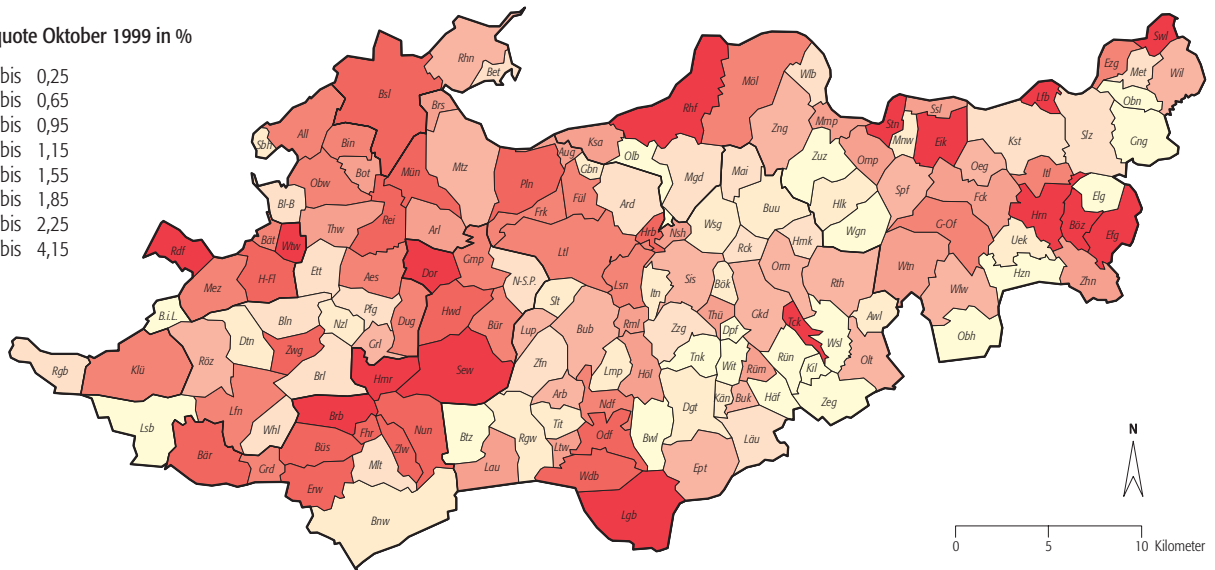
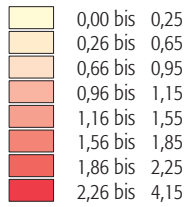


Quelle: Basler Zahlenspiegel, Statistische Jahrbücher Kanton Basel-Stadt.

Karte 5.6

**Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz
(Oktober 1999)**

Arbeitslosenquote Oktober 1999 in %

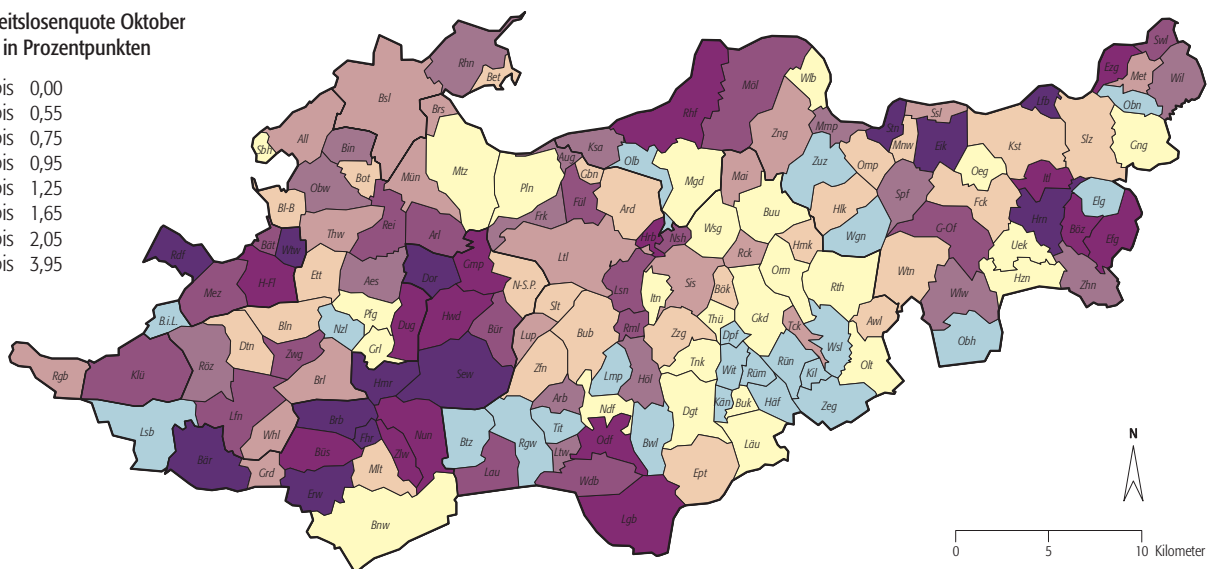
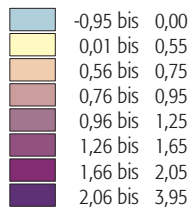


Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau, Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 5.7

**Änderungen der Arbeitslosenquoten
in der Nordwestschweiz 1990 bis 1999**

Änderung Arbeitslosenquote Oktober
1990 bis 1999 in Prozentpunkten



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau, Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Witterswil (3,3%) und Breitenbach (3,3%) erreicht. Basel (2,1%) und Gemeinden mit einem höheren Anteil an Altindustrien, z.B. Pratteln (2,0%), Laufenburg (2,3%) oder Waldenburg (2,1%), haben im Vergleich zur Nordwestschweiz (1,7%) eine leicht überdurchschnittliche Arbeitslosenquote. Ländliche Gemeinden, in denen die Landwirtschaft und somit die selbstständige Erwerbsarbeit eine grössere Rolle spielen, verzeichnen dagegen häufig geringere Arbeitslosenquoten. Arbeitslosigkeit betrifft also nicht alle Gemeinden gleichermassen.

Per saldo stieg die Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz zwischen Oktober 1990 und 1999 um einen Prozentpunkt. Die räumliche Verteilung der Veränderung der Arbeitslosenquoten zeigt, dass der innere Bereich der Agglomeration Basel den jüngsten Konjunkturzyklus relativ gut überstanden hat (Karte 5.7). Durch die Attraktivität des Agglomerationskerns Basel für den relativ gut gedeihenden dispositiven Sektor können dort die Arbeitsplatzverluste im industriellen Bereich zumindest teilweise kompensiert werden. Die schon lange bestehende internationale Einbindung der Basler Chemiebetriebe hat ausserdem dazu beigetragen, dass die jüngsten Marktöffnungen keinen Anpassungsschock verursachten. In den Grossbetrieben erfolgt der Stellenabbau zudem häufig sozialverträglich, d.h. ohne Entlassungen. Grössere Zunahmen der Arbeitslosenquoten verzeichneten eher suburbane Gemeinden wie Himmelried (+ 3,9%), Witterswil (+ 3,3%) oder Rodersdorf (+ 3,2%) und mittlere Zentren wie Dornach (+ 2,7%), Laufenburg (+ 2,3%) und Stein (+ 2,3%).

Auch im schweizerischen Vergleich blieb der Anstieg der Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt unter dem Landesdurchschnitt und unter demjenigen anderer Kantone mit Agglomerationskernen wie Zürich, Bern oder Genf (Tabelle 5.1), obwohl – im Gegensatz zu den anderen Kantonen – der wachstumsstarke Agglomerationsgürtel um die Kernstadt bereits nicht mehr zum Kanton Basel-Stadt zählt. Der Rückgang der Erwerbspersonen in den 90er-Jahren wirkte sich auf den Basler Arbeitsmarkt

besonders entlastend aus. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ging zwischen 1990 und 1999 um 7,6% zurück, in der Schweiz insgesamt lediglich um 4,9%.

5.2.3 Erklärungsansätze der lokalen Arbeitslosigkeit und ihre empirische Realität

Hohe Arbeitslosenquoten, wie sie während Phasen der Konjunkturschwäche auftreten, treffen die Gemeinden vor allem durch den Ausfall von Steuereinnahmen und durch höhere Sozialausgaben. Geeignete Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hängen von den erkennbaren Einflüssen auf die lokalen Arbeitslosenquoten ab.

Eine multivariate Untersuchung des Einflusses ausgewählter lokaler Gegebenheiten auf die Arbeitslosenquoten der Gemeinden am Ende des letzten Konjunkturabschwungs Februar 1998 zeigt, dass diese nicht einfach zu erklären sind. Als Untersuchungsvariablen zur Erklärung der lokalen Arbeitslosenquoten 1998 wurden der Anteil der gering Ausgebildeten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1990, die Erwerbsquote der Frauen 1990, der Ausländeranteil an den Einwohnern 1996 und der Beschäftigtenbesatz 1995, gemessen als Beschäftigte pro Erwerbsperson, herangezogen. Berechnet wurden die partiellen

Korrelationen dieser Variablen mit der Arbeitslosenquote (bei der partiellen Korrelation wird der Einfluss dritter Variablen auf die Korrelation der zwei untersuchten Variablen statistisch eliminiert) und einem Regressionsmodell der lokalen Arbeitslosenquote (Tab. 5.2).

Selbst unter Einbeziehung aller Faktoren im Gesamtmodell können nur 36% der Unterschiede der kommunalen Arbeitslosenquoten mit den untersuchten Einflussgrössen erklärt werden (R^2 gibt den Anteil der Varianz der Arbeitslosenquote an, der durch die untersuchte Variable erklärt wird). Die Ausstattung der Gemeinden mit Arbeitsplätzen und die Erwerbsquote der Frauen liefern keinen signifikanten Beitrag zur Erklärung. Der Anteil der gering Ausgebildeten und der Ausländeranteil sind zwar signifikante Einflussgrössen auf die lokale Arbeitslosenquote, ihr Beitrag zur Erklärung der Varianz der Arbeitslosenquoten zwischen den Gemeinden bleibt aber mit 5% bzw. 23% gering. Im Einzelnen kann Folgendes festgehalten werden:

Ausbildungsniveau der Bevölkerung

Die Umstrukturierung der Wirtschaft von der industriellen Massenproduktion zu neuen flexiblen, wissensbasierenden Wirtschaftsweisen lässt eine wichtige Rolle des Ausbildungsstandes für die Arbeitsmarktchancen der Bevölkerung erwarten. Auch der oben beschriebene

Tabelle 5.1

Verlauf der Arbeitslosenquoten in ausgewählten Kantonen (Jahresdurchschnitt)

Kanton	Arbeitslosenquote in %			Änderung in Prozentpunkten 1990–1999
	1990	1995	1999	
Basel-Stadt	1,2	4,9	2,5	+1,3
Basel-Landschaft	0,7	3,0	1,8	+1,1
Bern	0,3	3,5	1,9	+1,6
Genf	1,2	6,9	5,1	+3,9
Zürich	0,3	4,0	2,9	+2,6
Schweiz	0,5	4,2	2,7	+2,2

Quelle: Secrétariat d'Etat à l'économie (Seco): Arbeitsmarktstatistik 2000, Bern.

Tabelle 5.2

Multivariate Korrelation und Regression ausgewählter Einflussgrössen auf die Arbeitslosenquoten der Gemeinden der Nordwestschweiz

Variablen zur Erklärung der lokalen Arbeitslosenquoten	Stärke des Zusammenhangs: partielles R ² (bzw. korrigiertes R ² für Gesamtmodell)	Richtung des Zusammenhangs	Signifikanz
Geringe Ausbildung (AUSBG)	0,049	+	**
Frauenerwerbsquote (EQW)	0,007	+	-
Ausländeranteil (AUSL)	0,233	+	**
Beschäftigtenbesatz (BBES)	0,005	+	-
Gesamtmodell	0,356		**

** = Die partielle Korrelation ist auf 1%-Niveau (zweiseitig) signifikant; * = Signifikanz auf 5%-Niveau (zweiseitig).

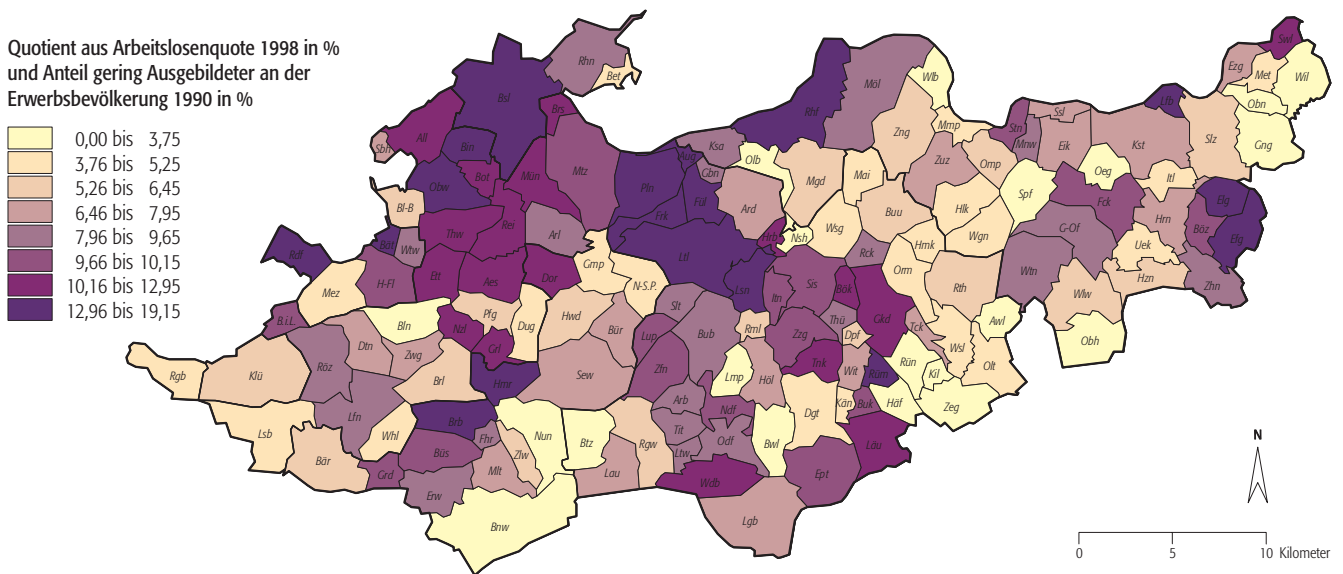
Das heisst, die gefundenen Zusammenhänge basieren mit höchstens 1- bzw. 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit lediglich auf Zufall.

Gesamtmodell: Arbeitslosenquote ALQ = 0,03*AUSBG + 0,01*EQW + 0,10*AUSL + 0,26*BBES.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt, Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn; Bundesamt für Statistik, Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) 1996; eigene Berechnungen.

Karte 5.8

Ausbildung und Arbeitslosigkeit in der Nordwestschweiz 1998



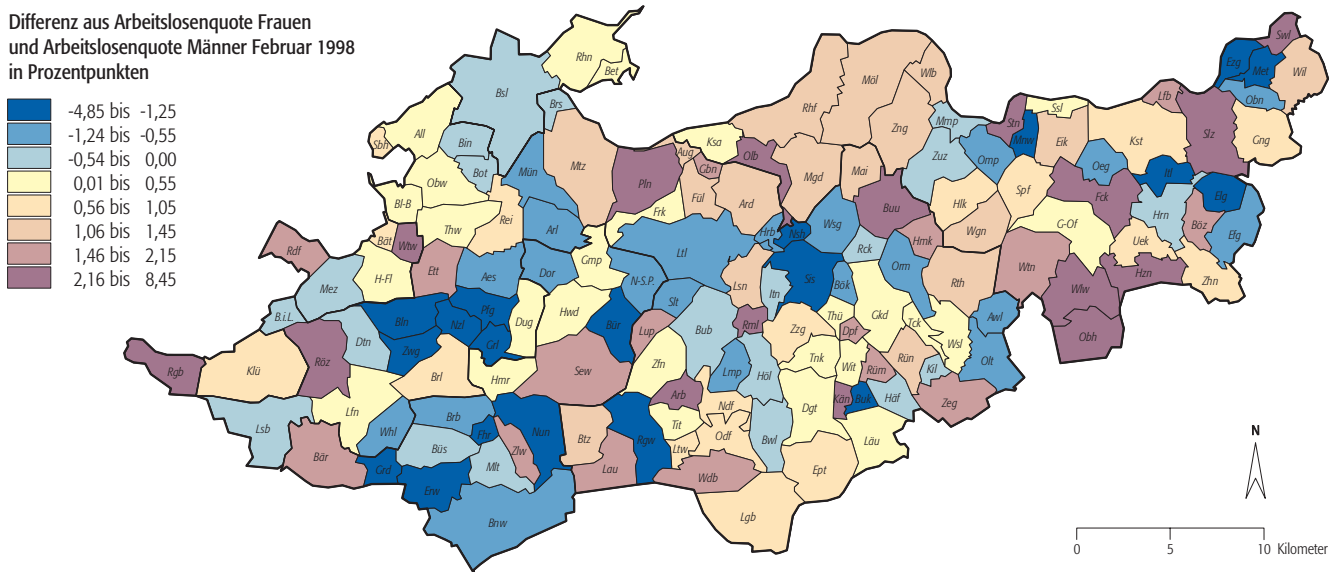
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau, Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 5.9

Vergleich der Arbeitslosigkeit bei Männern und Frauen in der Nordwestschweiz 1998



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau, Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Wandel der sozioprofessionellen Zusammensetzung der Erwerbstätigen weist in diese Richtung. Die Korrelationsanalyse zeigt jedoch, dass ein grösserer Anteil schlecht ausgebildeter Personen in einer Gemeinde nur einen geringen Einfluss auf die lokale Arbeitslosenquote hat.

Allerdings gibt es bedeutsame räumliche Unterschiede bei der Rolle der Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Besonders in den ländlichen Gemeinden sind die Arbeitslosenquoten im Verhältnis zum grossen Anteil schlecht Ausgebildeter gering (Karte 5.8). Eine nach Gemeindetypen getrennt vorgenommene partielle Korrelationsanalyse zeigt, dass bei der Gruppe der städtisch und suburban oder gemischt geprägten Gemeinden auch statistisch ein deutlich stärkerer Zusammenhang zwischen geringer Ausbildung und Arbeitslosenquote besteht ($R^2 = 0,300$; Signifikanz auf 1%-Niveau), während bei ländlichen Gemeinden kein Zusammenhang erkennbar ist ($R^2 = 0,006$; keine Signifikanz). Möglicher-

weise fällt auf dem Land die Einbindung von schlecht Ausgebildeten ins Arbeitsleben leichter, weil die periphere Lage vor der Konkurrenz durch besser Ausgebildete schützt und sowohl Zusammenhalt als auch soziale Kontrolle noch stärker ausgeprägt sind als in der Stadt. Zudem bestehen in der Landwirtschaft und im lokalen Handwerk eher Stellen, bei denen eine höhere Schulbildung eine untergeordnete Rolle spielt. In der Agglomeration wirken sich dagegen die schärferen Ausbildungsanforderungen der stark arbeitsteiligen städtischen Ökonomie aus, so dass dort im Verhältnis zum geringen Anteil schlecht Ausgebildeter relativ viele Arbeitslose auftreten.

Frauen als Erwerbspersonen

Frauenerwerbstätigkeit leistet gemäss obiger Korrelationsanalyse keinen Beitrag zur Erklärung unterschiedlicher Arbeitslosigkeit in den Gemeinden. Eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen geht also keineswegs mit einer höheren lokalen Arbeitslosenquote einher.

Insofern liefert die Untersuchung keine Anhaltspunkte dafür, dass die verstärkte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt über Verdrängungseffekte die Arbeitslosigkeit erhöhen könnte.

Statistisch gesehen sind Frauen im Februar 1998 in der Nordwestschweiz allerdings etwas stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer (Männer 3,7%, Frauen 4,0%). Dabei ist keine regelmässige Schlechterstellung von Frauen auf den Lande zu erkennen (Karte 5.9). Es ist allerdings zu beachten, dass auf dem Land der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen oft geringer ist. Viele Frauen melden sich dort nicht als Arbeit suchend. Trotz vergleichbarer offizieller Arbeitslosenquoten können Frauen daher eine höhere „versteckte“ Arbeitslosigkeit haben. Obige Daten lassen jedoch keine Aussagen über eine der Qualifikation angemessene Beschäftigung und Bezahlung von Frauen zu.

Ausländeranteil

Die ausländische Bevölkerung ist anfälliger für Arbeitslosigkeit als Schweizer. Hier spiegelt sich u.a. die bei einigen Ausländergruppen schlechtere Ausbildung, aber auch eine rechtliche Schlechterstellung aufgrund der Gesetzgebung (bevorzugte Vergabe von Stellen an schweizerische Bewerber) wider. Aber auch der Ausländeranteil als deutlichste Einflussgrösse erklärt gemäss der Korrelationsanalyse weniger als ein Viertel der Unterschiede der lokalen Arbeitslosenquoten. Dabei existiert auf Gemeindeebene kein statistischer Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und dem Anteil gering Ausgebildeter an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Lokales Arbeitsplatzangebot

Die lokale Ausstattung mit Arbeitsplätzen weist starke räumliche Schwankungen auf. Karte 5.10 zeigt die räumliche Verteilung der Arbeitsplatzausstattung, gemessen am Beschäftigtenbesatz als Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Erwerbspersonen einer Gemeinde, auf der Basis von Daten der Volkszählung 1990 und der Betriebszählung 1991. Die

„zentralen Orte der Arbeit“ in der Nordwestschweiz sind die Stadt Basel, deren engerer Agglomerationskern und einige wenige regionale Zentren wie Laufen, Liestal und Frick. Dort gibt es mehr Arbeitsplätze als Erwerbspersonen. Die Grosszahl der ländlichen Gemeinden weist ein deutliches Defizit an Arbeitsplätzen im Verhältnis zur örtlichen Zahl der Erwerbspersonen auf. In abseits gelegenen, kleinen Gemeinden wie Grindel, Wahlen, Fehren, Lampenberg, Oltingen, Anwil und Oberhof gibt es mehr als fünfmal so viele Erwerbspersonen wie vor Ort Beschäftigte.

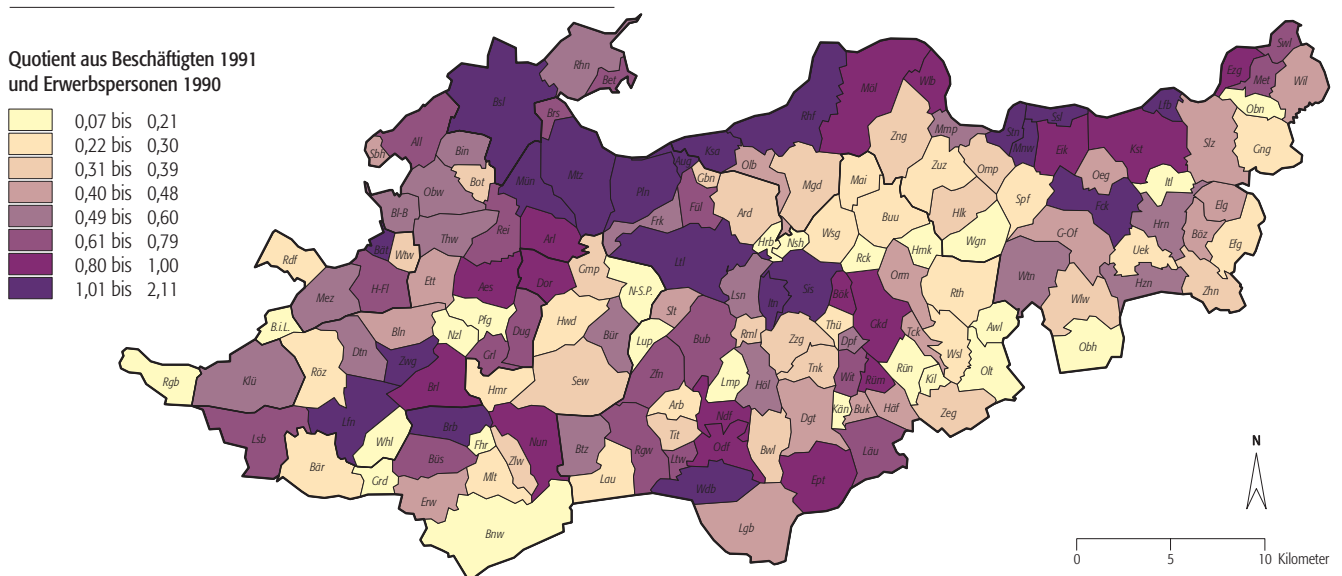
Die Korrelationsanalyse ergab, dass die lokale Arbeitsplatzausstattung keinen direkten Einfluss auf die Arbeitslosenquote hat. Dies zeigt zunächst, dass der Arbeitsmarkt in der Nordwestschweiz einen stark überörtlichen Charakter hat. Ein ausreichendes örtliches Angebot an Arbeitsplätzen kommt nicht automatisch den Ortsansässigen zugute, sondern wird in starkem Masse von Ortsfremden in Anspruch genommen. Andererseits führt ein spärliches Arbeitsplatzangebot vor Ort nicht automatisch zu

hoher Arbeitslosigkeit. Der Suchraum der Bevölkerung der Nordwestschweiz nach Arbeitsplätzen und Wohnlagen geht offensichtlich in der Regel über die Gemeindegebiete hinaus und erreicht regionalen Massstab.

Aus einer Verbesserung des lokalen Arbeitsplatzangebots kann deshalb keineswegs auf eine Verbesserung der Beschäftigungslage für die örtlichen Erwerbspersonen geschlossen werden. Die überlokalen Verflechtungen am Arbeitsmarkt sind so gross, dass die Wirkungen lokal neu geschaffener Arbeitsplätze stark in die Region streuen und kaum direkt vor Ort wirksam werden. Mit einer lokal betriebenen Wirtschaftspolitik kann also nur ein äusserst beschränkter Einfluss auf die lokale Arbeitslosigkeit ausgeübt werden. Die regionale Reichweite der Wirkungen lokaler Massnahmen spricht für die Bemühungen um eine regionale Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, weil so der Kreis der betroffenen und der agierenden oder zahlenden Körperschaften eher zur Deckung gebracht werden kann.

Karte 5.10

Zentrale Orte der Arbeit in der Nordwestschweiz 1991



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählung 1991.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

5.3 Fazit

Die Gegebenheiten am Arbeitsmarkt in der Nordwestschweiz lassen sich nicht monokausal erklären. Vielmehr spielen am Arbeitsmarkt unterschiedliche gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen zusammen. Vor allem die Zunahme der Erwerbsquoten – obwohl die Arbeitslosenquote von 1980 bis 1995 deutlich zunahm, gab es im selben Zeitraum auch eine Zunahme der Arbeitsplätze in der Nordwestschweiz – sowie die veränderten Anforderungen an die Fähigkeiten der Erwerbspersonen hin zu höher qualifizierten Tätigkeiten erschweren den Ausgleich am Arbeitsmarkt. Beides sind Vorgänge, die eher als Auswirkungen allgemeiner sozioökonomischer Umstellungen zu sehen sind. Sie können auf lokaler Ebene zwar begleitet, aber nur schwer im Grundsatz gesteuert

werden. Diese quantitativen und qualitativen Umschichtungen am Arbeitsmarkt gehen einher mit einer Zunahme der Mobilität der Erwerbspersonen. Lokale Arbeitsmärkte werden zunehmend durch einen gemeindeübergreifenden regionalen Arbeitsmarkt abgelöst.

Die oben erwähnten Tendenzen legen eine engere Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit anderen Politikfeldern wie Arbeitszeitpolitik, Sozialgesetzgebung und Bildungspolitik nahe: Abnehmende Haushaltsgrößen und steigende Erwerbsquoten erhöhen die Spielräume für Teilzeitarbeit, weil mit einem Einkommen immer weniger Personen versorgt werden müssen. Schlecht bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte könnten mit neuen Formen der Unterstützung wie einer negativen Einkommensteuer aufgebessert werden.

Eine arbeitsmarktorientierte Bildungspolitik sollte neben den traditionellen Formen der Ausbildung verstärkt Angebote zur lebenslangen Weiterbildung bereitstellen, wobei das Recht, diese Angebote wahrzunehmen, in Tarifverträgen und im Arbeitsrecht abgesichert werden kann. Bei der Verteilung von Zuständigkeiten sollte die regionale Ebene im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gestärkt werden, um den übergemeindlichen Wirkungen des Abbaus und der Schaffung von Arbeitsplätzen gerecht zu werden.

6 Arbeitsmobilität

Der tägliche Weg zur Arbeit wird länger: Während 1970 nur jeder dritte Erwerbstätige eine Gemeindegrenze überquerte, waren es 1990 bereits mehr als die Hälfte. Die Pendlerverflechtungen in der Nordwestschweiz sind vielfältig, doch die meisten Pendler haben die Stadt Basel als Ziel. Der Pendlerverkehr macht auch an den Staatsgrenzen nicht Halt. Aus dem Elsass und Baden kommen zahlreiche Arbeitnehmer als Grenzgänger in die Nordwestschweiz. Ob auf dem Arbeitsweg das Auto oder der öffentliche Verkehr benutzt wird, hängt vor allem von der Verkehrsanbindung des Wohnorts ab: Die gut erschlossenen Agglomerationsgemeinden haben sehr hohe Anteile des öffentlichen Verkehrs, während Pendler aus peripheren Gemeinden meist auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind.

Pendlerströme, d.h. Transportwege zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsort von Erwerbstätigen, sind Ausdruck eines Phänomens des 20. Jahrhunderts: der Trennung von Wohnen und Arbeiten. Seit der Charta von Athen der Congrès internationaux d'architecture moderne (CIAM) 1933 war die räumliche Separation von Arbeits- und Wohnstätten jahrzehntelang Maxime der städtebaulichen Planung, um das Wohnumfeld von den negativen Umweltwirkungen der Industriebetriebe fernzuhalten. Anschwellende tägliche Verkehrsströme, denen mit immer neuen und leistungsfähigeren Transportinfrastrukturen begegnet werden musste, waren die Folge.

Dieses Kapitel untersucht im ersten Teil (Kap. 6.1) das Ausmass der Pendlerströme innerhalb der Nordwestschweiz, ihre räumliche Struktur und die Verkehrsmittel, mit denen sie bewältigt werden. Grundlage sind Daten aus der Volkszählung von 1990, in der jeder Erwerbstätige Angaben zum Wohn- und Arbeitsort sowie zum auf dem Weg zur Arbeit benutzten Verkehrsmittel machte. Für einen zeitlichen Vergleich werden zusätzlich Daten aus den Volkszählungen 1970 und 1980 herangezogen. Die Pendlerbeziehungen in der Region Basel reichen jedoch über die Staatsgrenzen der Schweiz hinaus: Der Arbeitsmarkt zieht zahlreiche Erwerbstätige aus dem grenznahen Ausland in Frankreich und Deutschland an. Das Phänomen der Grenzgänger wird in Kapitel 6.2 behandelt. Grundlage sind Daten des Zentralen Ausländerregisters (ZAR) in Bern von 1998.

Definitionen

- **Nichtpendler:** Personen, deren Wohn- und Arbeitsstätten identisch sind. Sie haben keinen Arbeitsweg zurückzulegen.
- **Intrakommunale Pendler:** Personen, die sich zur Arbeit zwar von ihrer Wohnung wegbewegen, aber keine Gemeindegrenze überschreiten, das heisst, Wohn- und Arbeitsstätte liegen in derselben Gemeinde.
- **In der Wohngemeinde arbeitende Erwerbstätige:** Summe der Nichtpendler und der intrakommunalen Pendler.
- **Interkommunale Pendler:** Personen, die in einer anderen Gemeinde als ihrer Wohngemeinde arbeiten.
- **Wegpendler:** Interkommunale Pendler aus Sicht der Wohngemeinde.
- **Zupendler:** Interkommunale Pendler aus Sicht der Arbeitsgemeinde.
- **Pendlersaldo:** Differenz aus Zu- und Wegpendlern je Gemeinde. Gemeinden mit mehr Weg- als Zupendlern haben einen negativen Pendlersaldo, Gemeinden, in denen die Zahl der Zupendler diejenige der Wegpendler übersteigt, einen positiven Pendlersaldo.
- **Interregionale Pendler:** Personen, die auf ihrem Arbeitsweg die Grenze einer Region, in diesem Fall diejenige der Nordwestschweiz, überschreiten.
- **Interregionale Wegpendler:** Personen, die ihren Wohnsitz in der Nordwestschweiz haben, aber ausserhalb arbeiten, z.B. in der Region Zürich.
- **Interregionale Zupendler:** Personen, die von ausserhalb in die Nordwestschweiz einpendeln.

6.1 Pendlerströme in der Nordwestschweiz

6.1.1 Entwicklung der Pendlerzahlen zwischen 1970 und 1990 im Überblick

In der Nordwestschweiz ist bei den Zahlen der Wohnbevölkerung und der Erwerbstätigen zwischen 1970 und 1990 nur eine leichte Zunahme festzustellen, von 1970 bis 1980 gab es sogar eine Abnahme. Die Zahl der interkommunalen Pendler wuchs dagegen kontinuierlich an (Tab. 6.1 und Abb. 6.1). Im Untersuchungszeitraum vergrösserte sich die Anzahl von Personen, die auf dem Arbeitsweg eine Gemeindegrenze

überschreiten, von 84 814 auf 143 599 (+ 58 785), das entspricht einer Zunahme um 69,3%. Gleichzeitig sank die Zahl der in der Wohngemeinde arbeitenden Erwerbstätigen um 44 522 oder 26,6%. In diesem Zeitraum nahm also die räumliche Trennung von Wohn- und Arbeitsort deutlich zu. Der Anteil interkommunaler Pendler an allen Erwerbstätigen stieg von 33% (1970) auf 52% (1990), das heisst, im Jahr 1990 überquerte mehr als jeder zweite Erwerbstätige in der Nordwestschweiz auf seinem Arbeitsweg eine Gemeindegrenze.

Auch die Pendlerverflechtungen in andere Regionen der Schweiz nahmen erheblich zu, sowohl die Zahl der aus

Tabelle 6.1

Entwicklung der Arbeitsmobilität in der Nordwestschweiz zwischen 1970 und 1990

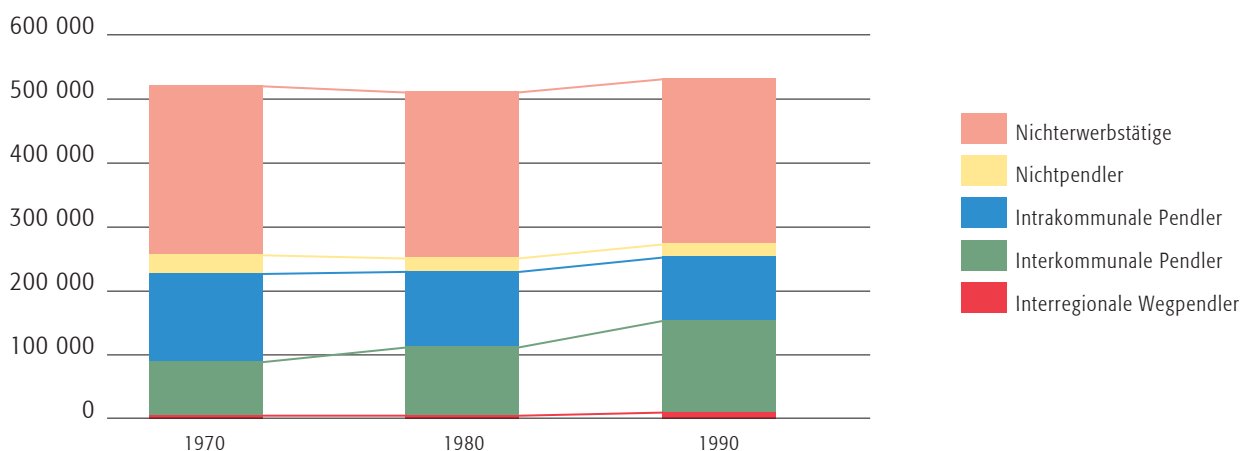
Jahr	1970	1980	1990	1970–1990 absolut	1970–1990 relativ
Wohnbevölkerung der Nordwestschweiz	520 968	511 514	531 951	+ 10 983	+ 2,1%
Nichtpendler (Erwerbstätige ohne Arbeitsweg)	29 406	20 169	23 440	- 5 966	- 20,2%
Intrakommunale Pendler (Erwerbstätige mit Arbeitsweg innerhalb der Wohngemeinde, d,h, Wohn- = Arbeitsgemeinde)	138 254	118 998	99 698	- 38 556	- 27,9%
Zwischensumme: in der Wohngemeinde arbeitende Erwerbstätige	167 660	139 167	123 138	- 44 522	- 26,6%
Interkommunale (Weg-)Pendler innerhalb der Nordwestschweiz	84 814	106 954	143 599	+ 58 785	+ 69,3%
Interregionale Wegpendler (Wegpendler in Gemeinden ausserhalb der Nordwestschweiz)	3 399	4 830	9 256	+ 5 857	+ 172,3%
Erwerbstätige mit Wohnort in der Nordwestschweiz insgesamt	255 873	250 951	275 993	+ 20 120	+ 7,9%
Interregionale Zupendler (Zupendler aus schweizerischen Gemeinden ausserhalb der Nordwestschweiz)	1 711	2 724	5 107	+ 3 396	+ 198,5%
Erwerbstätige mit Arbeitsort in der Nordwestschweiz insgesamt	254 185	248 845	271 844	+ 17 659	+ 6,9%

Die *kursiv* gesetzten Zahlen wurden approximativ ermittelt (Korrektur für die 15 546 Erwerbstätigen 1990, die keine Angaben zu ihrem Arbeitsort machten).

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1970, 1980 und 1990; Rey, P.: Pendlermobilität in der Nordwestschweiz: Entwicklung der interkommunalen Pendlerbeziehungen und der Verkehrsmittelwahl zwischen 1970 und 1990, - = Liz.-Arbeit Departement Geographie, Basel 1999.

Abbildung 6.1

Entwicklung der Arbeitsmobilität in der Nordwestschweiz zwischen 1970 und 1990



Die gesamte Säule entspricht der Wohnbevölkerung in der Nordwestschweiz.

Quelle: Zusammengestellt nach Rey, P.: Pendlermobilität in der Nordwestschweiz: Entwicklung der interkommunalen Pendlerbeziehungen und der Verkehrsmittelwahl zwischen 1970 und 1990, - = Liz.-Arbeit Departement Geographie, Basel 1999: 77, aus Zahlen der Volkszählungen 1970, 1980 und 1990.

der Region wegpandelnden Erwerbstätigen (+172,3%) als auch der von auswärts Zupandelnden (+198,5%) weisen hohe Wachstumsraten auf. Tendenziell werden also immer grössere Pendeldistanzen in Kauf genommen. Absolut gesehen ist die Zahl der Wegpendler aus der Nordwestschweiz in andere Regionen aber nach wie vor gering. Sie beträgt nur 9 256 Personen oder 3,4% aller Erwerbstätigen. Dies macht die Abgeschlossenheit des Arbeitsmarktes Nordwestschweiz deutlich.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der interregionalen Pendler seit 1990 aus folgenden Gründen deutlich zugenommen hat: Seit 1990 wurden die Strassen- und Bahnverbindungen erheblich verbessert, z.B. durch die Fertigstellung der A2 Basel-Zürich, oder auf der Bahnstrecke Basel-Zürich

durch die Einführung des Halbstundentaktes und die Einrichtung von Pendlerzügen ohne Zwischenhalt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Zentren der Deutschschweiz werden immer enger, etwa durch Fusionen wie die von UBS und Bankverein.

Als Gründe für die Ausweitung der Arbeitsmobilität insgesamt lassen sich anführen:

- seit den 50er-Jahren anhaltender Trend zur Sub- und Counterurbanisierung der Bevölkerung,
- zeitlich versetzt und nur in geringerem Masse einsetzende Sub- und Counterurbanisierung der Arbeitsstätten,
- Ausweitung der Individualmotorisierung und gleichzeitiger Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrsnetzes,

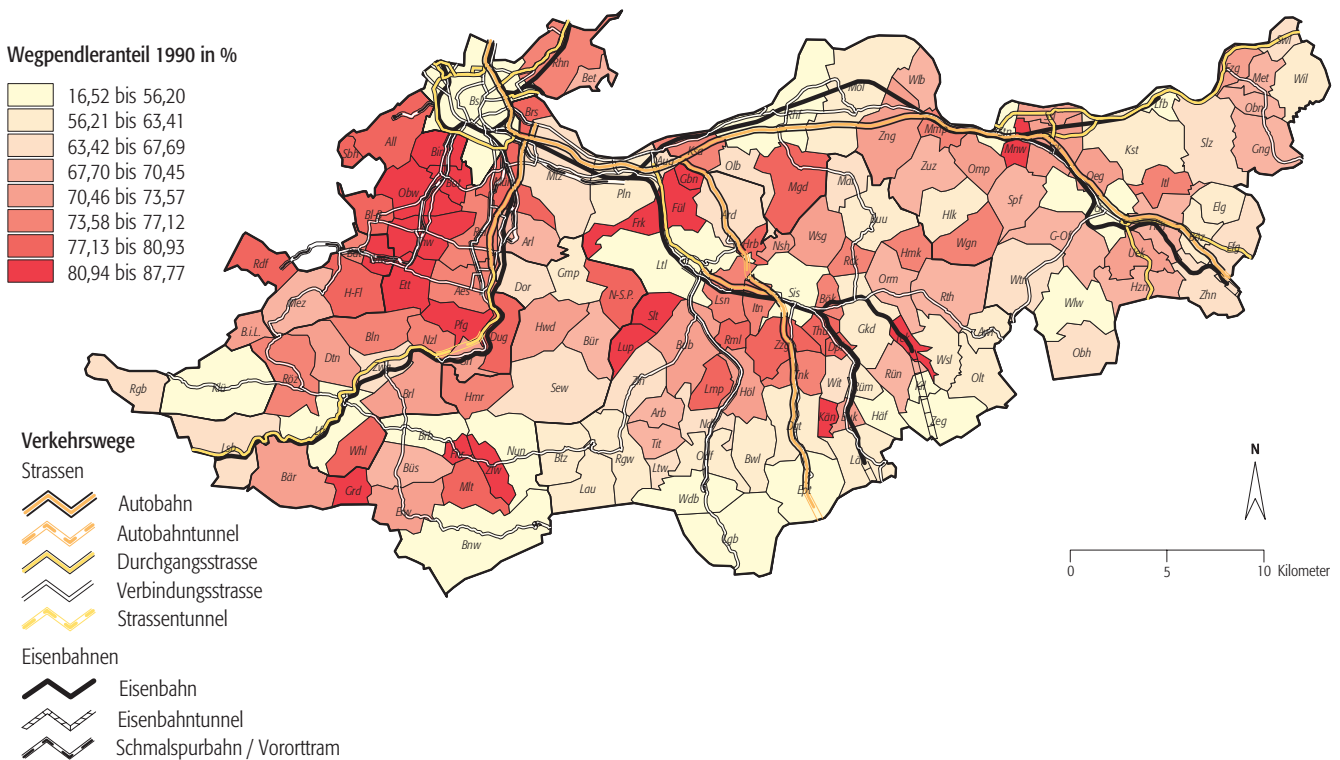
- anhaltend grosser Arbeitskräftebedarf in den Zentren.

6.1.2 Räumliche Struktur der interkommunalen Pendlermobilität 1990

Die Pendlermobilität zeigt innerhalb der Nordwestschweiz ein deutliches räumliches Muster, wie sich anhand des Anteils der Wegpendler an allen Erwerbstätigen je Gemeinde zeigt (Karte 6.1). Niedrige Auspendlerquoten weisen einerseits die Zentren und Subzentren der Region auf, wobei die Stadt Basel mit nur 16,5% Auspendlern eine Sonderstellung einnimmt, andererseits sehr peripher gelegene Gemeinden. Aus Laufenburg (40,5%), Laufen (44,6%), Beinwil (45,0%), Langenbruck (47,7%), Liestal (47,6%), Waldenburg (48,1%), Frick (48,4%) und Breitenbach (49,4%) pendeln weniger

Karte 6.1

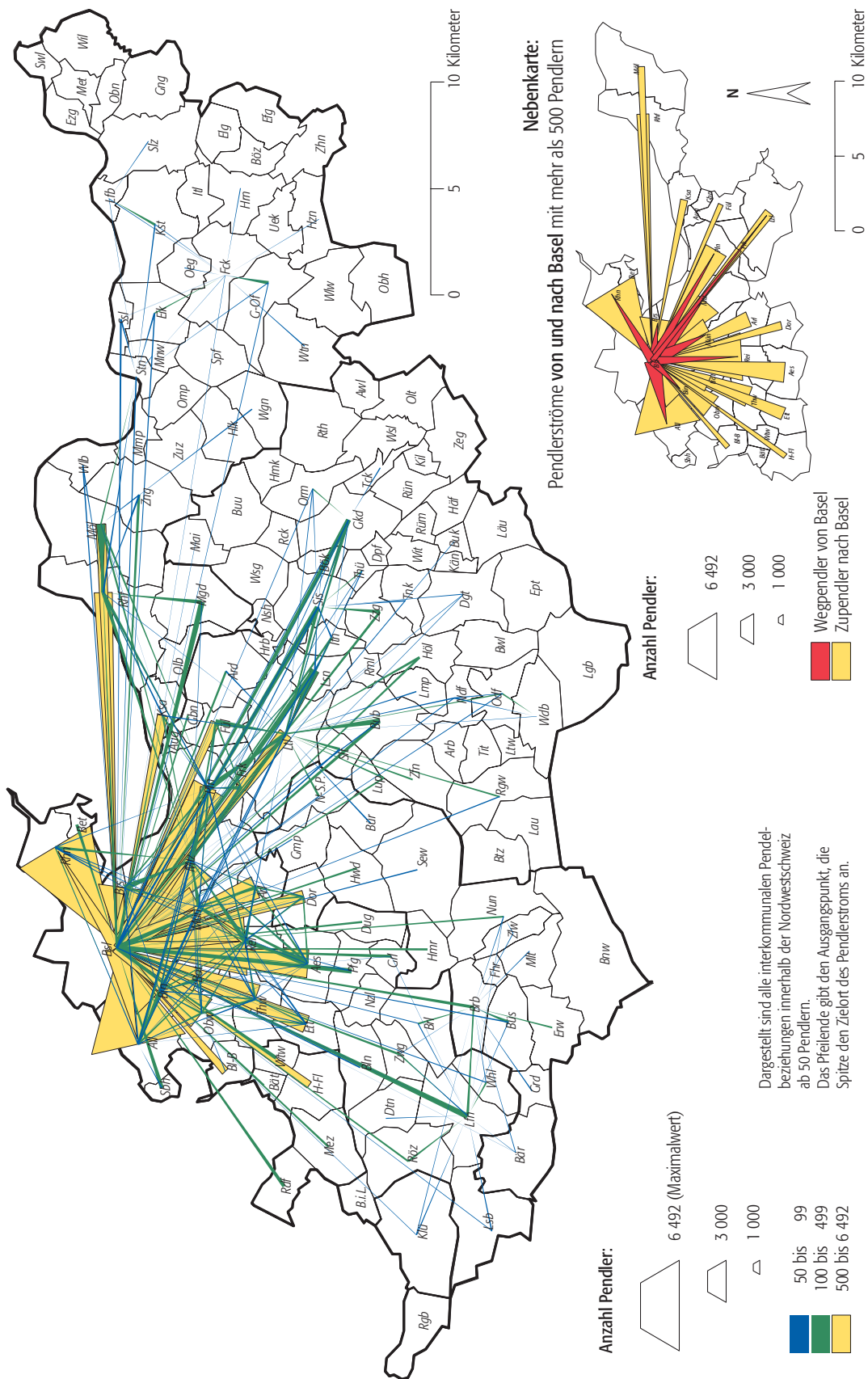
Anteil der Wegpendler an allen Erwerbstätigen in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Karte 6.2

Pendlerverflechtungen in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
 Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990.
 Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

als die Hälfte der Erwerbstätigen in andere Gemeinden aus. Maximalwerte der Wegpendlerquote finden sich in direkter Umgebung der Zentren, besonders in den Gemeinden des Birsecks. Gemeinden wie Bottmingen (87,8%), Pfeffingen (86,4%) oder Lupsingen bei Liestal (86,2%) sind typische Beispiele für „Schlafgemeinden“, die durch die Suburbanisierung stark gewachsen sind.

In Karte 6.2 sind alle interkommunalen Pendelbeziehungen innerhalb der Nordwestschweiz ab 50 Pendlern dargestellt. Das Ende des Pfeils gibt den Ausgangspunkt des Pendlerstroms an, die Wohngemeinde der Erwerbstätigen, die Spitze weist zum Zielgebiet, zur Arbeitsgemeinde. Die verschiedenen Farben geben – neben der Pfeilstärke – die Zahl der Pendler an. Aus Gründen der Lesbarkeit sind nur Pendlerbeziehungen ab 50 Pendlern – dies sind 369 Ströme – dargestellt. Damit sind fast drei Viertel der Pendelbewegungen (104 779 Pendler) erfasst. Bezogen auf alle Pendlerströme innerhalb der Nordwestschweiz, sind aber nur knapp 7% in der Karte wiedergegeben. Die meisten Verknüpfungen zwischen zwei Gemeinden haben einen wesentlich geringeren Umfang. Die Pendlerströme mit ein bis neun Pendlern machen einen Anteil von 76,4% aller Pendlerbeziehungen aus, die von 10 bis 49 Pendlern weitere 16,8%. In der Nebenkarte sind die Pendlerströme aus und in die Stadt Basel ab 500 Pendlern nochmals in einem größeren Massstab dargestellt.

Die meisten und stärksten Pendelbeziehungen (mehr als 500 Pendler, orange Pfeile) sind auf wenige Zentren ausgerichtet. Neben der eindeutig dominierenden Stadt Basel mit 62 671 Zupendlern (vgl. Kap. 6.1.3) sind untergeordnete Zentren der Arbeit innerhalb der Agglomeration Basel zu finden, z.B. Muttenz, Münchenstein und Pratteln (Tab. 6.2). Die Agglomerationsgemeinden um die Stadt Basel waren 1990 Arbeitsort für insgesamt 30% aller Zupendler. Bedeutende Zupendlerorte sind darüber hinaus regionale Subzentren wie Liestal, Sissach, Rheinfelden und Laufen.

Die Wohnorte der Pendler sind im Gegensatz zu den Arbeitsorten dispers gestreut. Besonders viele Pendler wohnen in Gemeinden mit guten Verkehrsverbindungen ins Zentrum (z.B. Allschwil, Reinach und Riehen). Doch auch aus mit dem öffentlichen Verkehr nur schlecht erschlossenen Gemeinden bestehen teilweise erhebliche Wegpendlerströme. Aus Nuglar-St. Pantaleon beispielsweise, das auf einer Jurahochfläche liegt, pendeln immerhin 419 Erwerbstätige täglich aus. Dabei handelt es sich hauptsächlich um neu Zugezogene, die ihren Arbeitsplatz in Basel oder einem Subzentrum behalten haben.

In Tabelle 6.2 sind die Pendlersaldi für die wichtigsten Zu- und Wegpendlergemeinden angegeben. Orte mit besonders hohen Pendlersaldi sind neben Basel die Subzentren Liestal, Sissach oder Frick sowie Standorte grosser Industriebetriebe wie Muttenz oder Stein. Ausgesprochene Wohngemeinden, also Gemeinden mit einem stark negativen Pendlersaldo, liegen meist in direkter Nachbarschaft der Stadt Basel (z.B. Riehen, Allschwil und Reinach) oder sind durch den schienengebundenen öffentlichen Verkehr sehr gut mit der Stadt verbunden (z.B. Therwil, Oberwil und Ettingen).

Tabelle 6.2 zeigt denselben Sachverhalt wie Karte 5.10 („Zentrale Orte der Arbeit“), nur auf der Basis von Volkszählungsdaten. Wie in der Karte erscheinen Basel, Liestal, Muttenz, Stein, Sissach, Frick, Laufen und Münchenstein als wichtige Arbeitsorte. Abweichend zeigen Pratteln und Rheinfelden jedoch einen Auspendlerüberschuss. Dieser kann mit den Grenzgängern erklärt werden: Die Zupendler aus dem nahen Ausland (vgl. Kap. 6.2) tauchen in der Volkszählung nicht auf, ihre Arbeitsplätze werden jedoch in der Betriebsstättenzählung erfasst, die Grundlage der Karte 5.10 ist. Deshalb haben Pratteln und Rheinfelden unter Berücksichtigung der Grenzgänger höhere Zupendlerzahlen als in Tabelle 6.2 angegeben, woraus sich ein positiver Pendlersaldo ergibt.

Insgesamt ist die Abwanderung der Bevölkerung ins Umland der Stadt wesentlich weiter fortgeschritten als

diejenige der Arbeitsstätten. Während die Arbeitsplätze weiterhin auf relativ wenige, zentral gelegene Standorte konzentriert bleiben, schreitet die Bevölkerungsverlagerung in immer peripherere Gebiete weiter fort.

6.1.3 Das Zentrum Basel – Entwicklung in der Kernstadt

Basel ist das unangefochtene Arbeitsplatzzentrum der Nordwestschweiz. Im Jahr 1980 arbeiteten 49% aller Pendler der Nordwestschweiz in der Kernstadt. Allerdings schwächte sich die vorherrschende Stellung Basels leicht ab. 1990 war die Stadt Basel der Zielort für 44% oder 62 671 der insgesamt 143 599 interkommunalen Pendler in der Nordwestschweiz. Die wichtigsten Wohngemeinden der Zupendler nach Basel waren 1990 Allschwil (6 492 Pendler nach Basel), Riehen (5 556), Reinach (4 613), Binningen (4 422), Muttenz (3 764), Birsfelden (3 580) und Münchenstein (2 907), also Nachbargemeinden, von denen aus die Stadt schnell erreicht werden kann. Aus den Gemeinden des inneren und des äusseren Agglomerationsgürtels stammten insgesamt 46 614 oder 74% aller Pendler nach Basel. Dieser relative Anteil nahm in den vorausgegangenen Jahrzehnten – bei gleichzeitigem Anwachsen der absoluten Zahlen von 36 527 (1970) über 43 370 Pendler (1980) – kontinuierlich ab: 1970 betrug er noch 88%, 1980 82%. Dies lässt sich damit erklären, dass immer mehr in Basel Beschäftigte ihren Wohnsitz ausserhalb der Agglomeration wählten und einen relativ langen täglichen Weg zur Arbeit in Kauf nahmen.

Neben der Bedeutung als Einpendlerstadt hat Basel den höchsten Anteil an Erwerbstätigen, für die Wohn- und Arbeitsgemeinde identisch sind. 81,2% aller Basler Erwerbstätigen waren 1990 Nichtpendler oder intrakommunale Pendler, wohnten und arbeiteten also in Basel. Wie weit das Einzugsgebiet der Stadt reicht, zeigt Karte 6.3. Aus beinahe sämtlichen Agglomerationsgemeinden pendeln über die Hälfte aller Wegpendler in die Stadt. Mit zunehmender Entfernung nimmt der Wegpendleranteil nach Basel ab, aus Gemeinden im oberen Fricktal etwa pendeln nur wenige

Tabelle 6.2

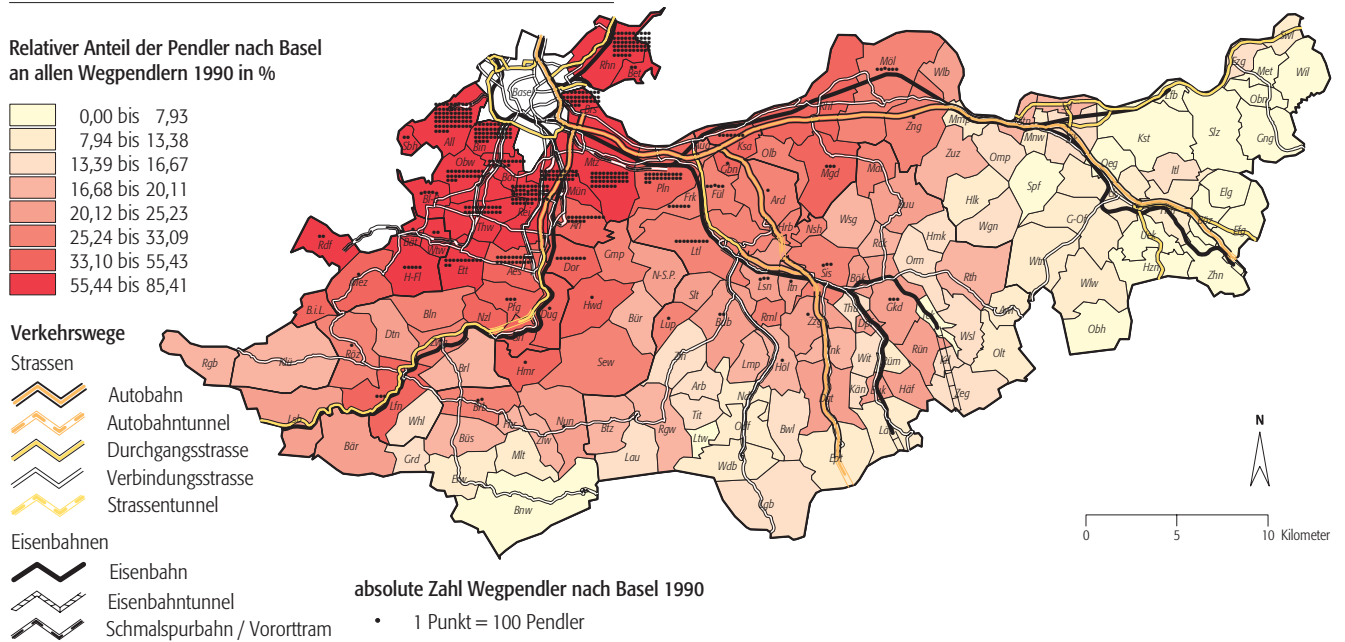
Die wichtigsten Zu- und Wegpendlergemeinden der Nordwestschweiz 1990
Gemeinden mit mehr als 1 000 Zu- oder Wegpendlern, sortiert nach dem Pendlersaldo

Gemeinde	Zupendler		Wegpendler		Pendlersaldo (= Zupendler minus Wegpendler)
	absolut	in % aller Erwerbstätigen am Arbeitsort	absolut	in % aller Erwerbstätigen am Wohnort	
Basel	62 671	49,2	15 005	16,5	+ 47 666
Liestal	7 252	68,0	3 190	47,6	+ 4 062
Muttenz	8 270	73,0	5 698	64,2	+ 2 572
Stein AG	1 368	75,8	591	55,4	+ 777
Breitenbach	1 481	67,0	736	49,4	+ 745
Sissach	2 195	65,2	1 464	55,1	+ 731
Laufen	1 619	54,0	1 139	44,6	+ 480
Frick	1 303	58,1	912	48,4	+ 391
Münchenstein	4 755	79,5	4 542	77,7	+ 213
Kaiseraugst	1 090	71,8	1 464	74,3	- 374
Bubendorf	764	62,7	1 182	70,6	- 418
Pratteln	4 868	61,9	5 301	63,0	- 433
Gelterkinden	1 119	53,5	1 605	61,1	- 486
Rheinfelden	2 181	49,8	2 843	54,3	- 662
Dornach	1 036	55,2	1 791	66,1	- 755
Arlesheim	1 978	63,0	2 768	69,0	- 790
Zunzgen	201	46,3	1 009	80,0	- 808
Füllinsdorf	932	73,6	1 801	83,0	- 869
Magden	153	36,0	1 029	77,5	- 876
Lausen	774	59,8	1 722	75,5	- 948
Möhlin	1 152	45,2	2 202	58,8	- 1 050
Frenkendorf	1 052	67,7	2 566	82,8	- 1 514
Aesch BL	2 223	63,6	3 842	74,1	- 1 619
Ettingen	337	44,9	2 100	82,4	- 1 763
Bottmingen	574	65,5	2 469	87,8	- 1 895
Oberwil BL	1 402	64,4	3 630	81,0	- 2 228
Therwil	1 037	61,7	3 298	82,3	- 2 261
Birsfelden	2 409	68,7	5 020	80,9	- 2 611
Binningen	2 542	66,8	6 005	81,5	- 3 463
Reinach BL	3 817	63,7	7 431	76,0	- 3 614
Allschwil	3 396	62,6	8 070	78,6	- 4 674
Riehen	1 420	44,3	6 642	74,7	- 5 222

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; eigene Berechnungen.

Karte 6.3

Wegpendler aus den Gemeinden der Nordwestschweiz nach Basel 1990



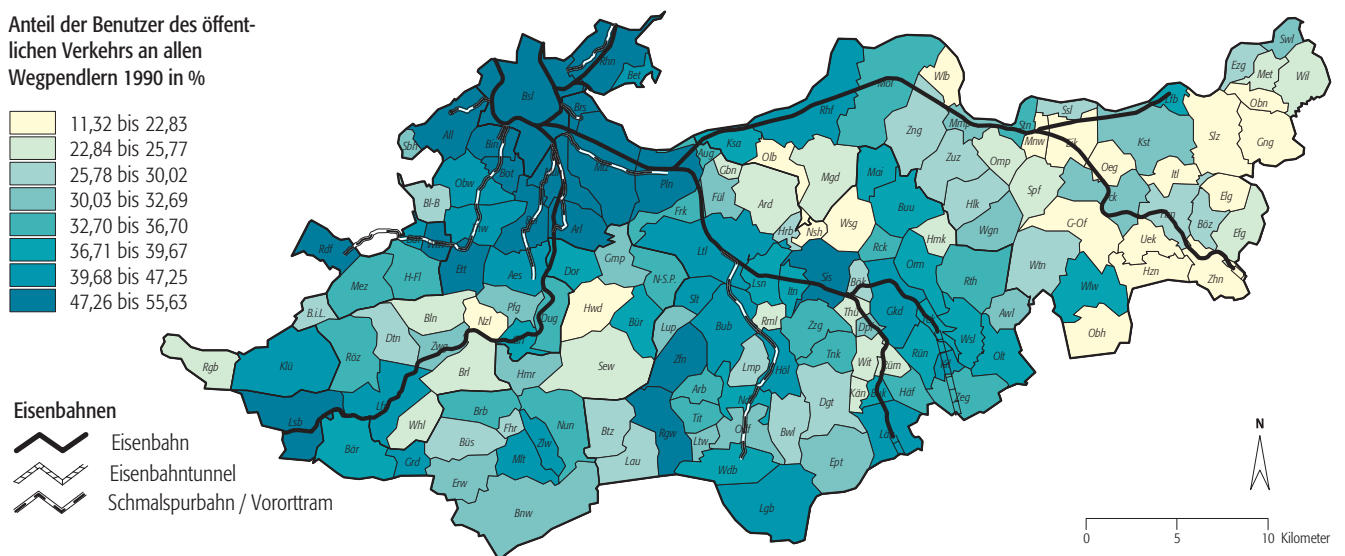
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Karte 6.4

Anteil der Benutzer des öffentlichen Verkehrs an allen Wegpendlern in der Nordwestschweiz 1990



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Erwerbstätige nach Basel. Sie liegen bereits im Einflussbereich des Grossraums Zürich. Deutlich ist die Bedeutung der Anbindung an den öffentlichen Verkehr zu erkennen. Aus Gemeinden mit guten Zug- oder Tramverbindungen pendeln relativ gesehen sehr viele Personen nach Basel, beispielsweise aus Laufen, Rheinfelden oder Sissach. Auch Rodersdorf profitiert eindeutig von der Tramverbindung nach Basel. Für Basel-Pendler aus Gemeinden, die über keinen Schienenanschluss verfügen, spielt der motorisierte Individualverkehr eine wichtige Rolle. Beispiele hierfür sind Hofstetten-Flüh, Hochwald oder Magden.

Doch Basel ist nicht nur Zupendlergemeinde. Wie die Nebenkarte von Karte 6.2 zeigt, pendelte eine erhebliche Zahl von Erwerbstätigen aus Basel weg (rote Pfeile). Am bedeutendsten waren hierbei – wie in der Gegenrichtung – Ströme

in benachbarte Gemeinden. Nach Muttenz führen 1 971 Basler jeden Tag zur Arbeit, nach Allschwil 1 600 und nach Münchenstein 1 477. Im Vergleich mit der Zupendlerzahl haben die Wegpendler einen geringen Stellenwert. Insgesamt pendelten nur 15 005 Basler aus, woraus ein Zupendlerüberschuss von 47 666 resultiert.

6.1.4 Verkehrsmittelwahl – mit dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit?

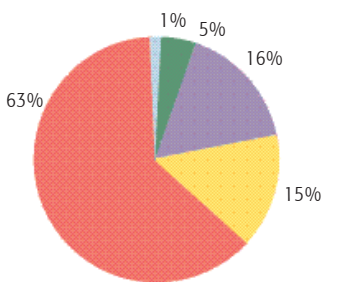
In der Pendlerstatistik ist miterfasst, mit welchem Verkehrsmittel der grösste Teil der Pendeldistanz zurückgelegt wird. Karte 6.4 zeigt, welcher Anteil aller Wegpendler pro Gemeinde den öffentlichen Verkehr benutzt. Deutlich erkennbar ist der Zusammenhang mit dem Vorhandensein eines Schienenanschlusses. Wo die Eisenbahn oder ein Tram hält, wird der öffentliche Verkehr auf dem Weg

zur Arbeit rege genutzt. Den höchsten Anteil haben die Agglomerationsgemeinden Binningen (55,6%), Riehen (55,5%), Muttenz (55,2%), Birsfelden (54,5%), Münchenstein (54,4%) und Allschwil (54,0%), die in das städtische Tramnetz eingebunden sind. Doch auch die entfernter liegenden Gemeinden Rodersdorf (52,4%) und Witterswil (51,9%), die an der Tramlinie 10 liegen, sowie Reigoldswil (50,0%) mit direkter Busverbindung nach Liestal und Basel weisen hohe Werte auf. Gemeinden, die über keine direkte Verbindung ins Zentrum und geringere Taktdichten verfügen, wie Schönenbuch (31,7%), Biel-Benken (30,0%) und Pfeffingen (32,7%), haben einen wesentlich geringeren Anteil an Benutzern des öffentlichen Verkehrs. Das zusätzliche Umsteigen, um in die Stadt zu gelangen, macht den öffentlichen Verkehr für die meisten Pendler aus diesen Gemeinden unattraktiv und sie entscheiden sich für das eigene Auto. Besonders niedrige Anteile erreicht der öffentliche Verkehr in ländlichen Gemeinden abseits der grossen Verkehrsachsen wie Nussdorf (11,3%), Oberhof (15,1%) oder Wintersingen (17,7%), obwohl auch in diese Gemeinden eine stündliche Busverbindung – zumindest während der Pendlerzeiten – besteht.

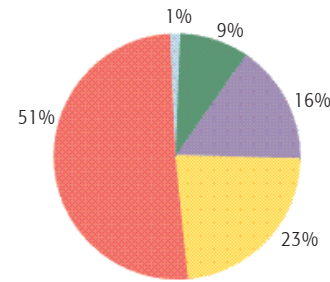
Abbildung 6.2

Pendlerströme in der Nordwestschweiz 1990 nach Stärke und benutztem Verkehrsmittel

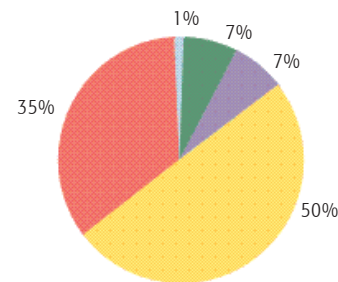
Pendlerströme bis 99 Pendler
Total: 43 476 Pendler



Pendlerströme 100–499 Pendler
Total: 27 814 Pendler



Pendlerströme ≥ 500 Pendler
Total: 64 220 Pendler



- ohne Angabe
- zu Fuss/per Velo
- Eisenbahn
- Tram, Bus, sonst. öffentlicher Verkehr
- motorisierter Individualverkehr

Aus der Konzentration der Arbeitsstätten in der Agglomeration und in wenigen Subzentren sowie der Dekonzentration der Wohnstätten ergibt sich ein dichtes Netz von Pendlerbeziehungen (Karte 6.1). Die starken Pendlerströme konzentrieren sich auf wenige Achsen (z.B. die Ergolzachse Basel–Muttenz–Pratteln–Füllinsdorf/Frenkendorf–Liestal–Sissach–Gelterkinden) und können entsprechend relativ gut mit dem sternförmig strukturierten Schienenverkehr bewältigt werden. Problematischer aus Sicht des öffentlichen Verkehrs sind die zahlreichen Pendlerbeziehungen zwischen abseits gelegenen Gemeinden und Zentren sowie die vielfältigen Querverbindungen. Zwar wurde die Qualität des öffentlichen Verkehrsnetzes sukzessive verbessert: Zu nennen sind der Ausbau von Tramlinien und deren direkte Einführung in die Stadt, die flächendeckende Taktverdichtung, die Schaffung des Tarifverbunds Nord-

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1990; eigene Berechnungen.

westschweiz und die Einführung des Umweltschutzabonnements. Trotzdem sind die meisten Pendler aus peripheren Gemeinden auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen, wenn sie keine Zeitverluste in Kauf nehmen wollen. Den Zusammenhang zwischen der Stärke von Pendlerströmen und der Verkehrsmittelwahl der Pendler zeigt Abbildung 6.2. Je stärker ein Strom ist, desto höher ist der Anteil der Benutzer des öffentlichen Verkehrs. Bei weniger starken Strömen überwiegen die Benutzer des motorisierten Individualverkehrs.

Die absolute Zahl der intrakommunalen Pendler, die auf ihrem Arbeitsweg in derselben Gemeinde verbleiben, sank von 1970 bis 1990 von 138 254 auf 99 698 (-27,9%). Die Stadt Basel hatte daran mit knapp 60 000 intrakommunalen Pendlern (1990) den grössten Anteil. Die Anteile der benutzten Verkehrsmittel verschoben sich im genannten Zeit-

raum deutlich (Abb. 6.3). Die Fussgänger nahmen ab, die Fahrradfahrer dagegen zu. Die deutlichsten Zuwächse konnte der öffentliche Verkehr verbuchen, vor allem in der Zeit zwischen 1980 und 1990, in der zahlreiche Verbesserungen realisiert wurden. 1990 benutzten 41% aller intrakommunalen Pendler ein öffentliches Verkehrsmittel. Der relative Anteil des motorisierten Individualverkehrs hat schwach abgenommen (um drei Prozentpunkte). Hinter diesen Zahlen verbirgt sich aber – aufgrund der Abnahme der intrakommunalen Pendler insgesamt – ein Rückgang von immerhin 10 600 innerörtlichen Pendlern, die den motorisierten Individualverkehr benutzen.

6.2 Grenzgänger in die Nordwestschweiz

Der Arbeitsmarkt der Nordwestschweiz endet nicht an deren Grenzen. Bessere

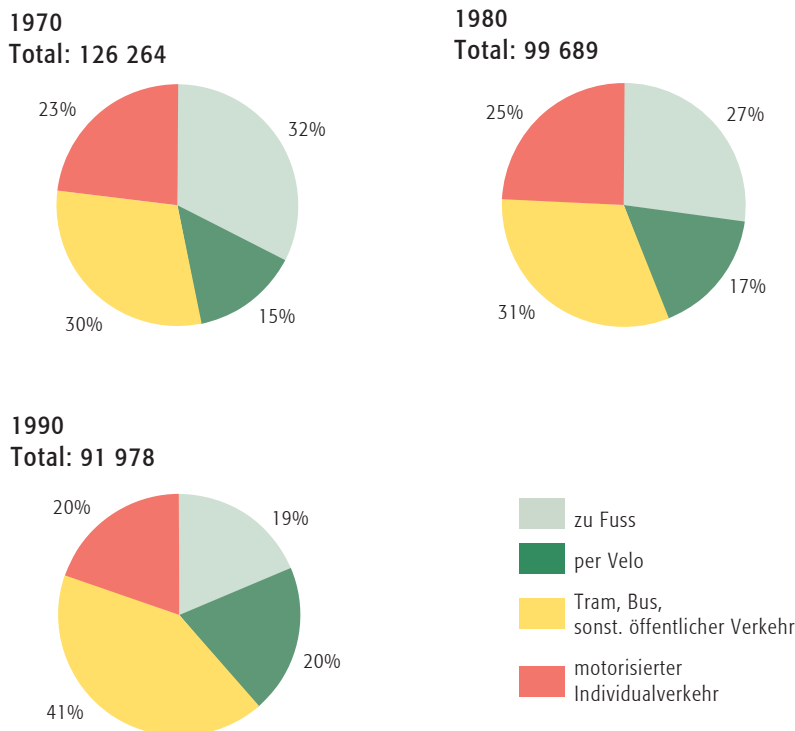
Verdienstmöglichkeiten und ein gutes Arbeitsplatzangebot in der Schweiz sowie die vergleichsweise hohen Arbeitslosenraten in den benachbarten Gebieten des Oberelsass und von Südbaden führen dazu, dass viele Grenzgänger täglich in die Region Basel einpendeln. Im Jahr 1998 überquerten ca. 30 000 Elsässer und 17 000 Badener täglich die Staatsgrenze zur Nordwestschweiz auf dem Weg zur Arbeit. In die Gegenrichtung, also aus der Nordwestschweiz nach Frankreich oder Deutschland, bestehen dagegen nur sehr geringe Verflechtungen. In Karte 6.5 sind die Grenzgängerströme aus dem nahen Ausland in die Nordwestschweiz dargestellt. Wie in Karte 6.1 sind nur die Pendlerströme mit mehr als 50 Pendlern kartiert. Die Nebenkarte zeigt den Ausschnitt der Trinationalen Agglomeration Basel.

Auch die Grenzgängerströme konzentrieren sich stark auf die Stadt Basel. Knapp 27 000 Grenzgänger, das entspricht 57%, pendeln ins Zentrum der Region. Daneben lassen sich wichtige Beschäftigungsorte in der Agglomeration Basel und entlang des Hochrheins erkennen: In Allschwil, Pratteln und Muttenz arbeiten je 1 800 Grenzgänger, in Münchenstein 1 200, in Reinach 1 150 und in Rheinfelden 800. Weiter von der Grenze entfernte Gemeinden spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle als Arbeitsort für Elsässer und Badener.

Die Grenzgänger nehmen z.T. erhebliche Distanzen zum Arbeitsort in Kauf: Aus dem 70 km entfernten Freiburg i. Br. kommen beispielsweise täglich knapp 1 150 Pendler nach Basel. Weitere wichtige Herkunftsgebiete sind Mulhouse und Umgebung, die Dörfer des Sundgau, das deutsche Wiesental und die nähere Umgebung Basels. Die Nebenkarte zeigt die starken Verflechtungen innerhalb der Trinationalen Agglomeration Basel. Aus St.-Louis (3 400 Grenzgänger), Lörrach (2 450), Weil am Rhein, Rheinfelden/Baden (je 1 900), Grenzach-Wyhlen (1 200) und Huningue (900) pendelt ein grosser Anteil aller Erwerbstätigen in die Schweiz, in einigen elsässischen Gemeinden beträgt er mehr als 60%.

Abbildung 6.3

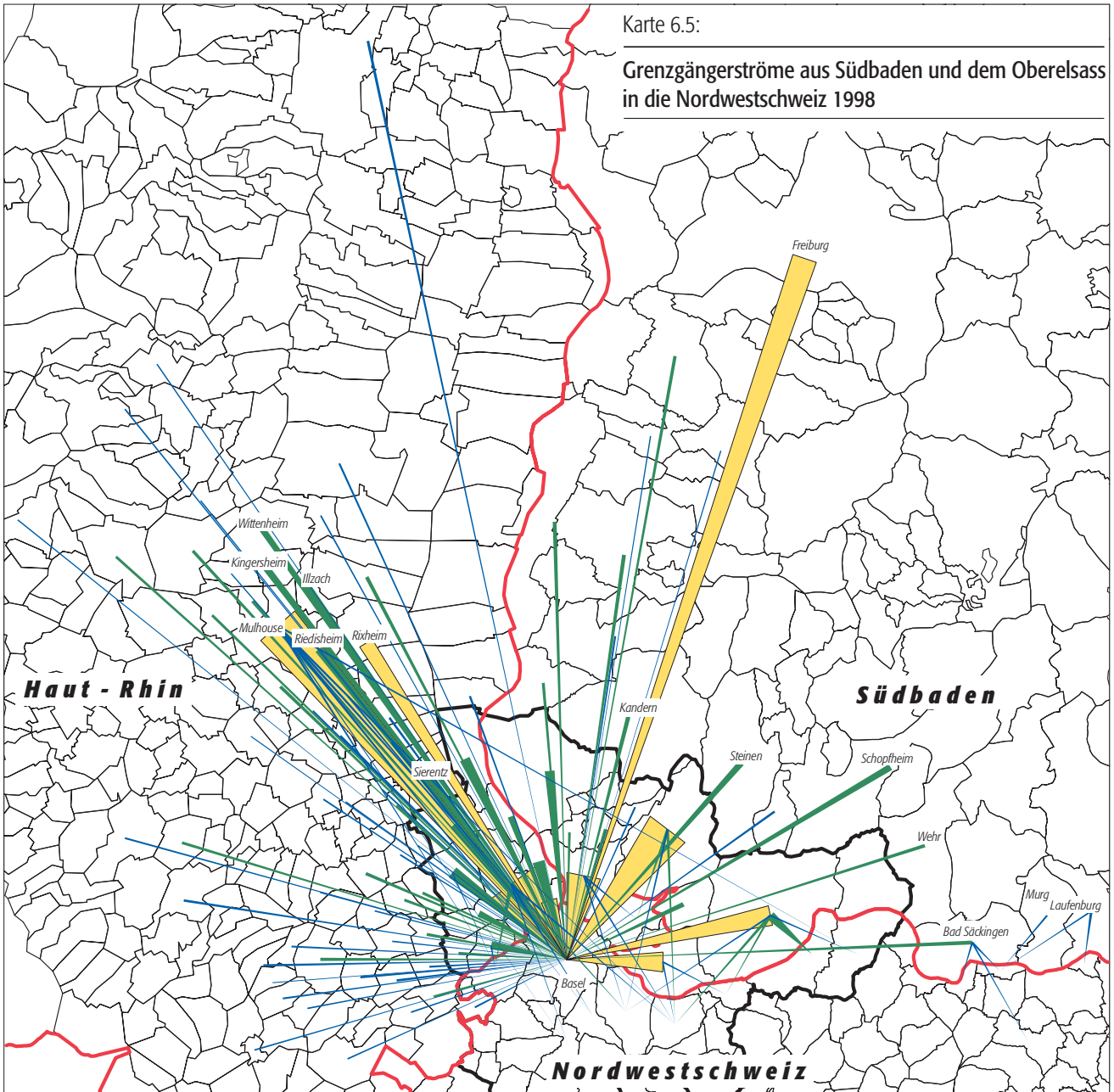
Intrakommunale Pendler in der Nordwestschweiz nach Verkehrsmittel 1970, 1980 und 1990



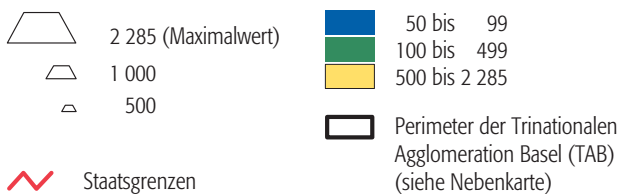
Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 1970, 1980 und 1990; eigene Berechnungen.

Karte 6.5:

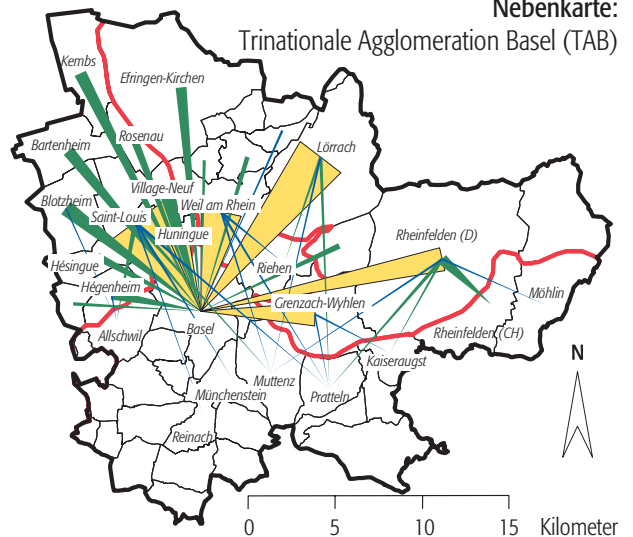
Grenzgängerströme aus Südbaden und dem Oberelsass in die Nordwestschweiz 1998



Anzahl Grenzgänger:



Nebenkarte:



Dargestellt sind alle Grenzgängerströme aus Südbaden und dem Oberelsass in die Nordwestschweiz ab 50 Grenzgängern. Das Pfeilende gibt den Ausgangspunkt, die Spitze den Zielort des Grenzgängerstroms an. Beschriftet sind Gemeinden mit mehr als 250 Grenzgängern in die Nordwestschweiz.

Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Bundesamt für Ausländerfragen, Bern, Zentrales Ausländerregister 1998.
Kartengrundlage: MCR-Lab der Universität Basel, Projekt REKLIP.

7 Gemeindefinanzen – Einnahmen und Ausgaben

Die Steuern von natürlichen Personen sind die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden in der Nordwestschweiz. Basel weist bei der Einkommenssteuer relativ hohe Steuersätze auf. Diese sind grossteils Spiegelbild hoher Pro-Kopf-Ausgaben in Folge der soziodemografischen Zusammensetzung der Stadt und der Zentrumsleistungen für das Umland. Die hohe Steuerbelastung wird in Basel allerdings durch relativ grosszügige soziale Abzugsmöglichkeiten relativiert. Ohnehin bestimmen neben steuerlichen auch andere Kriterien wie Grundstückspreise oder Erscheinungsbild der Gemeinde deren Anziehungskraft als Wohnort: Ein Vergleich Nordwestschweizer Gemeinden zeigt keinen Zusammenhang zwischen Steuersätzen und Wanderungssaldi.

7.1 „Teufelskreis“ öffentliche Finanzen

Die grossen Städte der Schweiz sind in den vergangenen Jahren wegen der zentralörtlichen Leistungen, die sie für ihr Umland aufzubringen haben, zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Dieses Problem wird in den Medien und der Öffentlichkeit breit diskutiert und auch in der Wissenschaft thematisiert. Als Ursache kann die Suburbanisierung (Abb. 7.1), also der Wegzug v.a. finanziell besser gestellter Schichten sowie junger Familien aus der Stadt in die nähere und weitere Umgebung, identifiziert werden. Aus der selektiven Abwanderung resultieren für die Stadt niedrigere Steuereinnahmen. Aufgrund der soziodemografischen Zusammensetzung der in der Stadt verbleibenden Bevölkerung (überdurchschnittlich hohe Anteile Älterer sowie von Sozialleistungen abhängiger Bevölkerungsgruppen) steigen die Pro-Kopf-Ausgaben v.a. im Sozial- und Gesundheitswesen. Zusätzlich erfüllt die Stadt für ein grosses Einzugsgebiet hochwertige zentrale Leistungen, z.B. in den kostenintensiven Bereichen Kultur und Bildung. Diese Faktoren führen in ihrer Kombination zu höheren Defiziten der öffentlichen Hand und zwingen die Stadt einerseits zum Abbau von Leistungen, andererseits zur Erhöhung des Steuerniveaus. Dadurch vermindert sich die Attraktivität der Stadt als Wohnort weiter; die Sub- und Desurbanisation verstärkt sich.

Dieses Kapitel dokumentiert mit Hilfe der Regionalstatistik, inwiefern diese modellhaften Annahmen in der Nordwestschweiz empirisch nachweisbar

sind. Durch den Vergleich von Einnahmen- und Ausgabenseite der Gemeinden über die Kantonsgrenzen hinweg wird eine Datengrundlage erstellt, anhand deren sich Aussagen über die „teure Stadt“ und das „billigere Umland“ überprüfen lassen. Im Einzelnen geht es um folgende Punkte:

- Wie setzen sich die Einnahmen der Gemeinden zusammen?

Für die Diskussion der Stadt-Umland-Problematik ist es entscheidend, welche Anteile die Steuern der Bewohner einer Gemeinde und die Steuern der im Ort ansässigen Unternehmen an den Einnahmen haben. Ein Umlandbewohner, der in der Stadt arbeitet, zahlt zwar seine Einkommenssteuer am Wohnort, trägt aber über seine Arbeit zur Wertschöpfung seines Arbeitgebers und so indirekt zum Steueraufkommen in der Stadt bei. Es stellt sich die Frage, ob die zentralörtlichen Leistungen, die die Kernstadt erbringt, über diesen Umweg zumindest teilweise abgegolten werden. Dazu ist zu klären, ob dem Faktor „Arbeit“ in Form von Unternehmensbesteuerung oder dem Faktor „Wohnen“ in Form von Einkommenssteuern eine höhere Bedeutung für die Gemeindeeinnahmen zukommt (Kap. 7.2.1).

- Wie gross ist das Steuergefälle innerhalb der Nordwestschweiz zwischen Kernstadt und Umland? Stellt es tatsächlich ein gewichtiges Argument für Bewohner der Stadt Basel dar, ihren Wohnsitz zu verlegen?

Entgegen der weit verbreiteten Annahme und des oben zitierten Modells ergab eine Befragung von 1 140 Wegzögern aus Basel, dass das Steuerargument

nicht die entscheidende Rolle spielt, der Stadt den Rücken zu kehren (Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt [Hrsg.] 1998: Wegzögerbefragung). Befragt nach dem ausschlaggebenden Grund für ihren Wegzug, gaben nur 8,3% der Befragten die Steuerbelastung im Stadtkanton an. Für drei Viertel waren die Steuern überhaupt kein Argument für den Wohnortwechsel. Deutlich wichtiger waren private Motive (Beziehung, Heirat) und das Bedürfnis nach mehr Wohnraum. In Kap. 7.2.2 werden die tatsächlichen Unterschiede in der Steuerbelastung zwischen den Gemeinden der Nordwestschweiz dargestellt.

- Sind die Gemeinden mit besonders niedriger Steuerbelastung tatsächlich besonders attraktiv für Zuzüger, das heisst, verzeichnen sie besonders starke Wanderungsgewinne?

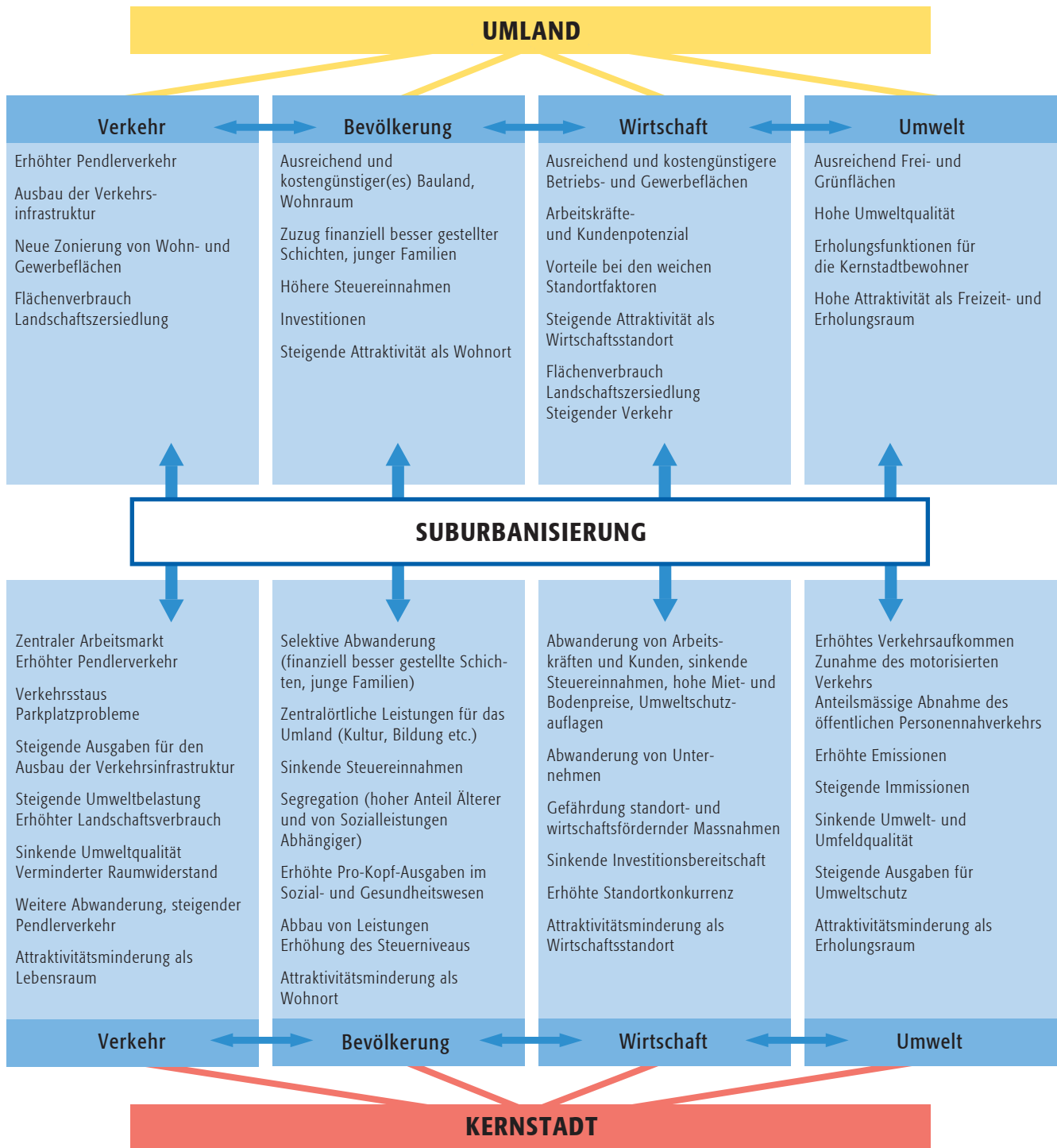
Viele Gemeinden setzen darauf, durch niedrige Steuerfüsse neue Einwohner zu gewinnen. Es stellt sich die Frage, ob sie damit eine langfristig sinnvolle Strategie verfolgen oder ob die Wohnortwahl vornehmlich von anderen Kriterien abhängt. In Kap. 7.2.3 wird untersucht, ob ein Zusammenhang zwischen dem lokalen Steuerniveau und der Zahl der Zuzüger in den letzten Jahren besteht.

- Wie sind die Kosten zwischen Stadt und Umland verteilt, wie stark ist die Stadt Basel durch zentralörtliche Leistungen belastet?

Durch den Vergleich der Ausgabenstruktur der Gemeinden der Nordwestschweiz in Kap. 7.3 wird untersucht, wie stark die Unterschiede in der Pro-Kopf-Belastung ausgeprägt sind. Es geht um die Frage, inwieweit die Steuerzahler in der

Abbildung 7.1

Die Stadtregion als System – der Prozess der Suburbanisierung und seine Folgekosten für Umland und Kernstadt



In einem Stadtsystem sind alle Prozesse miteinander verwoben. So zieht die Abwanderung aus der Kernstadt Umwelt-, Image- und soziale Folgen sowie Konsequenzen für den Standort und die Funktionsfähigkeit der gesamten Stadtregion nach sich. Durch Rückkoppelungseffekte können auch periphere Gemeinden von dieser Dynamik erfasst werden. Abb. 7.1 weist auf die zentrale Rolle von Bevölkerungsprozessen für die Entwicklung und Dynamik von Wirtschaftsregionen hin, ebenso auf die Notwendigkeit, Wohnort- und Standortattraktivität planerisch zu beeinflussen. Zu beachten ist, dass zwischen den einzelnen Bereichen Rückkoppelungseffekte auftreten können, z.B. negative Rückkoppelungen zwischen Verkehr und Umwelt im Umland.

Quelle: Eigener Entwurf.

Kernstadt für Leistungen aufzukommen haben, von denen auch die Bewohner des Umlandes profitieren, ohne daran finanziell beteiligt zu sein. Hintergrund ist die auf Bundesebene diskutierte Neuordnung des Finanzausgleichs mit der Forderung der Städte, als neue strukturschwache Räume anerkannt und entsprechend entschädigt zu werden.

7.2 Die Einnahmenseite: Steuerbelastung in den Gemeinden der Nordwestschweiz

7.2.1 Einkommensteuer für natürliche Personen als Haupteinnahmequelle der Gemeinden

Die Steuern von natürlichen Personen (private Haushalte, selbstständig Erwerbende und Kleingewerbe ohne eigene juristische Form) sind die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden in der Nordwestschweiz. Tabelle 7.1 zeigt dies beispielhaft für die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, die mehr

als die Hälfte der Gemeindeeinnahmen aus den Steuern natürlicher Personen erzielen. Von geringerer Bedeutung sind die Einnahmen aus den Steuern von juristischen Personen (AG, GmbH, Genossenschaften), unter die vor allem die grösseren Unternehmen fallen. Selbst in Brennpunkten wirtschaftlicher Aktivitäten mit bedeutenden Grossunternehmen wie Basel ist das Verhältnis Steueraufkommen natürlicher Personen zu Steueraufkommen juristischer Personen 3:1, in weniger gewerblich geprägten Gemeinden ist der Unterschied der Anteile noch grösser (Tab. 7.2). Die Besteuerung natürlicher Personen weist darüber hinaus eine geringere Anfälligkeit für konjunkturelle Schwankungen auf. Der Wettbewerb von Gemeinden um steuerzahlende Bürger hat damit einen soliden Hintergrund. Gemeinden mit den Wohnsitzen gut verdienender Personen erzielen grosse Einnahmen, auch wenn der Wohlstand dieser Personen auf der Wertschöpfung in anderen Gemeinden beruht. Eine indirekte Abgeltung zentralörtlicher Leistungen über die Wertschöpfung von Arbeitnehmern aus dem Umland findet also nicht statt, im Gegenteil: Orte mit grossem Einpendlerüberschuss wie Basel (vgl. Kap. 5) leisten indirekt einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand der peripheren Gemeinden. Auch die reichen peripheren Gemeinden müssen also ein vitales Eigeninteresse am Erhalt der Funktionsfähigkeit der Arbeitsplatzzentren haben. Tabelle 7.3 zeigt für ausgewählte Beispiele die Methode zur Berechnung der örtlichen Einkommensteuerbelastung für natürliche Personen.

Tabelle 7.1

Gemeindeeinnahmen in Basel-Landschaft* 1997

Einnahmequelle	Einnahmen	
	in Mio. CHF	in %
Steuern natürlicher Personen	385,0	53,9
Steuern juristischer Personen	46,2	6,5
sonstige Steuererträge	36,8	5,2
Vermögenserträge	38,4	5,4
Entgelte	57,9	8,1
Beiträge	113,9	15,9
Sonstiges	36,0	5,0
Total	714,2	100,0

* = Kanton Basel-Stadt, 1998

Quelle: Statistisches Amt, Kanton Basel-Landschaft (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Landschaft 1999: 192.

Tabelle 7.2

Einkommensteueraufkommen natürlicher und juristischer Personen in ausgewählten Gemeinden 1996

Gemeinde	Einkommensteueraufkommen in Mio. CHF		
	nat. Personen	jur. Personen	Verhältnis
Basel *	1 111,30	385,70	3 : 1
Muttenz	31,31	8,82	3 : 1
Aesch	15,76	1,71	9 : 1
Pfeffingen	4,13	0,03	138 : 1

* = ohne Bezirk Laufen

Quelle: Statistisches Amt, Kanton Basel-Landschaft (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Landschaft 1998. Kanton Basel-Stadt (Hrsg.): Rechnung für das Jahr 1998: 12.

7.2.2 Lokale Steuerbelastungen für unterschiedliche Einkommensgruppen

Die Einkommensteuer der natürlichen Personen hat besondere Bedeutung als Einnahmequelle der Gemeinden und für die Abgabenbelastung der Privathaushalte. Im Vergleich zu anderen Abgabenarten wie den AHV-Beiträgen weist sie starke Unterschiede zwischen den Gemeinden auf. Im Folgenden werden deshalb die Einkommensteuern auf natürliche Personen auf Gemeindeebene betrachtet. Die Karten 7.1 bis 7.3 zeigen am Beispiel von Einzelpersonen-

Das Steuersystem der Schweiz: Wettbewerb unter Kantonen und Gemeinden

Ein wesentliches Element des schweizerischen Föderalismus ist die Steuer- und Finanzhoheit von Kantonen und Gemeinden. Neben den direkten Bundessteuern, die überall in der Schweiz nach einheitlichen Sätzen berechnet werden, erheben auch Kantone und Gemeinden Steuern auf Einkommen und Vermögen natürlicher Personen und auf Gewinne und Kapital der juristischen Personen. Steuern auf Einkommen und Vermögen natürlicher Personen werden am Wohnort, Steuern der juristischen Personen werden am Ort des Firmensitzes erhoben. Die Gebietskörperschaften können die Höhe der direkten Abgaben frei bestimmen. Dieser Steuerwettbewerb führt dazu, dass sich die Belastungen bei gleichem Einkommen von einem Kanton zum anderen um mehr als das Doppelte unterscheiden können. Die Steuerkonkurrenz garantiert – dies der positive Effekt – verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den öffentlichen Finanzen, denn Kantone und Gemeinden sind gezwungen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies trägt zur Effizienz der Verwaltung und zum allgemein niedrigen Steuerniveau – einem wichtigen Standortfaktor – bei.

Um einen Vergleich des Steuerniveaus für natürliche Personen in der Nordwestschweiz auf Gemeindeebene zu ermöglichen, wurden in Kapitel 7.2.2 für drei Einkommensklassen (jährliches Bruttoeinkommen von 30 000, 80 000 und 200 000 CHF) die Gesamtsteuerbelastungen aus Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern berechnet. Die Steuerbelastung wurde für Unverheiratete ohne Kinder, ohne Berücksichtigung von Abzugsmöglichkeiten sowie weiteren Gebühren und Abgaben beispielsweise für Abfall oder Wasser berechnet, um das Berechnungsverfahren zu vereinfachen.

Zu beachten ist eine Besonderheit für den Kanton Basel-Stadt. In der Stadt Basel wird nur die kantonale Steuer, aber keine Gemeindesteuer erhoben. In den Landgemeinden Riehen und Bettingen dagegen erhebt der Kanton nur die Hälfte der Einkommensteuer natürlicher Personen, zusätzlich können die Gemeinden Steuern festsetzen. Insgesamt resultiert daraus in den Landgemeinden ein niedrigeres Steuerniveau als in der Stadt, was in der Debatte um den Wohn- und Wirtschaftsstandort Kanton Basel-Stadt als Potenzial erkannt wurde (vgl. Universität Basel [Hrsg.] 1998: 10 Stärken von Basel).

Tabelle 7.3

Rechenbeispiele zur Ermittlung örtlicher Einkommensteuerbelastungen 1999

	Einpersonenhaushalt mit 80 000 CHF steuerbarem Jahreseinkommen, gelegen in Basel (BS)	Aesch (BL)	Mumpf (AG)	Dornach (SO)
Bundessteuer:	2 303.20 (= 2,88% des steuerbaren Einkommens)	2 303.20 (= 2,88% des steuerbaren Einkommens)	2 303.20 (= 2,88% des steuerbaren Einkommens)	2 303.20 (= 2,88% des steuerbaren Einkommens)
Staatssteuer:				
Basiswert	15 800.00 (= 19,75% des steuerbaren Einkommens)	8 659.38 (= 10,82% des steuerbaren Einkommens)	5 802.00 (= 7,25% des steuerbaren Einkommens)	6 254.80 (= 7,82% des steuerbaren Einkommens)
– Inflationsausgl.*			– 174.06 (– 3 % der Basisstaatssteuer)	
+ Spitalsteuer**			+ 870.30 (+ 15% der Basisstaatssteuer)	+ 437.84 (+ 7% der Basisstaatssteuer)
+ Abgabe Finanzausgl.*			+ 116.04 (+ 2% der Basisstaatssteuer)	
Summe Staatssteuer	15 800.00 (= 19,75% des steuerbaren Einkommens)	8 659.38 (= 10,82% des steuerbaren Einkommens)	6 664.98 (= 8,34% des steuerbaren Einkommens)	6 692.64 (= 8,37% des steuerbaren Einkommens)
Gemeindesteuer:	--	5 195.63 (= 60% der Basisstaatssteuer)	7 252.50 (= 125% der Basisstaatssteuer)	6 880.28 (= 110% der Basisstaatssteuer)
Örtliche Gesamtbelastung:	18 103.20 (= 22,63% des steuerbaren Einkommens)	16 158.21 (= 20,20% des steuerbaren Einkommens)	16 220.68 (= 21,22% des steuerbaren Einkommens)	16 623.02 (= 20,78% des steuerbaren Einkommens)

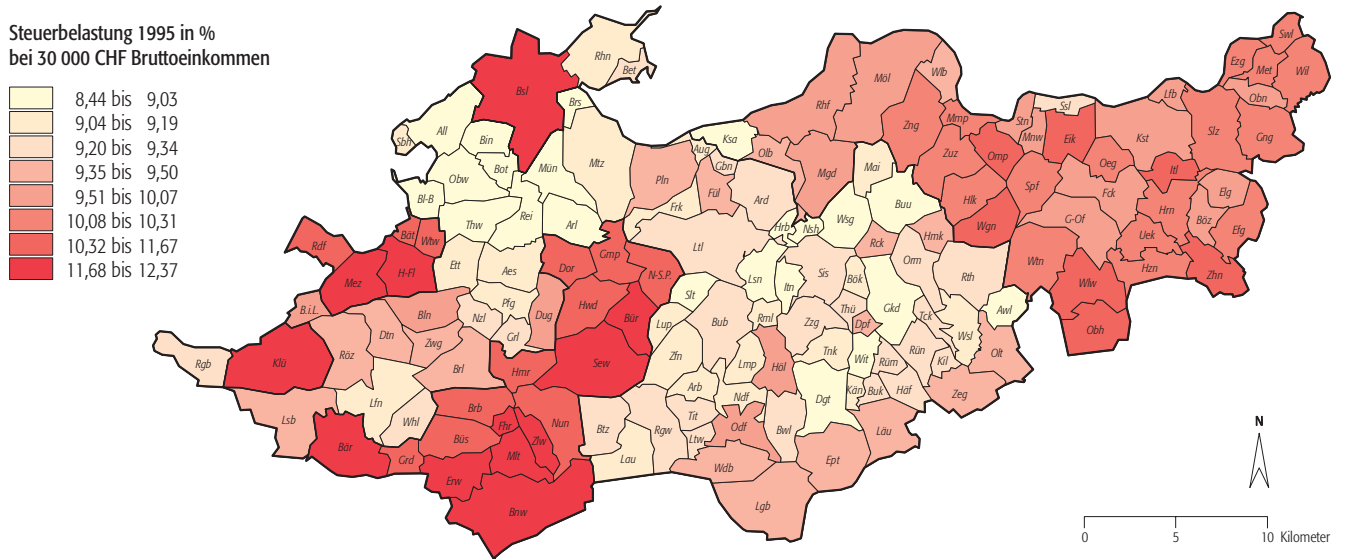
* = wird nur im Kanton Aargau erhoben

** = wird nur in den Kantonen Aargau und Solothurn erhoben

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

Karte 7.1

**Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz
1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem
Jahreseinkommen von 30 000 CHF**



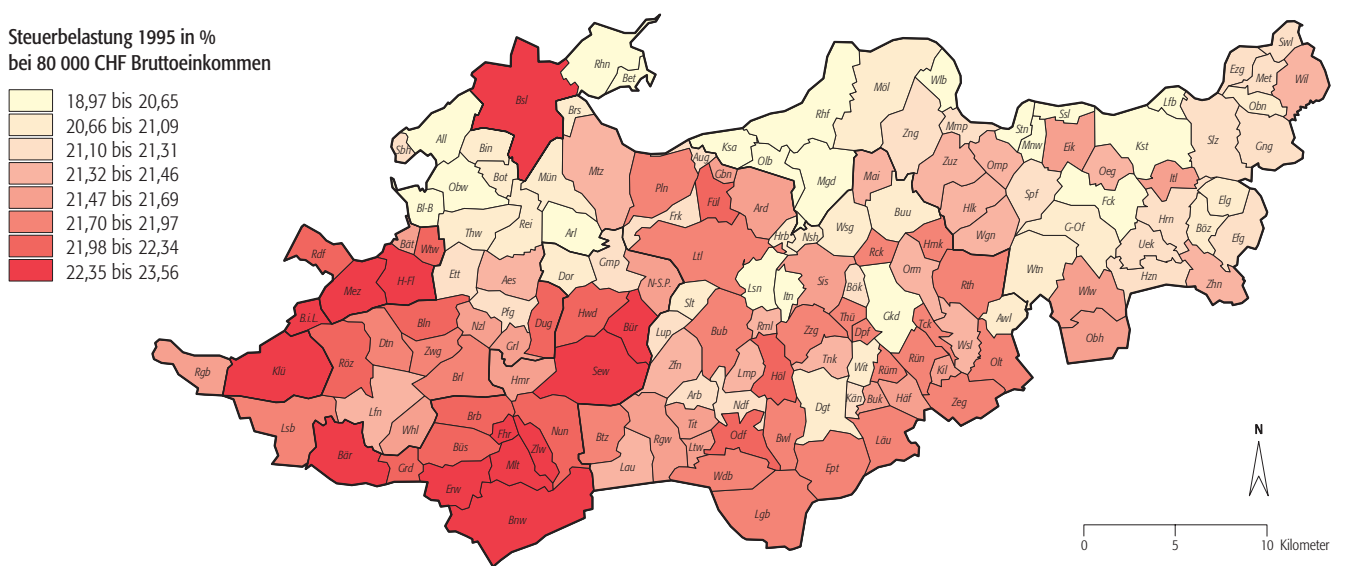
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 7.2

**Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz
1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem
Jahreseinkommen von 80 000 CHF**



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

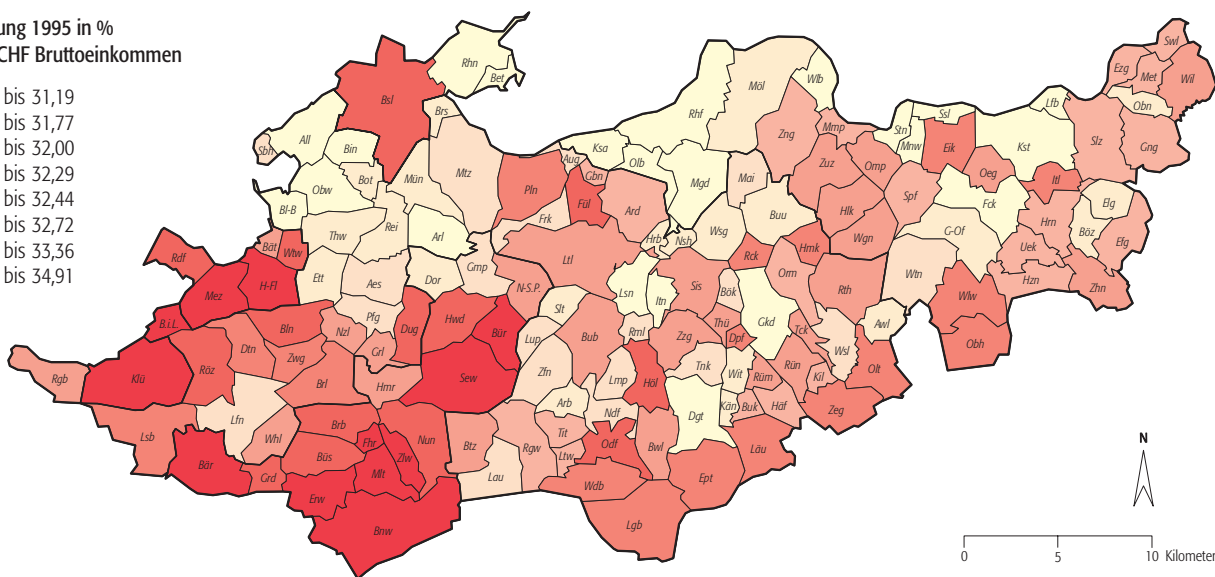
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

Karte 7.3

Gesamtsteuerbelastung in der Nordwestschweiz 1995 für Einpersonenhaushalte mit steuerbarem Jahreseinkommen von 200 000 CHF

Steuerbelastung 1995 in %
bei 200 000 CHF Bruttoeinkommen

	28,56 bis 31,19
	31,20 bis 31,77
	31,78 bis 32,00
	32,01 bis 32,29
	32,30 bis 32,44
	32,45 bis 32,72
	32,73 bis 33,36
	33,37 bis 34,91



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T.

haushalten ohne Kinder die Gesamtbelastungen aus den persönlichen Einkommensteuern von Gemeinde-, Staats- und Bundesebene für ein zu versteuerndes Einkommen von 30 000, 80 000 und 200 000 CHF im Jahr 1995. Die tatsächliche Belastung der Einwohner weicht je nach Haushaltstyp, örtlichen Gebühren und sonstigen Abgaben, Steuerabzugsmöglichkeiten und Sozialleistungen davon ab. Dennoch spiegeln die Karten 7.1 bis 7.3 zumindest annähernd die räumlichen Unterschiede in der Abgabenbelastung der Bürger wider.

Demnach gehört Basel in allen Einkommensklassen zu den Gemeinden mit relativ hoher Steuerbelastung. Aber auch in der Peripherie gibt es deutliche Unterschiede in den Steuersätzen sowie etliche Gemeinden mit ähnlichem Steuer-niveau wie in Basel. Es trifft also nicht zu, dass die Steuerbelastungen auf dem Land generell geringer sind als in der Stadt. Insgesamt sind die Unterschiede in der Einkommensteuerbelastung zwischen den Gemeinden der Nordwestschweiz gering. Sie erhöhen sich aber mit zunehmenden Einkommen: Bei

einem Jahreseinkommen von 30 000 CHF liegt die Belastung zwischen 8,4% (niedrigster) und 12,4% (höchster Steuersatz), bei einem Jahreseinkommen von 80 000 CHF zwischen 19,0% und 23,6%. Bei Spitzenverdienern mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von 200 000 CHF wird die Spannweite noch grösser (zwischen 28,6% und 34,9%), wobei die Stadt Basel hier nicht zu den Gemeinden mit den höchsten Steuersätzen gehört.

Vergleich der Steuerbelastung 1999 unter Berücksichtigung sozialer Abzugsmöglichkeiten

Die Stellung von Basel verbessert sich, wenn die kantonal unterschiedliche Praxis von Steuerabzügen aus sozialen Gründen beachtet wird (Tab. 7.4). Dies zeigt ein Vergleich der vier Beispielmunicipalitäten aus dem einführenden Rechenbeispiel. Ausgehend von einem Ehepaar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 80 000 CHF und unter Berücksichtigung der kantonal unterschiedlichen Möglichkeiten, Sozialabzüge für Kinder und Ehepartner geltend zu machen, ist die Einkommensteuerbelastung in Basel mit 13,49% des Bruttoeinkommens nur wenig höher als im aargauischen Mumpf (12,78%) und niedriger als im basel-landschaftlichen Aesch (14,54%) und in dem solothurnischen Dornach (15,76%). Nicht berücksichtigt wurden besondere Sozialleistungen wie die Möglichkeiten des Abzugs für „Drittbetreuung“ von Kindern in Basel.

Tabelle 7.4

Rechenbeispiele zur Ermittlung örtlicher Einkommensteuerbelastung 1999 unter Berücksichtigung von Sozialabzügen

		Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 80 000 CHF, wohnhaft in							
		Basel (BS)		Aesch (BL)		Mumpf (AG)		Dornach (SO)	
Bundessteuer:									
Sozialabzüge	10 200	(2 Kinder)	10 200	(2 Kinder)	10 200	(2 Kinder)	10 200	(2 Kinder)	
Steuerbares Eink.	69 800		69 800		69 800		69 800		
Bundessteuer	1 093	(1,57% des steuerbaren Einkommens)	1 093	(1,57% des steuerbaren Einkommens)	1 093	(1,57% des steuerbaren Einkommens)	1 093	(1,57% des steuerbaren Einkommens)	
Staatssteuer:									
Sozialabzüge vom steuerbaren Eink.	10 000	(2 Kinder)			7 800	(2 Kinder)	8 800	(2 Kinder)	
Steuerbares Eink.	64 000		80 000		72 200		71 200		
Basisstaatssteuer	9 700	(15,156% des steuerbaren Einkommens)	7 086	(8,858% des steuerbaren Einkommens)	3 821.16	(5,292% des steuerbaren Einkommens)	5 308.20	(7,455% des steuerbaren Einkommens)	
Inflationsausgleich					-114.63	(-3% Inflationsausgleich)			
Spitalsteuer					+573.17	(+15% der Basissteuer)	+371.56	(+7% der Basissteuer)	
Finanzausgleich					+76.42	(+2% der Basissteuer)			
Steuerabzug			- 800	(2 Kinder)					
Gesamtbelastung	9 700		6 286		4 356.12		5 679.76		
Gemeindesteuer:	--		4 251.6	(60% der Basisstaatssteuer)	4 776.54	(125% der Basisstaatssteuer)	5 839.02	(110% der Basisstaatssteuer)	
Örtliche Gesamtbelastung:	10 793	(= 13,49% des Bruttoeinkommens)	11 630.6	(= 14,54% des Bruttoeinkommens)	10 225.66	(= 12,78% des Bruttoeinkommens)	12 611.78	(= 15,76% des Bruttoeinkommens)	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

Für alle Einkommen niedrige Steuersätze zeigen die Gemeinden im engen Agglomerationsring um Basel. Hohe Durchschnittseinkommen – die nicht selten auf beruflicher Tätigkeit in der Stadt Basel beruhen – und die Inanspruchnahme von Leistungen der Stadt Basel als „Trittbrettfahrer“ ermöglichen in diesen Gemeinden den Verzicht auf hohe Steuersätze. Neben Basel weisen die Gemeinden des Kantons Solothurn relativ hohe Steuersätze auf. Die Zugehörigkeit zu einem Kanton mit niedrigem Volkseinkommen wirkt sich hier möglicherweise ungünstig auf die Gemeindefinanzen aus. Neben Gemeinden mit durchgehend hohen oder niedrigen Steuersätzen gibt es vor allem im Kanton

Aargau sowie im Einzugsbereich von Basel (Riehen, Bettingen, Dornach, Gempfen) solche, die nur bei höheren Einkommen relativ niedrige Einkommensteuersätze erheben (Karten 7.1 bis 7.3). Dies gilt in abgeschwächter Form und auf insgesamt hohem Steuerniveau auch für die Stadt Basel selbst. Relativ hohe Steuersätze für Geringverdiener und relativ niedrige Steuersätze für Spitzenverdiener, zu finden beispielsweise in den meisten Gemeinden des aargauischen Fricktals, deuten auf eine Strategie des gezielten „Rosinenpickens“ hin, mit der möglichst nur fiskalisch ertragreiche Bevölkerungsgruppen angezogen werden sollen. Ausgaben für sozial schwächere Gruppen können so auf

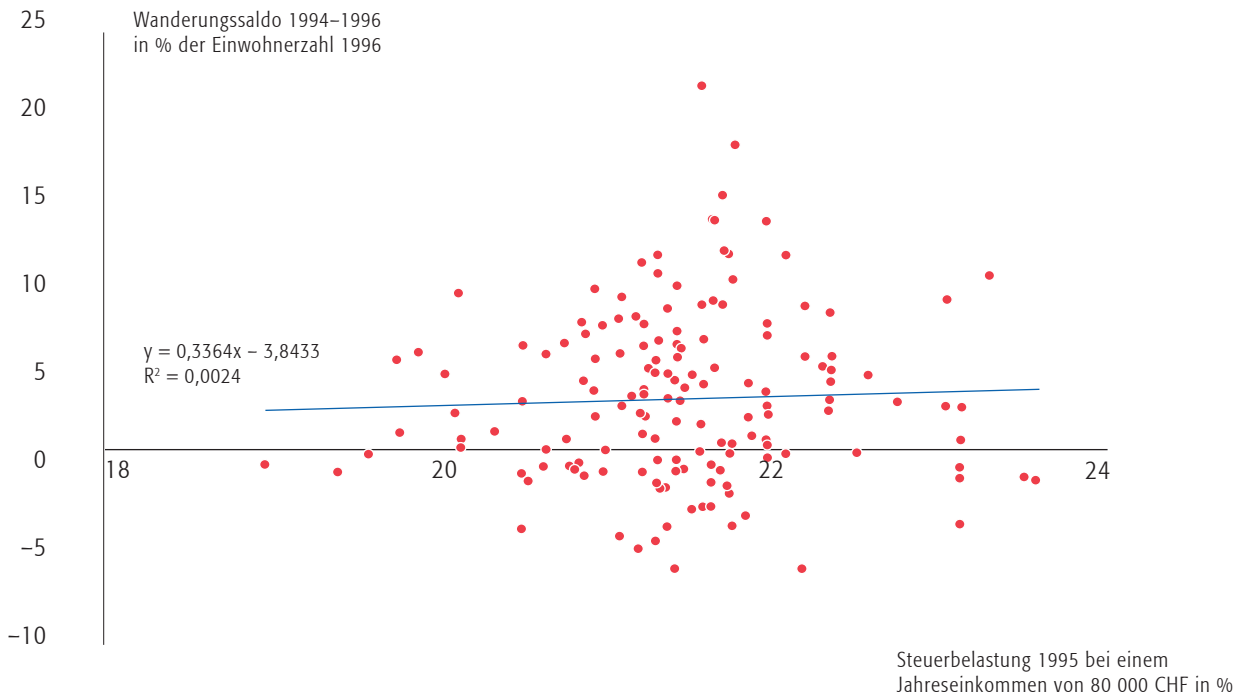
andere Gemeinden abgewälzt werden. Eine derartige Strategie birgt die Gefahr eines regionalen Steuersenkungswettbewerbs in sich, bei dem die Gemeinden attraktive Steuersätze nicht nur durch effizienten Einsatz von Mitteln, sondern auch durch die Vernachlässigung sozialer Aufgaben erzielen. Hier wäre es wichtig, durch gesetzliche Rahmenbedingungen den Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden zu regeln.

7.2.3 Niedrige Steuerbelastung als Attraktivität für Zuzüger?

Auf Gemeindeebene ist kein statistischer Zusammenhang zwischen Einkommensteuerbelastung und Wanderungs-

Abbildung 7.2

Steuerbelastung und Zuzügerbilanz in der Nordwestschweiz 1994 bis 1996



Die im Streudiagramm dargestellten Punkte repräsentieren Gemeinden. Die Lage eines Punktes spiegelt dabei die Steuerbelastung in der Gemeinde 1995 (horizontale Position des Punktes auf der Achse Steuerbelastung) sowie den Wanderungssaldo 1994–1996 (vertikale Position des Punktes auf der Achse Wanderungssaldo) wider. Würde eine hohe Steuerbelastung den Wanderungssaldo negativ beeinflussen, müsste eine von links oben nach rechts unten verlaufende Punktwolke erkennbar sein.

Quelle: Finanzverwaltungen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn; Bundesamt für Statistik, Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) 1994 und 1997; eigene Berechnungen.

saldo feststellbar (Abb. 7.2). Unter den Gemeinden mit starker Bevölkerungszunahme befinden sich auch Gemeinden mit relativ hohen Steuerbelastungen der Einwohner, wie beispielsweise die landschaftlich attraktiv gelegenen Gemeinden Büren, Seewen, Rodersdorf und Blauen. Offensichtlich spielen andere Motive, wie Grundstückspreise, Mietkostenniveau, landschaftliche Attraktivität oder die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, eine wichtigere Rolle für die Wahl des Wohnortes als die lokale Steuerbelastung.

Dass die Steuerbelastung nur eine unter vielen Randbedingungen von Bevölkerungsbewegungen ist, deckt sich mit den

Ergebnissen der Wanderungsstudie der Stadt Basel. Für eine dauerhafte Sicherung der Einwohnerschaft von Gemeinden sind also Steuersenkungen nicht immer ein probates Mittel. Vielmehr müssen die oben genannten Ursachen der Anziehungskraft von Gemeinden in ihrer Gesamtheit beachtet werden. Begrenzte und kaum wieder erneuerbare Attraktivitätsmerkmale wie Landschaftsbild oder Bodenfläche erfordern dabei einen besonders sorgfältigen Umgang (vgl. Kap. 2). Gerade diese für die langfristige Entwicklung wichtigen Attraktivitätsmerkmale werden durch vermeintlich schnell wirksame Massnahmen für das Gemeindegewachstum wie grosszügiges Ausweisen von Bauzonen und nied-

rige Steuersätze eher gefährdet: Landschaftsbild und Naturnähe der Siedlung werden beeinträchtigt und mögliche Folgekosten des Infrastrukturausbaus verringern Spielräume für andere attraktivitätssteigernde Ausgaben z.B. in den Bereichen Ortsbildpflege und Kultur. Steuern fallen also nicht nur als Belastung ins Gewicht, sondern können auch gerechtfertigter Preis für ein attraktives lokales Angebot öffentlicher Leistungen sein.

7.3 Die Ausgabenseite: Pro-Kopf-Ausgaben von Gemeinden und Kantonen

Die räumliche Arbeitsteilung zwischen der Kernstadt und ihrem Umland ist für die Funktionsfähigkeit der Agglomeration entscheidend. Die Stadt stellt Arbeitsplätze und Infrastrukturen bereit und übernimmt wichtige Versorgungsfunktionen in den Bereichen Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheitswesen und soziale Wohlfahrt. Das Umland bietet Flächenreserven für Betriebe und Infrastruktureinrichtungen, Bauland und ökologische Ausgleichsfunktionen sowie Erholungsmöglichkeiten. Es resultieren aus dieser Arbeitsteilung aber auch einseitige Belastungen. Aus Sicht der Kernstadt betrifft dies die finanziellen Lasten für Zentrumsleistungen, die vom Umland zwar in Anspruch genommen, aber nicht oder nur zu einem geringen Teil mitfinanziert werden. Im Rahmen des ver-

schärften internationalen Standortwettbewerbs fungieren die Kernstädte als „Motoren“ der Wirtschaft. Die hohe Finanzbelastung gefährdet jedoch zunehmend ihre Funktionsfähigkeit. Aus der Perspektive der Kernstadt sollen im Folgenden exemplarisch Bereiche erhöhter Ausgaben (Kultur und Gesundheitswesen), aber auch kostenreduzierende Effekte durch Agglomerationsvorteile (Verkehr und Verwaltung) aufgezeigt werden.

7.3.1 Erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben durch Zentrumsleistungen

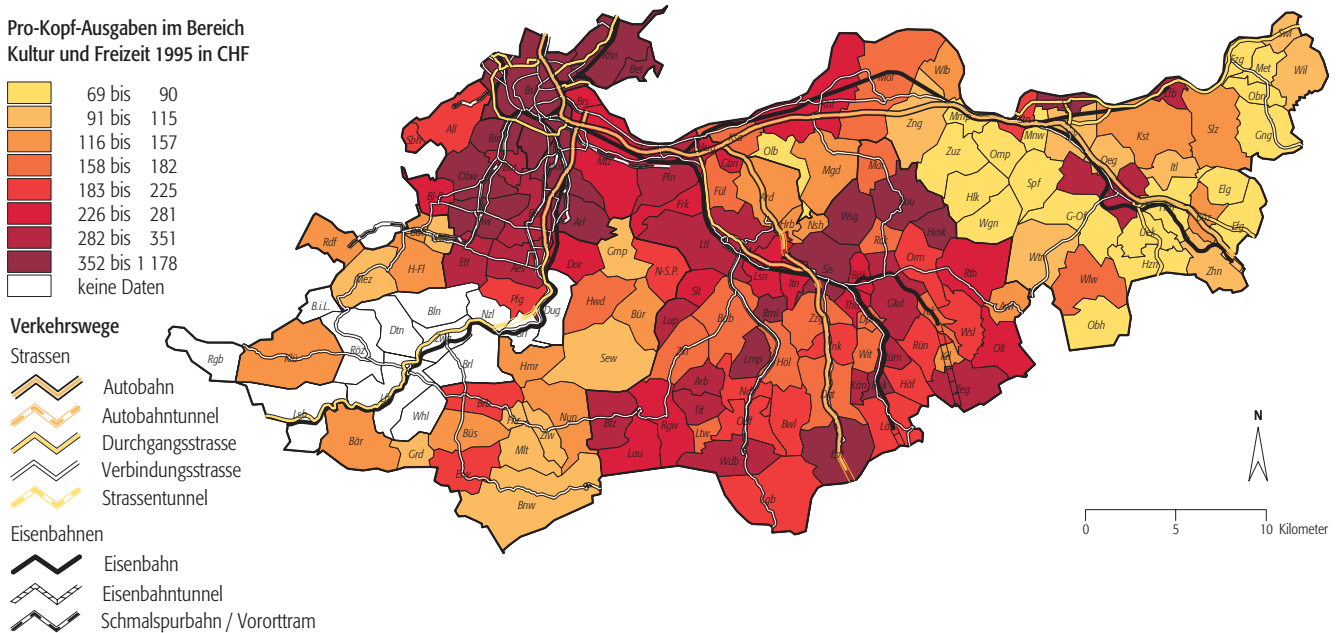
In der Kernstadt einer Agglomeration konzentriert sich eine Vielfalt öffentlicher Einrichtungen (Sport- und Freizeitanlagen, kulturelle Einrichtungen, Spitäler), während die Agglomerationsgemeinden nur die Basisversorgung (Kindergarten, Primarschule, Bezirksspitäler) übernehmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten öffentlichen Einrichtungen nur von einer technisch,

ökonomisch und organisatorisch bedingten Mindestgrösse an sinnvollerweise angeboten werden können. Entsprechend hat die Stadt Basel in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, Bildung, öffentliche Sicherheit und Gesundheit höhere Bruttoausgaben als die übrigen Gemeinden der Nordwestschweiz.

Die gegenüber dem Umland erhöhten Ausgaben der Stadt Basel im Bereich der Kultur stellt Karte 7.4 (Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur und Freizeit) dar. Neben den Zentren Basel, Rheinfelden und Frick treten die dicht besiedelten Täler von Birs und Birsig deutlich hervor. Erkennbar sind ferner die kantonalen Unterschiede: Während die Ausgaben in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft relativ hoch sind, fallen sie in den Kantonen Solothurn und Aargau mit Ausnahme des bevölkerungsreichen unteren Fricktals wesentlich geringer aus.

Karte 7.4

Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Kultur und Freizeit 1995



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

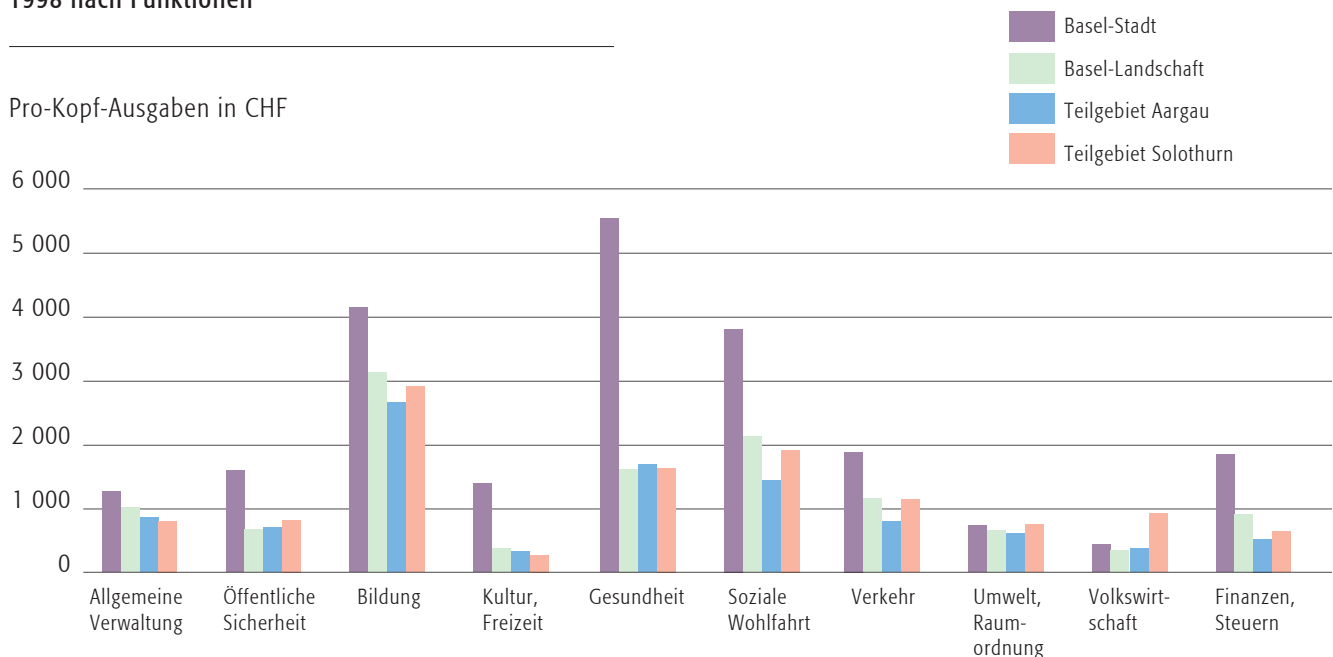
Methodisches

Als Analysegrundlage der Gemeindeausgaben dient die funktionale Gliederung der laufenden Rechnung. Mit dieser werden die Finanzvorgänge den einzelnen staatlichen Aufgabenbereichen (allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Umwelt und Raumordnung, Volkswirtschaft sowie Finanzen und Steuern [Abb. 7.3]) zugeordnet. Mit der Aufteilung der Finanzvorgänge nach Tätigkeitsgebieten soll gezeigt werden, wie viel für die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben aufgewendet werden muss und welche finanzielle Bedeutung den verschiedenen Aufgaben im Rahmen des Gesamthaushaltes zukommt. In diesen Daten zu den Bruttoausgaben finden interkantonale Ausgleichszahlungen keine Beachtung.

Bei der Berechnung der Ausgabenstruktur geht man von den Pro-Kopf-Ausgaben in den einzelnen Gemeinden aus. Zu diesem Wert werden die Pro-Kopf-Ausgaben des Kantons – gleichmässig auf die gesamte Kantonsbevölkerung aufgeteilt – addiert. Bei der Verwendung der resultierenden Summe können zweierlei Verfälschungen entstehen. Einerseits umfassen die Kantone Aargau und Solothurn noch grosse Flächen und Bevölkerungsanteile ausserhalb der Nordwestschweiz; andererseits können innerkantonale Differenzierungen bei der Aufteilung der kantonalen Ausgaben nicht berücksichtigt werden. Tatsächlich fallen die kantonalen Ausgaben aber nicht unbedingt gleichmässig auf alle Gemeinden verteilt an, obwohl sie in der verwendeten Berechnung so behandelt werden. Die Ausgaben des Kantons Basel-Stadt sowie der Landgemeinden Riehen und Bettingen wurden zusammengefasst, weil eine getrennte Betrachtung der drei basel-städtischen Gemeinden aufgrund der Verquickung von Kantons- und Gemeindefinanzen unmöglich ist. Aufgrund nicht verfügbarer Daten ist der Bezirk Laufen nicht dargestellt.

Abbildung 7.3

Pro-Kopf-Ausgaben der Kantone und Gemeinden 1998 nach Funktionen



Quelle: Bundesamt für Statistik 2000: Öffentliche Finanzen in der Schweiz 1998. Bern.

Insgesamt versorgt der Kanton Basel-Stadt somit neben der eigenen Bevölkerung auch diejenige der Region mit einer Vielzahl von öffentlichen Leistungen. Da bei öffentlichen Gütern niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden kann, partizipieren die Umlandgemeinden an diesen, ohne sie in adäquater Masse mitzufinanzieren („Trittbrettfahrer-Problem“). Der Kreis der Zahlenden ist kleiner als der Kreis der Nutzer, folglich haben primär die Städte die Lasten zu tragen. Dabei entstehen nicht nur Kosten für die Bereitstellung der Dienstleistungen, sondern auch für deren Erhalt, Verbesserung und Ausbau. Es bedarf stetiger Umstrukturierungen und innovativer neuer Akzente, um im Wettbewerb mithalten zu können. Im Rahmen der Neuregelung des Finanzausgleichs fordern die Schweizer Städte daher als „neue Fördergebiete“, ähnlich den Berggebieten, eine finanzielle Vergütung der Zentrumsleistungen.

7.3.2 Erhöhte Kosten durch die soziodemografische Struktur der Kernstadt

Steigende Soziallasten in der Kernstadt unterstreichen diese Forderung. Aus dem Verbleiben wirtschaftlich schwächerer Gruppen im Zentrum resultieren Mehrbelastungen für Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen der AHV und der IV, Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung von Drogenproblemen und der Kriminalitätsbekämpfung sowie Kosten für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Zusammengefasst belaufen sich die Kosten für die „soziale Wohlfahrt“ im Kanton Basel-Stadt auf 2 631 CHF pro Kopf. Im Kanton Basel-Landschaft liegen die entsprechenden Ausgaben um mehr als die Hälfte niedriger (1 192 CHF pro Kopf; Abb. 7.3). Auffallend sind die erhöhten Ausgaben im Bereich der Gesundheit. Belaufen sich diese im Kanton Aargau auf durch-

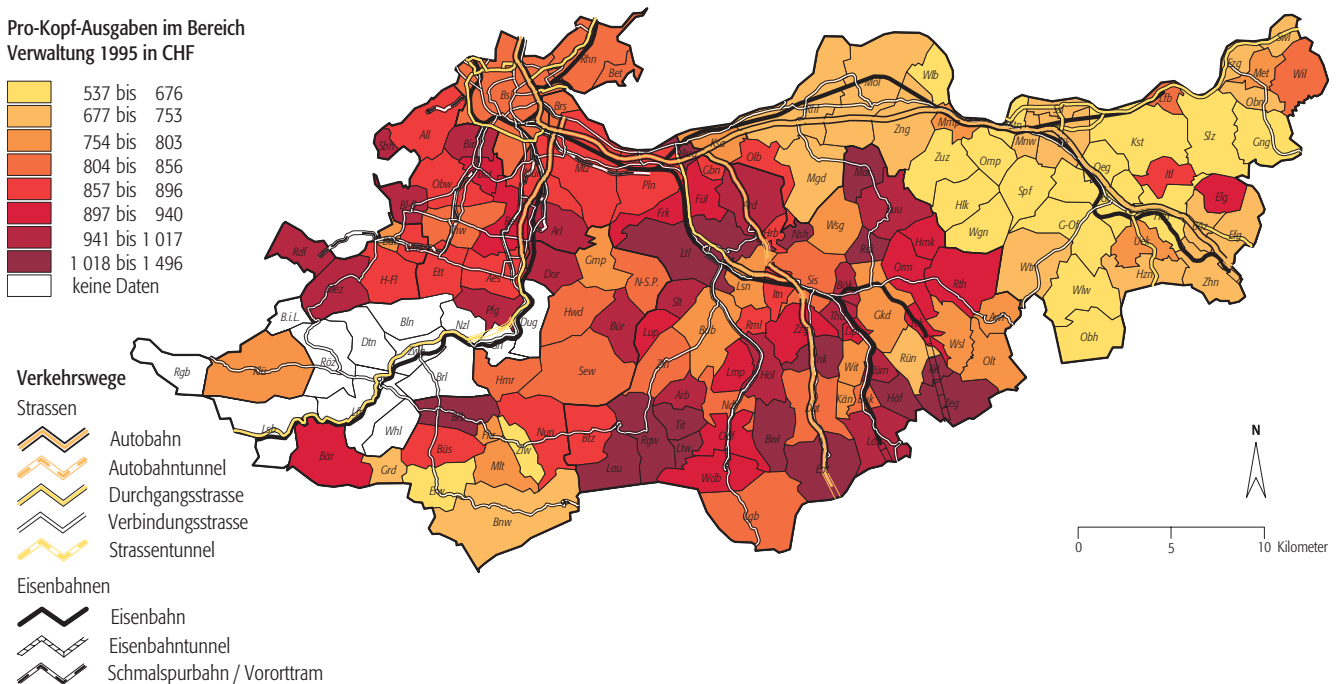
schnittlich 1 459 CHF pro Einwohner, im Kanton Basel-Landschaft auf 1 468 CHF und im Kanton Solothurn auf 1 331 CHF, so erreichen sie in Basel-Stadt einen Wert von 4 249 CHF (Abb. 7.3). Auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit weist der Stadtkanton die höchsten Ausgaben auf, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass dieser auch für die Sicherheit der nach Basel strömenden Menschen zu sorgen hat.

7.3.3 Kosten sparende Effekte: Agglomerationsvorteile der Kernstadt

Durch ihre Bevölkerungs- und Funktionsdichte erwachsen der Kernstadt aber auch Vorteile, u.a. in Form von Kosten-ersparnissen. Die Karte der Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich der allgemeinen Verwaltung zeigt die positiven Effekte einer relativ hohen Bevölkerungsdichte. So weisen vor allem die

Karte 7.5

Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Verwaltung 1995



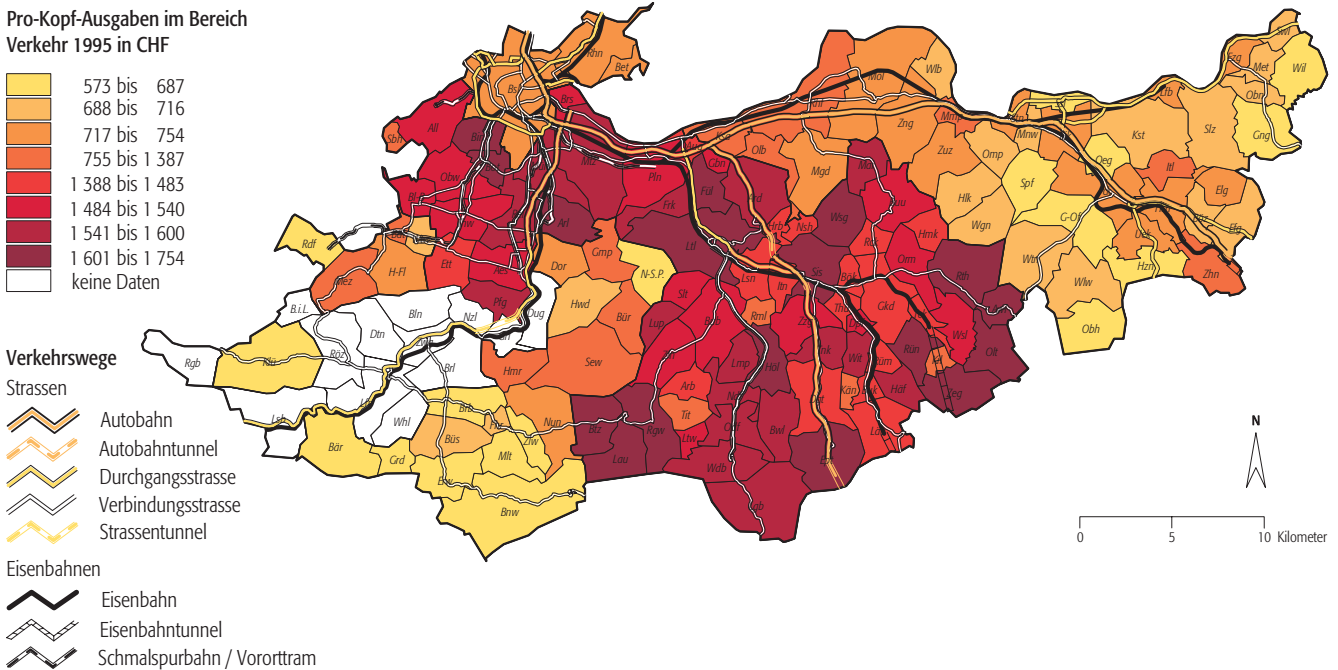
Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.

Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

Karte 7.6

Durchschnittliche Kantons- und Gemeindeausgaben in der Nordwestschweiz je Einwohner im Bereich Verkehr 1995



Kartographie: © Geographisches Institut der Universität Basel, Abteilung Humangeographie, Stadt- und Regionalforschung.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten und Informationen der Finanzverwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.
Kartengrundlage: BFS GEOSTAT/L+T; Verkehrswege auf Grundlage der Landeskarte 1:100 000, Strassen- und Eisenbahnnetz, © Bundesamt für Landestopographie (BA002751).

sehr kleinen Gemeinden hohe Pro-Kopf-Ausgaben für die Verwaltung auf. Dies ist eine Folge der geringen Einwohnerzahl bei annähernd gleich bleibenden Fixkosten (Karte 7.5).

Geringere Ausgaben der Stadt Basel gegenüber den Agglomerationsgemeinden treten auch im Bereich des Verkehrs auf (Karte 7.6). Die stadtnahen Agglomerationsgemeinden (Binningen, Böttingen, Münchenstein, Reinach) stellen ein dichtes Angebot (Linien- und Taktichte) im öffentlichen Verkehr bereit. Sie müssen die Kapazitäten für die in Basel arbeitenden und konsumierenden Pendler zur Verfügung stellen. In der Kernstadt sorgt die dichte Bebauung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Verkehr für geringere Erschließungskosten. Nachteile ergeben sich in Form höherer Ausgaben für den steigenden Regelungsbedarf (Sicherheit).

7.4 Fazit

Selektive Abwanderung, soziale Ausdifferenzierung und die Finanzierung zentraler Einrichtungen resultieren in einem erhöhten Ausgabenniveau in den Kernstädten gegenüber dem Umland. Für die Sicherung, die Verbesserung und den Ausbau der Zentrumsleistungen müsste der Kanton Basel-Stadt die Steuerbelastung weiter erhöhen. Dies widerspräche den Bestrebungen um Steuerharmonie. Ohne Ausgleichsabgaben kann es jedoch zu einem Leistungsabbau in der Kernstadt kommen. Dies hätte eine suboptimale Versorgung des Agglomerationsraumes mit öffentlichen Leistungen, eine Schwächung des Agglomerationssystems und eine Minderung der Konkurrenzfähigkeit der Region im internationalen Standortwettbewerb zur Folge.

Daher muss in Zukunft der Kreis der Nutzer und der Kostenträger von öffentlichen Leistungen wieder besser zur Deckung gebracht werden. Ziel ist die Herstellung „fiskalischer Äquivalenz“: Werden Leistungen aus einem anderen Kanton bezogen, sollten diese entsprechend abgegolten werden. Damit würden Kantone, die öffentliche Leistungen mit überkantonalem Nutzen erbringen, finanziell entlastet. Eine Lösung hierfür ist in erster Linie ein horizontaler Lastenausgleich zwischen den Gemeinden der Agglomeration und der Kernstadt, wie er zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt nur zum Teil realisiert ist. In der Region Basel erschweren zusätzlich zentralörtliche Verflechtungen über die Landesgrenzen hinweg eine vollkommene Verwirklichung des Äquivalenzprinzips.

Für bestimmte öffentliche Leistungen, die die Städte in einem nationalen Interesse erbringen, ist auch ein Engagement des Bundes denkbar (vertikaler Lastenausgleich). In Frage kommen z.B. Kultureinrichtungen und Sportanlagen mit nationaler oder internationaler Bedeutung. Zudem sollten die Belastungen, die durch die soziodemografische Struktur entstehen, vom Bund getragen werden, da der Bevölkerungsmix nur marginal von den Städten beeinflusst werden kann. Die Städte sehen sich zunehmend in der Situation als neue strukturschwache Räume, vergleichbar den peripheren Berggebieten, die seit den 70er-Jahren Bundesfördermittel erhalten (z.B. auf Grundlage des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) vom 28. Juni 1974).

Im derzeit diskutierten „neuen Finanzausgleich“ sind horizontale und vertikale Abgeltung folgendermassen vorgesehen:

- Interkantonaler Finanzausgleich: Die horizontale Zusammenarbeit unter den Kantonen soll substantiell ausgebaut werden. Sie hat zum Ziel, dass Kantone für die Erbringung von öffentlichen Leistungen, die über die Kantonsgrenze einen Nutzen erzeugen, fair entschädigt bzw. dass die Lasten gerecht auf die tatsächlichen Nutzer verteilt werden. Ein Lastenausgleich ist in den Bereichen Gesundheit, höhere Bildung, Strafvollzug, Behindertenbetreuung, öffentlicher Agglomerationsverkehr, Entsorgung und Kultur vorgesehen. Darüber hinaus steht es den Kantonen frei, weitere Aufgaben kooperativ zu finanzieren.
- Abgeltung durch den Bund: Vom Bund soll die Belastung getragen werden, die durch die soziodemografische Struktur – also überdurchschnittliche Anteile bestimmter Bevölkerungsgruppen – entsteht. Mit

dem Instrument des soziodemografischen Belastungsausgleichs wird der so genannten A-Stadt-Problematik Rechnung getragen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Städte selbst durch Attraktivitätssteigerung zur Lösung des Problems beitragen können. Basierend auf den Ergebnissen der Werkstadt Basel, sind folgende Massnahmen vorgesehen (vgl. Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt [Hrsg.]: Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel. Basel 1999):

- Verbesserung der Wohnraumversorgung v.a. im Bereich grosser Wohnungen,
- Verkehrsentlastung der Quartiere durch Bewirtschaftung des Parkraums, Einrichtung von Verkehrsleitsystemen, Erweiterung des öffentlichen Verkehrs, Ausbau von Park and Ride,
- Aufwertung des Wohnumfelds und des öffentlichen Raumes u.a. durch Reduktion der Verkehrsflächen.

Anhang

Datenquellen

Kartengrundlagen

Gemeindegrenzen der Nordwestschweiz: Bundesamt für Statistik, GEO-STAT / L+T.

Karten 2.7, 2.8, 2.9, 2.10: Luftbilder der Landestopographie von 1959 und 1994; Landeskarte 1 : 25 000, Blätter 1066 (Ausgaben 1953 und 1996) und 1067 (Ausgaben 1955 und 1997).

Karte 4.4: Grundbuch- und Vermessungsamt Basel-Stadt.

Karte 6.5: MCR-Lab der Universität Basel, Projekt REKLIP.

Verkehrswege in Karten 2.2, 3.1, 3.2, 3.3, 4.1, 6.1, 6.3, 6.4, 7.4, 7.5 und 7.6 reproduziert mit Bewilligung des Bundesamts für Landestopographie vom 12.9.2000.

Sozioökonomische Daten

- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Statistische Jahrbücher des Kantons Basel-Stadt, Basler Zahlenspiegel.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, Statistische Jahrbücher des Kantons Basel-Landschaft.
- Kanton Basel-Stadt, Rechnung für das Jahr 1998.
- Kantonale Ämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau.
- Amt für Wirtschaft und Arbeit Solothurn.
- Finanzverwaltungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn sowie der Gemeinden Bettingen und Riehen.
- Eidgenössische Betriebszählungen 1991, 1995, 1998.

- Eidgenössische Volkszählungen 1970, 1980, 1990.

- Bundesamt für Statistik, Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) 1994, 1996, 1997, 1998.

- Bundesamt für Statistik, Raumgliederung der Schweiz. Bern 1994.

- Bundesamt für Statistik, Die Bodennutzung in den Kantonen. Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau. Bern 1997 (Arealstatistik der Schweiz).

- Bundesamt für Statistik, Kantone und Städte der Schweiz. Statistische Übersichten. Bern 1997.

- Bundesamt für Statistik, Öffentliche Finanzen in der Schweiz 1998. Bern 2000.

- Bundesamt für Ausländerfragen, Zentrales Ausländerregister 1998, Bern.

- Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (BWA).

- Staatssekretariat für Wirtschaft, Seco Arbeitsmarktstatistik 2000, Bern 2001.

- Eigene Erhebungen und Kartierungen.

Verwendete Software

- Tabellenkalkulation: Microsoft Excel, Version 7.0

- GIS-Funktionen, Kartenherstellung: ArcView GIS, Version 3.1

- Grafische Bearbeitung der Karten: iGrafx Designer, Version 8.0.1

- Statistische Verfahren: SPSS für Windows, Version 8.0

- Grafikbearbeitung, Text- und Grafiklayout: Pink Zebra, visuelle Kommunikation, Basel

Kartierungs- und Klassifizierungsmethode

Für die Darstellung der sozioökonomischen Daten wurden vorwiegend Flächenkarten auf Gemeindeebene gewählt. Damit wird ein schneller Überblick über das Gesamtgebiet erreicht und die Aussagen können auf der Ebene von administrativen Einheiten konkretisiert werden.

Die Aufteilung der Zahlenwerte in Klassen erfolgte grundsätzlich nach dem Prinzip der Quantile. Das bedeutet, dass in jeder Klasse (etwa) gleich viele Gemeinden enthalten sind. Diese Methode hebt die Unterschiede deutlich heraus, da keine Klasse unter- bzw. überbesetzt ist. Allerdings werden Extremwerte unterdrückt. In seltenen Fällen, in denen durch diese Klassifizierungsmethode deutliche Brüche überdeckt wurden, also Gemeinden beiderseits eines deutlichen Sprungs in der Verteilung zusammenfielen, wurden die Klassengrenzen leicht modifiziert. Ausserdem wurden die Klassengrenzen auf- oder abgerundet. Grundsätzlich wurden acht Klassen gewählt.

Karten, in denen Prozentwerte kartiert sind, wurden in einer anderen Farbskala als Karten mit Absolutwerten dargestellt. Werden sowohl negative als auch positive Werte dargestellt, geht die Farbskala von einer Farbe für negative Werte über einen Gelbton für den Bereich um null zu einer anderen Farbe für positive Werte. Sind lediglich positive Werte kartiert, geht die Farbskala von einem Gelbton zu einer bestimmten Farbe (Petrol oder Rot für Prozentwerte, Rotbraun für Absolutwerte und Violett für sonstige Karten).

Wichtige Wirtschaftszahlen im Überblick

Gmde. Nr.	Gemeinde	Bevölkerung	Bodennutzung		Wirtschaft							Arbeitsmarkt		Arbeitsmobilität			Gemeindefinanzen			
		Mittlere Wohnbevölkerung 1998	Mittlere Wohnbevölkerung 1991	Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche 1994 in %	Dynamik der Siedlungsflächen zwischen 1982 und 1994 in %	Gesamtbeschäftigte 1995	Gesamtbeschäftigte 1998	Gesamtbeschäftigte sekundärer Sektor 1998	Gesamtbeschäftigte tertiärer Sektor 1998	Anteil tertiärer Sektor 1998 in %	Vollzeit total 1998	Arbeitsstätten 1998	Arbeitsstätten 1991	Arbeitslosenquote 10/1999 in %	Anteil der über 15-jährigen mit Hochschulabschluss 1990 in %	Auspender 1990	Einpendler 1990	Pendlersaldo 1990	Grenzgänger je Zielgemeinde 1998	Gesamsteuerbelastung eines Erpersonenhaushalts mit steuerbarem Jahresinkommen von 80 000 CHF* im Jahr 1995 in % des steuerbaren Einkommens
2471	BÄTTWIL	846	551	19,5	32,0	335	402	171	231	57,5	301	53	51	1,6	12,3	238	195	-43	114	21,6
2472	BÜREN SO	821	705	5,9	15,6	135	145	33	112	77,2	83	31	41	1,6	9,5	247	69	-178	5	23,3
2473	DORNACH	5807	5 624	32,9	5,0	2 262	2 204	757	1447	65,7	1 487	266	223	2,8	19,1	1 791	1 036	-755	380	20,8
2474	GEMPEN	700	639	6,5	21,9	198	230	21	209	90,9	160	24	25	1,7	16,4	175	103	-72	8	21,2
2475	HOCHWALD	1056	888	7,7	10,3	158	138	36	102	73,9	94	40	29	2,2	15,5	323	39	-284	3	22,3
2476	HOFSTETTEN-FLÜH	2 613	2 348	13,7	15,7	519	504	275	229	45,4	386	94	80	2,0	19,0	932	169	-763	158	22,6
2477	METZERLEN	771	758	7,2	12,7	210	172	12	160	93,0	137	36	34	1,7	13,0	271	79	-192	19	23,1
2478	NUGLAR-ST. PANTALEON	1 295	1 049	10,3	14,0	130	123	44	79	64,2	79	47	37	0,9	11,1	433	25	-408	4	21,6
2479	RODERSDORF	1 281	1 060	12,9	17,2	113	118	43	75	63,6	80	35	34	3,6	19,4	408	24	-384	31	22,3
2480	SEEWEN	956	867	4,9	15,7	161	151	63	88	58,3	103	41	37	2,6	7,0	263	51	-212	4	23,0
2481	WITTERSWIL	1 273	1 143	12,5	17,9	193	248	148	100	40,3	203	51	44	3,3	17,1	478	98	-380	17	22,3
2611	BÄRSCHWIL	891	843	4,4	6,5	162	94	51	43	45,7	78	27	25	2,2	5,8	291	43	-248	4	23,1
2612	BEINWIL SO	324	324	2,3	13,0	45	38	9	29	76,3	21	12	14	0,5	4,1	85	2	-83	0	23,5
2613	BREITENBACH	3 101	2 878	17,0	16,0	2 421	2 065	1153	912	44,2	1 583	164	161	3,3	11,4	736	1 481	745	124	22,3
2614	BÜSSERACH	1 777	1 627	10,1	10,1	518	538	393	145	27,0	463	74	65	1,9	6,8	557	267	-290	44	22,3
2615	ERSCHWIL	887	824	6,0	25,0	181	228	178	50	21,9	183	31	26	2,1	5,0	298	67	-231	6	23,0
2616	FEHREN	494	462	12,7	0,0	40	43	26	17	39,5	31	15	10	2,2	5,2	189	22	-167	0	23,1
2617	GRINDEL	486	451	4,9	15,4	17	12	2	10	83,3	7	9	8	1,8	3,1	187	5	-182	0	22,3
2618	HIMMELRIED	898	826	9,5	16,3	87	79	15	64	81,0	60	33	32	4,1	15,2	323	22	-301	1	21,6
2619	KLEINLÜTZEL	1 200	1 168	4,5	7,4	286	292	223	69	23,6	239	44	49	1,8	5,2	314	86	-228	25	22,7
2620	MELTINGEN	587	550	5,6	6,7	60	55	16	39	70,9	44	21	17	0,7	4,2	224	26	-198	0	23,1
2621	NUNNINGEN	1 795	1 631	6,8	18,6	629	622	365	257	41,3	445	86	72	1,9	7,8	450	288	-162	39	22,3
2622	ZULLWIL	612	612	8,0	11,5	104	122	86	36	29,5	98	22	16	1,9	5,6	251	60	-191	11	23,1
2701	BASEL	173 216	178 498	86,2	0,2	155 260	144 470	36661	107 809	74,6	104 623	10 405	10 230	2,1	12,5	15 005	62 671	47 666	26 608	23,6
2702	BETTINGEN	1 158	1 091	20,2	-4,3	300	310	1	309	99,7	205	31	26	0,8	20,6	310	101	-209	41	19,6
2703	RIEHEN	20 442	19 770	46,8	2,4	4 208	4 174	738	3 436	82,3	2 633	640	546	1,1	17,7	6 642	1 420	-5 222	681	20,0
2761	AESCH BL	9 835	9 396	35,8	10,0	3 909	4 085	2378	1 707	41,8	3 249	373	310	1,8	12,4	3 842	2 223	-1 619	709	21,4
2762	ALLSCHWIL	18 458	18 581	42,2	5,6	7 317	7 337	2864	4 473	61,0	5 501	821	760	1,6	13,7	8 070	3 396	-4 674	1 774	20,6
2763	ARLESHEIM	8 341	8 184	35,3	7,4	3 602	4 017	741	3 276	81,6	2 873	372	298	1,5	20,8	2 768	1 978	-790	377	20,3
2764	BIEL-BENKEN	2 430	2 185	20,5	16,7	720	680	334	346	50,9	523	127	85	0,7	22,3	899	225	-674	145	19,9
2765	BINNINGEN	13 842	13 701	68,1	7,4	4 568	4 713	788	3 925	83,3	2 814	574	535	1,7	18,5	6 005	2 542	-3 463	514	20,8
2766	BIRSFELDEN	10 644	11 267	80,3	0,5	3 965	3 681	1078	2 603	70,7	2 688	360	376	1,5	8,5	5 020	2 409	-2 611	649	21,1
2767	BOTTMINGEN	5 359	5 424	51,7	9,3	1 006	1 002	312	690	68,9	684	184	151	1,2	23,1	2 469	574	-1 895	381	21,0
2768	ETTINGEN	4 658	4 478	15,4	10,1	943	951	470	481	50,6	689	149	134	0,9	15,2	2 100	337	-1 763	143	21,2
2769	MÜNCHENSTEIN	11 483	11 556	56,0	0,5	8 202	7 861	2255	5 606	71,3	5 864	605	512	2,0	13,0	4 542	4 755	213	1 209	20,8
2770	MUTTENZ	16 647	17 027	40,7	5,9	13 669	13 770	5734	8 036	58,4	10 810	827	714	1,1	13,2	5 698	8 270	2 572	1721	21,3
2771	OBERWIL BL	9 178	8 526	34,3	10,7	2675	2 477	372	2 105	85,0	1 653	392	339	1,6	18,7	3 630	1 402	-2 228	357	20,1
2772	PEFFINGEN	1 895	1 612	14,0	25,9	144	180	51	129	71,7	118	62	36	0,9	22,9	706	47	-659	14	21,3
2773	REINACH BL	17 703	17 602	52,9	6,6	8 175	8 825	3152	5673	64,3	6 218	803	725	1,9	14,3	7 431	3 817	-3 614	1 134	20,8
2774	SCHÖNENBUCH	1 156	1 008	26,3	12,9	289	291	75	216	74,2	168	43	36	0,6	20,7	414	84	-330	75	21,3
2775	THERWIL	7 808	7 485	24,0	11,5	1775	642	1 133	63,8	1 186	280	236	1 751	1,4	15,8	3 298	1 037	-2 261	295	21,0
2781	BLAUEN	644	554	5,2	23,3	143	133	77	56	42,1	87	25	19	0,7	7,1	201	58	-143	2	22,2
2782	BRISLACH	1 296	1 068	7,9	21,3	473	236	111	125	53,0	189	39	26	0,9	5,4	390	275	-115	31	22,0
2783	BURG IM LEIMENTAL	220	195	3,9	10,0	24	15	1	14	93,3	11	10	9	0,0	9,9	73	5	-68	7	22,5
2784	DITTINGEN	679	607	6,5	7,3	194	192	98	94	49,0	145	36	39	0,6	6,0	227	119	-108	10	22,0
2785	DÜGGINGEN	1 059	877	12,0	6,0	345	396	234	162	40,9	308	53	40	1,7	9,4	371	121	-250	37	22,3
2786	GRELLINGEN	1 600	1 533	17,4	13,7	473	505	326	179	35,4	442	75	81	1,0	6,2	572	271	-301	104	21,7
2787	LAUFEN	4 743	4 703	17,9	5,7	3 490	3 320	1456	1864	56,1	2 419	332	313	1,6	9,3	1 139	1 619	480	306	21,4
2788	LIESBERG	1 141	1 057	8,2	14,4	581	594	443	151	25,4	497	57	53	0,2	4,2	347	159	-188	101	22,0
2789	NENZLINGEN	353	313	6,6	41,2	35	34	10	24	70,6	21	19	12	0,6	7,0	118	6	-112	1	21,7
2790	ROGGENBURG	256	1 324	3,2	0,0	19	12	5	7	58,3	10	8	9	0,9	4,1	67	56	-11	0	21,7
2791	RÖSCHENZ	1 533	954	7,1	18,3	186	212	58	154	72,6	144	53	40	1,0	8,5	473	37	-436	12	22,1
2792	WAHLEN	1 143	1 565	8,7	14,6	103	101	49	52	51,5	78	32	29	0,8	6,1	368	542	174	1	21,7
2793	ZWINGEN	1 929	212	23,9	19,6	831	858	537	321	37,4	711	115	76	1,9	5,9	548	3	-545	82	22,0
2821	ARISDORF	1 302	1 074	9,0	8,4	303	362	142	220	60,8	270	52	37	0,9	12,8	385	116	-269	32	21,6
2822	AUGST	786	785	36,5	-1,7	509	449	197	252	56,1	331	67	70	1,4	7,8	282	380	98	56	21,3
2823	BUBENDORF	4 149	3 237	13,5	28,9	1 419	1 616	927	689	42,6	1 288	167	119	1,0	12,3	1 182	764	-418	106	21,7
2824	FRENKENDORF	5 699	5 517	28,8	8,2	1 610	1 504	480	1 024	68,1	1 160	194	165	1,7	10,1	2 566	1 052	-1 514	112	21,3
2825	FÜLLINDORF	4 051	3 917	26,9	9,6	1 618	1 676	461	1 215	72,5	1 132	164	152	1,7	15,6	1 801	932	-869	161	22,1
2826	GIEBENACH	774	619	25,4	13,3	110	105	16	89	84,8	66	30	28	0,6	10,6	265	32	-233	7	21,6
2827	HERSBERG	250	251	8,9	15,4	12	11	2	9	81,8	4	8	11	1,9	19,6	122	0	-122	0	20,9
2828	LAUSEN	4 498	4 291	24,1	8,9	1 179	1 174	633	541	46,1	930	163	157	1,8	9,9	1 722	774	-948	82	20,6
2829	LIESTAL	12 661	12 662	22,5	10,8	11 686	11 344	2632	8 712	76,8	7 804	966	870	1,8	11,7	3 190	7 252	4 062	424	21,7
2830	LUPSINGEN	1 120	963	15,6	28,9	72	93	18	75	80,6	61	33	23	1,0	19,7	431	17	-414	3	21,3
2831	PRATTELN	14 955	15 265	42,0	2,7	9 258	8 822	3341	5 481	62,1	7 009	632	573	2,0	8,4					

Gmde. Nr.	Gemeinde	Bevölkerung		Bodennutzung		Wirtschaft							Arbeitsmarkt			Arbeitsmobilität			Gemeinde- finanzen	
		Mittlere Wohnbevölkerung 1998	Mittlere Wohnbevölkerung 1991	Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche 1994 in %	Dynamik der Siedlungsflächen zwischen 1982 und 1994 in %	Gesamtbeschäftigte 1995	Gesamtbeschäftigte 1998	Gesamtbeschäftigte sekundärer Sektor 1998	Gesamtbeschäftigte tertiärer Sektor 1998	Anteil tertiärer Sektor: 1998 in %	Vollzeit total 1998	Arbeitsstätten 1998	Arbeitsstätten 1991	Arbeitslosenquote 10/1999 in %	Anteil der über 15-jährigen mit Hochschulabschluss 1990 in %	Auspender 1990	Einpendler 1990	Pendlersaldo 1990		Grenzgänger je Zielgemeinde 1998
2851	KILCHBERG BL	100	105	3,8	0,0	4	12	1	11	91,7	5	5	0,0	10,5	26	0	-26	0	21,6	
2852	LÄUFELFINGEN	1 219	1 191	7,7	5,0	276	289	108	181	62,6	186	45	47	0,7	8,5	334	159	-175	6	21,9
2853	MAISPRACH	831	662	9,2	35,3	113	117	69	48	41,0	99	27	30	0,8	13,8	232	23	-209	10	21,4
2854	NUSSHOF	169	160	2,9	25,0	16	11	4	7	63,6	7	7	1,3	12,7	53	4	-49	0	20,9	
2855	OLTINGEN	402	346	6,1	51,7	35	29	13	16	55,2	25	15	10	1,1	9,0	102	9	-93	0	22,0
2856	ORMALINGEN	1 741	1 509	9,9	19,0	427	494	230	264	53,4	356	72	61	1,0	9,5	515	156	-359	8	21,5
2857	RICKENBACH BL	503	447	7,3	23,5	17	18	8	10	55,6	11	8	0,8	10,6	171	9	-162	0	22,0	
2858	ROTHENFLUH	660	620	4,6	42,9	69	56	27	29	51,8	39	26	23	1,0	9,9	198	13	-185	1	21,7
2859	RÜMLINGEN	312	312	8,4	0,0	158	203	133	70	34,5	175	20	14	1,2	5,0	97	108	11	13	21,7
2860	RÜNENBERG	695	558	7,6	15,2	87	86	37	49	57,0	60	32	17	0,0	9,2	195	19	-176	2	21,7
2861	SISSACH	5 244	5 114	22,7	16,8	3 423	3 272	1 498	1 774	54,2	2 477	378	320	1,1	12,2	1 464	2 195	731	110	21,7
2862	TECKNAU	830	634	13,9	3,1	106	97	31	66	68,0	53	24	2,6	5,0	288	81	-207	1	21,7	
2863	TENNIKEN	921	843	11,3	6,0	129	240	148	92	38,3	194	40	34	0,2	10,2	303	77	-226	10	21,4
2864	THÜRNEN	1 089	1 015	16,3	19,4	148	154	57	97	63,0	91	28	24	1,3	8,8	450	80	-370	3	21,7
2865	WENSLINGEN	623	603	6,5	40,7	97	98	32	66	67,3	53	28	24	0,0	8,4	190	26	-164	0	21,4
2866	WINTERSINGEN	559	487	6,3	29,4	66	62	29	33	53,2	44	22	19	0,4	7,5	172	19	-153	4	21,1
2867	WITTINSBURG	305	268	5,0	6,7	64	26	9	17	65,4	19	11	16	0,0	8,9	86	45	-41	0	21,1
2868	ZEGLINGEN	447	449	5,8	0,0	69	35	34	49,3	45	21	20	77	0,0	5,2	115	44	-71	0	21,9
2869	ZUNZGEN	2 484	2 346	11,9	22,4	423	357	166	191	53,5	274	65	47	0,9	9,8	1 009	201	-808	18	21,7
2881	ARBOLDSWIL	435	390	6,1	0,0	91	86	25	61	70,9	56	23	13	1,0	12,3	142	29	-113	0	21,2
2882	BENNWIL	556	543	4,4	16,0	82	106	76	30	28,3	82	21	18	0,0	7,6	155	58	-97	3	21,7
2883	BRETZWIL	682	662	4,5	6,5	152	133	86	47	35,3	109	28	28	0,0	5,9	227	81	-146	9	21,7
2884	DIETEN	1 327	1 156	8,6	6,4	308	252	97	155	61,5	169	60	51	0,6	9,6	377	127	-250	2	20,8
2885	EPTINGEN	559	525	5,2	9,3	281	248	136	112	45,2	206	28	25	1,0	6,7	152	114	-38	14	22,0
2886	HÖLSTEIN	924	1 896	14,5	16,2	542	591	298	293	49,6	423	92	85	1,3	10,9	678	296	-382	11	22,2
2887	LAMPENBERG	457	439	5,2	0,0	33	24	1	23	95,8	11	11	14	0,4	15,1	173	3	-170	0	21,4
2888	LANGENBRUCK	994	921	3,8	7,3	223	228	46	182	79,8	136	54	55	2,4	12,9	229	44	-185	1	22,0
2889	LAUWIL	287	286	2,7	11,1	37	50	32	18	36,0	36	11	12	1,4	5,5	85	12	-73	0	21,4
2890	LIEDERTSWIL	145	141	4,6	-10,0	56	59	50	9	15,3	56	8	9	1,2	9,2	54	44	-10	0	21,6
2891	NIEDERDORF	1 704	1 596	13,1	23,4	658	668	296	372	55,7	489	68	59	1,6	11,4	524	401	-123	22	21,3
2892	OBERDORF BL	2 295	1 990	12,7	12,9	954	1 016	602	414	40,7	728	114	108	2,1	8,9	593	348	-245	13	22,2
2893	REIGOLDSWIL	1 461	1 374	7,2	4,8	446	385	69	316	82,1	187	74	75	0,4	9,2	411	217	-194	4	21,6
2894	TITTERTEN	394	368	4,9	28,6	46	59	23	36	61,0	38	22	15	0,5	9,0	124	16	-108	0	21,6
2895	WALDENBURG	1 337	1 203	3,9	3,2	555	645	492	153	23,7	530	53	55	2,1	6,6	310	531	221	22	21,9
4094	BOZEN	628	530	10,9	38,7	113	112	32	80	71,4	68	29	30	2,3	10,2	153	48	-105	4	20,9
4096	EFFINGEN	603	215	10,0	40,8	79	94	12	82	87,2	62	27	25	2,3	15,6	162	32	-130	6	21,2
4097	ELFINGEN	232	565	3,1	18,2	55	35	1	34	97,1	21	14	13	0,0	14,1	56	5	-51	0	20,9
4161	EIKEN	1 663	1 430	21,1	10,4	734	807	599	208	25,8	728	62	54	2,6	7,1	544	475	-69	22	21,5
4162	ETZGEN	358	346	11,2	5,7	180	206	160	46	22,3	169	22	22	1,8	11,3	120	86	-34	45	21,2
4163	FRICK	3 821	3 614	21,3	15,2	2 585	2 686	1 314	1 372	51,1	1 966	247	211	1,2	9,6	912	1 303	391	256	20,5
4164	GANSINGEN	921	877	7,0	15,1	113	110	35	75	68,2	73	38	32	0,2	7,0	292	22	-270	1	21,3
4165	GIPF- OBERFRICK	2 615	2 045	8,8	23,3	467	457	158	299	65,4	337	89	84	1,6	14,0	702	201	-501	13	20,9
4166	HERZNACH	1 034	997	9,5	13,2	231	251	136	115	45,8	160	46	42	0,2	10,1	323	93	-230	7	21,2
4167	HORNUSSEN	744	662	9,9	9,1	130	124	60	64	51,6	101	22	32	2,3	9,1	230	73	-157	0	21,2
4168	ITTENTHAL	208	213	3,6	16,7	22	17	0	17	100,0	8	9	9	1,8	9,6	81	6	-75	0	21,6
4169	KAISTEN	1 904	1 659	9,7	4,5	745	667	534	133	19,9	598	58	59	0,7	7,9	509	403	-106	76	20,5
4170	LAUFENBURG	2 073	1 951	33,2	8,8	1 750	1 784	1 013	771	43,2	1 397	115	118	2,3	10,0	410	757	347	321	20,1
4171	METTAU	294	261	4,5	0,0	73	63	33	30	47,6	55	15	17	0,8	8,6	90	47	-43	4	21,1
4172	MÜNCHWILEN AG	559	602	25,8	4,9	434	473	386	87	18,4	430	32	33	0,6	6,0	276	305	29	135	20,5
4173	OBERHOF	497	463	5,0	7,9	56	61	32	29	47,5	43	17	12	0,0	9,2	144	13	-131	0	21,6
4174	OBERHOFEN AG	313	298	7,6	14,3	25	18	13	5	27,8	16	9	15	0,0	7,2	95	2	-93	2	20,9
4175	OESCHGEN	783	743	13,4	5,4	198	157	17	140	89,2	135	32	27	1,1	4,9	270	23	-247	1	21,4
4176	SCHWADER- LOCH	646	522	11,5	28,0	192	140	99	41	29,3	120	26	25	2,4	6,2	162	83	-79	25	21,3
4177	SISSELN	1 210	1 155	31,1	23,1	1 064	1 157	1 005	152	13,1	1 048	56	48	1,2	8,1	472	386	-86	555	19,4
4178	SULZ AG	1 077	940	7,7	11,9	177	190	94	96	50,5	141	44	36	0,7	5,7	296	72	-224	14	21,2
4179	UEKEN	617	480	7,8	8,1	60	49	10	39	79,6	33	25	24	0,4	8,1	193	16	-177	1	21,2
4180	WIL AG	631	556	5,3	2,5	133	95	40	55	57,9	60	29	28	1,1	6,3	156	50	-106	2	21,4
4181	WITTNAU	1 093	923	6,7	19,0	261	235	175	60	25,5	191	34	30	1,4	8,3	287	85	-202	5	21,1
4182	WÖFLINSWIL	793	722	7,1	4,7	149	155	59	96	61,9	109	35	33	1,0	8,8	213	55	-158	0	21,6
4183	ZEIHEN	819	706	7,5	13,0	121	122	42	80	65,6	84	33	26	1,2	8,3	214	58	-156	9	21,4
4251	HELLIKON	747	704	6,7	9,3	106	67	39	36,8	78	28	34	99	0,6	4,8	189	31	-158	0	21,4
4252	KAISERAUGST	3 650	3 566	33,5	11,6	2 291	2 978	2 201	777	26,1	2 504	158	121	1,4	15,2	1 464	1 090	-374	684	19,0
4253	MAGDEN	2 860	2 668	9,1	31,2	430	452	140	312	69,0	335	102	83	0,7	18,1	1 029	153	-876	24	20,5
4254	MÖHLIN	8 100	7 215	15,4	12,0	3 380	3 506	1 348	2 158	61,6	2 735	331	279	1,6	9,5	2 202	1 152	-1 050	553	20,9
4255	MUMPF	951	789	21,7	6,3	144	143	33	110	76,9	114	45	40	1,5	5,7	329	88	-241	4	21,2
4256	OBERMUMPF	995	860	8,1	17,1	147	127	48	79	62,2	90	34	32	1,3	8,0	310	24	-286	6	21,4
4257	OLSBERG	347	322	5,2	0,0	79	67	4	63	94,0	35	13	11	0,0	17,5	97	35	-62	0	19,8
4258	RHEINFELDEN	10 214	9 725	19,3	1,6	5 377	5 599	2 065	3 534	63,1	3 900	535	524	2,5	13,9	2 843	2 181	-662	817	20,1
4259	SCHUPFART	651	540	7,0	6,5	85	87	40	47</											